REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 460 · 22.3.2002

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 48 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Internationale der Angstbeißer (G8-Gipfel Barcelona)
2. "Sozialarbeiter mit Bewaffnung". Detlef Hartmann über die Militarisierung der Internationalen Politik - Interview: Tom Binger
3. Symphonie des Grauens - der antisemitische Film "Der ewige Jude" - Bernd Kleinhans
4. Musik von Rechts. In der Techno-Szene tummeln sich zunehmend Neonazis - Christian Dornbuch und Jan Raabe
5. Rechte Hegemonien, linke Marginalitäten. Auf den Spuren der Zivilgesellschaft in den neuen Bundesländern - Mareike Jörns
6. Anklage gegen BGS-Beamte. Der Tod von Aamir Ageeb hat ein juristisches Nachspiel - Thomas Klein
7. Anklage wegen Selbstverteidigung. Weil sie sich gegen Nazis wehrte, steht eine türkische Familie vor Gericht - Anke Schwarzer
8. Von Jena nach Strasbourg - Grenzcamp 2002 - h., AG3F Hanau
9. Das Kommando Spezialkräfte kämpft in Afghanistan. Warum die Aufregung? - Vo
10. Schlag auf Schlag im Berliner RZ-Prozess - mb., Berlin
11. Einlassung - Entlassung? Kritische Anmerkungen zu den Einlassungen im Berliner RZ-Prozess - Klaus Viehmann
12. Tatkräftige Unterstützung. Hinweise auf Beteiligung von V-Leuten an dem Überfall auf KZ-Gedenkstätte Kemna mehren sich - Tom Binger
13. Von der Vermessung des Schädels zur DNA-Analyse. Geschichte der biometrischen Erfassung - Erika Feyerabend
14. Die PatriotInnen sind los. "Anti-Terror"-Terror in den USA. - Sebastian Haunss
15. "Mehr Europa" = mehr Polizei. Spanien forciert den EU-weiten Ausbau des Repressionsapparats - Beat Makila, Mark Holzberger
16. Rasterfahndung: Suchmaschine der Innenminister. Konkret nutzlos, juristisch umstritten - vor allem gefährlich - Wilhelm Achelpöhler
17. Das Märchen vom schwachen Staat. Anti-Terror-Pakete in neoliberalen Zeiten - Stefanie Gräfe
18. Die Ruinen Kabuls. Afghanistan: Ein Reisebericht - Thomas Gebauer
19. "Gräber für lebende Wesen." Politische Gefangene in Peru im Hungerstreik - Helmut Kaiser
20. Genua am Rande des Massakers. Scajolas Schießbefehl gegen "Straßenterror" - Js.
21. Der tiefe Wunsch nach Gerechtigkeit. Aufarbeitung Menschenrechtsverbrechen in Peru. Kampf gegen die Straflosigkeit in Lateinamerika - Knut Rauchfuss
22. Das Primat des Militärischen. Kein Ende des Gemetzels in Israel/Palästina - Achim Rohde
23. Deutsches Leiden. Volkspädagoge Guido Knopp und andere Helden an der Ostfront - Js.
24. Hitlers Fünfte Kolonne. Tschechiens EU-Beitritt und die Benes-Dekrete - Js.
25. Finale Selbstgeißelung. Warum der neue Grass sogar Reich-Ranicki entzückt - Js.
26. "Das Vaterland ist dort, wo die Wurst hängt." - Nicole Vrenegor
27. Von welfare zu workfare. Kombilohn heißt: Immer weniger Lohn für immer mehr Menschen - Christian Brütt
28. Harmoniestörungen. Gewerkschaften kritisieren Rot-Grün - Georg Wißmeier
29. Brunsbüttel - ein anderes Wort für Sicherheit. Trotz gravierendem Störfall bleibt das AKW Brunsbüttel am Netz - Bettina Dannheim
30. Die Atomindustrie schätzt Rot-Grün. Kernenergierekordjahr 2001 im Zeichen des "Atomausstiegs" - Tom Binger
31. Klassenbegriffe, Mottenkisten und kritische Intellektuelle. Eine Replik auf die Bourdieu-Würdigung in ak 459 - Regina Brunnett
32. Chancen nutzen! Noch ist attac ein bunter Haufen - Georg Wißmeier
33. Aktionskonferenz "Gesundheit ist keine Ware" am 20. April 2002 in Heidelberg
34. Dokumentation: Für eine linke Strömung (FelS) zur Diskussion um den 1. Mai

35. Eine andere Partei ist möglich. Rifondazione Comunista - ein Exempel für die europäische Linke - Henning Böke
36. Rifondazione - Wiedergründung oder Neugründung? - Luigi Vinci
37. "Positiver" Nationalismus oder neuer Internationalismus? - Fausto Sorini, Ramon Mantovani
38. Tatort Globalisierung. Wo Macht ist, ist auch Widerstand - BUKO 25-Vorbereitungsgruppe
39. Kriegerin ohne Schatten? Monika Treuts Film "Kriegerin des Lichts" - Nicole Vrenegor
40. Salsamuffin überwindet Grenzen. Sergent Garcia und seine CD Sin Fronteras. - Tommy Schroedter
41. Hollywood macht mobil. In den USA formiert sich die filmische Heimatfront - Alexander Neumann
42. Kritische analyse: Wir brauchen noch 5.468,28 Euro
43. LESERINNENBRIEF
44. AUFGEBLÄTTERT
45. KALENDER
46. EDITORIAL
47. Quelldatei blick.htm
48. Proteste im Wahljahr

1. Internationale der Angstbeißer (G8-Gipfel Barcelona)

Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; Europa allgemein und EU-Politik · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/angst.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:angst

Fünfzehn Staatschefs saßen in Barcelona und hatten Angst. Gut, dass der spanische Staat für sie gesorgt hatte: mit mehr als 10.000 PolizistInnen und Militärs, mit Jagdflugzeugen, Kriegsschiffen und Aufklärungsflugzeugen. Damit sich die Bosse der EU-Mitgliedsstaaten so richtig wohlfühlen, setzte man außerdem den Schengener Vertrag und damit die Bewegungsfreiheit innerhalb der Vertragsstaaten kurzerhand außer Kraft, wie man das auch schon im letzten Jahr während des G8-Gipfels in Genua getan hatte. Trotzdem demonstrierten in Barcelona 500.000 Menschen gegen die Politik der EU.

Und das mit Grund: Denn nicht nur in Deutschland nutzte man die Anschläge vom 11. September, um staatliche Repression zu verschärfen und auszuweiten. Auch in den USA, in den einzelnen europäischen Nachbarstaaten und auf EU-Ebene beschloss man in rasender Geschwindigkeit, die Freiheitsrechte in einem bis dato unbekannten Umfang einzuschränken. Polizei und vor allem Geheimdienste bekamen Kompetenzen, von denen sie zuvor nur träumen konnten. Die Aufrüstung des Repressionsapparates macht natürlich nur Sinn, wenn auch die potenzielle Kundschaft größer wird: Deshalb sind zukünftig alle im Prinzip erstmal verdächtig, und einige, zum Beispiel MigrantInnen und Flüchtlinge, noch ein bisschen verdächtiger als der Rest. Die Überwachung und Kontrolle missliebiger Bevölkerungsgruppen wird im präventiven Sicherheitsstaat Gesetz. Dumm nur, dass keine einzige Maßnahme aus all den fetten Anti-Terror-Paketen Selbstmordattentate des Twin-Tower-Typs zukünftig verhindern wird.

Statt dessen eignen sie sich hervorragend, um alte und neue Formen politischen Protestes zu kriminalisieren. Eine EU-weite einheitliche Terrorismusdefinition definiert unter anderem "urbane Gewalt" oder auch Aktivitäten, die auf die "Veränderung der politischen Strukturen" abzielen, als Terrorismus. Ausreiseverbote, brutale Polizeieinsätze, Massenfestnahmen und hohe Haftstrafen für Globalisierungs- und EU-KritikerInnen adelt man zum Anti-Terror-Kampf. Denn wie sorgt man dafür, dass sich die Staatschefs auf ihren Gipfeltreffen rundum wohl fühlen? Indem man ihre GegnerInnen auf der Straße so terrorisiert, dass sie hoffentlich in Zukunft gleich zu Hause bleiben. Bislang, das zeigt Barcelona, geht diese Rechnung noch nicht auf.

Es war Silvio Berlusconi, der nach dem 11. September von "einer auffälligen Übereinstimmung zwischen diesen Aktionen" - gemeint waren die Anschläge in New York und Washington - "und der Bewegung der Globalisierungsgegner" sprach. Auch bundesdeutsche SicherheitsapologetInnen können auf diesem Niveau mithalten, zum Beispiel die Bundesakademie für Sicherheitspolitik, die darüber schwadroniert, dass "Globalisierungsgegner sowie Gegner der Gentechnik an der Schwelle zum Terrorismus" stünden. So sehr die innere Aufrüstung als "Business as usual" daherkommt - tatsächlich zielt sie auf eine bessere Durchsetzung der weltweiten neoliberalen Globalisierung.

Mehr dazu in unserem Schwerpunkt auf den Seiten 13-17

2. "Sozialarbeiter mit Bewaffnung". Detlef Hartmann über die Militarisierung der Internationalen Politik

Autor: Interview: Tom Binger · Rubrik: Militarismus; Afrika allgemein; Nahost allgemein; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:08

Seit zwei Jahrzehnten beschäftigt sich Detlef Hartmann, Theoretiker und Aktivist der autonomen Linken und Mitarbeiter bei den "Materialien für einen neuen Antiimperialismus" mit der Ökonomie des Krieges und dem Krieg der Ökonomie. Zur Zeit arbeitet er an einem Buch über die neuen Weltordnungskriege, in dem es um die Ursachen der gegenwärtigen Militarisierung der internationalen Politik geht, vom Kosovo-Krieg über den Tschetschenienkrieg bis hin zum aktuellen Krieg gegen den Terror. ak sprach mit ihm über den aktuellen Krieg in Afghanistan und die Perspektiven der radikalen Linken.

ak: Nach dem 11.9. haben sich zahlreiche Linke von der Kriegslogik vereinnahmen lassen. Wo siehst du die Ursachen für die politische Desorientierung in Teilen der Linken?

Detlef Hartmann: Da gibt es ein ganzes Bündel von Ursachen. Anfangen möchte ich mit den analytischen Defiziten, die vor allem darin bestehen, dass die Linke sich hat einfangen lassen von der Stilisierung des Gegensatzes zwischen den demokratischen, fortschrittlichen Volkswirtschaften und dem rückwärts gewandten Terrorismus. Damit hat sie die Frage plakativ auf den Gegensatz zwischen Gut und Böse zurückgeschnitten.

Man muss aber versuchen, analytisch zu begreifen, woher diese neuen terroristischen Eliten kommen. Diese neuen Eliten sind ein Produkt der Zerstörung von Gesellschaftlichkeit und Staatlichkeit in den drei Kontinenten im Zuge des neoliberalistischen Angriffs. Hier sind im Gefolge von Desinvestition, ökonomischen Schocktherapien, Zertrümmerung von Existenzgarantien, abrupten Stopps von Entwicklungshilfe, Verschärfungen der IWF-Konditionalität bis hin zu offener Unterstützung von rechten Milizen und Todesschwadronen alte Formen der gesellschaftlichen Reproduktion und Staatlichkeit zum Zusammenbruch gebracht worden. "Failing States" ist der dafür gebräuchliche Ausdruck. In dieses Vakuum rücken neue gewalttätige Eliten ein, von Russland bis nach Afrika, in unterschiedlichen Erscheinungsweisen, aber alle Ausdruck desselben Prozesses und desselben Strebens nach postmodernen Formen der sozialer Hegemonie. In ihren Kriegsökonomien bringen sie militärische und unternehmerische Energien zugleich zur Entfaltung; sie sind ein genuines Produkt neoliberalistischer Transformation des Kapitalismus.

Du siehst in der Militarisierung der internationalen Politik eine neue Form der politischen Globalisierung. Ist die Durchsetzung eines transnationalen Kriegsrechtes - in dem der Westen sich selbst zu globalen Interventionen mandatiert - nicht eher ein Ausdruck des Verschwindens von Politik? Ist das Militär nicht nur der Ersatz für Politik im klassischen Sinne?

Nein. Und zwar aus verschiedenen Gründen: Zunächst einmal darf man die Phasen dieser ganzen Entwicklung nicht durcheinander bringen. Die erste Phase ist die neoliberale Phase, in der diese neuen Eliten sich in Bürgerkriegen und Zusammenbruchsprozessen an die Machthebel gebracht haben als das, was man "Gewaltunternehmertum" nennt, bis nach Russland hinein. Dies stellt die wilde neoliberalistische Phase mit der weitgehenden Zerstörung alter Formen der gesellschaftlichen Reproduktion dar. Diese Phase ist abgeschlossen. Ihre Funktion, die alte, an die Grenzen ihrer Produktivität angelangte Verwertungsordnung zu beseitigen, hat sie erfüllt. Sie ist nun dysfunktional geworden, weil sie darüber hinaus eine neue Verwertungsordnung nicht hat herstellen können. Schon mit dem 1997 beginnenden Krisenzyklus haben Experten der postmodernen politischen Ökonomie des Kapitals wie Grey und Giddens von der London School of Economics das Ende der neoliberalistischen Phase ausgerufen, weil das schockpolitische Instrumentarium stumpf geworden sei - die Bürgerkriege eingeschlossen. Dies ist der Moment des systematischen Übergangs zur Kette der neuen Reorganisationskriege, beginnend mit dem Kosovokrieg. Sie zielen darauf ab, über kriegerische Interventionen eine völlig neue Ausbeutungsordnung herzustellen, und zwar auf der Basis der vorangegangenen Zerstörungsprozesse.

Du sprichst in diesem Zusammenhang von dem Prozess der "schöpferischen Zerstörung". Was ist damit gemeint?

Der Begriff der "schöpferischen Zerstörung" stammt von Josef Schumpeter. Schumpeter sah in der ökonomischen Entwicklung einen Prozess des dynamischen Ungleichgewichts, bestimmt durch die aggressiven Energien des innovativen Unternehmers. Auf der Grundlage von innovativen Kernen neuer Schlüsselindustrien (zu seiner Zeit Elektro und Chemie) geht Schumpeter davon aus, dass die alten Formen von Produktion und Reproduktion zerstört werden. Es geht dabei um Zerstörung und zugleich Herstellung neuer Strukturen; dies ist ein ziemlich gewalttätiger Prozess. Auch die Figur des innovativen Unternehmers zeichnet er in Begriffen wie "Führer", "Feldherr", der in seinem "Kraftüberschuss" und "Siegerwillen" die tradierte Ökonomie und Gesellschaftlichkeit zertrümmert, um die daraus gewonnenen Partikel neu zusammenzusetzen, neu zu "kombinieren".

Erschöpft sich dieser Prozess der "schöpferischen Zerstörung" in Ethnisierung, Warlordisierung und der Entstehung von Kriegs- und Raubökonomien? Oder setzt dieser Prozess auch emanzipatorische Potenziale frei?

Man kann nicht sagen, dass er sich darin erschöpft. Schumpeter selbst hat das Schwergewicht hauptsächlich auf die Tätigkeit des bürgerlichen Unternehmers gelegt. Er hatte nicht die Absicht, eine Kriegstheorie zu formulieren. Aber er hat dies aus methodischen Gründen nicht ausgeschlossen und sich - beginnend mit seinem Werk "Business Cycles" - zunehmend mit der innovatorischen Funktion der Kriegsökonomie beschäftigt.

Bei den emanzipatorischen Kräften muss man zunächst einmal fragen: Emanzipation durch wen und Emanzipation für wen? Natürlich ist dieser Prozess der schöpferischen Zerstörung, in dem neue Eliten Innovationen weltweit durchsetzen, auch ein emanzipatorischer Prozess. Nämlich Emanzipation und Entfesselung neuer Eliten in völlig neuen gesellschaftlichen Zusammenhängen. Das ist eine Entfesselung kapitalistischer Gewalt, in vielen historischen Erscheinungsformen auch "konservative Revolution" genannt. Wenn man daher den Begriff "Emanzipation" auf Befreiung von unten beschränken will, sollte man ihn hier nicht verwenden.

Es ist außerdem zu bedenken, dass Schumpeter die Schranken der Geschichtsmächtigkeit des Kapitalismus durchaus gesehen hat. Er sieht das Anwachsen einer fundamentalen antikapitalistischen Feindseligkeit aus den Prozessen "schöpferischer Zerstörung" der "schützenden Schichten". So nennt er die gesellschaftlichen Traditionsbestände, die in diesem Prozess irreversibel zertrümmert werden. Er diagnostiziert diese fundamentale antikapitalistische Feindseligkeit unter dem Eindruck der Kämpfe 1936/37 vor allem in den USA, die sich auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausdehnten und den eigentlichen Grund für die Rezession von 1937 darstellten. Wir als Linke sehen darin mehr: Strategien der Befreiung, die aus diesen Zerstörungsprozessen völlig neue Impulse freiheitlicher Utopien schöpfen. Das ist das, was wir für die nächsten zwanzig Jahre erwarten.

Kann der Westen seine angeknackste globale Hegemonie allein durch ökonomische und militärische Gewalt wiederherstellen?

Diese ganzen militärischen Interventionen sind auch ein va banque. Es ist sozusagen eine Politik in den offenen Raum hinein. Militärische Optionen beschränken sich ja nicht auf eine streng militärische Komponente, sondern sie werden begleitet von Kriseninterventionskräften, die weit in das soziale Feld hinein agieren. Dazu gehört die Einbeziehung der NGOs. Hauptsächlich die Europäische Union ist im Tross der Amerikaner immer schnell dabei, die im Kosovo entwickelten Formen der Aufbereitung des aus der Zertrümmerung gewonnenen "sozialen Materials" für neue Ausbeutungsformen zu implementieren. Dazu gehört in der Tat etwas, was der Ökonomiehistoriker von Bredow einmal ironisch so beschrieben hat: Der zukünftige Krieger sei ein Soldat mit sozialarbeiterischen Fähigkeiten oder ein Sozialarbeiter mit Bewaffnung. Das erleben wir heute weltweit: Das Militärische ist nicht rein militärisch, sondern gleichzeitig Ausdruck eines breit angelegten sozialen Angriffs. Und der soziale Angriff rüstet sich in diesen neuen Interventionsformen militärisch auf.

Du siehst in dem aktuellen Kriegsgeschehen im Mittleren Osten lediglich die Forcierung eines langfristig geplanten geostrategischen Aufmarsches der großen Mächte im zentralasiatischen Raum. Wird in einer solchen Argumentation nicht die Dimension der Attentate vom 11.9. verharmlost?

In verschiedenen Arbeiten habe ich immer wieder darauf hingewiesen, dass dem Öl zwar ein ganz maßgebliches Interesse gilt, aber dass es sich darauf nicht beschränkt. Ich bin mit Schumpeter und Keynes,

mit Ricardo und Marx ein Vertreter der grundsätzlichen These der politischen Ökonomie des 19. Jahrhunderts, wonach nur Arbeit in der Lage ist, Wert zu produzieren. Öl allein kann keinen Wert produzieren, sondern kann lediglich - zusammen mit anderen Faktoren des toten Kapitals - Arbeit in Wert setzen. Der einbehaltene Wert aus Ausbeutungsprozessen hat seinen Grund immer in der Ausbeutung von Arbeitskraft. Das heißt also, all diese Kriseninterventionen, wie sie jetzt stattfinden, auch die kriegerischen, folgen langfristig einer Strategie der Inwertsetzung, der Aufbereitung von fünf Milliarden Menschen zu einer unter dem Diktat und nach den Anforderungen der aggressiven Innovationen ausbeutbaren Arbeitskraft.

Dieser "Modernisierungsprozess" hat in Afrika unglaubliche völkermörderische Qualitäten angenommen. Er produziert sozusagen die zukünftige, aus alten sozialen Formen herausgelöste Arbeitskraft. Auch in China, in Indien, in Indonesien ist dieser Prozess in vollem Gange. Und der Aufmarsch, den die Amerikaner und die Europäer jetzt weltweit vorantreiben, zielt auf mehr als nur auf Afghanistan oder auch nur auf Zentralasien als die Drehscheibe, auf der derzeit sämtliche großen Mächte zusammentreffen. Er zielt auch auf innerchinesische Vorgänge, in denen die soziale Konfliktualität tagtäglich an Sprengkraft zunimmt. Auch das hat Kriegsdimensionen, die wir kaum zur Kenntnis nehmen und deren Verschärfung wir uns im Augenblick noch gar nicht ausmalen können. Kürzlich hat die Partei, die den Prozess "schöpferischer Zerstörung" jetzt unter der Peitsche der WTO drastisch verschärft, mehrere hundert Aufstände mit Beteiligung von mehr als 10.000 BäuerInnen und ArbeiterInnen eingestanden. Gordon Chang, Chinakorrespondent der New York Times gibt dem Regime gerade noch fünf Jahre.

Welche Perspektiven hat die radikale Linke in dieser Phase der globalen Polarisierung und Konfrontation zwischen "westlicher Zivilisation" und "islamistischer Barbarei"? Wo sind die sozialen Subjekte und politischen Kämpfe, auf die sich ein neuer Antiimperialismus positiv beziehen könnte?

Das sind Dinge, mit denen wir uns jetzt dringend auseinandersetzen müssen. Ich denke, dieser Gegensatz zwischen Vormoderne oder gar antimodernen islamischen Eliten und der westlichen Zivilisation besteht so überhaupt nicht. Alle wissen, dass die islamistischen Kräfte größtenteils aus sehr modern denkenden Leuten bestehen. Sie als antimodernistisch zu bezeichnen, ist völlig verfehlt. Vielmehr streben sie einen modernisierenden Zugriff auf die Bevölkerung nach faschistischem Vorbild an. Die von ihnen betriebenen Prozesse sind Modernisierungsprozesse par excellence. Kein ernst zu nehmender Vertreter bürgerlicher Transformations- und Modernisierungstheorien geht heute noch von einem Paradigma gewaltloser Modernisierung aus. Inzwischen wird die Ansicht allgemein geteilt, dass Barbarei und Modernisierung zwei Seiten derselben Medaille sind. Oder wie es häufig heißt, dass sie die Janusköpfigkeit des historischen Prozesses ausmachen.

Wo will sich die Linke einsortieren? Sicherlich nicht bei diesen barbarisch modernisierenden Kräften. Sie muss wieder begreifen lernen, dass es eine Modernisierung der Moral, dass es eine Modernisierung des Willens zur Befreiung, eine Modernisierung des Willens zum Kommunitären gibt, der diese Barbareien überschreitet. Wir müssen an die Auseinandersetzungen, die im Augenblick in Asien und Afrika, aber auch in Osteuropa stattfinden, anknüpfen, um sozusagen unsere Genossinnen und Genossen wiederzuentdecken und gemeinsame Linien zu entwickeln. Das ist allerdings ein Projekt, zu dem ich hier weder Visionen noch Utopien an die Wand werfen kann. Das ist eine Frage der praktischen Auseinandersetzungen und der praktischen Bündnisse.

Das Interview führte Tom Binger

3. Symphonie des Grauens - der antisemitische Film "Der ewige Jude"

Autor: Bernd Kleinhans · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:23

Zuerst sind es nur Einzelne; sie kommen aus Mauerspalten und Kanallöchern. Dann wird es zu einem Gewimmel grauer Leiber: Ratten. Furcht einflößend gefilmt in Frontalperspektive und Großaufnahme. Sie seien, so der Kommentator, "hinterlistig, feige und grausam", das "Element der heimtückischen, unterirdischen Zerstörung". Und er ergänzt: "Nicht anders als die Juden unter den Menschen." Die Kamera blickt auf ein dichtes Menschengedränge in einem jüdischen Ghetto.

Menschen als Ratten und Schädlinge. Es ist die Schlüsselszene aus dem antisemitischen NS-Film "Der ewige Jude", den ab November 1940 Millionen Deutsche sehen. Der von Hitler selbst abgenommene, gut einstündige Streifen gibt sich formal als Dokumentarfilm. Tatsächlich ist er ein im Propagandaministerium aus Aufnahmen vom jüdischen Ghetto in Lodz, Spielfilmszenen der 20er- und 30er-Jahren und alten Wochenschauaufnahmen kompilierter Hetzstreifen.

Inszenieren ließ ihn Goebbels von Fritz Hippler, Reichsfilmintendant, Wochenschauexperte und persönlicher Vertrauter. "Das soll ein Propagandafilm erster Klasse werden. Ich gebe dazu den Grundriss an", notiert der Propagandaminister in seinem Tagebuch.

Absurde These des Films: Juden seien keine Glaubensgemeinschaft, sondern eine biologische Rasse, die vor einigen Jahrtausenden im Nahen Osten aus "negroiden" Elementen entstanden sei und sich von da aus über die ganze Welt verbreitet habe. In Verhalten und Aussehen passe der Jude sich immer seinen "Gastvölkern" an und bleibe doch der immer gleiche "ewige Jude".

Alle seit der Kaiserzeit geläufigen antisemitischen Ressentiments werden mit Bildern und manipulierten Statistiken bedient: Juden leisten keine produktive Arbeit, sie seien Schacherer, die ehrliche Menschen betrügen. Als "Finanzjuden" beherrschten sie Banken und Börsen. Die Weimarer Republik sei von Juden regiert worden, die auch die Niederlage des ersten Weltkrieges zu verantworten hätten. Und schließlich seien es Juden, die die Verbrecherszene vom Raub bis zum Mädchenhandel dominierten. Immer seien sie Ausbeuter ihrer "Gastvölker".

Mit dem "ewigen Juden" sollten die Volksgenossen psychologisch auf den längst geplanten Holocaust vorbereitet werden - dadurch, dass den Juden der Status des Menschseins abgesprochen wurde. Juden in diesem Film werden ausschließlich mit Vokabular aus dem Tierreich beschrieben. Schon der Textvorspann verkündet: "Der Feldzug in Polen hat uns die Gelegenheit gegeben, das Judentum an seiner Niststätte kennen zu lernen." "Niststätte", "Behausung" und "Wohnloch" sind die einzigen Begriffe, mit denen jüdische Wohnungen bezeichnet werden. Die Juden selbst sind generell "Parasiten": "Wo sich an einem Volkskörper eine Wunde zeigt, setzen sie sich fest und ziehen aus dem verfallenden Organismus Nahrung."

Dem Judenhasser Goebbels war dieser Film so wichtig, dass er persönlich an den Drehort ins Ghetto von Lodz reist. Hier hat die deutsche Besatzung längst Verhältnisse geschaffen, die menschenunwürdig sind. Goebbels kommentiert zynisch in seinem Tagebuch: "Es ist unbeschreiblich. Das sind keine Menschen mehr, das sind Tiere." Und den eigentlichen Zweck dieses Filmes formuliert Goebbels gleich mit: "Das ist deshalb auch keine humanitäre, sondern eine chirurgische Aufgabe. Man muss hier Schnitte tun, und zwar ganz radikale."

Kameraführung, Ausleuchtung und musikalische Untermalung sind ganz darauf abgestimmt, negative Gefühle bis hin zum Hass zu erzeugen. Der Text spielt dabei nur eine geringe Rolle; NS-Propaganda setzt auf Emotionen. Dazu arbeiteten Hippler und sein Team exzessiv mit dem Instrument der bildlichen Kontrastierung, das auch in der Wochenschau zum Einsatz kam. So werden Juden im Ghetto und überall in nahezu unterbelichteten und damit düster wirkenden Bildern gezeigt. "Arische Menschen" dagegen erscheinen in einer übertrieben hellen Ausleuchtung, beinahe strahlend. Während hier die Kamera meist von unten filmt und so perspektivisch erhöht, werden Juden in der Regel leicht von oben gefilmt. Der Zuschauer im Kinosessel nimmt so unwillkürlich die Perspektive des Herrenmenschen ein, der auf den Untermenschen herabblickt.

Die Schlusssequenzen des Propagandastreifens sind dann der Höhepunkt emotionaler Aufpeitschung: Mehrere Minuten lang wird - weitgehend ohne Text, nur von Musik untermalt - die Schächtung eines Rindes durch einen jüdischen Schlachter gezeigt. Großaufnahmen zeigen den Schnitt in den Hals des Tieres und sein schmerzhaftes Verbluten in allen Einzelheiten.

Diese Bilder, betont der Kommentar, "enthüllen den Charakter einer Rasse, die ihre stumpfe Rohheit unter dem Mantel frommer Religionsausübung" verbirgt. Tatsächlich war die Schächtszene eigens für das Kamerateam arrangiert worden. Die beteiligten Personen hatten genaue Regieanweisungen, wie sie bei der Schächtung vorzugehen hatten, damit sie besonders grausam wirkte.

Für den Zuschauer sind diese Bilder kaum erträglich. Als sie endlich vorbei sind, präsentiert die Kinoleinwand wiederum arische Menschen - deutsche Jugend - in gewohnt strahlendem Licht: Das Böse und die Erlösung.

Sichtlich befriedigt von der Wirkung, bezeichnet Fritz Hippler seinen Film anlässlich der Uraufführung als "Symphonie des Ekels und des Grauens". Und Goebbels kommentiert diese Bilder mit einem geheuchelten Entsetzen, so als ob er nicht Inszenator, sondern bloßer Betrachter gewesen sei, und fügt an: "Dieses Judentum muss vernichtet werden."

Dass der Zuschauer angesichts dieser Bilder und der Aberkennung des Menschseins diesen Schluss selbst ziehen könnte, darauf vertraute man im Propagandaministerium. Der "ewige Jude" wurde regelmäßig in Orten vorgeführt, in denen Deportationen bevorstanden, und er wurde für die damit beauftragten Einsatzgruppen zum Pflichtprogramm. "Der ewige Jude" war ein Film für die Täter. Er wollte nicht subtil Antisemitismus fördern, er sollte die letzten Hemmschwellen des Gewissens schleifen, die noch zwischen antisemitischer Gesinnung und Massenmord standen.

"Der ewige Jude" darf - außerhalb genehmigungspflichtiger geschlossener Veranstaltungen - bis heute nicht vorgeführt werden. Seiner Verbreitung hat das keinen Abbruch getan. In den USA ist "Der ewige Jude" frei käuflich und wird vielfach nach Deutschland eingeführt. In rechtsradikalen Kreisen kursieren zahllose Privat- und Raubkopien. Hier ist er zum Kultfilm avanciert. Und auch Fritz Hippler wird seit einiger Zeit wieder in zeitgeschichtlichen Fernsehdokumentation präsentiert - nicht als Täter, sondern als kompetenter "Zeitzeuge". Die Geschichte des "ewigen Juden" ist noch nicht abgeschlossen.

Bernd Kleinhans

4. Musik von Rechts. In der Techno-Szene tummeln sich zunehmend Neonazis

Autor: Christian Dornbuch und Jan Raabe · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:06

Rock von Rechts wurde lange Jahre ausschließlich mit der extrem rechten Skinhead-Szene in Verbindung gebracht. Doch mittlerweile scheinen sich auch in anderen Szenen extrem rechte Tendenzen zu etablieren. Heutige RechtsRock-Bands wie "Landser" (Berlin) oder "Noie Werte" (Stuttgart) setzen sich nicht mehr grundsätzlich nur aus rechten Skinheads zusammen. Längst schon spielen in ihnen junge Männer mit, die sich diesem subkulturellen Stil nicht mehr verpflichtet fühlen. In der zwanzigjährigen Geschichte dieser Musik haben sich sowohl Inhalte als auch der Stil verändert.

Während in den 1980er Jahren rechtsextreme Statements vor allem mit Texten über "kollektive Besäufnisse", Fußball und Gewalt und Frauen/Sex flankiert wurden, rückte mit der sog. Wiedervereinigung "Deutschland" in den inhaltlichen Mittelpunkt der Musik. Rassistische Slogans wurden Standard und der Ton zunehmend offen neonazistischer und antisemitisch. Aus diesem Weltbild heraus werden in den letzten Jahren auch zunehmend tagespolitische Themen in den Liedern aufgegriffen.

Das Gros der deutschen RechtsRock-Bands setzt nach wie vor auf eine musikalische Bricolage aus Hard-Rock und grölendem, deutschsprachigen Gesang. Eindeutige qualitative Verbesserungen existieren vorwiegend bei den seit einigen Jahren existenten Bands. Zur stilistischen Differenzierung dieser Musik haben unter anderem rechte Liedermacher wie Frank Rennicke oder das weibliche Gegenstück Annett Moeck beigetragen, aber auch die in eigenen Reihen verfassten Balladen über nationale Mythen und Helden.

Mit der musikalischen Orientierung am Hardcore bzw. Hatecore, wie ihn beispielsweise die neonazistische amerikanische Band "Blue Eyed Devils" spielt, wurde die Musik schneller und aggressiver. Obwohl sich auch dieser Musikstil aus dem Punk entwickelt hat, sind seine ehedem emanzipativen und progressiven Ansprüche bei jenen Bands zu Gunsten extrem rassistischer und antisemitischer Texte verschwunden. Das Lied "We believe" des von Mitgliedern der englischen Band "Razors Edge" und der Bamberger Gruppe "Hate Society" eingespielten Projektes "Strength Thru Blood" beginnt beispielsweise mit dem Bekenntnis: "We believe in Nationalsocialism. We believe in white supremacy. We believe we'll smash Zions occupation." Eine Deutlichkeit, wie sie auch die Bands des NS-Black-Metal in ihren Texten präsentieren. Allerdings ist ihr musikalischer Stil wesentlich brachialer und ihr Image zwar ähnlich gewalt- und kriegsverherrlichend, aber auch oftmals zutiefst nihilistisch und misanthropisch. Der bestehenden Ordnung stellen sie eine an die nordische Mythologie angelehnte, heidnische Gesellschaft entgegen, in denen vermeintliche Naturgesetze und das Recht des Stärkeren als legitim gelten. "Wir marschieren in eine neue Zeit, die uns von Juden und Christen befreit!", singt die NS-Black-Metal-Band "Magog"s (Pirna) in ihrem Lied "Feuer der Dunkelheit". Das Neue kann in der Logik dieser Musikszene nur durch die "totale Vernichtung des bestehenden judeo-christlichen Systems" herbeigeführt werden.

Obwohl solche heidnischen Motive durchaus auch in der "Schwarzen Szene" des Dark-Wave präsent sind, werden dort solche offen neonazistischen Töne nicht angeschlagen. Entsprechend dem feingeistigen Gestus der Szene als solcher, schneiden rechte Gruppen im musikalischen Stil des Neo-Folk, wie beispielsweise die Band "Waldteufel" von Markus Wolff, eher mythische und klassisch völkische Themen an. "Der Blutharsch", die Band des Wieners Albin Julius (bürgerlich: Martinek), setzt hingegen auf die Verbindung von elektronischen Klängen zur taktvorgebenden Trommel. Hier obsiegt in der vermeintlich kultivierten Szene das martialisch-militaristisch Männliche und ehedem kriegerische Töne aus vergangenen Weltkriegen diktieren den Text der Lieder: "Kampf, Sieg oder Tod!".

Unterdessen verbreiten sich in Teilen der Tekkno-Szene neonazistische Anklänge, besonders in der Stilrichtung des Gabba bzw. Hardcore-Techno. Die Musik, der ein enorm schneller Takt von mindestens 180 bpm (beats per minute) zu Grunde liegt und die mancherorts links codiert ist, ist im Ruhrgebiet zum Tummelplatz einer sich formierenden rechten Techno-Szene geworden. Eine Entwicklung, die sich bereits im Ursprungsland des Gabba, den Niederlanden, Mitte der 1990er Jahre abzeichnete. Das rechte Image ergab sich allerdings lange Zeit eher über einen spezifischen Dress-Code und wurde 1996 erstmals mittels der

Sample-Technik, unter Verwendung von Hitler-Reden, durch die niederländischen DJ-Formation "88 A.D.R." in die Musik integriert. Heutige deutsche Gabba-DJs wie "Kahlkopp" (heute "WHIPO") scheinen sie zum Vorbild genommen zu haben. Aber auch im klassischen Dancefloor setzen DJs mit so sinnigen Namen wie "DJ Adolf" auf gesampelte Hitler-Reden.

Inzwischen wird auch vereinzelt mit rassistischen Stereotypen sowie Holocaust relativierenden Metaphern im zumindest bis Mitte der 1990er Jahre kosmopolitisch ausgerichteten HipHop gereimt. Erst jüngst rappte "MC Pain" aus Kiel in einem über das Internet verbreiteten Text: "Türken werden immer reicher und Deutsche immer ärmer" und fürchtet beschwörend: "Kommt noch so weit, dass ein Türke hier Bundeskanzler wird".

Auch wenn solche Töne im HipHop rar sind oder die Tekkno-Szene eher ein Drogen- als ein rechtes Problem hat, zeigen diese Tendenzen doch, dass ein rechter Zeitgeist Einzug hält in verschiedene musikalische Stile. So wie Rassismus immer ein gesellschaftliches Problem war, scheint es leider auch nur eine Frage der Zeit gewesen zu sein, bis rassistische und re-nationalisierende Tendenzen Einzug halten in andere Musikszenen.

Christian Dornbusch und Jan Raabe

Jan Raabe und Christian Dornbusch sind Herausgeber des im Frühjahr erscheinenden Buches "RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien", Hamburg: rat/ Unrast Verlag 2002, 400 Seiten, 20,35 Euro. Der Beitrag erschien zuerst im Fachinformationsdienst Der Rechte Rand, Heft 74 (Januar/Februar 2002). Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Redaktion. Weitere Informationen unter www.der-rechte-rand.de

5. Rechte Hegemonien, linke Marginalitäten. Auf den Spuren der Zivilgesellschaft in den neuen Bundesländern

Autor: Mareike Jörns · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antirassismus, Antinationalismus; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:14

Hat der "Aufstand der Anständigen" im Jahr 2000 die Zivilgesellschaft wachgerüttelt? Und wenn ja, hat das auf den Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern irgendwelche Auswirkungen gehabt? Und wenn nein, woran liegt es? Was ist los mit der vielbeschworenen Zivilgesellschaft? Zwei Fallstudien versuchen, auf diese Fragen Antworten zu finden.

In den letzten beiden Jahren ist das Problem Rechtsextremismus auch von Regierungsseite auf die Tagesordnung gesetzt worden. Von Schröder über die Landespatriarchen, von Verfassungsschützern bis zur örtlichen Polizei fordert man seitdem die BürgerInnen auf, Zivilcourage zu zeigen, sich gegen Rechts zu organisieren und sich den Neonazis entgegenzustellen. Auf einmal waren AntifaschistInnen als ExpertInnen für rechtsextreme Organisierung gefragt und konnten sich vor Vortrags-Anfragen von Gewerkschaften und Bildungseinrichtungen kaum retten. Gleichzeitig wurden die Demonstrationen gegen Nazi-Aufmärsche kriminalisiert wie eh und je - wenn sich, die andere Variante, die Landes- und BundespolitikerInnen nicht gleich selbst an die Spitze dieser Demonstrationen setzten. Organisierte AntifaschistInnen haben angesichts dieser Entwicklung verständlicherweise ambivalente Gefühle: Zwar hoffen sie einerseits, dass die Themen, die sie seit Jahren bearbeiten, jetzt von einer größeren Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Andererseits befürchten sie, dass die "Staatsantifa" das Thema vereinnahmt und dem selbstorganisierten Widerstand die Zähne zieht.

Grund genug, Mythos und Realität des neuen zivilgesellschaftlichen Antifaschismus konkret vor Ort zu untersuchen. Unabhängig voneinander veröffentlichten zwei AutorInnenkollektive Anfang des Jahres die Ergebnisse ihrer Recherchen. "Auf der Suche nach der Zivilgesellschaft" war man in der Uckermark; "Rechtsextremismus und gesellschaftliche Gegenaktivitäten" wurden in Mecklenburg-Vorpommern untersucht. Beide Broschüren versuchen, eine Bilanz von zwei Jahren "staatsantifaschistischer Organisierung von oben" zu ziehen und eine Analyse der gesamtgesellschaftlichen Ursachen von Rechtsextremismus zu (re-) etablieren. Die besondere Qualität der beiden Veröffentlichungen liegt in der Vorgehensweise. Sowohl in der Uckermark als auch in Mecklenburg-Vorpommern haben die AutorInnen mit unterschiedlichen AkteurInnen gegen Rechts Interviews geführt, um die Sicht der vor Ort Handelnden und ihre persönliche Einschätzung der politischen Debatte zu erfassen. Die Perspektive von SozialarbeiterInnen, MigrantInnenorganisationen, Mitgliedern von örtlichen Bündnissen gegen Rechts und Jugendinitiativen wird konfrontiert mit einer gründlichen Auswertung von Lokalpresse, von lokal- und landespolitischen Maßnahmen, Stellungnahmen und Äußerungen von PolitikerInnen, Kirchen- und GewerkschaftsvertreterInnen. So sind zwei detaillierte und tiefenscharfe Darstellungen der Situation in den beiden Regionen entstanden, nah dran an den jeweiligen Mikrokosmen vor Ort und mit genauem Blick für das, was sich zwischen Diskurs und Wirklichkeit abspielt.

Zarte Pflänzchen plattgetrampelt?

Und wo ist nun die Zivilgesellschaft? Die Broschüre über die Uckermark begibt sich mit Hilfe einer theoretisch fundierten Ursachenanalyse ganz explizit auf die Suche. Auch die Diskussion mit den InterviewpartnerInnen in Mecklenburg-Vorpommern landet immer wieder bei der Frage, wer denn nun die "TrägerInnen" des Handelns gegen Rechts sein könnten. An eben dieser Stelle deckt sich das Interesse der AutorInnen mit dem Anliegen der zahlreichen AkteurInnen gegen Rechts vor Ort und schließlich auch mit staatlichen Programmen. So fordert die Landesregierung in Schwerin die Bevölkerung in einem "Handlungsrahmen für Demokratie und Toleranz" explizit dazu auf, sich in Netzwerken und Bündnissen zusammenzuschließen. Dass die PolitikerInnen dennoch eine ganz andere Vorstellung von Selbstorganisierung haben und, entgegen ihrer Selbstdarstellung, diejenigen behindern und kriminalisieren, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus stellen, wird gleichwohl in beiden Broschüren deutlich. Trotzdem ist dieses "Zivilgesellschaft" genannte Etwas notwendigerweise Adressat sowohl der staatlichen Kampagnen gegen Rechts als auch der Bemühungen von linken Gruppen und Antifas. Grund genug, sich genauer anzusehen, was damit gemeint ist.

Der Begriff Zivilgesellschaft steht im westdeutschen linken Diskurs für den aus rot-grüner Richtung kommenden Versuch, die kapitalistische bürgerliche Gesellschaft über die Existenz nichtstaatlicher Gruppen und Institutionen zu legitimieren, die die Interessen der BürgerInnen vertreten; für die mündigen Citoyens, die unabhängig von der Wirtschaftsordnung Einfluss in ihrem Sinne auf den Staat nehmen wollen. Das Berliner Zentrum für Demokratische Kultur (ZDK) hingegen, aus dessen Analysen in beiden Broschüren zitiert wird, definiert Zivilgesellschaft in Anlehnung an Antonio Gramsci als soziale Sphäre, die alle politischen und kulturellen Institutionen umfasst. Aus deren Interaktionen bilden sich öffentliche Meinungen heraus, so dass die Erlangung von Hegemonie, in Gramscis Worten die Bestimmung des "ethischen Inhalts des Staates", zur entscheidenden Frage innerhalb der Zivilgesellschaft wird. Denn nur diejenige gesellschaftliche Gruppe, die die Hegemonie über die Organisationen und Institutionen und zugleich über den "Alltagsverstand" der Zivilgesellschaft ausübt, ist in der Lage, wirklichen Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen. Dabei ist die gesellschaftliche Gruppe im Vorteil, die ihre eigenen ökonomischen, politischen und kulturellen Interessen als die Interessen der Allgemeinheit darstellen kann.

Konkret angewendet auf das Problem Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern führt diese Gramsci-Lektüre die WissenschaftlerInnen vom ZDK zu der folgenden Einschätzung, die insbesondere für das AutorInnenkollektiv in der Uckermark erkenntnisleitend ist: In den neuen Bundesländern sind die Rechtsextremen auf bestem Wege, die kulturelle Hegemonie zu erlangen. Die organisierten Neonazis bedienen sich zivilgesellschaftlicher Aktions- und Organisierungsformen. Sie gründen Sportvereine und Schülerinitiativen, geben Fanzines und Internetseiten heraus und verstehen es, durch ein Netz von informellen Kontakten und sozialen Ereignissen wie Konzerten oder Schulungen viele Jugendliche zu gewinnen und einzubinden. Darüber hinaus bieten sie Interpretationsmuster für die sozialen Stimmungen eines weit größeren Teils der Bevölkerung, indem sie rassistische, antidemokratische und nationalistische Alltagsdiskurse in der Bevölkerung aufgreifen. So gelingt es den Neonazis zunächst, Einfluss auf lokale Entscheidungen zu nehmen, um anschließend nach und nach auch die Meinungsbildung im Zentrum des politischen Systems zu beeinflussen. Diese Entwicklung spielt sich vor einem besonderen historischen Hintergrund ab: Zivilgesellschaftliche Strukturen sind, so die These, in den neuen Bundesländern kaum ausgebildet oder nur als übernommene Fassade vorhanden. Der Übergang von realsozialistischen zu kapitalistischen Gesellschaften war geprägt durch eine technokratische Installierung bestimmter Institutionen und eine aggressive Übernahme der Wirtschaft durch Westbetriebe bzw. -Kapital. Ein etabliertes System gesellschaftlicher Institutionen wurde "aufgepfropft". Man propagierte die Schaffung einer effektiven Ökonomie ("blühende Landschaften") und die Segnungen der freien Demokratie.

Nach über zehn Jahren Wiedervereinigung stellt sich für viele Menschen die Realität allerdings ganz anders dar, so die Ergebnisse der Untersuchungen des ZDK: Der Kapitalismus wird als ähnlich "raubtierartig" erlebt, wie ihn die sozialistische Staatspropaganda darstellte. Entwickelte demokratische Strukturen von unten sind nur wenig entstanden - einerseits, weil die Chance zu einer realen Mitbestimmung und Gestaltung nicht gegeben wurde, andererseits, weil in den paternalistischen Strukturen der alten DDR Eigeninitiative, Selbstorganisierung und kritische Partizipation noch weniger vorgesehen waren als in den bürgerlichen Demokratien. Eine weit verbreitete antidemokratische Haltung in Kombination mit einem völkischen Nationalismus liefert einen guten Nährboden für rechtsextreme Denkmuster. Vorstellungen von Demokratie, Menschenrechten und Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen jenseits von nationaler Zugehörigkeit sind gesellschaftlich nicht verankert.

Linke Hegemonieschwäche

In diesem Sinne meint "Zivilgesellschaft" für die AutorInnen der Uckermark-Broschüre "nicht-staatliches Engagement im Sinne von Emanzipation und bewusster Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen." Auch wenn der positive Bezug auf demokratische Strukturen und die hohe Bedeutung, die zivilgesellschaftlichen Kräften in dieser Analyse beigemessen wird, von dem AutorInnenkollektiv der Mecklenburg-Vorpommern-Untersuchung nicht gänzlich geteilt wird: Konsens ist, dass eine inhaltliche und organisatorische Besetzung des "zivilgesellschaftlichen" Raumes in den neuen Bundesländern aktuell massiv von rechts betrieben wird und dass jede Art von Gegenwehr zur Zeit daran krankt, dass dem von links nichts entgegengesetzt wird. Die UckermarkerInnen ziehen folgende Bilanz: "Eine Zivilgesellschaft im Sinne einer gemeinsamen Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus haben wir in der Uckermark nicht finden können. Ein bisschen macht uns das Angst. Wenn wir die letzten elf Jahre zusammenfassen, haben sich in der

Uckermark unglaublich viele rechtsextreme Gewalttaten ereignet. Ganze Generationen von Jugendlichen sind in einer Atmosphäre von Intoleranz, Inhumanität, Vorurteilen und Ausgrenzung aufgewachsen. Zivilgesellschaftliche Strukturen gab es nicht. Dass sich heute in einigen wenigen Regionen zarte zivilgesellschaftliche Pflänzchen regen, freut uns." Aus Mecklenburg-Vorpommern heißt es skeptischer in Bezug auf die zivilgesellschaftlichen Pflänzchen: "Ein Fazit unserer Befragung von gesellschaftlichen GegenakteurInnen gegen Rechtsextremismus lautet: Um den Inhalten der Neonazis begegnen zu können, braucht es eigene Inhalte. Rechtsextreme Weltbilder entstehen aus der Mitte der Gesellschaft; dieser Erkenntnis wird inzwischen von vielen zugestimmt. Daraus folgt, dass auch die Mitte der Gesellschaft mit ihrem eigenen Rassismus, mit der von ihr propagierten Verwertungslogik und ihrem Umgang mit sozial Schwachen konfrontiert werden muss. Sonst bleiben die Beschwörungen von Demokratie und Toleranz floskelhaft und blass. (...) Der Glaube und die Hoffnung, dass es ausreicht, eine Wir-alle-gegen-Nazis-Stimmung zu verbreiten, ist immer wieder anzutreffen. Damit wird den Neonazis nach wie vor das inhaltliche Feld überlassen."

Fazit: Ob das Schlagwort "Zivilgesellschaft" nun greift oder nicht: Fest steht, dass die Linke nicht nur in den neuen Bundesländern inhaltlich und politisch in den Kampf um gesellschaftliche Hegemonie eintreten muss, wenn sie den Nazis das Feld nicht überlassen will. Und: Die Lektüre beider Broschüren lohnt sich.

Mareike Jörns

"... in der Mitte angekommen. Rechtsextremismus und gesellschaftliche Gegenaktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern." Hrsg. Argumente - Netzwerk antirassistischer Bildung e.V., Berlin, 2002. Bestelladresse: rat - Reihe antifaschistischer Texte c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg, Einzelbestellung EUR 3 plus Versand.

"Recherchebroschüre Rechtsextremismus. Auf der Suche nach der Zivilgesellschaft", Uckermark, 2001. Hrsg. und Bestelladresse: "Pfeffer und SalZ" e.V., Postfach 1119, 16272 Angermünde.

Weitere Literatur:

Lorenz Korgel, Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus in: Bulletin Schriftenreihe des Zentrum für Demokratische Kultur, Berlin 1/2000).

6. Anklage gegen BGS-Beamte. Der Tod von Aamir Ageeb hat ein juristisches Nachspiel

Autor: Thomas Klein · Rubrik: Polizeistaat/Polizeiterror; Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:15

Fast drei Jahre nachdem der Senegalese Aamir Ageeb an den Folgen einer gewaltsam durchgeführten Abschiebung starb, ist Anklage gegen die drei damals eingesetzten Bundesgrenzschutzbeamten erhoben worden. Die zuständige Staatsanwaltschaft in Frankfurt am Main erklärte, den BGS-Beamten werde fahrlässige Tötung vorgeworfen. Der genaue Termin der Prozesseröffnung steht noch nicht fest. Mit Prozessbeginn wird allerdings nicht vor Sommer diesen Jahres gerechnet.

Der Tod Aamir Ageebs am 28. Mai 1999 an Bord des Lufthansa-Flugs LH 558 führte seinerzeit der Öffentlichkeit drastisch vor Augen, wie die Abschiebepraxis von Flüchtlingen hier zu Lande aussieht. In der Asyl- und Ausländerpolitik wird der Tod von Menschen zumindest billigend in Kauf genommen, so damals das bittere Fazit des bundesweiten Netzwerkes kein mensch ist illegal. Schließlich seien Meldungen, dass immer wieder mit brachialer Gewalt Abschiebungen durchgesetzt würden, keine Seltenheit. Auch Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international oder die Flüchtlingshilfeorganisation pro asyl beklagten nach der tödlich verlaufenden Abschiebung einen gnadenlosen Umgang mit Menschen, insbesondere dann, wenn deren Asylbegehren abgelehnt worden sei.

Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) verordnete nach dem Tod Ageebs für einige Wochen einen Abschiebestopp und untersagte in einer novellierten Richtlinie den Einsatz von Helmen und Knebeln gegen "deportees" - ein Begriff, wie ihn Fluggesellschaften für abgeschobene Flüchtlinge verwenden.

Dass es jetzt überhaupt zur Anklage gekommen ist, werten Flüchtlingsinitiativen und Menschenrechtsgruppen als Ergebnis eines erheblichen öffentlichen Drucks. Eine Untersuchung des Bundesinnenministeriums hatte nämlich zunächst das lapidare Ergebnis: Ein Verschulden der Beamten am Tod Ageebs könne nicht festgestellt werden. Die inzwischen durchgeführten Ermittlungen der Frankfurter Staatsanwaltschaft ergeben jedoch ein ganz anderes Bild. Ein rechtsmedizinisches Gutachten der Universität München kommt zu dem Ergebnis, dass als Todesursache eine "positional asphyxia", also eine lagebedingte Erstickung des Sudanesen anzunehmen ist.

Claus Metz, Frankfurter Arzt und Mitglied bei IPPNW (Ärzte in sozialer Verantwortung), hat sich mit dem Erstickungstod Aamir Ageebs in den zurückliegenden Monaten intensiv beschäftigt. Er erklärte bereits Ende letzten Jahre, die Erkenntnisse, die aus den vorliegenden Unterlagen gezogen werden könnten, enthielten eine ganze Reihe brisanter Details, die die BGS-Beamten aufs Schwerste belasteten. So hatten die BGS-Beamten den sich gegen seine Abschiebung wehrenden Sudanesen so eng gefesselt, dass es allein schon dadurch - so Claus Metz - zu einer zirkulären Einengung des unteren Brustkorbes gekommen ist. Die Hände Ageebs waren vor seinem Bauch mit Plastikfesseln oder mit sogenannten "Kabelbindern" an den Handgelenken eng zusammengeschnürt worden. Hautstriemen bei dem Getöteten weisen darauf hin, dass die BGS-Beamten statt der vorgeschriebenen acht Millimeter breiten Plastikfesseln die wesentlich schmaleren und scharfkantigen Kabelbinder benutzt haben könnten, die zu schmerzhaften Einschnitten in die Haut führen. Über diese Fesseln war ein Klettband gewickelt. Gleichzeitig wurden die Ellenbogen des Sudanesen ebenfalls mit Plastikfesseln hinter seinem Rücken eng miteinander verzurrt, so dass durch diese nicht mehr zu lockernde Fesselung (die äußerst reißfesten Plastikfesseln wie auch die Kabelbinder kann man nicht lockern, nur aufschneiden) der untere Bereich des Brustkorbs bereits in aufrechter Sitzhaltung durch die gegen den seitlichen Bauchraum gepressten Unterarme eingezwängt war. Allein hierdurch war die Atmung des Gefesselten schon stark eingeschränkt.

Die Oberarme des Sudanesen waren zusätzlich mit einem Klettband am Körper fixiert. Außerdem wurden seine Beine miteinander verzurrt. Die Fußgelenke waren mit Plastikfesseln verbunden und unterhalb der Kniegelenke waren weitere Plastikfesseln angebracht. Schließlich waren die Beine mit einem Klettband und einem langen Seil am Sitz fixiert. Insgesamt kamen elf Kabelbinder, ein ca. fünf Meter langes - dienstlich nicht zugelassenes - Seil und vier ca. zwei Meter lange Klettbänder zum Einsatz. Schließlich wurde dem derart verschnürten "menschlichen Paket" ein Vollintegralhelm über den Kopf gestülpt.

Während des Startes wurde Aamir Ageeb mit dem Kopf nach vorn/unten gedrückt. Die BGS-Beamten gingen dabei so brutal zu Werke, dass - wie im rechtsmedizinischen Gutachten festgestellt - die drei obersten Rippen des Sudanesen beiderseits des Brustkorbs ebenso wie das obere Brustbein selbst brachen, weil hier der scharfe untere Rand des Integralhelms gegen den Brustkorb gepresst wurde.

In dieser zusammengekrümmten Sitzposition mit dem stark nach vorn gebeugten Hals, den von den Oberschenkeln in die Magengrube gepressten zusammengeschnürten Fäuste und dem seitlich von den Unterarmen eingezwängten unteren Brustkorb war dem Sudanesen Schreien fast unmöglich. Eine Decke, die über seine Beine gebreitet war und mit der seine Fesselung verdeckt werden sollte, hinderte in dabei zusätzlich am atmen. Aamir Ageeb erstickte jämmerlich.

Laut Aussagen mitfliegender Zeugen hat Ageeb vor dem endgültigen Nachlassen seiner Kräfte noch rufen können, er bekomme keine Luft mehr. Die nach Feststellung des Atemstillstandes zu Hilfe gerufenen ärztlichen Passagiere beklagten sich bei ihrer Zeugenvernehmung darüber, dass sie Ageeb in festgeschnallter Mittelsitzposition beatmen und mit Herzmassage reanimieren sollten, weil die BGS-Beamten sich weigerten, die Fesseln aufzuschneiden.

Die Anklageschrift stütze sich neben umfangreichen Zeugenaussagen hauptsächlich auf das Gutachten der Münchner Rechtsmedizin, das zu dem Ergebnis kommt, dass das Herunterdrücken des Oberkörpers ursächlich für das Aussetzen der Brust- und Bauchatmung des 30-Jährigen gewesen ist. Laut Anklage hätte den geschulten Beamten klar sein müssen, dass ihre Vorgehensweise den Tod des Mannes herbeiführen konnte. Die drei BGS-Beamten haben sich zu den Vorwürfen bisher nicht geäußert. Bei einer Verurteilung droht ihnen eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren.

Thomas Klein

7. Anklage wegen Selbstverteidigung. Weil sie sich gegen Nazis wehrte, steht eine türkische Familie vor Gericht

Weil sie sich gegen Nazi-Überfälle wehrte, steht eine türkische Familie vor Gericht

Autor: Anke Schwarzer · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Klassenjustiz, Repressionen; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:32

Notwehr oder Angriff? Diese Frage haben die Ermittlungsbehörden offensichtlich schon beantwortet: Im sächsischen Pirna ist die Familie Sendilmen wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung in mehreren Fällen angeklagt. Am 12. März begann im Amtsgericht Pirna der Prozess. Die Familie soll grundlos "Jugendliche auf Kneipentour" attackiert haben. Seit 1997 betreibt die Familie eine Gaststätte in Pirnas Altstadt und wird immer wieder von Neonazis bedroht. Der Fortgang des Prozesses wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

Vor fünf Jahren zog die türkische Familie Sendilmen in die ostsächsische Kleinstadt Pirna. Seitdem betreibt sie in der Jacobäerstraße die Gaststätte "Antalya-Grill" - allerdings nicht ungestört: Mehre Male überfielen Neonazis die Gaststätte, provozierten und bedrohten die fünfköpfige Familie. Allein im Jahr 2000 ist es zu mindestens vier Auseinandersetzungen mit Rechtsextremen gekommen. Bis zu 30 Neonazis standen manchmal vor dem Haus, vor allem am Wochenende und mitten in der Nacht.

Am 1. Mai 1998 randalierten rechte Jugendliche zum ersten Mal vor der Gaststätte: 20 Stühle seien dabei kaputt gegangen, sagt Adem Sendilmen. Seine Anzeige bewirkte nichts, die Täter fühlten sich ermutigt. Die Provokationen gehen weiter, die Familie sieht sich von der Polizei im Stich gelassen. Die Polizei habe auf ihre Notrufe nicht oder erst sehr spät reagiert, so die Familie.

Im Oktober 2000 hat die Familie Sendilmen Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Polizei Pirna eingereicht. Die Polizei Pirna wehrt die Vorwürfe ab. Auch die Staatsanwaltschaft Dresden sieht keine Versäumnisse der Polizei. Zurückgewiesen wird ebenfalls die Kritik der gewerkschaftsnahen Aktion Zivilcourage, die lokale Polizei habe das Treiben der Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) jahrelang verharmlost und Beschwerden nicht ernst genommen.

Nazis provozieren und attackieren

Die 1997 gegründete und 2001 verbotene Organisation zählt rund 120 Mitglieder und etwa 200 Sympathisanten, die fest verankert in ihren Gemeinden sind: ein Sozialarbeiter bei der Arbeiterwohlfahrt, Söhne von Kaufleuten aus der Region, von Kommunalpolitikern und Polizeibeamten. Wegen dieser engen Verflechtungen waren offensichtlich auch Polizeibeamte aus der Region nicht informiert worden, als 200 Beamte des sächsischen Landeskriminalamtes im Juni 2000 die Wohnungen von Neonazis südöstlich von Dresden durchsuchten. Der Fund: Zwei Kilogramm Sprengstoff, Granaten, Gewehre, Pistolen, Zündvorrichtungen und Nazi-Propaganda.

Warten, bis der "Antalya-Grill" kurz und klein geschlagen wird? Zusehen, wie das Haus angezündet wird, und dabei sicher sein, dass die Polizei keine Tatverdächtigen aufspüren wird? Am 14. Januar 2001 kurz nach Mitternacht bewaffnen sich die Eltern Adem und Keziban Sendilmen sowie zwei Söhne und die Tochter mit Stöcken, weil Neonazis vor dem Lokal stehen. Mit Stöcken und Eisenstangen sollen sie auf die Gruppe Jugendlicher eingeschlagen haben. Einem jungen Mann soll mit einem Dönermesser die Hose aufgeschlitzt worden sein. Die Folge: Kratzer am Hintern. Der Mutter wird zudem vorgeworfen, einen Kochtopf mit heißer Flüssigkeit geholt und auf die Jugendlichen geschüttet zu haben.

Wieder erstatteten die Neonazis Anzeige gegen die Familie. Die Methode: So lange bedrohen und provozieren, bis sich die Angegriffenen wehren, dann gleich ausreichend Zeugen bereit haben, die belegen, wie aufbrausend und gewalttätig doch die Ausländer seien. Kommt die Polizei, geben sie sich als unschuldige Opfer. Die örtliche Presse berichtet von Türken, die mit dem Dönermesser auf Jugendliche losgehen. Der Ruf der Gaststätte ist ruiniert. Der Umsatz geht zurück. Der Stress, schlaflose Nächte und die Attacken haben das Ehepaar Adem und Keziban Sendilmen krank gemacht.

Polizei und Bevölkerung schaut weg

Polizei und Staatsanwaltschaft stellen die Situation so dar, als hätte die Familie Sendilmen die Jugendlichen auf einer Kneipentour aus dem Nichts heraus angegriffen. Teilen der Familie droht eine Freiheitsstrafe ohne Bewährung. Die fünf VerteidigerInnen der Familie Sendilmen werfen der Staatsanwaltschaft vor, einseitig ermittelt zu haben. Zudem beanstandeten sie, dass das Gericht nur Zeugen geladen hat, die gegen die Familie aussagt. "Es gibt zahlreiche Zeugen - Gäste und Nachbarn - die anderes beobachtet haben, aber es wurden ausschließlich Nazizeugen und Belastungszeugen geladen," sagt der Verteidiger Ulrich von Klinggräff.

Als Zeugen geladen sind die "Geschädigten" - Neonazis und teils ehemalige Mitglieder der SSS. Mindestens drei von ihnen sind, neben weiteren ehemaligen Mitgliedern der SSS, wegen "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" angeklagt. Der Prozess vor dem Landgericht Dresden wird voraussichtlich im Sommer dieses Jahres beginnen.

Die Anwälte beantragten, die Ermittlungsakten gegen SSS-Mitglieder hinzuzuziehen, um sich ein Bild von den Zeugen zu machen und um das zu klären, was eigentlich Aufgabe der Ermittlungsbehörden gewesen wäre: inwieweit die "Geschädigten" und Mitglieder der SSS in geplanter und organisierter Form den "Antalya-Grill" der Familie Sendilmen angegriffen haben. In der Begründung der Verbotsverfügung des Sächsischen Innenministeriums für die militante Neonaziorganisation SSS sei ausdrücklich auf die Angriffe gegen die Gaststätte "Antalya-Grill" hingewiesen worden, so die Verteidigung. Zitiert wird dort ein internes Schreiben der SSS, in dem es heißt, dass "davon ausgegangen werden muss, dass sich in den Räumen über dem Geschäft regelmäßig linke Gewalttäter treffen. Über Lösungen des Problems durch Söldner sollte nachgedacht werden." Bei einem "Geschädigten" und Zeugen wurden bei den Hausdurchsuchungen im Vorfeld des SSS-Verbotes zudem steckbriefartige Informationen über Ausländer und Linke aus der Region beschlagnahmt.

Der Amtsrichter Jürgen Uhlig bewilligte den Antrag der Verteidigung. Die Ermittlungen gegen die SSS sollen in den Prozess miteinbezogen werden, das Gericht will sich die Akten beschaffen. Der Prozess ist auf unbestimmte Zeit vertagt.

Anke Schwarzer

8. Von Jena nach Strasbourg - Grenzcamp 2002

Autor: h., AG3F Hanau · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:28

Zukunftsvision 19. Juli 2002: Zahlreiche "Freedom-of-Movement"-Transparente zieren den Auto- und Buskonvoi, der sich gerade von Jena Richtung Strasbourg auf den Weg gemacht hat. Eine Zeltwoche haben einige hundert "CampaktivistInnen" bereits hinter sich, und erstmals machten Flüchtlinge und MigrantInnen bei diesem fünften kein-mensch-ist-illegal-Camp gut die Hälfte der TeilnehmerInnen aus. Die Selbstorganisationen The Voice sowie die Brandenburger Flüchtlingsinitiative hatten die Idee, dass mit Demonstrationen und Aktionen zivilen Ungehorsams quer durch Thüringen einiger Staub aufgewirbelt wurde. Die Normalität der Isolation in einigen der anliegenden Flüchtlingslager war für diese Woche komplett durchbrochen. Jetzt zieht ein Großteil der CamperInnen weiter, in Strasbourg wollen sie mit AktivistInnen aus verschiedensten Ländern zusammentreffen. Auf zehn weitere Tage zielt auch das erste international organisierte noborderCamp gegen ein Grenzregime, das sich schließlich zunehmend europaweit vereinheitlicht. Deshalb soll u.a. am Bunker des Schengen-Informationsystems protestiert werden, vor der ersten supranationalen Fahndungsdatei, die sich vor allem gegen illegalisierte MigrantInnen richtet. Doch an der Mobilisierung nach Strasbourg sind gleichermaßen Initiativen beteiligt, die in der so genannten Antiglobalisierungsbewegung aktiv sind, Gruppen, die Carneval-Aktionen veranstalten wollen, sowie zahlreiche Internet- und Indymedia-AktivistInnen. Ein Laboratorium kreativen Widerstands ist für die kommende Woche angekündigt, eine temporäre autonome Zone, die jenseits des Gipfelhoppings, aber doch im internationalen Rahmen eigene und themenübergreifende Akzente setzen will ...

Zukunftsvisionen en masse

Die Doppelcampmobilisierung für Juli hat bereits begonnen. (1) Nach dem letztjährigen Grenzcamp in der Nähe des Frankfurter Flughafens kehren die Zelte für dieses Jahr zunächst wieder in die "östliche Provinz" zurück. "Die inneren Grenzen im Visier", dieser für Frankfurt kreierte Slogan, behält dabei seine Gültigkeit. Im Mittelpunkt der Aktivitäten in Thüringen soll die alltägliche Isolation und Ausgrenzung von Flüchtlingen stehen, ihre Lebenssituation in den elenden Lagern und nicht zuletzt die ständigen rassistischen Kontrollen, zumeist auf Grundlage der Residenzpflicht, die in Thüringen besonders repressiv angewendet wird. Den Vorschlag für ein Grenzcamp in Thüringen hatte The Voice in die Debatte gebracht, die dabei von der Brandenburger Flüchtlingsinitiative unterstützt wurde. Beide Gruppen hatten im letzten Jahr ihre mangelnde Einbeziehung und das oberflächliche bis abgrenzende Verhältnis der "Nonrefugees" kritisiert. Das diesjährige Camp will deshalb nicht nur eine völlig andere Zusammensetzung der TeilnehmerInnen (zu Gunsten der Refugees) erreichen, sondern auch eine intensivere Auseinandersetzung zwischen Flüchtlingen und AntirassistInnen (mit Schengen-Pass) vorantreiben.

Die Parole heißt europäische Vernetzung

Voraussichtlich in der Nachbarschaft eines Banlieu, eines Vorortes, in dem viele MigrantInnen und Sans Papiers leben, wird das Camp in Strasbourg (2) stattfinden. An den Vorbereitungen maßgeblich beteiligt ist eine lokale Gruppe namens Festival Permanente contre lauxes racistes, die gemeinsam mit der Mouvement Immigrantes des Banlieus, der Bewegung der ImmigrantInnen in den Vorstädten, für das Camp mobilisiert und die dort ihre Kampagnen gegen rassistische Polizeieinsätze sowie die Doppelbestrafung (3) von MigrantInnen einbringen wollen. Aus Frankreich sind zudem Antiabschiebe-Gruppen involviert, die in Paris gerade eine Kampagne gegen die nach dem 11. September in Kraft getretenen "Sicherheitsgesetze" begonnen haben, sowie das Netzwerk Sans Titre, in dem sich städtische HausbesetzerInnen und Landprojekte zu gemeinsamen Aktionen zusammengefunden haben. Aus Österreich sind antirassistische Gruppen um die Wiener Volxtheater-Karawane am Strasbourg-Projekt beteiligt, aus England wollen das Barbed-Wire-Netzwerk gegen Abschiebehaft, noborder- und "Rhythm-of-Resistance"-Sambagruppen beim Programm mitmischen, und aus Finnland hat sich ein erster Bus angemeldet ... Eine vielfältige internationale Zusammensetzung erscheint zunehmend wahrscheinlicher.

Das Strasbourger noborder-Camp zeichnet sich darüber hinaus als praktisches "cross-over event" ab. Mit "d.sec" ist ein unlängst veröffentlichter Aufruf überschrieben, der gleichermaßen unkonventionell wie charmant Internetfreaks, MedienaktivistInnen als auch "Streetcarnival"-Gruppen zur Mitarbeit auffordert. (4) Mit

"noborder meets PGA"(5) sollen zudem Veranstaltungen betitelt werden, die aus eher praktischen Blickwinkeln die Zusammenhänge zwischen Migration und Globalisierung ausleuchten. Und mit einem Forum zu "Arbeit und Migration" will die "temporäre Assoziation: jeder mensch ist ein experte" die Diskussionsfäden auf europaweiter Ebene weiterspinnen, die im Oktober in der BRD in einer Veranstaltungsreihe über multiethnische ArbeiterInnenorganisierung in den USA aufgegriffen wurden. (vgl. ak 457)

Ob diese ersten ambitionierten Programmplanungen umgesetzt werden können, ob sich, nicht zuletzt angesichts der Sprachbarrieren, wirklich europaweite, themenübergreifende Debatten in einer Weise anzetteln lassen, dass sie über das Camp hinaus Bedeutung erhalten, darüber lässt sich im jetzigen Stadium nur spekulieren. Ein Anfang dazu wurde jedenfalls gemacht, übrigens schon im Dezember letzten Jahres, als sich in München bei einem noborder-Treffen AktivistInnen aus 15 europäischen Ländern nach den Erfahrungen mit der Grenzcampkette im vergangenen Sommer nun auf Strasbourg als ein gemeinsam zu organisierendes Projekt verständigten.

h., AG3F Hanau

Anmerkungen:

1) Einige AktivistInnen aus dem Campvorbereitungskreis, die mit der Thüringen-Entscheidung nicht einverstanden waren, planen zusätzlich so genannte Schill-Y-out-days für Ende August in Hamburg. Auch gibt es erste Ankündigungen für ein antisexistisch-antirassistisches Sommercamp.

2) weitere Infos unter www.noborder.org

3) Zielt auf das Gesetz, mit dem MigrantInnen, die wegen strafrechtlicher Delikte in Haft genommen wurden, zusätzlich abgeschoben werden.

4) www.dsec.info

5) pga - peoples global action

9. Das Kommando Spezialkräfte kämpft in Afghanistan. Warum die Aufregung?

Autor: Vo · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Interventionspolitik und Kriege; Afghanistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:05

Die liberale Öffentlichkeit, rot-grüne BedenkenträgerInnen und die rechte Opposition geben sich gleichermaßen besorgt: Ist doch nun heraus, dass Angehörige des Kommandos Spezialkräfte (KSK), die Elite der deutschen Interventionstruppen, in Afghanistan in "richtige" Kampfhandlungen verwickelt sind. Die Aufregung, die um diese Tatsache verbreitet wird, ist scheinheilig und zynisch zugleich.

Scheinheilig: Immerhin hat die große Mehrheit des deutschen Parlaments dafür gestimmt, die USA im "Krieg gegen den Terrorismus" auch mit deutschen Truppen zu unterstützen. In dem entsprechenden Mandat ist auch der Einsatz der KSK explizit vorgesehen. Die bürgerliche Öffentlichkeit hat das begrüßt. Komme also jetzt niemand mit Spitzfindigkeiten: So sei das ja gar nicht gemeint gewesen, dass nun gegen Taliban und Al Qaida gewissermaßen in offener Feldschlacht gekämpft werde; man habe sich eigentlich anderes unter dem Einsatz vorgestellt. Vielleicht mal den einen oder anderen Top-Terroristen fangen oder killen, womöglich die Inkarnation des Bösen, Mr. Bin Laden himself - und dafür dann von der gesamten "zivilisierten Welt" ewigen Ruhm für "Deutschland" einheimsen.

Da hat man dann aber die Rechnung ohne den Wirt - sprich: die USA - gemacht. Die haben die Zusage "uneingeschränkter Solidarität" so verstanden, wie man sie mit gesundem Menschenverstand nur verstehen kann: Die Deutschen sind bereit, im "Krieg gegen den Terror" alles mitzumachen. Na, dann sollen sie gefälligst ebenso wie GIs den Kopf hinhalten (und dabei handelt es sich wohlgemerkt nur um die Köpfe von ein paar Männeken). Dass sich die USA in die politische und operative Führung der gesamten Aktion und aller Teil-Operationen nicht hineinreden lassen, nur weil deutsche und andere Hilfstruppen in vergleichsweise geringer Zahl beteiligt sind, kann nur Naivlinge verwundern. Aber hinter der ganzen Aufregung steckt auch, dass "wir" nur die Hilfkräfte der Amerikaner stellen dürfen, statt selbst die erste Geige zu spielen. Dieser unterschwellige Nationalismus und krude Anti-Amerikanismus, der die Aufregung in deutschen Landen begleitet, lässt in - chauvinistische - Abgründe blicken; mit aufrichtiger Kritik am Krieg und gar mit Antimilitarismus hat das nichts zu tun.

Zynisch ist das Lamento, weil nun auch deutsche Soldaten ganz offensichtlich bei direkten Kampfhandlungen am Boden ihr Leben riskieren müssen. (Nebenbei: Was gehört eigentlich zu den wesentlichen Charakteristika des Soldatenberufes? Eben: Töten und bereit sein, sich töten zu lassen). Es offenbart sich die ganze Verlogenheit dieses Kampfes "gegen den Terrorismus" und "für die Rechte der afghanischen Frauen". Solange dieser Kampf "Kollateralschäden" unter ebendiesen afghanischen Frauen und ihren Kindern verursachte, deutsche Männer aber verschont blieben, weil die US-Luftwaffe aus großer Höhe die Drecksarbeit erledigte, war alles in Ordnung. Aber jetzt: Bedenken, Sorgen, Aufregung, Klagen über zu wenig Informationen ...

Zudem lenkt die Aufregung um die KSK von einer zentralen Tatsache ab: Moderne Kriegführung ist ein hochgradig arbeitsteiliges Geschäft; in unserem Falle sind darin einbezogen nicht nur die KSK-Kämpfer in Afghanistan, sondern auch die 1.200 Marinesoldaten auf Kriegsschiffen vor dem Horn von Afrika, die 140 auf der Marinebasis in Dschibuti, die 240 ABC-Abwehrkräfte in Kuwait, die 280 Marinesoldaten des Nato-Flottenverbandes im östlichen Mittelmeer, die 60 Bundeswehrangehörigen in Kommandozentralen in den USA - sie alle gehören zu dieser arbeitsteiligen Kriegsmaschinerie. Kritik darf sich nicht beschränken auf jene, die schießen, sondern muss auf diesen gesamten Apparat zielen.

Für eine antimilitaristische Position heißt das: Selbst wenn in Afghanistan keine KSK-Leute dabei wären, müsste die deutsche Kriegsbeteiligung gleichermaßen scharf verurteilt werden. Ein bisschen Krieg(sbeteiligung) gibt es nicht. Die künstliche Aufregung um die speziellen Umstände des gegenwärtigen KSK-Einsatzes, die Klagen über "die überforderte Armee" (Spiegel-Titel 11/2002) sollte man Scheinheiligen und Zynikern überlassen.

Vo

10. Schlag auf Schlag im Berliner RZ-Prozess

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:26

Im Prozess vor dem Kammergericht Berlin ist am 28. Februar ein weiterer Gefangener nach einer Einlassung aus der U-Haft entlassen worden. Damit sind nun vier von fünf Angeklagten auf freiem Fuß. Obwohl Axel Haug mit seinen Angaben zur Sache den Kronzeugen erneut demontierte, zeigt sich das Gericht unbeeindruckt. Ganz im Gegenteil, wie es mit seiner Entscheidung zeigte, Harald Glöde weiterhin in U-Haft zu lassen.

Hatten in der ersten Phase des Prozesses alle Angeklagten sich geweigert, Aussagen zu machen, haben nun innerhalb von sechs Wochen drei Angeklagte ihr Schweigen gebrochen. Hintergrund ist nicht zuletzt der sich "unerträglich dahin schleppende Verlauf dieses Verfahrens", wie es Axel Haug in seiner persönlichen Erklärung ausdrückte. (1) Erst Anfang des Jahres hatte Rudolf Schindler für eine handfeste - und in der Soliszene nicht unumstrittene - Überraschung gesorgt (2), als er im Rahmen eines Deals mit dem Gericht ein Teilgeständnis ablegte und sich mit Einverständnis seiner Frau Sabine Eckle auch zu deren Rolle in den Berliner RZ äußerte. (vgl. ak 459)

"Verdammte Lügen"

Auch Axel Haug widersprach der Version des Kronzeugen deutlich. Am Ende seiner detaillierten Erklärung, in der er alle Vorwürfe Tarek Mouslis bestritt und lediglich Unterstützungsarbeiten für die RZ einräumte, erschienen die Behauptungen des Kronzeugen jedenfalls äußerst unglaubwürdig. "Unter dem Decknamen ‚Anton` diskutierte ich im erweiterten Kreis über Grundlagen von Migration, die verzweifelte Lage vieler Flüchtlinge und die daraus abgeleitete so genannte Flüchtlingskampagne mit", so Axel Haug in seiner von seinem Anwalt Jasper von Schlieffen verlesenen persönlichen Erklärung. Im Sommer 1984 sei er auf ein mögliches Mitwirken in den Berliner RZ angesprochen worden. Zwar habe er seine grundsätzliche Bereitschaft erklärt, gleichzeitig aber deutlich gemacht, dass für ihn die politische Unterstützungsarbeit für Nicaragua weiterhin erste Priorität habe. Wegen eines längeren Nicaragua-Aufenthaltes wurde deshalb der Kontakt erst wieder 1986 aufgenommen. In der Folge habe er sich lediglich an der Unterstützung der beiden untergetauchten Rudolf Schindler und Sabine Eckle beteiligt. Der Kontakt wurde allerdings bereits im Herbst 1986 wieder abgebrochen, da er als Zeuge im so genannten radikal-Verfahren ins Visier der Ermittlungsbehörden geraten war. "Da ich nunmehr sicher war, den Strafverfolgungsbehörden zumindest als Zeuge in einem Verfahren nach § 129a StGB aufgefallen zu sein und ständig unter polizeilicher Beobachtung zu stehen, brach ich im Herbst 1986 entsprechend unseres Sicherheitskonzeptes jeden Kontakt zur RZ ab." Erst im Frühsommer 1987 habe es wieder "vorsichtige" Kontakte zwischen ihm und der RZ gegeben, wobei er nie an konspirativen Treffen der Gruppe teilgenommen habe. "Die wenn auch diffusen Unterstellungen des Zeugen Mousli, ich hätte vor dem oben geschilderten Hintergrund zeitgleich einen Beitrag zu den Anschlägen auf Harald Hollenberg und die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber (ZSA) geleistet, sind absurd." Auch an dem Anschlag auf Günther Korbmacher sei er nicht beteiligt gewesen. Da er zu diesem Zeitpunkt nur noch Kontakt zu einzelnen Militanten der RZ gehabt habe, sei seine "Beteiligung an Vorbereitung oder Absicherung des Anschlags niemals auch nur erwogen" worden.

1988 habe er dann auf Grund "persönlicher und politischer Erwägungen" seine Unterstützungsarbeit für die RZ eingestellt. Darüber hinaus wäre seine Beteiligung am versuchten Sprengstoffanschlag auf die Berliner Siegessäule 1991 schon deshalb unmöglich gewesen, weil er zu diesem Zeitpunkt wegen einer Knieverletzung medizinisch behandelt wurde. Vehement sprach er sich dagegen aus, im MehringHof habe es ein RZ-Waffendepot gegeben: "Wäre ich zu irgendeiner Zeit mit einem solchen Ansinnen konfrontiert worden, hätte ich mich entschieden dagegen verwahrt ... Der MehringHof ist vermutlich einer der bestüberwachten linken Treffpunkte der Stadt." Detailliert wies er zudem nach, dass weder der von Mousli bei der ersten MehringHof-Razzia im Dezember 1999 genannte Aufzugsschacht noch der bei der zweiten Durchsuchung im Mai 2000 von ihm per Video-Standleitung identifizierte Elektroraum für ein Sprengstoffdepot geeignet gewesen seien. Mit letzterem hätte Mousli "den im technischen Sinne ‚brisantesten` Raum des ganzen MehringHofs gewählt", so der langjährige Hausmeister des Projekts. Hinzu komme, dass beide Räume regelmäßig wegen Wartungsarbeiten bzw. generell öffentlich zugänglich gewesen seien.

Brisante Enthüllungen

Wie der Senat die Einlassungen der drei Angeklagten bewertet, machte er mit einem Beschluss vom 4. März klar. Darin lehnte er eine Haftverschonung von Harald Glöde ab. Der "dringende Tatverdacht ist nach wie vor gegeben", so das Gericht, und durch die Einlassungen sogar "erhärtet worden". Mit ihren Teilgeständnissen hätten Rudolf Schindler, Sabine Eckle und Axel Haug "die im Ermittlungsverfahren und in der laufenden Hauptverhandlung gemachten Angaben des Kronzeugen bestätigt". Mit ihren Aussagen hätten die drei zudem "zu erkennen gegeben, dass sie bereit sind, die Verantwortung jedenfalls für einen Teil der ihnen gemachten Vorwürfe zu übernehmen und sich dem Verfahren zu stellen", weshalb auch aus Gründen der Gleichbehandlung eine Haftverschonung nicht in Frage käme. Dass Sabine Eckle dabei lediglich die verjährte Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung" eingestanden hat und Axel Haug nur Unterstützungshandlungen "im rechtsverjährten Zeitraum" einräumte, also beide im Kern den Anklagevorwurf bestritten, spielt dabei keine Rolle.

Die Entscheidung des Kammergerichts macht deutlich: Nur wer einen Unglücksfall in der Familie hat (wie bei Matthias Borgmann) oder aber durch eine Einlassung in der einen oder anderen Form seine Kooperationsbereitschaft mit dem Gericht zeigt, kann mit Haftverschonung rechnen. Wer jedoch auf sein Recht auf Aussageverweigerung pocht und somit den Ball an die Anklagebehörde zurückgibt, alleine auf Grundlage der widersprüchlichen Aussagen des Kronzeugen über Schuld und Unschuld zu entscheiden, muss dafür büßen.

mb., Berlin

Anmerkungen:

1) Die Erklärung ist unter www.freilassung.de dokumentiert. Alle kursiv gesetzten Zitate sind der Einlassung entnommen.

2) vgl. auch den Text von Klaus Viehmann in dieser Ausgabe.

11. Einlassung - Entlassung? Kritische Anmerkungen zu den Einlassungen im Berliner RZ-Prozess

Autor: Klaus Viehmann · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:18

Dokumentation:

Einlassung - Entlassung?

Kritische Anmerkungen zu den Einlassungen im Berliner RZ-Prozess

Dass die Einlassungen von drei der fünf Angeklagten im Berliner RZ-Prozess nicht unumstritten bleiben würden, war zu erwarten gewesen. Außer dem Solibüro im Mehringhof und den Machern von www.freilassung.de hat sich bislang aber niemand dazu öffentlich geäußert (deren Stellungnahme "Die Stille nach dem Deal" ist auf der Homepage nachzulesen). Nun hat sich auch Klaus Viehmann, ehemaliger politischer Gefangener und Militanter der Bewegung 2. Juni, zu Wort gemeldet. Wir dokumentieren seinen Text, in dem er sich im Zusammenhang mit dem Berliner RZ-Verfahren grundsätzlich mit der Aussagebereitschaft in Staatsschutzprozessen auseinander setzt und sie in Verbindung stellt mit ihrer politischen Wirkung.

Vorab: Kronzeugen sind Mörder

1971 wird in Hamburg ein Polizist von einem unerkannten "RAF-Terroristen" erschossen. 1975 wird im Stammheimer Staatsschutzprozess gegen die RAF dringend ein Kronzeuge gebraucht, denn ein Freispruch mangels Beweisen für solche "Terroristen" hätte die Staatsraison nun wirklich beeinträchtigt. Die Bundesanwaltschaft findet einen Verräter: Gerhard Müller, ehemaliges RAF-Mitglied, 1972 verhaftet. Müller kommt nach den gewünschten Aussagen im Prozess frei und erhält eine neue Identität. Dumm nur, dass Müller der Hamburger Todesschütze war und ein Mörder, gar ein "Polizistenmörder", seinerzeit gesetzlich zwingend "lebenslänglich" bekommen musste. Um Müller mit baldiger Freilassung belohnen zu können, wurde er einfach nicht wegen Mordes angeklagt. Und das, obwohl mehrere RAF-Mitglieder öffentlich aussagten, dass er geschossen hatte - und Müller selbst den Mord beim Staatsschutz sogar gestanden hatte. Sein Geständnis verschwand und alle Aussagen gegen ihn wurden für unglaubwürdig erklärt. Der Spiegel ging seinerzeit in einem langen Artikel undementiert davon aus, dass BKA, Bundesanwaltschaft und auch SPD-Bundesjustizminister Hans Jochen Vogel von dem Geständnis und seiner Unterschlagung wussten.

Was lehrt uns das? 1. Der Sinn und das gewünschte Ergebnis von Staatsschutzprozessen sind in ihrem Namen durchaus enthalten - sie heißen ja nicht etwa Gerechtigkeitsschutzprozesse. 2. Kronzeugen sind nicht durch Aussagen von ehemaligen GenossInnen zu widerlegen. 3. Kronzeugen können sogar Morde begangen haben - die im Staatsschutzinteresse vertuscht werden.

Taktik und Politik

Im Berliner RZ-Prozess kann immer noch viel passieren. Oder herauskommen. Aber die Prozesssituation ist nach dem "Einlassung" genannten Teilgeständnis (1) zweier Angeklagter und ihrem Deal mit Gericht und Bundesanwaltschaft schwieriger als zuvor. (2) In gewisser Weise ist die "Einlassung" eine Folge der bisherigen Prozesstaktik, bei der von Angeklagten und Verteidigung auf eine politische Antwort verzichtet wurde - aus welchen Gründen auch immer. Entsprechend ging es Monate lang um den Kronzeugen, was er verraten oder erlogen hat, um verfahrenstaktische Dinge, um Beweismittel, um die lange U-Haft usw. usw. In diesem Rahmen wurden die RZ-Aktionen, um die es der Bundesanwaltschaft immer ging, nur als strafbare Handlungen erörtert. Ihre politische Begründung oder Berechtigung verschwand hinter der kriminalistischen Frage: Wer war dabei? Die damals und heute herrschende Flüchtlings- und Kriegspolitik und die politischen Ziele dieses Verfahrens wurden nie thematisiert oder gar angegriffen. Erfolgreich im Sinne ihrer eigenen Ziele (Freilassung der Gefangenen, Demontage des Kronzeugen) war diese Prozesstaktik bisher nicht. (Es sei denn, jemand sähe die Entlassungen nach den "Einlassungen" als Erfolg.) Für die heutige antirassistische Praxis wäre ein politischer Prozess über die RZ-Flüchtlingskampagne jedenfalls interessanter gewesen. Immerhin kamen im vergangenen Jahr zu zehn Veranstaltungen "Zeiten des Zorns - zur Geschichte und Politik der RZ" über 2.000 diskussionsfreudige Leute. Das sprach dafür, dieses politische Interesse im Prozess

aufzunehmen - was auch ohne jede falsche Lobhudelei auf die dahingeschiedenen RZ möglich gewesen wäre. In so einem Prozess wären "Einlassungen" zwar auch ein prozesstaktisches Problem geworden, aber alle politischen Äußerungen, zur Flüchtlingspolitik u.a., wären nicht beschädigt worden. Gerade im Kontrast zu einer politischen Prozessführung wären Teilgeständnisse als offensichtlich eigennützige Ich-Politik völlig aus dem Rahmen gefallen.

Ein einzelner Kronzeuge von der begrenzten Qualität eines Mousli lässt sich grundsätzlich immer demontieren (dafür gibt es Beispiele, auch aus Verfahren vor dem Kammergericht), ein von Angeklagten direkt oder indirekt bestätigter Kronzeuge ist eine härtere Nuss. Jeder Angeklagte, der keine Aussagen macht, ist der Angeschmierte - und mit ihm die AnwältInnen, die keine Hinterzimmerabsprachen treffen. Die zu hörende Rechtfertigung, man/frau hätte lange genug mit seiner "Einlassung" gewartet, ist eigentlich das Eingeständnis einer Erpressung: "Wenn die Taktik der Mitangeklagten im Prozess nicht dafür sorgt, dass wir raus kommen, dann machen wir unsere eigene alleine". Schuld haben so immer die, die keine Deals machen - und alle politischen Gefangenen, die den Knast lieber abgesessen haben, als zu dealen, haben sich halt geirrt. Waren halt andere Zeiten.

Es gibt gute und zeitlose Gründe, die gegen Deals sprechen. Wer sich einmal (vom Staatsschutz) hat erpressen lassen wird das wieder tun. Wer einmal seinen persönlichen Vorteil (aus dem Knast zu kommen) auf Kosten anderer genutzt hat, wird das wieder tun. Was wird in vielleicht kommenden Prozessen geschehen, wenn Zeugenaussagen verlangt werden? Wenn ehemalige Militante, die in den siebziger oder achtziger Jahren noch mit 10, 15 Jahren Knast rechnen mussten und dennoch als Stadtguerilla angetreten sind, heute wegen ein, zwei Jahren Knast (nicht mal Isolationshaft) - und um mehr als die wäre es jetzt tatsächlich nicht mehr gegangen, denn eine Zweidrittel-Entlassung aus der U-Haft wäre so gut wie sicher gewesen - Aussagen machen, werden sie in ein paar Monaten oder Jahren noch schweigend sechs Monate Beugehaft oder gar eine neue Anklage hinnehmen? Das Misstrauen ist begründet. Immerhin werden die vertraulichen Absprachen mit BAW und Gericht nicht öffentlich gemacht, sie werden in den "Einlassungen" nicht mal erwähnt. Dabei sind diese Absprachen der Grund für das Rauskommen, nicht die "Einlassungen" an sich. (Der Umkehrschluss beweist das: Wer sich ohne Absprache und ohne kriminalistische Details zu seiner Mitgliedschaft in den RZ äußern würde, um dem Kronzeugen zu widersprechen - der/die kämen deshalb ganz sicher nicht raus.) Das wissen natürlich auch die, die gedealt haben. Sie werden sich den Rest ihres Lebens selbstgerecht verteidigen oder alle meiden, bei denen sie das Gefühl haben, es tun zu müssen. Ein schlechtes Gewissen wird die Freude über die schnelle Freiheit bald überwiegen.

Egoismus macht frei

Dass das Hemd näher ist als die Jacke und jeder sich selbst der Nächste, gehört zu den Wahrheiten, Prinzipien und Lernzielen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Wer das falsch findet, engagiert sich sozial, womöglich gar linksradikal. Wer davon ausgeht, dass das Individuum selbstverantwortlich und frei sein sollte, steht den Zumutungen der Obrigkeit und dem stummen Zwang der kapitalistischen Verhältnisse ablehnend gegenüber. Wer globale Verhältnisse wie Krieg, Ausbeutung und Hunger nicht hinzunehmen gewillt ist, sucht nach Möglichkeiten, sie zu ändern. Wer bemerkt, dass das nur gemeinsam geht, organisiert sich und trifft Entscheidungen kollektiv. Vertrauen gehört zwingend dazu. Entsprechend war und ist Solidarität eine Wahrheit, ein Prinzip und Lernziel der Linken - sicher auch bei den RZ.

In besonderen Situationen kommt es manchen so vor, als stimme das nicht mehr. Knast und Gerichtsverfahren sind solche Situationen. Nun ist es mit womöglich erheblichen persönlichen Konsequenzen verbunden, solidarisch zu sein. Nun ist das Individuum sehr unmittelbaren und gar nicht mehr stummen Zwängen ausgesetzt. Nun wird nicht eher abstrakt, sondern ganz unverblümt das Hemd-näher-als-Jacke- bzw. Bluse-näher-als-Kostüm-Prinzip an eineN herangetragen. Nun erfordert es individuelle Kraft und Hartnäckigkeit, sich Ansinnen der Obrigkeit, denen man draußen in (Entscheidungs-) Freiheit keine zwei Gedanken gegönnt hätte, zu erwehren. Nun wird für ein Einlassen (!) auf Zumutungen etwas sehr reales geboten: Einlassen - Entlassen. Wie verlockend! Das Problem ist nur: Der geforderte Preis, der Macht ein wenig zu Gefallen zu sein, widerspricht den eigenen (linken) Ansichten und Erkenntnissen und auch der eigenen (linken) Praxis, weswegen man in den Knast gekommen ist. (Die "Unschuldsvermutung" lassen wir hier mal beiseite, die interessiert Staatsschutzorgane ohnehin nicht). Ein Deal wird mit Einzelnen auf Kosten anderer versucht, er funktioniert nie mit Kollektiven. Das vertrauensvolle solidarische Leben, Arbeiten und

Kämpfen, was jede linke Organisierung herstellen will, wird gesprengt und das bürgerliche eigennützige Individuum wieder hergestellt. (3)

Üblicherweise werden unsolidarische Entscheidungen durch Diskussionen und (selbst-)kritisches Denken verhindert. Auch das Heranziehen historischer Erfahrungen anderer (Gefangener) in vergleichbaren oder noch schwierigeren Situationen ist lehrreich und kann vor Fehlern schützen. Leider kann Knast egoistisch machen, und Egoismus macht dumm und vergesslich: Wie war das noch mit der Solidarität? Was hatte mein eigenes Verhalten noch mal mit der linken Geschichte zu tun? Was verbindet mich eigentlich mit diesen Antifas, die sich da im Fernsehen immer mit den Nazis hauen? Und diese ganzen Flüchtlinge, die kenne ich doch gar nicht. Was war das noch mal für eine Organisation, der ich angehörte? Fand ich die nicht eigentlich schon lange doof? Aber hätte ich mein Verhalten nicht früher als scheußlichen Verrat gegeißelt? Ach Quatsch, das war ja früher. Heute ist alles anders. Heute ist man im Knast. Kämpfen? Wie unvernünftig. Man kann doch eh nichts ändern.

Solche Selbstverarschungen lassen die Verbeugung vor der Macht ganz filigran erscheinen. Eigentlich gar nicht als Rückgratverkrümmung, sondern als schlaue Finte, als geradezu vorbildliche Taktik! Wie unverständlich, dass manche der Ansicht sind, dass zu viel Taktik den Charakter versaue.

Das Lichtlein, das man in gebückter Haltung bereits unter dem Knasttor schimmern sieht, wird so gleißend, dass es alles früher Gewusste und Gelebte ins Dunkel des Vergessenwollens taucht. Mit der im Verhältnis zur Haltungskrümmung im Quadrat zunehmenden Selbstgerechtigkeit werden die Aspekte und Personen immer überzeugender, die zur Legitimation des eigenen unsolidarischen Verhaltens taugen. Diese Aspekte sind meist juristisch-taktischer Art und diese Personen oft die Sorte Advokaten, die einem Schwätzchen mit der Obrigkeit nicht abgeneigt sind, sowie un- und ex-politische Bekannte und Verwandte. Alle anderen, insbesondere alte GenossInnen, werden vor vollendete Tatsachen gestellt.

Das Gesagte gilt prinzipiell für Verrat und für Abschwören, auch wenn dazwischen Welten liegen. Die Welten, die zwischen beidem und der Entscheidung, gar nichts auszusagen, liegen, sind allerdings noch größer. Das sieht auch der Staatsschutz so. Verrat mit einem hohen Staatsschutzfaktor (gemessen in Zahl der Verhaftungen und Waffenfunde) wird reichlich belohnt, für Abschwören mit mittleren Staatsschutzfaktor (gemessen in Distanzierungsweite von der eigenen Geschichte und politischen Organisation) gibt es einen staatlich garantierten Mindestlohn. Der Spitzenlohn besteht aus sofortiger Entlassung nebst Geld und neuer Identität. Der Mindestlohn beinhaltet erträgliche Haftbedingungen und eine vorzeitige Entlassung. Andauernde Linksradikalität und Konsequenz werden nicht entlohnt.

Im RZ-Prozess arbeitet der Kronzeuge Mousli gerade seinen Spitzenlohn ab. Das ist bekannt und die Beurteilung seines Verhaltens ist so eindeutig, dass hier darüber nicht diskutiert werden muss. Diskussionsbedarf besteht jedoch, wenn jemand so eine "Einlassung" als "Widerlegung des Kronzeugen" rechtfertigen will. Wie deutlich muss man es denn noch sagen: Um einen Kronzeugen zu widerlegen, verhandelt man nicht mit der Bundesanwaltschaft und dem Gericht, die diesen Kronzeugen angeschleppt haben. Das tut man nur, um den Preis für das eigene Rauskommen auszuhandeln. Die wirkliche Widerlegung des Kronzeugen hätte zu längerem Lamentieren der BAW und erst später zur Entlassung geführt - dann aber zu der aller Angeklagten.

Die Fakten sprechen eine klare Sprache: Man/frau ist draußen, wer sich nicht einlässt, sitzt weiter (oder muss eine hohe Kaution hinterlegen, um einen lebensgefährlich verletzten Angehörigen sehen zu können), der Kronzeuge ist nicht demontiert, Gericht und BAW haben Breschen in die Verteidigung geschlagen. Da wurde staatlich garantierter Mindestlohn kassiert. Unsolidarisch und eigennützig. Wer das anders sehen will, sollte in Zukunft Knast als Kriminalitätsentsorgungspark, die BAW als Verteidigerin der Menschenrechte, die Vorsitzende Richterin als Mutter Teresa der Angeklagten, den Advokaten Euler als kollegialen linken Anwalt und das Besuchertreppenhaus zum Saal 500 als frisch gestrichen bezeichnen.

Tatsächlich hat man nun die aus unzähligen Knackiverfahren bekannte Konstellation, dass es mehrere geständige TäterInnen gibt, die sich darüber streiten, wer der schlimmste Täter war: "Herr Staatsanwalt, ich war zwar dabei, aber der andere hat viel härter zugehauen als ich!" Die Tatbeteiligung wird gar nicht mehr bestritten, strittig ist nur der individuelle Anteil an der Tat. (4) Allein schon, dass man akzeptiert, dass eine "Tat" vorliegt, und man diese als solche vor einem Staatsschutzsenat als justiziabel anerkennt, ist ein Einlassen auf

die Staatsschutzorgane, was sie glücklich macht. (Unglücklich machen sie politische Gefangene, die ihre Handlungen als politische Aktionen nicht der bürgerlichen Rechtsordnung unterstellen wollen. Ihre Parole ist immer: "Die Geschichte wird uns freisprechen" - ob das auch das Gericht tut, ist zweitrangig.) Gestanden wird in den "Einlassungen", dass man/frau in einer Revolutionären Zelle, also in einer "terroristischen Vereinigung" organisiert und an Aktionen oder ihrer vorbereitenden Diskussion beteiligt war. Punkt. Wer da nun Motorrad fuhr, wer da nun geschossen hat, wer bei welchem Treffen dabei war, das sind zweitrangige Widersprüche hinter dem "gemeinsamen Tatplan", die die "freie Beweiswürdigung" eines Staatsschutzurteils überhaupt nicht stören. Und da noch nie - noch nie - das Urteil eines Staatsschutzsenates des Kammergerichtes in einer Revision aufgehoben wurde, müssen sie auch nicht stören. Auf diese juristische Knackitour wird kein Kronzeuge gekippt.

Wer das "Einlassen" durch den Verlauf des Frankfurter OPEC-Verfahren, in dem die Anklage ja nicht durchkam, rechtfertigen will, übersieht die andere politische Konstellation: Die Anklage kam von einem Staatsanwalt beim Landgericht und reihte sich in die seinerzeitige CDU-Kampagne gegen den rot-grünen Außenminister Fischer nahtlos ein. Da der bekanntermaßen aussagewillige Kronzeuge Klein zeitlich passend in Frankreich von einem Zielfahndungstrupp des BKA verhaftet wurde, spekulierte die Frankfurter Rundschau, was dieser Staatsanwalt mit seiner Lebensgefährtin, einer Zielfahnderin beim BKA (wer lacht da?), so alles bespricht. Freigesprochen wurde in Frankfurt, nachdem ein Bundesanwalt (!) als Zeuge aussagte, dass die Belastungen Kleins gegen "Max" nicht den Angeklagten Schindler meinen könnten. Sehr bemerkenswert, dass die BAW gegen die Anklagebehörde und ihren Kronzeugen auftrat. Nur ihre Bestätigung gab der Aussage (Einlassung) des ehemaligen RZ-Mitglieds Gerd Schnepel, er sei der wirkliche "Max", freisprechendes Gewicht.

Im Berliner Prozess klagt die BAW selbst an. Der Kronzeuge ist von ihr selbst erarbeitet worden. Kammerrichter haben ihn bereits entlohnt. Es gibt auch keinen Minister, der entlastet werden will. Also gibt es auch kein Interesse des Staatsschutzes, dem Kronzeugen zu widersprechen. In Berlin kann es nur gegen das Staatsschutzinteresse von BAW und Gericht zu einem Freispruch kommen.

Freilassung?

Hier und heute aus dem Knast zu kommen, ist nicht das Wichtigste. Solidarität mit den Mitgefangenen ist wichtiger. Die Wirkung des eigenen Verhaltens auf die verbliebene politische Öffentlichkeit ist wichtiger. Eine ungebrochene Persönlichkeit und Biografie sind wichtiger, denn sie sind ein guter Start in das Leben nach dem Knast. Ob der ein paar Monate oder gar Jahre früher oder später erfolgt, ist gerade bei halbwegs erträglichen Haftbedingungen zweitrangig.

Sicher fällt es schwer, gegenüber Gefangenen so zu argumentieren, wenn man selbst immer draußen gelebt hat. Aber die alte Parole der KnastgegnerInnen stimmt tatsächlich: "Freiheit und Glück!"

Das eine ist ohne das andere nichts wert.

Klaus Viehmann,

1. März 2002

Anmerkungen:

1) Der Kalauer, dass ein Geständnis eigentlich "Gesträndnis" heißen müsste, da es nicht von "stehen" sondern von "gestrandet" kommt, gilt auch für Teilgeständnisse.

2) Dieser Text war am 28.2.2002, als noch ein dritter Angeklagter ein Teilgeständnis ablegte und entlassen wurde, bereits so gut wie fertig. An seinem Inhalt hat sich dadurch nichts geändert.

3) Ich habe selbst erlebt, wie Deals angeschoben werden und ich weiß, dass es möglich ist, sie abzulehnen. Andere politische Gefangene haben ähnliche Angebote genauso ablehnt und zum Teil noch länger gesessen. Kurz nach meiner Verhaftung kam 1978 ein Geheimdienstler: Entweder Verurteilung zu 15 Jahren Knast (so kam es dann auch), oder ihm Auskünfte geben und dafür weniger als zehn Jahre, nebst Halbstrafe, nebst vorherigem offenen Vollzug, er könne so ein Kammergerichtsurteil garantieren. Das nächste Angebot nach drei Jahren U-Haft während des laufenden Prozesses, dieses mal durch die Staatsanwaltschaft an den Anwalt: Öffentliche Distanzierung vom bewaffneten Kampf, es reichte auch ohne Belastung anderer, als Lohn zwölf

Jahre und vorzeitige Entlassung nach acht Jahren nebst vorherigem offenen Vollzug. Dann nach neun Jahren Knast Angebot durch Knastleitung und LKA: Entlassung auf "Zweidrittel" nach zehn Jahren. Bedingung: Leserbrief an die taz, in dem man sich vom bewaffneten Kampf distanziert, sowie Abbruch der Beziehungen zu Personen aus der "SympathisantInnenszene". Ich habe es wirklich nie bereut, all diese Deals abgelehnt zu haben, und ich finde es verurteilenswert und ärgerlich, wenn sich andere, die auch aus einer linken und militanten Geschichte kommen, auf so was einlassen.

4) Dass man/frau gleich mit gesteht, kultiviert und philosophisch interessiert zu sein, ist allerdings selten bei Knackis. Aber was für eine Kultur ist das eigentlich, in der heimliche Absprachen mit der Obrigkeit gut angesehen sind? Und welche Philosophie legitimiert eigentlich Egoismus? Das ist ja nicht mal christlich.

12. Tatkräftige Unterstützung. Hinweise auf Beteiligung von V-Leuten an dem Überfall auf KZ-Gedenkstätte Kemna mehren sich

Hinweise auf Beteiligung von V-Leuten am Überfall auf KZ-Gedenkstätte mehren sich

Autor: Tom Binger · Rubrik: Geheimdienste; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:07

Wegen der möglichen Beteiligung von V-Leuten an dem Nazi-Überfall auf die KZ-Gedenkstätte Kemna bei Wuppertal im Juli 2000 haben die Betroffenen nun die Bundesrepublik Deutschland auf Schadensersatz verklagt. Mit dieser Klage wollen sie vor allem die Rolle der ehemaligen NPD-Funktionäre Thorsten Crämer und Nico Wedding aufklären, die vom Landgericht Wuppertal als "Rädelsführer" des brutalen Überfalls zu Freiheitsstrafen ohne Bewährung verurteilt wurden. Thorsten Crämer, der immer noch die NPD im Schwelmer Stadtrat vertritt, und Nico Wedding, ehemals stellvertretender Landesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten NRW, waren durch den CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach als mögliche V-Leute benannt worden.

Bosbach, der die CDU im Innenausschuss des Deutschen Bundestages vertritt, beruft sich bei seinem Verdacht auf "eine üblicherweise seriöse Quelle aus Nordrhein-Westfalen". Vom SPD-Innenpolitiker Dieter Wiefelspütz wurde er daraufhin prompt des "Geheimnisverrates" bezichtigt. Brisanz erhält der ganze Vorgang dadurch, dass der Überfall auf die KZ-Gedenkstätte in Kemna als wichtiger Nachweis für die Gewalttätigkeit der NPD eine besondere Rolle im NPD-Verbotsverfahren spielt.

Der Fall Kemna hatte im kurzen "Sommer des Antifaschismus" für erhebliches Aufsehen gesorgt. Etwa 15 vermummte Nazis griffen am 9. Juli 2000 eine Gedenkveranstaltung von ehemaligen WiderstandskämpferInnen und Angehörigen früherer Kemna-Häftlinge an, nachdem sie bereits vorher die Gedenkstätte des KZ Kemna durch Hakenkreuzschmierereien und Nazi-Parolen geschändet hatten. Sie stürmten aus dem nahe gelegenen Wald, bewarfen die TeilnehmerInnen mit Steinen und schlugen mit Knüppeln auf sie ein. Dabei stießen sie allerdings auf unerwartet heftigen Widerstand der älteren Verfolgten des Nazi-Regimes und ihrer jüngeren antifaschistischen FreundInnen und mussten schließlich Hals über Kopf die Flucht ergreifen. Zurück blieben zwei verletzte Antifaschisten und einer der Täter, der gleich am Ort des Geschehens festgehalten werden konnte. Die die Szenerie aus der Nähe beobachtende Polizei griff erst ein, nachdem alle anderen Täter bereits wieder im Wald verschwunden waren. Bei der anschließenden Fahndung wurden drei weitere Nazis noch im Wald gestellt. Durch die Aussagen der Verhafteten wurden schnell neun weitere Tatbeteiligte ermittelt und in den darauf folgenden Prozessen sämtlich zu Haftstrafen verurteilt.

V-Männer am Kemna-Überfall beteiligt?

Im Rahmen der Schadensersatzklage sollen die bekannten 13 tatbeteiligten Neonazis aus dem Bergischen Land und dem Ruhrgebiet nun als Zeugen vorgeladen und so zu Aussagen über eine eventuelle V-Mann-Tätigkeit gezwungen werden. "Die Aussage verweigern können sie nur unter Hinweis auf eine fehlende Aussagegenehmigung durch die für die V-Mann-Führung zuständigen Innenbehörden", so der die Klage vertretende Rechtsanwalt Hartmann. Der Abgeordnete und Rechtsanwalt Wolfgang Bosbach soll ebenfalls als Zeuge vernommen werden. Sollte sich dabei der Verdacht auf eine Beteiligung von V-Leuten an dem Überfall bestätigen, dann wären die zuständigen Verfassungsschutzbehörden gegenüber den Opfern regresspflichtig. Insbesondere für das bereits schwer in der Kritik stehende Landesamt in NRW wäre ein solches Prozessergebnis das endgültige Desaster. Nachdem sie mit Wolfgang Frenz und Udo Holtmann über lange Jahre den Landesvorstand der NPD gestellt haben, würden Crämer und Wedding als wichtige Verbindungsleute zur militanten Szene der freien Kameradschaften das Bild einer weitgehend vom Verfassungsschutz gesteuerten Partei komplettieren. Die Beteiligung von Verfassungsschutzmitarbeitern an schwerwiegenden Straftaten wie Landfriedensbruch und Körperverletzung würde auch die Behauptung einer rechtlich sauberen Führung der V-Leute widerlegen.

Fortsetzungsroman V-Affäre

In ihrer ersten Stellungnahme zum V-Mann-Skandal haben die Prozessbevollmächtigten von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat gegenüber dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ausdrücklich dementiert, dass es sich bei Crämer und Wedding um V-Leute handele. Eine Anfrage bei den zuständigen Verfassungsschutzämtern habe ergeben, dass keiner der beiden beim Bundesamt oder beim Land NRW als V-Mann geführt worden sei. Doch nach einer weiteren Bestandsaufnahme durch die Landesämter für Verfassungsschutz mussten die Prozessbevollmächtigten des Bundes bereits einige Tage später gegenüber dem Verfassungsgericht die Existenz von "vier weiteren Personen, die V-Leute einer Landesbehörde für den Verfassungsschutz sind oder waren", einräumen. Damit erhöht sich die Gesamtzahl der in den Verbotsanträgen auftauchenden V-Leute vorläufig auf neun Personen. Über die Identität und den Einsatzort der neu aufgetauchten V-Männer machen die Landesämter keine näheren Aussagen. Nach diesen vagen Angaben kann also nicht zweifelsfrei ausgeschlossen werden, dass auch V-Leute des Verfassungsschutzes mit Steinen und Schlagstöcken gegen hochbetagte Verfolgte des Naziregimes vorgegangen sind. Sollte sich der Verdacht bestätigen, dann dürfte das jetzt schon schwer angeschlagene NPD-Verbotsverfahren wohl endgültig geplatzt sein. Kein Wunder also, dass Otto Schily in der Sitzung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages alle näheren Auskünfte zum V-Mann-Skandal und dem Fall Kemna verweigerte. Die V-Mann-Affäre scheint zu einem unendlichen Fortsetzungsroman zu werden und die Enthüllung weiterer bisher nicht bekannter V-Leute, die auch Niedersachsens Innenminister Bartling "nicht absolut ausschließen" wollte, dürfte nicht lange auf sich warten lassen.

Auch innerhalb der NPD häufen sich die Spekulationen über eine Beteiligung von V-Leuten am Kemna-Überfall. In einem an das ARD-Hauptstadtstudio adressierten Brief von Horst Mahler zum NPD-Verbotsverfahren wird auf angebliche Erkenntnisse verwiesen, dass auch beim Überfall auf Kemna "V-Leute ihre Finger im Spiel haben, allerdings nicht die genannten Crämer und Wedding". Thorsten Crämer selbst bringt in einem offenen Brief an die "Parteikameraden" und die Medien den im Kemna-Verfahren als Kronzeugen auftretenden Alex Boris Hausweiler als möglichen V-Mann ins Gespräch. Der bereits mit neun Jahren Haft vorbestrafte und unter Führungsaufsicht eines Bewährungshelfers stehende Hausweiler hatte direkt nach seiner Festnahme als Täter im Fall Kemna seine "Kameraden" mit umfassenden Aussagen schwer belastet und wird in den letzten Monaten in den Medien gerne als NPD-"Aussteiger" präsentiert. Obwohl er nach eigenen Angaben "bis an die Zähne bewaffnet" war, verschwand er zu Beginn des Überfalls am Kemna-Mahnmal plötzlich im Wald. Seine Aussagen bezogen sich nicht nur auf den Kemna-Überfall, sondern auch auf zahlreiche andere schwere Delikte wie den Bau von Bomben, das Anlegen von Waffendepots und die Veranstaltung von Wehrsportübungen. Trotz seines immensen Vorstrafenregisters wurde er nur zu einem Jahr Haft verurteilt.

Keine Auskünfte zum Fall Kemna

Mit dem ehemaligen Wuppertaler NPD-Mitglied Norbert Woelk, ebenfalls wegen diverser politischer Straftaten einschlägig vorbestraft, gibt es im Fall Kemna noch einen weiteren potenziellen V-Mann. Der als besonders brutal berüchtigte Woelk hat bereits zugegeben, dass schon im Frühjahr 2000 Mitarbeiter des Verfassungsschutzes an ihn herangetreten seien. Das Strafverfahren gegen ihn in Sachen Kemna wurde von dem Hauptverfahren abgetrennt, da er angeblich wegen Zahnschmerzen als nicht verhandlungsfähig galt. Er erhielt zwei Jahre ohne Bewährung und ist zur Zeit noch in der JVA Wuppertal inhaftiert. Gemeinsam mit Hausweiler hat sich Woelk neben dem Kemna-Überfall auch noch an zahlreichen weiteren Straftaten beteiligt. Vom Bundesamt für Verfassungsschutz wird er als Teilnehmer am EXIT-Aussteigerprogramm geführt. Sicherlich keine unelegante Methode der Zweitverwertung ehemaliger V-Leute.

Auch die Opfer des Nazi-Überfalls erweitern in ihrer Klage den V-Mann-Verdacht von Crämer und Wedding auf alle am Überfall beteiligten NPD-Mitglieder. Sollte an den Hinweisen auf einen unbekannten Dritten etwas dran sein, dann hätte die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme an das Verfassungsgericht immerhin nicht gelogen, sondern lediglich nach dem Modell Frenz einige "vertrauliche" Informationen zurückgehalten.

Tom Binger

13. Von der Vermessung des Schädels zur DNA-Analyse. Geschichte der biometrischen Erfassung

Autor: Erika Feyerabend · Rubrik: Biopolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:24

"Die biometrische Vermessung ist keine einzelne, besonders ‚gefährliche` Technik. Sie ist eine politische Technologie des Sehens, Benennens und Erkennens" so hieß es in der letzten ak. Dort haben wir über die Entwicklung moderner "biometrischer Verfahren" und deren Einsatzmöglichkeiten im Rahmen der Terrorismusbekämpfung und fast aller gesellschaftlichen Bereiche berichtet. Hier leitet Erika Feyerabend die geschichtliche Dimension der Biometrie ab. Die biometrische Vermessung und Erfassung hat eine Jahrhunderte währende Geschichte. Der Anthropometrie und der Fingerabdrucktechnik folgte die DNA-Analyse und das auch damals nicht nur zur Täteridentifikation, sondern zur Konstruktion von vermeintlichen Täterprofilen, zur Ableitung des Typus "Krimineller".

Anthropometrie, Fingerabdrucktechnik und kriminelle Anthropologie waren auch im 19. Jahrhundert auf den "kriminellen", den "abweichenden", den "fremden" Körper fokussiert. Techniken der nachträglichen Identifizierung von StraftäterInnen waren von Beginn an verbunden mit der Suche nach potenziellen Täterprofilen. Verdächtig - und zwar durch biologische, in den Körper hineingelesene Merkmale und statistisch erzeugte, gruppenbezogene Verhaltensmuster - wurden die Kolonisierten, die Immigranten, die Farbigen, die Armen, die Wandernden, die als degeneriert Klassifizierten, die Prostituierten.

In der sich industrialisierenden und sozial mobilisierten Gesellschaft wurde die Identität prekär. Enorm viele Menschen verließen ihren sozialen Kontext, wanderten aus Dörfern in anonyme Städte und andere Länder. Das alte System der kollektiven Erinnerung, der sichtbaren Standes- und Regionenzugehörigkeiten - über Dialekt, Kleidung, Gesten - kollabierte. Mobilität wurde zum Verdachtsmoment und zum Verbrechen selbst, in der Kategorie des "kriminellen Vagabundierens". Großbritannien erlebte beispielsweise eine Serie von Paniken über innergesellschaftliche Wanderungsbewegungen. Gleichzeitig entstanden moderne, bürokratische Regierungsinstitutionen, die Informationen über die gewöhnliche Leute zu sammeln und aufzubewahren trachteten. Erste, recht vage Registrierungen von Verhafteten kamen auf, die wissenschaftlich standardisiert werden sollten.

Die ausufernde Bevölkerungsstatistik im 19. Jahrhundert ließ Kriminalität zu einem sozialen Phänomen werden, zu einer epidemieartigen Krankheit, die den "sozialen Körper" betraf. Damit verbunden setzte sich die Vorstellung vom nicht besserungsfähigen Wiederholungstäter durch, für den ein zuverlässiges Strafregister erfunden werden musste. Die Figur des "habituellen Verbrechers" entstand, der biologisch vom Normalbürger verschieden war. Und es waren die Pioniere der Statistik, die Verbrechen wie andere soziale Phänomene behandelten, wie Geburt, Tod oder Selbstmord. Der Gründer der Sozialwissenschaften Adolphe Quetelet entwarf innerhalb seiner "sozialen Physik" die "Theorie des Durchschnittsmenschen", an dem Abweichungen aller Art sichtbar wurden. Er machte mit seinen Berechnungen die Regelhaftigkeit des Verbrechens plausibel. Dieser Typus des oder der "AbweichlerIn" wurde auch zum Objekt wissenschaftlichen Wissens, explizit der Anthropologie. Der Kriminalanthropologe Cesare Lombroso trug eine Art Zoologie des Verbrechens bei und erklärte 1/3 der Taten als biologisch bedingt. Der Leipziger Professor Johann Christian Heinroth beschäftigte sich mit der "Theorie des Bösen" in der Kriminal-Psychologie. Carl Gustav Carus oder Paul Broca vermaßen Schädel und Hirnvolumen, um dem Phänomen der Verhaltensabweichung auf die Spur zu kommen.

Gesprochene Portraits

Gerade die statistischen und biologistischen Theorien vom "Wiederholungstäter" stimulierte die Suche nach Identifikationstechniken. Wie sollte man sonst Wiederholungstäter erkennen und einem gesonderten, nicht auf Resozialisierung sondern langfristigen Ausschluss orientierten Strafsystems zuordnen? Allgemeine Beunruhigung potenzierte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, weil die Praxis der Deportation in Strafkolonien beschränkt werden musste. Der Feind blieb im eigenen Gesellschaftskörper.

Fotoalbum der "kriminellen" Subjekte

Die Fotografie als neue Technologie versprach Lösungen. Thomas Byrnes veröffentlichte unter dem Begriff des "professionellen Kriminellen" ein legendäres Fotoalbum. Fälscher und Schwindler, sozusagen Vergehen rund um die prekär gewordene Identität, wurden abgebildet. Francis Galton, der Erfinder der Eugenik, und andere entwarfen eine Technik der "composity photography". Sie gruppierten verschiedene Gesichter einer "Verbrecherkategorie" auf eine fotografische Platte, um aus ihren Gesichtern "kriminelle Typen" zu "erkennen": den typischen Fälscher, Bankräuber, Hoteldieb. Das Gesicht der Kriminalität selbst sollte sichtbar werden. Auch eine Praxis der präventiven Verhaftung solcher "Typen" gab es. Und wer war das? In den Vereinigten Staaten des späten 19. Jahrhunderts Personen mit ost- und südeuropäischen Aussehen, ImmigrantInnen, Juden und Jüdinnen, ZigeunerInnen, Menschen aus der Unterklasse. Kriminalität wurde in die Körper hineingelesen - und was man dort "fand" waren die immer gleichen, sozialen Ausgrenzungsmuster.

Doch das Problem die Identifizierung Einzelner war damit in keiner Weise gelöst. Im späten 19. Jahrhundert entstanden zu diesem Zweck und in unterschiedlichen sozialen und politischen Kontexten zwei neue Technologien: die Anthropometrie und der Fingerabdruck.

Erstere wurde in den europäischen Städten, zweitere in den Kolonien und an den Grenzen der westlichen Imperien entwickelt. Berühmt wurde vor allem der französische Anthropologe und Kriminalist Alphonse Bertillon. Er fotografierte Verdächtige und Täter unter standardisierten Bedingungen. Er vermaß Länge und Breite des Kopfes, des Fußes, der Finger, des Vorderarms, registrierte Größe und Farbe der Augen, und ordnete sie nach den Regeln der Statistik in Gruppen. Bertillon war Wissenschaftler. Er wollte eine präzise wissenschaftliche Sprache für die Beschreibung der Körpermerkmale entwickeln, ein "morphologisches Vokabular". Abweichungen wurden dann in Symbole übersetzt und der, zunächst sprachlich beschriebene Körper, auf eine Formel gebracht und archiviert. Allein in Paris gab es vor der sogenannten Bertillonage 75.000 rein alphabethische Registrierungen, die aber keinen wirklichen Wert für die Identifizierung hatten. Bertillon klassifizierte diese neu, nach seinen Kategorien und auf der Basis statistischer Häufigkeiten innerhalb der Population der Pariser Gefangenen. Bertillon reduzierte den Körper auf Zahlen und Klassifikationsmerkmale. Heraus kam eine aufwendige Methode, die individuelle Täter identifizierte und kollektive Tätertypen kreierte.

Mehr noch. Seine "gesprochenen Portraits", verfasst in einer universellen Sprache, erlaubte auch die Übermittlung der Beschreibungen per Telegraf. Der "kriminelle Körper" wurde so auch ein "elektrisch übertragbarer Körper", über Grenzen und Regionen hinweg. Anders als die Fotografie, konservierten seine Kategorien den kriminellen Körper über die Zeit hinweg. Fotos veralteten, das "gesprochene Portrait" nicht. So war es möglich, die kriminellen Körper zu verbinden (in klassifizierbare Gruppen), zu verstetigen über die Zeit (von einer Verhaftung zur anderen) und über den Raum (von einem Ort zum anderen). Die Identität wurde stabil gehalten - und das Individuum konnte dem versprachlichten Körper nicht mehr entfliehen. Die heutige Reduktion menschlicher Identität auf die DNA verlagert dieses Vorgehen unter die Haut und schreibt den Körper um, in einen Code.

Bertillons System "funktionierte". Die Zahl der aufgefundenen Wiederholungstäter stieg. Die zunächst reine Identifizierungstechnik wurde zur Normalisierungstechnik im Strafsystem. Der erkennbare Wiederholungstäter wurde anders behandelt als der Gelegenheitsverbrecher. Die Hoffnung der Reformer auf individualisierte Behandlungen, sozusagen Heilung der Resozialisierbaren nach dem Modell der medizinischen Therapie, aber schlug fehl. Vielmehr schuf die Anthropometrie Abweichungstypen: Idioten, Epileptiker, Degenerierte, defekte Delinquente, geborene Kriminelle und Anarchisten. Der erwähnte Cesare Lombroso beispielsweise entwickelte eine organbezogene Symptomatik, die zwischen diesen Typen Verbindungen herstellte. Seine Daten zur "Diagnose der Kriminalität" bezog er aus dem System zur Identifizierung einzelner Täter.

Die Euphorie der Ermittlungsbehörden stieg - und die Bedrohungsszenarien. Angeheizt durch die geschürte Furcht vor politischem Radikalismus und anarchistischen Bewegungen diffundierte das Bertillon-System in alle Welt. Das allerdings schadete ihr. Die komplizierte und standardisierte Sprache Bertillons verkam zu einem ineffektiven Patchwork.

Der koloniale Identifizierungswille

Es waren vor allem MigrantInnen und die "dunkelhäutigen Kolonialsubjekte", die der zweiten biometrischen Erkennungsmethode zum Aufstieg verhalfen. Ihre Erscheinung war mit europäischen Augen schlecht zu

unterscheiden. Das System Bertillons versagte. Die neue Fingerabdrucktechnologie fand in Indien ihren Anfang und zwar vor allem im zivilen Bereich, beispielsweise für die Verteilung von Pensionen an die Bevölkerung. Aber auch diese Methode schuf (oder bestätigte) "gefährliche Kollektive" - hier die sogenannten kriminellen Kasten. Ganz nach dem kolonialen Muster, wurden wandernde Gruppen, die nicht dem Ideal der sesshaften Landwirtschaft und Lohnarbeit entsprachen, mit dem Criminal Tribes Act von 1871 erfasst und kontrolliert. In diesem Kontext erfanden Henry Fauld und Francis Galton im Auftrag der englischen Kolonialregierung in Indien den Fingerabdruck. Für Galton waren Fingerabdrücke sichtbares Zeichen der Vererbung. Deshalb ordnete er hunderte solcher "Zeichen" nach prozentualer Verteilung bestimmter Merkmale, wie Bögen, Schlingen und Wirbel. Er übersetzte den individuellen Abdruck in eine Buchstabenfolge, um ihn typisieren und registrieren zu können. Sein Alphabet hatte zehn Buchstaben - wieder eine kaum zu übersehende Parallele zur DNA, die in ein sprachliches Image aus vier Buchstaben übersetzt wird, um Individuen erkennen und nach sichtbaren Mustern in Ethnien oder Krankengruppen klassifizieren zu können.

Der eugenische - und kriminalbiologische Entstehungszusammenhang des Fingerabdrucks ist längst vergessen; er gilt heute als rein wertfreie Identifizierungstechnik. Und sein molekularer Nachfolger, so wird betont, transportiere ebenfalls keine genetischen Informationen über persönliche Merkmale. Aber bevölkerungsspezifische Berechnungen waren unabdingbar, um im unsichtbaren Gebiet des Zellkerns so genannte "Marker" zu bestimmen, die es überhaupt erst ermöglichen, Einzelne zu identifizieren. Die ethnische Herkunft, die Gesichtsform oder andere äußere Merkmale in diesen modernen Fingerabdruck hinein zu interpretieren, das gilt als ein Forschungsziel der forensischen (gerichtlichen) Genetik. Der Weg zum identifizierten Einzelwesen führt, wie bei allen biometrischen Verfahren, über (Teil-)Populationen. Das vermessene Individuum ist immer singulär und kollektiv zugleich.

Die neue Technik des Fingerabdrucks wurde weiterentwickelt. Nach ersten Anfangsschwierigkeiten (die Polizei in Indien konnte keine Dezimalrechnung) weitete sie sich auf verschiedenste Ebenen des Regierens aus, auch um das Anwerben unerwünschter Arbeiter zu verhindern. Von den Kolonialverwaltungen aus begann im 20. Jahrhundert der Siegeszug in den europäischen Polizeibehörden, Grenzstationen und Einwanderungsbüros. Importiert wurde dabei nicht nur die Fingerabdrucktechnik, sondern auch die Idee vom "indischen Kriminellen". Die vererbungsbedingte Konzeption von Kriminalität wurde erneut bestärkt.

Anfang des 20. Jahrhunderts, bestärkt durch die Hochphase der Genetik, blühten die vergleichenden Studien: Westafrikanische Stämmen und Primaten, die norwegische Bevölkerung und die afrikanische. Das Material für die Untersuchungen stammte zum Teil aus den zu Identifikationszwecken gesammelten Fingerabdrücken. Ziel war es, bestimmte Fingerabdruckmuster als sichtbares Zeichen der Höherentwicklung zu beweisen. Oder: Der Berliner Prof. Heinrich Poll versprach 1922 stolz, "dass die Zukunft aller Personen in ihren Fingerspitzen geschrieben steht. Und dass die Lebensversicherungsgesellschaften bald aus dem Fingerabdruck die Karriere ihrer Versicherten ablesen könnten." Er gründete dies auf seine Untersuchung der Fingerspitzen von 6.000 Individuen.

Gesellschaftsweite Kontrollmacht

Der Traum vom "kriminellen" oder "degenerierten" Fingerabdruck starb nie ganz aus. Als zur biologischen Erklärung kriminellen Verhaltens das xyy-Syndrom kreiert wurde (was HumangenetikerInnen im Deutschland der 1990er Jahre veranlasste den Schwangerschaftsabbruch zu empfehlen) korrelierten WissenschaftlerInnen kriminelle Fingerabdruckmuster mit diesem "Syndrom".

Für die rückwirkende Identifizierung von Straftätern wurde der Fingerabdruck zunächst gar nicht genutzt, sondern eher um Deserteure zu entdecken oder die Rentenvergabe zu kontrollieren oder um Prostituierte zu registrieren. Die Methode war ideal für Frauen, denn sie hielt Distanz zu ihren Körpern. An dieser Gruppe konnte eine neue Methode etabliert werden, bevor sie gesellschaftsfähig wurde. Die Perspektive: Gelegenheitsprostituierte sollten von Professionellen unterschieden werden. Später wurde der Fingerabdruck dann auch auf "Kleinkriminalität", also auch die Gruppe der Männer ausgeweitet. Bis 1915 waren schon 80.000 Abdrücke gesammelt worden. In diesem Kontext, zur Kontrolle besonders der städtischen Bevölkerung, fand der Siegeszug der neuen Methode statt. Sie galt als modern, als gänzlich unabhängig von einem menschlichen Beobachter, reproduzierbar und schnell. Anders als die Fotografie, die ein visuelles Image vom individuellen Körper bot, anders als die Bertillonage, die seine sprachlich-numerische Übersetzung lieferte, wurde der Fingerabdruck als Dokument, als Sprache des Körpers selbst begriffen.

Das Versprechen, die panoptische Macht des Staates zu vergrößern schuf neue - auch nationale und internationale - Institutionen. Als im September 1920 bei einem Bombenanschlag in der Wall Street 39 Menschen getötet wurden, warnte die Nationale Polizei-Konferenz vor einer Invasion der Radikalen, Anarchisten und Kriminellen, die allesamt an Waffen ausgebildet worden wären. Gefordert wurde darauf hin, bei der Einreise an Häfen oder an den Staatsgrenzen, Fingerabdrücke zu nehmen. Die Information über "Kriminelle" oder "Radikale" sollte so mobil werden, wie die "Verdächtigen" selbst. Und verdächtig war eigentlich jeder. Der Leiter des in den 20er Jahren neu gegründeten FBI wollte Fingerabdrücke von allen BürgerInnen sammeln, als Schlüssel für individualisierte Überwachung. Man begann die Abdrücke von Regierungsbediensteten zu registrieren, 1939 von allen Arbeitern der Work Progress Administration, 1940 von allen Immigranten. Man propagierte den "freiwilligen Fingerabdruck". In Folge eines national beachteten Kidnapping-Falls (das sogenannte Lindbergh Baby 1932) sollten alle, einschließlich der Kinder, ihren Abdruck zum eigenen Schutz abliefern. Buttons mit "I have been fingerprinted" oder "100% fingerprinted" kursierten. Mehr als 1,4 Millionen Fingerabdrücke konnten registriert werden. Ein Gesetzesvorhaben aus dem Jahr 1943, mit dem Fingerabdrücke in Pässen erfasst werden sollten, scheiterte allerdings am politischen Widerstand von Teilen der us-amerikanischen Bevölkerung.

Je mehr Fingerabdrücke verfügbar waren, je schwieriger wurde der systematische Zugang. Schon in den 30er Jahren wurden vom FBI IBM-Sortierer genutzt, um Fingerabdruck-Klassifikationen zu erstellen. In den 80er Jahren wurden dann jene automatischen Fingerabdrucksysteme für die Ermittlungsinstanzen eingeführt, die nun auch wieder zum normalen, zivilen Behördenalltag werden sollen.

Die genetische Identifikationstechnik nahm zumindest von der medial vermittelten Außenseite her, ihren Anfang bei den Sexualverbrechens-Aufklärungen. Und da Verbrechen wie diese heute als "die" Bedrohung schlechthin angesehen werden, ist eine Identifikation, die hier Aufklärung verspricht, monopolbrechend.

Das genetische Zeitalter

Wieder war es ein Genetiker, Dr. Alec Jeffrey von der Uni Leicester, der das Verfahren entwickelt. Ähnlich wie bei Francis Galton ist diese Identifikation wieder eine Art Abfallprodukt genetischer Studien. Die These: Es gibt eine Besonderheit im viel zitierten genetischen Code, und zwar auch in jenen Abschnitten, die lange Zeit einfach als "junk-DNA" bezeichnet wurden, weil dort keine Auskünfte über Krankheiten, Risiken oder Körpermerkmale ermittelt werden könnten. Diese Abschnitte würden je nach Individuum und Bevölkerungsgruppe unterschiedlich oft wiederholt. Bei einem Individuum könnten sie 30 mal, bei einem anderen 100 mal hintereinander gereiht sein. 1984 entwarf Jeffrey seinen ersten DNA-Fingerprint und suchte nach Anwendungsmöglichkeiten, die er zunächst bei der Immigrationskontrolle vermutete. So könnte das Kindernachzugsrecht (über einen genetischen Verwandtschaftsnachweis) überwacht werden. Spektakuläre Sexualverbrechen brachten dann aber den Durchbruch. Männer aus der Umgebung des Tatorts wurden zur Blut- oder Speichelprobe "gebeten", eine Praxis, die in der Bundesrepublik seit Mitte der 90er Jahre üblich wird. Es folgte der Aufbau genetischer Datenbanken. Zuerst waren 80% der Straftaten, die solche Registrierungen ermöglichten Sexualverbrechen. Wieder gab es Koordinierungsstellen wie das BKA oder das FBI, die systematisch sammelten. Die Ausweitungspraxis, die wir schon beim Fingerabdruck beobachtet haben, greift auch in diesem neuen technologischen Feld. Straftaten von "erheblicher Schwere", mittlerweile aber auch "Exhibitionismus" als Vorstufe zur Gewalttat, werden zum Anlass genommen, um genetische Fingerabdrücke zu sammeln. In den Vereinigten Staaten war 1997 eine Million Proben registriert, die Ausweitung auf jeden Gefangenen ist Zielperspektive. England ist mit seinen 500.000 Proben absoluter Spitzenreiter. Aufbewahrt wird meist nicht die Blut- oder Speichelprobe, sondern das genetische Profil.

In Deutschland hat sich besonders der Münsteraner Rechtsmediziner Prof. Brinckmann hervor getan. Auf verschiedensten Ebenen versucht sein rechtsmedizinisches Institut bessere Bedingungen für Forschung und Anwendung zu etablieren. Gerne möchte man nicht die Daten, sondern die einmal sicher gestellten Proben aus dem forensischen oder ausländerrechtlichen Kontext konservieren. Das würde weitere Forschungen ermöglichen - zum Beispiel der forensischen Genetik. Zielperspektive: Phantombilder von Straftatverdächtigen mittels Genanalyse. Schon bald, so das Versprechen, könne man auf geographische Herkunft und Ethnie schließen, zukünftig wohl auch auf Gesichtsform oder Haarfarbe. Von da aus dürfte es zur "kriminellen Identität" nicht mehr weit sein. Das beweist die wechselhafte Geschichte von Kriminalanthropologie, Anthropometrie und Fingerabdrucktechnologie.

Erika Feyerabend,

BioSkop e.V.

Quellen:

Historische Informationen: Simon A. Cole, Suspect Identities. A History of Fingerprinting and Criminal Identification, Cambridge/London 2001; zur Physiognomik und Anthropometrie und Kriminalanthropologie: Martin Stingelin, Der Verbrecher ohnegleichen, in: Wolfram Groddeck/Ulrich Stadler (Hg), Physiognomie und Pathognomie, Berlin/New York 1994, 113-133)

14. Die PatriotInnen sind los. "Anti-Terror"-Terror in den USA.

Autor: Sebastian Haunss · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:17

Die gleich nach dem 11. September in den USA in Windeseile um sich greifende nationalistische Mobilisierung hat binnen kürzester Zeit ein Klima geschaffen, in dem überwachungsstaatlichen und repressiven Fantasien keinerlei Grenzen mehr gesetzt sind.

Schon die Ermächtigung, dem Präsidenten praktisch ohne Einschränkung im "Krieg gegen den Terrorismus" alle Mittel, die er für notwendig und angemessen hält, an die Hand zu geben fand im Repräsentantenhaus eine einstimmige Zustimmung. Davon hätte selbst das ZK der SED auf ihren Parteitagen nur träumen können. Von den 435 Abgeordneten stimmte einzig die Kalifornische Abgeordnete Barbara Lee gegen Bushs Kriegspläne. Schon eineinhalb Monate später konnte Bush ein Paket von Sicherheitsgesetzen unterschreiben, das gleich eine ganze Reihe bürgerlicher Freiheitsrechte empfindlich einschränkt. Auch gegen dieses als patriotischer Akt daherkommende Gesetzespaket war kaum Widerspruch zu hören, gerade einmal 66 der Abgeordneten stimmten gegen das Gesetzespaket und auch in der Öffentlichkeit glänzten kritische Stimmen vor allem durch Abwesenheit.

Wie schon beim Feldzug gegen das Böse auf der Welt, dessen ursprünglicher Titel "Operation Infinite Justice" letztlich doch zu viel alttestamentarischen Pathos und mittelalterliche Kreuzzugsmethaphorik aufrief, wird auch bei den Sicherheitsgesetzen schon gleich im Namen deutlich, wohin der Hase läuft: "Amerika vereinigen und stärken durch die Bereitstellung der passenden Werkzeuge, die benötigt werden, um Terrorismus zu verhindern und zu vereiteln", kurz: USA Patriot Act.

Dieses Gesetzespaket umfasst eine Reihe von Maßnahmen, die die Arbeit der Geheimdienste erleichtern, ihre Kontrolle erschweren und die Rechte der US-BürgerInnen und vor allem der Nicht-US-BürgerInnen einschränken.

Unter anderem auf Grund der in diesem Paket gebündelten Gesetzesverschärfungen befinden sich seit dem 11. September nach unterschiedlichen Angaben zwischen 500 und 1.100 MigrantInnen und US-AmerikanerInnen vor allem arabischer Herkunft in Haft, ohne dass gegen sie Anklage erhoben worden wäre oder klar ist, welcher Vergehen sie im Einzelnen beschuldigt werden. Teilweise greift die Justiz dabei auf die Möglichkeit zurück, ähnlich dem in Deutschland praktizierten Mittel der Beugehaft Personen als "material witness", als Zeugen der Anklage, denen wenig Interesse an Kooperation unterstellt wird, praktisch unbegrenzt inhaftieren zu können. Teilweise kommen dabei Regelungen des USA Patriot Acts zur Anwendung, die sich eigentlich wie Anleitungen aus dem Handbuch "Wie baue ich mir einen Polizeistaat" lesen.

Dreh- und Angelpunkt des USA Patriot Acts ist eine weit gefasste Terrorismusdefinition, unter die alle Aktivitäten fallen, die "Menschenleben gefährden und die Strafgesetze der Vereinigten Staaten verletzen [und] die darauf ausgerichtet erscheinen, die Zivilbevölkerung einzuschüchtern oder zu nötigen, [oder] die Politik der Regierung durch Einschüchterung oder Nötigung zu beeinflussen". Zurecht wurde von einigen oppositionellen Intellektuellen und BürgerrechtlerInnen in den USA darauf hingewiesen, dass mit dieser Definition in Zukunft jeder Protest, der auf Mittel des zivilen Ungehorsams zurückgreift - allen voran die Globalisierungs-Proteste - als Terrorismus definiert werden kann, so dass die AktivistInnen folglich unter den Geltungsbereich dieser Gesetze fallen würden.

Bausatz Polizeistaat

Das Gesetzespaket umfasst u.a. folgende Maßnahmen:

Die Kompetenzen der Strafverfolgungsbehörden, insbesondere der Bundespolizei FBI werden stark ausgeweitet. Das FBI wird ermächtigt, geheime Hausdurchsuchungen durchführen zu können und Telefon- und Internetkommunikation abzuhören, ohne den oder die Betroffene davon zu informieren. Diese Ermächtigung wird präventiv erteilt, d.h. es ist nicht notwendig die Beteiligung an einem Verbrechen nachzuweisen oder auch nur zu behaupten, allein die Vermutung, eine Person könne in Zukunft an einem Verbrechen beteiligt sein, reicht aus, um diese weitgehenden Maßnahmen zu legitimieren.

Darüber hinaus erhält das FBI praktisch schrankenlosen Zugriff auf jegliche Art von Personaldaten - seien es Krankenakten, Personalakten oder Mitgliedsdateien von Vereinen und Verbänden - wenn es behauptet, bei der Untersuchung ginge es um Auslandsterrorismus oder die Bedrohung der nationalen Sicherheit.

15. "Mehr Europa" = mehr Polizei. Spanien forciert den EU-weiten Ausbau des Repressionsapparats

Autor: Beat Makila, Mark Holzberger · Rubrik: Spanien; Europa allgemein und EU-Politik · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:41

Seit Jahresbeginn hat die konservative spanische Regierung unter Ministerpräsident José Maria Aznar den Vorsitz im Rat der Europäischen Union inne. Ihr Motto: Mas Europa - Mehr Europa. Zu den wichtigsten Zielen der turnusmäßigen Ratspräsidentschaft Spaniens gehört dabei die "Bekämpfung des Terrorismus". Seit den Anschlägen vom 11. September sieht die spanische Regierung die Chance, bei den EU-PartnerInnen tatkräftige Hilfe bei der Verfolgung von ETA und des baskischen Linksnationalismus zu finden. Erste Erfolge sind bereits zu verzeichnen.

Die spanische Regierung verhehlt ihre Absichten nicht. Sechs Prioritäten hat sie sich für die Zeit ihres Ratsvorsitzes vorgenommen, an erster Stelle steht dabei die "Bekämpfung des Terrorismus". Als Reaktion auf die Anschläge in New York und Washington hatten die EU-Gremien schon zuvor in diesem Bereich eine hektische gesetzgeberische Betriebsamkeit an den Tag gelegt. Auf allen EU-Ebenen sollen Polizei und Geheimdiensten Kompetenzen eröffnet werden, die bislang als nicht durchsetzbar erschienen.

Ende Dezember beschloss der EU-Rat "Gemeinsame Standpunkt über die Bekämpfung des Terrorismus". Darin werden die Mitgliedsstaaten angehalten, Maßnahmen zu treffen, "jegliche Form aktiver und passiver Unterstützung zu Gunsten von Körperschaften oder Personen, die an terroristischen Handlungen beteiligt sind" zu verhindern. Im Endeffekt fallen unter diese Definition also auch Menschen, die lediglich die gleichen politischen Ziele verfolgen wie die angeblichen "Terroristen", aber nicht zu deren Mitteln greifen. Eine Unterscheidung zwischen der Unterstützung von "terroristischen Vereinigungen" und der Unterstützung von Befreiungsbewegungen wird nicht vorgenommen. Auf der selben Linie wie dieser Beschluss liegt der Vorschlag der EU-Kommission für eine EU-weite Terrorismusdefinition, die bereits die "widerrechtliche Inbesitznahme oder Beschädigung von öffentlichen Einrichtungen, Regierungsgebäuden oder -anlagen, öffentlichen Verkehrsmitteln, der Infrastruktur, allgemein zugänglichen Orten und Eigentum (öffentliches und privates Eigentum)" als Terrorismus definiert. Damit können sowohl militanter sozialer Protest wie etwa beim G8-Gipfel in Genua, als auch durchaus "friedlicher" ziviler Ungehorsam - Platz- oder Hausbesetzungen - als terroristische Aktionen verfolgt werden.

Es wundert nicht, dass die spanische Regierung in diesem Zusammenhang von einer "historischen Gelegenheit" spricht. Sie hat sich zur Aufgabe gemacht, diese Entwicklung zu verfestigen und auszubauen. "Der 11. September hat uns brutal vor Augen geführt, wie entscheidend der gegenwärtige Zeitpunkt ist und welch schwere Verantwortung Spanien bei seinem Vorsitz nicht nur gegenüber der Europäischen Union, sondern gegenüber der internationalen Gemeinschaft insgesamt zu tragen hat", heißt es unter dem Punkt Standortbestimmung in einem Papier, in dem Spanien seine Vorhaben für das erste Halbjahr 2002 umreißt.

Drei Aspekte stellt Madrid in den Vordergrund: die Angleichung der Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten, die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz innerhalb wie außerhalb der EU, hier besonders den USA, sowie als letzten Aspekt, der unter der Überschrift "Reaktion auf das aktuelle Ausmaß des Terrorismus" steht, die koordinierte Zusammenarbeit beim Einfrieren von Finanzmitteln und Geldwäsche. Diese Maßnahmen, alle bereits seit langem in EU-Gremien verhandelt (z.B. die Geldwäscherichtlinie oder der europäische Haftbefehl) bringt Spanien für sich auf einen gemeinsamen Nenner: Sie zielen auf ETA und auf die Kriminalisierung aller politischen Kräfte, die sich für die Unabhängigkeit des Baskenlandes aussprechen.

Generalverdacht: Terrorismus

Genau eine Woche nach den Anschlägen in den USA präsentierte die EU-Kommission ihren Vorschlag für einen so genannten Rahmenbeschluss über die Einführung eines europäischen Haftbefehls, der künftig in der EU an die Stelle von Auslieferungsverfahren treten soll. Damit soll unter anderem die Auslieferung mutmaßlicher "Terroristen" zwischen den EU-Staaten vereinfacht werden. Eine Angelegenheit, die Spanien besonders am Herzen liegt. Kam es doch in der Vergangenheit immer wieder vor, dass sich europäische Regierungen weigerten, angebliche ETA-Mitglieder an Spanien auszuweisen, weil sie in diesem Fall mit Folter zu rechnen hatten oder die Anschuldigungen gegen sie auf mit Folter erpressten Aussagen beruhten.

"Terrorismus"-Verdächtigte unterliegen in Spanien der so genannten Incomunicado-Haft, in der dem Beschuldigten bis zu einer Frist von vier Tagen der Beistand eines Anwalts oder der Kontakt zur Außenwelt verwehrt wird. In dieser Zeit finden oft Misshandlungen statt, für die Spanien regelmäßig von Menschenrechtsorganisationen und dem Antifolterkomitee des Europarats gerügt wird.

Mit dem EU-Haftbefehl sollen nun bei ca. 30 Straftaten (auch bei Mitgliedschaft bzw. Unterstützung einer "terroristischen Vereinigung") die gesuchte Person nicht mehr ausgeliefert, sondern der Strafverfolgungsbehörde des Landes "übergeben" werden, die den EU-Haftbefehl ausgestellt hat. Wie in einem Bundesstaat, wird die gerichtliche Entscheidung auf eine Haftprüfung reduziert. Die Einführung des EU-weiten Haftbefehls ist vorerst wegen des Widerstands Italiens bis 2004 blockiert. Doch aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Mit der absehbaren Einführung des neuen Haftbefehls wird in der EU der Rechtsschutz für die Betroffenen abgebaut werden. An eine Kompensation durch eine Stärkung der VerteidigerInnenrechte ist ohnehin nicht gedacht. Zwar werden Beschuldigte weiterhin versuchen können, mit Hinweis auf die Europäische Menschenrechtskonvention einen EU-Haftbefehl anzufechten (z.B. wenn sie nach ihrer "Übergabe" an Spanien mit Folter oder unmenschlicher Behandlung rechnen müssen). Dies muss dann aber im Rahmen eines Übergabeverfahrens geltend gemacht werden, was ungleich schwerer sein wird als in einem gerichtlichen Auslieferungsprozess.

Um was es dabei geht, zeigt folgender Fall. Anfang März begann im südfranzösischen Pau das Auslieferungsverfahren gegen Juan Maria Olano, Sprecher der baskischen Antirepressionsorganisation Gestoras pro Amnestia. Nachdem im Oktober die gesamte Führung der Organisation in Spanien inhaftiert worden war, war Olano ins französische Baskenland geflüchtet. Dort wurde er im Dezember vergangenen Jahres verhaftet. Im Fall Olanos wenden sich Menschenrechts- und Verteidigerorganisationen sowie die französische Grünen und KommunistInnen gegen die Auslieferung. Denn außer Unterstützungsarbeit für baskische Gefangene ist Olano kein "Vergehen" vorzuwerfen. (Vgl. auch jW, 8.3.02)

Baskische Organisationen im Visier

Ebenfalls im Dezember wurde Gestoras pro Amnestia (zusammen mit der Angehörigenorganisation Senideak) in Spanien verboten. Obwohl gegen die inhaftierten Führungsmitglieder kein Urteil vorliegt, erklärte Ermittlungsrichter Baltasar Garzón die Antirepressionsorganisation für illegal. Laut Garzón seien die Gestoras pro Amnestia "integraler Teil der Terrororganisation ETA". Auf welcher wackeligen Grundlage das Auslieferungsverfahren steht, zeigt die Tatsache, dass der spanische Nationale Gerichtshof erst vor kurzem Kompetenzüberschreitungen des Ermittlungsrichters Baltasar Garzón in diesem Zusammenhang rügte. Garzón sei nur für vorläufige Maßnahmen berechtigt, stellte der Gerichtshof in Madrid fest. Verbote könne er nicht aussprechen, diese könnten erst durch ein ordentliches Urteil bewirkt werden.

Seit 1998 hat Garzón sieben Polizeiaktionen gegen Organisationen aus dem Umfeld von ETA durchgezogen, die als Deckorganisationen diffamiert werden. Betroffen war ein angebliches Finanznetz, die Zeitung Egin, die baskischen Strukturen Xaki (als angeblicher internationaler Apparat der ETA) und KAS bzw. Ekin (angeblich das polit-strategische Zentrum) sowie die Jugendorganisationen Jarrai/Haika. Doch von den insgesamt 108 Verhafteten mussten 88 wieder frei gelassen werden. Auf Veranlassung des Nationalen Gerichtshofs wurden zuletzt sechs Angeklagte nach 15 Monaten aus dem Gefängnis entlassen. Die Richter waren zu der Überzeugung gekommen, dass Garzón keine Beweise erbracht habe, dass Ekin "der ETA untergeordnet" ist. Ungeachtet dessen halten die Verbote an. Anfang Februar wurde die baskische Jugendorganisation Segi und die Gefangenenhilfsorganisation Askatasuna für illegal erklärt.

Die Konten von Askatasuna wurden eingefroren, womit eines der neu geschaffenen Möglichkeiten der spanischen Antiterrorgesetze eingesetzt wurde. Das Äquivalent hierzu wurde Ende Dezember letzten Jahres EU-weit auf den Weg gebracht. Ohne Beteiligung der nationalen Parlamente oder des EU-Parlaments wurden am 27. Dezember im EU-Rat vier Maßnahmen im Bereich der Terroristenbekämpfung verabschiedet. Eine davon betraf die europaweite Zusammenarbeit beim Einfrieren von "Geldern, Vermögenswerten und anderer wirtschaftlicher Ressourcen", das nach EU-Definition terroristischen Zwecken dient.

Dass damit auch Organisationen wie Askatasuna ins Visier geraten, hatte die bei der OECD angesiedelten Arbeitsgruppe "Finanzielle Maßnahmen gegen die Geldwäsche" (Financial Action Task Force - FATF) bereits im Oktober vergangenen Jahres deutlich gemacht. Im Anhang einer Pressemitteilung teilt die FATF mit, dass

auch nichtkommerzielle und Nicht-Regierungsorganisationen in die vorgeblich gegen den Terrorismus gerichtetem Überwachungsmaßnahmen einbezogen werden sollten. Sie seien "besonders anfällig" für den Missbrauch "durch terroristische Organisationen, die sich als legitime Rechtssubjekte ausgeben." Terroristische Organisationen könnten NGOs "als Durchlaufstellen zur Terroristen-Finanzierung" benutzen.

Antirepressionsarbeit ist illegal

Ebenfalls am 27. Dezember beschloss der EU-Rat die so genannte Terroristenliste. Sie umfasst momentan 13 Organisationen und 29 Personen. Die Liste wird "gestützt auf ernsthafte und schlüssige Beweise oder Indizien (sic!)" und auf Vorschlag der zuständigen Justizbehörden erstellt. Gegenwärtig umfasst die Liste sechs Organisationen aus Nordirland (zwei republikanische/vier loyalistische), drei aus Griechenland, zwei palästinensische und aus Spanien die GRAPO und ETA. Laut Liste, die EU hat nolens volens - ungeprüft die Haltung Spaniens übernommen, gehören "folgende Organisationen ... zu terroristischen Vereinigung ETA: KAS, Ekin, Xaki, Jarrai/Haika und die Gestoras pro Amnestia". Es überrascht dann nicht, dass unter den 29 aufgeführten Personen 21 BaskInnen sind.

"Die Mitgliedsstaaten leisten einander im Wege der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen ... weitgehende Amtshilfe bei der Prävention und Bekämpfung von Teroranschlägen", so wurde ebenfalls im Dezember 2001 im EU-Rat beschlossen. Anfang März bereits wurde auf dem Treffen der EU-InnenministerInnen ein entsprechender Rahmenbeschluss zur grenzüberschreitenden Sicherstellung von Vermögenswerten und Beweismitteln verabschiedet. Der Beschluss, der im Detail noch ausgearbeitet werden muss, sieht vor, dass alle Mitgliedsstaaten die von den Justizbehörden eines anderen Mitgliedsstaates gefällten Entscheidungen anerkennen und innerhalb von 24 Stunden ausführen.

"Spanien weiß aus eigener Erfahrung, dass - wenn der Rechtsstaat in der Lage sein soll, dem Terrorismus entgegenzutreten - die Rechtsordnungen aller Mitgliedsstaaten der Union einander angenähert werden müssen", so die spanische Regierung in ihrer Agenda zur Ratspräsidentschaft. Angesichts der Art und Weise, wie Spanien den Kampf gegen ETA und die baskische Unabhängigkeitsbewegung führt, kann das nur als Drohung verstanden werden. Wie man sich KritikerInnen entledigt, wie leicht legal Organisationen unter die Räder kommen können, wenn man sie in das Umfeld des Terrorismus rückt oder sie selbst des Terrorismus bezichtigt, macht Spanien vor.

Beat Makila

Mark Holzberger

16. Rasterfahndung: Suchmaschine der Innenminister. Konkret nutzlos, juristisch umstritten - vor allem gefährlich

Autor: Wilhelm Achelpöhler · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Polizeistaat/Polizeiterror; Geheimdienste · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:30

"Neues aus der Mottenkiste", so betitelte jüngst die Deutsche Richterzeitung einen Beitrag zur Rasterfahndung. In der Mottenkiste war die Rasterfahndung verschwunden, nachdem sie lange vom früheren BKA-Präsidenten Horst Herold als unverzichtbares Fahndungsinstrument gepriesen wurde. Jetzt nach dem 11. September 2001 ist die Rasterfahndung wieder reaktiviert worden, wenn auch verblüffender Weise gar nicht zur Fahndung nach terroristischen Tätern. Denn unter Fahndung versteht man die Suche nach bekannten oder unbekannten Tätern zum Zwecke der Strafverfolgung. Aber darum geht es bei der gegenwärtig stattfindenden Rasterfahndung nicht.

Die momentane Rasterfahndung erfolgt auf Grundlage der Polizeigesetze der Länder. Sie soll der Gefahrenabwehr dienen, also der Verhinderung künftiger Straftaten, nicht der Verfolgung bereits begangener Straftaten. Der Generalbundesanwalt wollte nämlich von dem ihm bundesweit mit § 98a StPO zur Verfügung stehenden Instrument der Rasterfahndung zum Zwecke der Strafverfolgung gerade keinen Gebrauch machen. Hintergrund dürfte sein, dass es äußerst zweifelhaft gewesen wäre, ob für eine solche Rasterfahndung die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben waren. Denn zum Zwecke der Strafverfolgung kann die Rasterfahndung nur eingesetzt werden, wenn ein Anfangsverdacht einer Katalogstraftat, etwa nach § 129a StGB gegeben wäre.

Die Strafbarkeit gem. § 129a StGB setzt allerdings voraus, dass die Vereinigung mindestens eine Teilorganisation im Geltungsbereich des Grundgesetzes hat (organisatorischer Inlandsbezug). Nicht ausreichend ist es, wenn Mitglieder einer ausländischen Vereinigung, sei es auch für längere Zeit, ohne selbstständige Organisationsstruktur im Inland operieren. Da eigenständige Teilorganisationen des so genannten Al-Qaida-Netzwerkes in Deutschland nicht ersichtlich sind, lag somit der Verdacht einer Katalogtat i.S.d. § 98 a Abs. 1 Nr. 2 StPO nicht vor. Zwar ist die Einführung eines § 129 b StGB in Vorbereitung, der die Regelung des § 129 a StGB auch auf ausländische Vereinigungen erstrecken soll, auf der Grundlage des bisher geltenden Rechts konnte aber eine strafprozessuale Rasterfahndung nicht wegen des Verdachts des Bestehens einer terroristischen Vereinigung durchgeführt werden.

Die Innenminister der Länder entschieden sich daher, von dem in den Landesgesetzen der Länder auch zum Zwecke der Gefahrenabwehr aufgenommenen Instrument Gebrauch zu machen. Damit begannen die nicht unerheblichen Probleme der Polizei.

Gefahrenabwehr ersetzt Strafverfolgung

Problem 1: In einigen Bundesländern gab es keine Bestimmungen über die Rasterfahndung, in Bremen war sie sogar kurz zuvor aus dem Polizeigesetz gestrichen worden. Wie in solchen Zeiten üblich dauerten die gesetzlichen "Nachbesserungen" aber nicht allzu lange und auch Schleswig-Holstein, Niedersachen und Bremen hatten wieder gesetzliche Regelungen zur Rasterfahndung. Diese sind notwendig, weil seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Volkszählung im Jahre 1983 jede Verwendung und Weitergabe von Daten einer gesetzlichen Grundlage bedarf.

Problem 2: Die gesetzlichen Voraussetzungen der Rasterfahndung sind von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich: Zum Teil steht die Rasterfahndung - ähnlich etwa wie Durchsuchungen oder Festnahmen - unter Richtervorbehalt. Dies ist etwa in Berlin, Brandenburg, Hessen, NRW und Sachsen-Anhalt der Fall. In den anderen Bundesländern dagegen reicht die Anordnung mehr oder weniger hoch stehender Beamter. Auch variieren die Bedingungen für die Rasterfahndung erheblich: Ist etwa in Berlin, NRW oder Hessen eine gegenwärtige Gefahr für den Bestand der Sicherheit eines Bundeslandes oder des Bundes oder für Leib und Leben und Freiheit erforderlich, kann in Niedersachsen schon zur Bekämpfung erheblicher Straftaten gerastert werden - die fangen beim gewerbsmäßigen Fahrraddiebstahl an.

Problem 3: Ins Visier nahm man allein stehende islamische/arabisch(-stämmig)e männliche Studierende, die vor allem dadurch auffallen, dass sie unauffällig sind: keine ausländerrechtlichen Beschränkungen, keine Straftaten. Dies ergibt sich aus einem vom Bundeskriminalamt (BKA) erstellten Täterprofil. Deren Daten sollten von den Landespolizeibehörden bei den Universitäten und Einwohnermeldeämtern erhoben werden und an das BKA - das keine Befugnis zur Rasterfahndung hat - weitergeleitet werden. Sorgen der Betroffenen, hier öffentlich stigmatisiert zu werden, versuchte NRW-Innenminister Behrens mit den Worten zu zerstreuen: "Die Rasterfahndung ist ein modernes Fahndungsmittel, ähnlich einer Suchmaschine im Internet, die nicht im Widerspruch zu den Prinzipien unseres Rechtsstaates steht." Der kleine Unterschied zwischen geschützten persönlichen Daten bei Universitäten und Einwohnermeldeämtern und öffentlich im Internet zugänglichen Daten ist Behrens anscheinend nicht ganz bewusst.

Die zur rechtsstaatlichen Sicherung des Verfahrens eingeschalteten Amtsrichter erwiesen sich für die Polizeibehörden als keine allzu große Hürde: So benötigte etwa das Amtsgericht Düsseldorf knapp 24 Stunden, um die tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen der Rasterfahndung zu überprüfen. Später benötigten die Gerichte Monate für die Prüfung der Rechtsmittel der Betroffenen. Auf Grund der Beschwerden der Betroffenen wurde die Rasterfahndung dann in Hessen und Berlin gänzlich gestoppt, in NRW eingeschränkt.

Als Problem erwies sich hier ein offenkundiger Gegensatz: Während nach den gesetzlichen Bestimmungen die Rasterfahndung nur zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr, also eines schon entstandenen Schadens bzw. eines mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit bevorstehenden Schadens zulässig war, verkündeten Bundesregierung und Länderregierungen, die Lage sei ruhig, es gäbe keine konkreten Hinweise auf Anschläge von "Terroristen in Deutschland". Demgegenüber hieß es in dem Antrag des hessischen Landeskriminalamtes an das Amtsgericht Wiesbaden: "Das BKA führt zur Gefährdungssituation im Falle eines Militärschlages aus, dass für den Fall eines Angriffes US-amerikanischer Streitkräfte gegen Ziele in Afghanistan und/oder der anderen Unterstützerstaaten mit hohen Opferzahlen unter der Zivilbevölkerung mit einer Vielzahl von Demonstrationen unter großer Beteiligung der in Deutschland lebenden muslimischen Bevölkerung zu rechnen ist. Daneben sind Gewalttaten durch extremistische islamische Kreise in der Bundesrepublik Deutschland einzukalkulieren. Des weiteren müssen schwere Straftaten bis hin zu terroristischen Straftaten durch fanatisierte Einzeltäter und Kleingruppen in Betracht gezogen werden." Einmal abgesehen davon, dass diese "Täterkreise" rein gar nichts mit den so genannten Schläfern zu tun haben, nach denen angeblich gesucht wurde, so erscheint doch die damit gleichzeitig zum Ausdruck gebrachte Gefährdungslage jedenfalls für die afghanische Zivilbevölkerung nicht unrealistisch - realistischer jedenfalls als manche Hoffnung auf einen "sauberen Krieg".

Exakt dieser Widerspruch zwischen öffentlich und gegenüber den Gerichten geäußerter Lageeinschätzung wurde den Polizeibehörden in Hessen und Berlin zum Verhängnis. Unter Bezugnahme auf die Erklärungen der Bundesregierung, die seit Ende September 2001 darauf hinwies, es seien keine Anzeichen ersichtlich, dass die Verübung terroristischer Gewalttaten bevorstehe, wurde die Anordnung der Rasterfahndung durch das Landgericht (LG) Berlin am 15.1.02 aufgehoben. Ebenso in Hessen durch das LG Wiesbaden am 6.2.02: "Die Antragsbegründung ist auf Vermutungen gestützt. Trotz monatelanger intensiver Fahndungen ist der Antragsteller mit seinem Vorbringen über das Stadium von Mutmaßungen nicht hinausgekommen." Dem Einwand, die Bundesregierung habe hier keine rechtlichen Erklärungen abgeben wollen, hielt das Landgericht entgegen, die Bundesregierung sei mit den ihr zur Verfügung stehenden Erkenntnisquellen mehr als jede andere Stelle in der Lage, das Vorliegen einer gegenwärtigen Gefahr zu beurteilen. Wörtlich: "Dass auf diese Beurteilung kein Verlass wäre, darf wohl nicht angenommen werden."

Mentalität des Schützengrabens

Anders als in Hessen entschieden die Gerichte in NRW: Das LG Düsseldorf sah in seinem Beschluss vom 29.10.2001 eine gegenwärtige Gefährdung schon deshalb, weil die Bundesregierung die uneingeschränkte Solidarität mit den USA auch mittels militärischer Unterstützung bekundet habe und "seitens der hinter den Anschlägen vom 11.9.2001 vermuteten Organisation spätestens seit der Militäraktion gegen Afghanistan Vergeltungsschläge gegen die an den militärischen Aktionen beteiligten Staaten angekündigt wurden". Diese Einschätzung wurde später durch das Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf ausdrücklich gebilligt, das sogar von einer "notstandsähnlichen Situation" sprach.

Kassiert wurde vom OLG Düsseldorf hingegen die Rasterfahndung, so weit sie deutsche Staatsangehörige betrifft, denn NRW-Innenminister Behrens hatte seine Suchmaschine gleich auf die gesamte männliche Bevölkerung im terrorismusfähigen Alter angesetzt. Unabhängig von Staatsangehörigkeit und Religion oder auch Studentenstatus wurden die persönlichen Daten aller in NRW lebenden Männer zwischen 18 und 41 Jahren an das Polizeipräsidium Düsseldorf übermittelt, insgesamt allein von den Einwohnermeldeämtern die Daten von 4.669.224 Personen. Ausländischen Studierenden mit als "verdächtig" eingestufter Staatsangehörigkeit attestierte das Gericht eine wenn auch schwache Gefahrennähe, weshalb diese Personen zu Recht als verdächtig eingestuft würden, immerhin noch 10.937 Personen.

Die Verwaltungsgerichte (VG) Mainz und Hamburg freilich segneten die Rasterfahndung ab: Insbesondere das VG Mainz begründete gleich eine weltweite Zuständigkeit der Polizisten aus Rheinland-Pfalz. Da am 11. September in New York auch deutsche Strafrechtsnormen verletzt worden seien, sei auch die Polizei zur Verhinderung dieser Straftaten zuständig. Die offenkundige Schwäche dieser Argumentation verbarg man hinter starken Worten. Der Staat müsse "zur Aufrechterhaltung seines Ordnungsgefüges seine Maßnahmen der Dimension der jeweiligen Herausforderung" anpassen, wobei sich das Gericht sinnigerweise auf das Urteil zum § 218 bezog, aus dem sich eine Schutzpflicht des Staates zum Schutz des Lebens ergebe. Erwogen wird auch eine rechtliche Verpflichtung des Staates, "zur Verwirklichung der Menschenrechte weltweit beizutragen". Viel Arbeit, die da auf die kleine Landespolizei in Rheinland-Pfalz zukommt, aber es handelt sich dabei nur um "selbstverständliche und erwartete staatliche Präventivmaßnahmen". Kein gutes Haar ließ man an den Kollegen vom Landgericht Berlin. Deren Entscheidung wird nicht nur für falsch gehalten, nein, sondern sie steht gleich "mit tragenden Rechtsprinzipien nicht in Einklang" - dabei hatten die Richter in Berlin nur geprüft, ob die tatsächlichen Voraussetzungen der Rasterfahndung gegeben waren.

Wenige Tage später antworteten die Richter des OLG Frankfurt, die die Beschwerde des hessischen Innenministers gegen die Einstellung der Rasterfahndung zurückwiesen: "Mit der Übertragung der Entscheidungskompetenz und Verantwortung auf die Gerichte ist zugleich die Erwartung verbunden, dass sich die zur Entscheidung berufenen Richterinnen und Richter - auch in Krisenzeiten - nicht von eigenen Emotionen oder Emotionen anderer, sondern ausschließlich vom Gesetz leiten lassen." Damit ist zugleich der Kern des Problems beschrieben: An Stelle von Vernunft und Besonnenheit herrschte nach dem 11. September eine Mentalität des Schützengrabens. Ohne dass in Deutschland auch nur eine Person verletzt wurde, brachen die innenpolitischen Dämme. Man kann sich kaum ausmalen, wie es hier zu Lande aussähe, wenn tatsächlich einmal die "Innere Sicherheit" auf dem Spiel stünde.

Der 11. September hatte so die Funktion eines innenpolitischen Katalysators. Der münstersche Strafrechtsprofessor Welp kommentierte dies treffend mit den Worten: "Wir haben im Moment ein Klima, in dem fast alles, was unter der Marke Sicherheit verkauft wird, auch durchgeboxt wird." Und die nächsten Schritte sind schon angekündigt: CDU und FDP in Hessen wollen das Polizeigesetz des Landes ändern und die Richter vom Landgericht Wiesbaden und des OLG Frankfurt künftig für unzuständig erklären.

RA Wilhelm Achelpöhler,

Münster

17. Das Märchen vom schwachen Staat. Anti-Terror-Pakete in neoliberalen Zeiten

Autor: Stefanie Gräfe · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Polizeistaat/Polizeiterror; Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:36

Die Rede vom kränklichen Staat ist längst zum Allgemeinplatz geworden. Überall diagnostiziert man Zeichen des Verfalls. Der 11.9. hat daran erstaunlich wenig geändert. Dabei gäbe es spätestens jetzt Anlass genug, Rufe nach mehr und besserer staatlicher Regulierung zu überdenken. (1)

Am 1.1.2002 trat das Anti-Terror-Paket II in Kraft (vgl. ak 454, 455, 456). Es soll genauso wie die im Dezember 2001 auf EU-Ebene verabschiedete Terrorismus-Definition helfen, terroristische Anschläge zukünftig bereits im Vorfeld zu verhindern. Doch dass das Gesetzespaket tatsächlich effektiv zu einer Verhinderung von Attentaten des Twin-Tower-Typs beiträgt, darf ernsthaft bezweifelt werden. Worum es tatsächlich geht, sei daher in einigen Stichworten noch einmal kurz skizziert:

Die drei Sicherheitsdienste Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst und Militärischer Abschirmdienst erhalten umfassende neue Ermittlungs-Befugnisse, die u.a. mit einer Aufweichung der Fernmelde- und Bankgeheimnisse einhergehen. Das Bundeskriminalamt wird offiziell in die Grauzone von Vorfeldermittlungen ohne konkreten Anfangsverdacht eingelassen. Damit wird nicht nur das Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten unterlaufen, sondern auch das Verhältnis von "Verdacht" und "Ermittlung" umgekehrt - das heißt, am (vorläufigen) Ende der Ermittlung steht zunächst der Verdacht, und ermittelt werden kann prinzipiell gegen alle.

Schöner schlanker Staat?

Auch die EU-Terrorismusdefinition zielt mitnichten exakt auf Selbstmordattentate: Dafür schließt sie militanten sozialen Protest oder auch "friedlichen" zivilen Ungehorsam - Beispiel Genua 2001 - mit ein. Politischer Protest wird mit dieser Definition EU-weit in die Nähe von Terrorismus gerückt. Darüber hinaus soll es auch auf europäischer Ebene zu einer besseren Kooperation bei der Strafverfolgung zwischen den Polizeien und Geheimdiensten der EU-Länder kommen. In länderübergreifenden gemeinsamen "Ermittlungsgruppen" verschwimmt auch hier die Trennungslinie zwischen Polizei- und Geheimdienstkompetenzen, während zugleich Infrastrukturen und Befugnisse des Sicherheitsapparates ausgebaut werden. Die EU-Terrorismus-Definition dient hierzulande zukünftig auch als Grundlage für Einreiseverbote und Ausweisungsverfügungen. So steigt die Wahrscheinlichkeit, dass politisch Verfolgte als "Sicherheitsrisiko" für die BRD konstruiert und deshalb (und nicht wegen "mangelnder Glaubwürdigkeit" ihres Antrags) abgelehnt werden. Hier tritt das Interesse des bundesdeutschen Staates an der konkreten, einzelfallbezogenen Wahrung des individuellen Menschenrechtes auf Asyl noch definitiver als zuvor hinter vage formulierte und weit definierte Sicherheitsinteressen zurück. Die generelle Verpflichtung der Ausländerbehörden und des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, alle ihnen bekannten personenbezogenen Daten und Informationen "über verfassungsfeindliche Bestrebungen" dem Verfassungsschutz mitzuteilen, lässt zudem die Asyl- und Ausländerbehörden jetzt ganz offen zum verlängerten Arm des Geheimdienstes werden.

So bietet der 11.9. dem Staat die Gelegenheit, z.B. eine äußerst restriktive Ausländer- und Asylpolitik im Anti-Terror-Paket fest zu installieren, und, in Kombination mit dem geplanten Zuwanderungsgesetz, nicht nur Migration, sondern auch "Flucht" als Objekte politischer Steuerung festzuschreiben und damit Grund- und Menschenrechte als politische Maßstäbe für staatliches Handeln nunmehr komplett aufzugeben. Insgesamt kommt es sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene zu einer Erweiterung der Exekutive gegenüber der Legislative, und innerhalb der Exekutive wird die Polizei-Logik wiederum der Geheimdienst-Logik untergeordnet. Der Politikwissenschaftler Wolf-Dieter Narr sagt dazu pointiert: Die "Zusammenarbeit von Intelligence Services und exekutiver Polizei [wird] weiter, jedenfalls formal, in Richtung der Gestapo installiert." (2) Damit verbunden sind Prozesse der Zentralisierung von Behörden, von Sicherheitsorganen und Datenbeständen, bei denen die exakten Grenzen der Zuständigkeitsbereiche zwischen den einzelnen Organen verschwimmen. Von der damit einhergehenden Einschränkung der Grundrechte ist keineswegs die gesamte Bevölkerung gleichermaßen betroffen; insbesondere AusländerInnen und Flüchtlinge sind potenziell verdächtig und massiven Einschnitten in ihre Datenschutzrechte und, über die De-facto-Abschaffung des

Asylrechtes, auch massiven Verletzungen des Menschenrechtes auf Leben und körperliche Unversehrtheit ausgesetzt. Kurz: Individuelle Schutzrechte gegenüber dem Staat verlieren an Bedeutung, während die Schutzrechtes des Staates gegenüber den Individuen an Bedeutung gewinnen.

Was bedeuten diese Entwicklungen für die verbreitete Rede vom "Rückzug des Staates"? Angestimmt wird sie von Attac über Bourdieu, von Lafontaine bis hin zu den akademisch sehr angesagten sozialwissenschaftlichen "Gouvernementalitätsstudien", die unter Bezugnahme auf die Neoliberalismus-Analyse Michel Foucaults insbesondere in Deutschland dazu tendieren, jegliche staatskritische Haltung zu verabschieden. (3) Der Bedeutungsverlust des Staates wird dabei entweder explizit problematisiert, indem darüber gesprochen wird, wie, das heißt mit welchen Techniken und welchen Effekten es zu einem Rückgang von Staatlichkeit kommt. Oder er wird implizit unterstellt, indem der Staat als relevanter Akteur in den Analysen gar nicht oder nur am Rande auftaucht. Als Beispiel für eine Argumentation ersten Typs soll im folgenden Wolfgang Fachs Untersuchung über den "schlanken Staat" herangezogen werden, die im Kontext der Gouvernementalitätsstudien erschienen ist. (4)

Wolfgang Fach untersucht die Formen der Selbst-Darstellung des modernisierten, des "schlanken Staates". Dem verschlankten, effizienteren und kundenorientierten Staat entspreche gesellschaftlich eine Neuauflage des Darwinismus, also des "Survival of the fittest", das die oberste Regel einer neuen "Grammatik der Härte" sei. Die Transformation von ArbeitnehmerInnen in UnternehmerInnen, also in so genannte ArbeitskraftunternehmerInnen, und von Nationen in Firmen sind laut Fach Bestandteile dieser Grammatik; eine Grammatik, die Bürokratien und Staatsapparate als überflüssige Pfunde denkt, die abgebaut werden müssen, damit sich Staat und Subjekte für den Konkurrenzkampf auf dem Markt präparieren - und das heißt vor allem: verschlanken und härten können. Um diesen "neuen Stil ... draußen im Lande durchzusetzen", so Fach, braucht es neue Formen des Regierens: dezentralisiert sei die Macht geworden, und das Regieren funktioniere vor allem "indirekt, verdeckt, vertrackt, von ferne". Fach spricht also nicht davon, dass der Staat verschwindet, wohl aber davon, dass er in gewisser Weise entschwindet: "Loyalitäten schrumpfen, Zuständigkeiten verschwinden, Bürokratien bröckeln ab, Organisationen weichen auf."

Diese Konzeption entwirft Staatsmacht als fragmentierte und dezentralisierte Regierungspraktiken, die mit dem Adjektiv "staatlich" eigentlich nicht mehr treffend beschrieben sind. Unbefragt bleibt so zwangsläufig, ob denn auch ein Bedeutungsverlust zentralisierter, intervenierender staatlicher Politik festzustellen ist. Fachs Text ist ein Beispiel für einen Diskurs, in dem der Staat als eigenständiger und zentraler Akteur in gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen zunehmend unsichtbar wird. Damit fällt auch die Analyse staatlicher Repression unter den Tisch. Der Sozialwissenschaftler Thomas Lemke, ein profilierter Foucault-Kenner, der sich zugleich kritisch innerhalb der Gouvernementalitätsdebatte verortet, kritisiert in diesem Zusammenhang, dass ",irrationale Momente` wie Gewalt und Zwang auch (und gerade) innerhalb der liberalen und neoliberalen Rationalität" (5) ausgeklammert werden. Er besteht darauf, dass es zwischen rationalen und irrationalen Momenten eine systematische "innere Beziehung" gibt.

Doch trifft es das wirklich? Wenn es darum geht, Gewalt und Zwang als immanente Bestandteile gegenwärtiger politischer Rationalität zu analysieren, dann müssen sie wohl als systematische und rationale Momente gedacht werden - rational deshalb, weil sie auch - wenngleich nicht nur - Elemente staatlicher Regierungspraktiken sind. Sicher: Gewalt ist nicht auf den Staat beschränkt und der Staat regiert nicht bloß durch Gewalt. Aber umgekehrt ist es fatal, die Problematik der Staatsgewalt, staatlicher Ausschließungspraktiken und staatlicher Repression komplett außen vor zu lassen. Kritische Gesellschaftskonzepte müssen danach fragen, in welcher Weise der Staat als institutionellrechtliche Struktur und als zugleich zentralisierendes und dezentralisierendes Kräfteverhältnis zu denken ist, das in der Regulation politischer Rationalitäten und Technologien eine nach wie vor entscheidende Rolle spielt.

Begreift man die allüberall geführte Rede vom "Rückzug des Staates" als Teil einer auch staatlich regulierten Rationalität, so könnte man Fachs Text auch als erfolgreiche Übersetzung neoliberaler Staats-Rhetoriken in die Theorie lesen. Geht man nämlich davon aus, dass "Souveränität" tatsächlich "verloren geht", dann gesteht man dem neoliberalen Programm im Grunde eine hundertprozentige Realitätsmächtigkeit zu. Glaubt man, dass sich der Staat, getreu seiner Rhetorik, tatsächlich "verschlankt", dann wird man seine Ausdehnung, also z.B. die Expansion des nationalstaatlichen Herrschaftsprojektes im Inneren des Staates kaum erkennen können.

Indirektes Regieren von ferne?

Die Beispiele Anti-Terror-Paket und Zuwanderungsgesetz zeigen deutlich, dass der Staat Gewalt und Zwang gegen "unnütze Fremde" systematisch in die Rationalität des nationalen Projektes einschreibt. Deutlicher noch als im alten Ausländerrecht wird zukünftig die marktlogische Verwertbarkeit von MigrantInnen zur Richtschnur für die Entscheidung über Ein- oder Ausschluss. Und diese Um- bzw. Abbauprozesse vollziehen sich in rechtlich-institutionellen Strukturen und werden mit Techniken des Zwangs und der Ausschließung umgesetzt.

Von einer Dezentralisierung oder von einem Rückzug des Staates kann also keine Rede sein. Zu beobachten ist statt dessen eine Effektivierung staatlicher Praktiken, z.B. durch die gezielte Vernetzung von Behörden mit Geheimdiensten. Modernisierung und Effizienzsteigerung gehen hier mitnichten mit einem Abbau von Bürokratisierung oder einer "Verschlankung" des Staatsapparates einher.

Hat der Staat also an Bedeutung verloren? Wohl kaum. So geht es einerseits darum, den "Rückzug des Staates" und die "Dominanz des Marktes" als staatliches Programm zu entziffern. Doch selbst eine solche Analyse reicht möglicherweise nicht weit genug. Joachim Hirsch spricht in diesem Zusammenhang von einer "Erweiterung des Staates" im Kontext von Globalisierung und Internationalisierung. Diesem erweiterten Staat kommt die Funktion zu, die Voraussetzungen für die umfassende Durchkapitalisierung der Gesellschaft zu schaffen. (6) Dem Staat das Märchen von der eigenen Schwäche abzukaufen, ist für emanzipatorische Anliegen jedenfalls ziemlich kontraproduktiv.

Stefanie Gräfe

Anmerkungen:

1) Dieser Artikel ist die gekürzte und bearbeitete Fassung des ersten Teiles eines Vortrages, den die Autorin zusammen mit Regina Brunnett am 7.2.2002 an der Universität Hamburg im Rahmen der Vorlesungsreihe "Gouvernementalität, Subjektivität und Arbeit" gehalten hat.

2) Wolf-Dieter Narr: Ermächtigung. In: CILIP 70 (3/2000)

3) Vgl. hierzu auch die Beiträge von Katharina Puehl und Susanne Schultz in ak 456 und 457.

4) Wolfgang Fach: Staatskörperkultur. Ein Traktat über den schlanken Staat. In: Ulrich Bröckling, Susanne Krasmann, Thomas Lemke (Hg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt am Main 2000

5) Thomas Lemke: Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien. Ein kritischer Überblick über die Governmentality Studies. In: Politische Vierteljahresschrift 3/2000

6) Joachim Hirsch: Postfordismus: Dimensionen einer neuen kapitalistischen Formation, in: Joachim Hirsch, Bob Jessop, Nicos Poulantzas: Die Zukunft des Staates. Denationalisierung, Internationalisierung, Renationalisierung, Hamburg 2001

18. Die Ruinen Kabuls. Afghanistan: Ein Reisebericht

Autor: Thomas Gebauer · Rubrik: Afghanistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:38

Das Eigentümliche an den Ruinen Kabuls ist, dass sie nicht alleine von vergangenen, sondern bereits von kommenden Schrecken zu zeugen scheinen. So groß die Verheerungen sind, die der über 20-jährige Krieg in Afghanistan hinterlassen hat, so allgegenwärtig ist der Eindruck, es könne alles noch schlimmer kommen. Eine beklemmende Atmosphäre liegt über der Stadt und spiegelt sich in den unsicheren und misstrauischen Blicken ihrer BewohnerInnen.

Die Lage in Afghanistan ist explosiv. Die Petersberg-Konferenz konnte die widerstreitenden Interessen der afghanischen Konfliktparteien nur kosmetisch befrieden, nicht aber klären. Unter der Oberfläche schwelen die alten Ressentiments und Machtgelüste. Mit großem Unbehagen betrachten die Menschen, wie die Warlords, die Zigtausende von Bürgerkriegstoten zu verantworten und große Teile Kabuls in eine Trümmerlandschaft verwandelt haben, an die Macht zurückgekehrt sind. Aufgerüstet wurden die Kriegsherren vor allem durch die USA, Russland und einige der Anrainerstaaten, die nun nichts unversucht lassen, ihre jeweiligen Interessen durchzusetzen. Mit verdeckten Operationen, Falschgeldlieferungen und politischen Beraterstäben nimmt das Ausland auf das politische Geschehen des Landes Einfluss. Afghanistan ist zu einem Tummelplatz von Geheimdiensten geworden. Von Befreiungseuphorie keine Spur. Dass bei der Terrorbekämpfung der Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben wurde, schaffte eben keine Sicherheit. Jederzeit kann das Machtgerangel, das hinter den Kulissen herrscht, in offene Gewalt umschlagen. Die Ermordung des Ministers für Luftfahrt und Tourismus, der zwar einen in diesen Tagen gewiss nicht sehr bedeutsamen Geschäftsbereich leitete, war ein gefährliches Signal. Und für die Machtbesessenheit und den Hass der Kriegsherren gibt es kaum ein zivilgesellschaftliches Korrektiv.

Kosmetische Befriedung

Unter solchen Umständen ist das blockiert, was das bettelarme Land am Hindukusch so dringend benötigt: Frieden und soziale Entwicklung. In Bamiyan, dem Zentrum der Hasaris, kann ein wieder funktionstüchtig gemachtes Krankenhaus nicht in Betrieb genommen werden, weil sich gleich mehrere Stellen darum streiten, das Personal bestellen zu dürfen: der lokale Kriegsherr, der mit dem Posten eines Gouverneurs befriedet wurde und sich nun gerne als Wohltäter darstellen will, die angesehene Ministerin für Frauenfragen, Dr. Samir Sama, eine Hasari, die gewiss glaubwürdig für die Interessen der Hasari eintritt, und die Ministerin für öffentliche Gesundheit, Dr. Suhaila.

Mit einem viel zu kleinen Stab kann die nach Kabul entsandte UN-Sonderkommission nur eines tun: abwarten. Vernünftig klingende Vorschläge für die Schaffung einer kleinen 30.000 Mann starken nationalen Armee, in die alle 300 Distrikte jeweils 100 Mann entsenden, werden diskutiert, für gut befunden, aber schließlich verworfen, weil die USA eine andere Lösung favorisieren. Nun sollen es die Kämpfer und Kommandostrukturen der Nord-Allianz sein, die das Rückgrat der neue Armee bilden: 200.000 Mann, ein aufgeblähter Wahnsinn, der womöglich bei der Sicherung von Rohstoffinteressen und in den aufkommenden Konflikten mit China eine Rolle spielen könnte, für die Zukunft Afghanistans aber fatale Konsequenzen haben wird.

Die AfghanInnen aber beherrschen mehr als nur den Krieg. Im Exil, in den Flüchtlingslagern und im Land selbst gibt es viele ausgebildete Menschen, die für die soziale Rekonstruktion und die wirtschaftliche Wiederbelebung des Landes zur Verfügung stehen. Hoch qualifizierte afghanische ÄrztInnen, LehrerInnen und Kaufleute, die in Europa oder Nordamerika Taxi fahren oder Pizza austragen, warten darauf, in ihr Land zurückkehren zu können. Voraussetzung dafür wäre die Demilitarisierung und die Umsetzung von Entwicklungsprogrammen, weil die alleine auf Dauer Stabilität sichern. Die Sache aber schleppt sich hin. Längst macht die Klage die Runde, alles gehe viel zu langsam. Jeder Tag, an dem die Hoffnungen der Menschen auf spürbare Veränderung enttäuscht werden, spielt in die Hände der Warlords.

Nicht verborgene Kampfeinsätze gegen die versprengten Reste der Taliban sind gefordert, sondern der Schutz der Bevölkerung. Ohne die unverzügliche Entwaffnung der Kriegsherren wird das nicht gehen. Gerade die Deutschen, denen in Afghanistan große Sympathie entgegengebracht wird, werden immer wieder zu einem stärkeren friedenspolitischen Engagement aufgefordert. Mit einigen hundert Soldaten, die in den Straßen Kabuls patrouillieren und Schutz eher vorspiegeln als ihn wirklich gewährleisten, ist das nicht zu machen. Für

die Wiederherstellung des Friedens aber fehlt eine konsistente Politik, ein ernst zu nehmendes Konzept, das nicht von eigennützigen Interessen geleitet wäre, zu denen auch gehört, den fragwürdigen Bundeswehreinsatz in Afghanistan im Nachhinein zu rechtfertigen.

Aufgeblähter Wahnsinn

Mit großem Aufwand betreibt die Bundesregierung in Kabul ein Winterschulprogramm für Mädchen. Sein Nachteil: Schon im April ist es zu Ende, und niemand weiß, wie es weitergehen soll. Für die afghanische Nichtregierungsorganisation, die Tag und Nacht dafür arbeitet, dass 15.000 Mädchen ein wenig Unterricht und Schulspeisung bekommen, fiel bislang kein Pfennig ab. Ihr kleines Büro am Rande der Stadt hat noch immer kein Licht, geschweige denn Strom für einen Computer.

Argwöhnisch betrachten die EinwohnerInnen Kabuls die Invasion der vielen HelferInnen aus dem Ausland. Die Preise sind explodiert, die Miete für Häuser hat sich verzehnfacht. Ein Zirkus, klagen die Nichtregierungsorganisationen, die schon länger vor Ort sind und ihre Reviere verteidigen wollen, während immer neue Hilfswerke nach Kabul vorstoßen. Über 200 sind es bereits, die hoffen, an der Krise und dem eventuell einsetzenden Wiederaufbau partizipieren zu können. Darunter all die egozentrischen NothelferInnen, die das Elend der Menschen brauchen, um sich selbst öffentlich darstellen zu können, sowie Organisationen mit bunten Namen wie Peace Winds oder Hope Worldwide, die nun eine Katastrophe für sich entdeckt haben, die doch seit vielen Jahren unverändert Realität ist: die afghanische Katastrophe.

Die Sorge ist berechtigt, dass auch die Hilfswerke wie Interventionskräfte über Afghanistan herfallen und die lokalen Fachkräfte zu HandlangerInnen machen. Das Beispiel Kosovo zeigt, wie schnell aus LehrerInnen, lokalen GesundheitsexpertInnen oder MenschenrechtsaktivistInnen ÜbersetzerInnen, FahrerInnen und Wachleute der internationalen Hilfsorganisationen werden können. Ob der freiwillige Verhaltenskodex, den Nichtregierungsorganisationen derzeit in Kabul diskutieren, das Abwerben kompetenter MitarbeiterInnen verhindern kann, ist eher fraglich. Ein landesweites Programm zur sozialen Wiedereingliederung von Kriegsopfern, das über 500 MitarbeiterInnen beschäftigt und eine hervorragende Arbeit leistet, ist bereits in Gefahr, weil sich sein Träger, das UN-Weltentwicklungsprogramm, daraus zurückziehen will, um für die Übernahme größerer Aufgaben vorbereitet zu sein, die noch gar nicht bestimmt sind. Großzügige Widerаufbauhilfe wurde Afghanistan auf der Internationalen Konferenz in Tokio versprochen, doch die afghanischen Minenräumorganisationen, die zu den besten der Welt zählen, wissen nicht, wie sie die Gehälter ihrer Teams bezahlen sollen.

Invasion egozentrischer Nothelfer

Afghanistan hat nur dann eine Chance, wenn nun rasch und unter maßgeblicher Beteiligung lokaler afghanischer Institutionen und Nichtregierungsorganisationen der Wiederaufbau und die soziale Entwicklung des Landes in Gang kommen. Bleibt die Entwicklung aus oder konzentrieren sich die Bemühungen einzig auf ein UN-gestütztes "Protektorat Kabul", steht das künftige Chaos schon heute fest. Die UN ist aufgefordert, eine viel aktivere Rolle einzunehmen. Afghanistan darf nicht nur ein Thema von internationalen Konferenzen bleiben und PolitikerInnen aller Welt als makabre Kulisse für die Inszenierung eines vermeintlichen "Zupackens" dienen, sondern braucht einen im ganzen Lande spürbaren Wandel, der allein geeignet ist, den Menschen Afghanistans Zuversicht für die Zukunft zu geben.

Thomas Gebauer,

medico international

medico international unterstützt in Afghanistan die Organization for Mine Clearance & Afghan Rehabilitation (OMAR) und die Afghan Amputee Bicyclists for Rehabilitation and Recreation (AABRAR). Beide Organisationen gehören der Internationalen Kampagne für das Verbot von Landminen an.

OMAR unterhält Gesundheitsposten und mobile Kliniken zur basismedizinischen Versorgung von Minenopfern sowie Minenräum- und Aufklärungsteams.

AABRAR versorgt Beinamputierte und Menschen mit motorischer Behinderung nicht nur durch medizinische und psychologische Hilfe, sondern auch durch die Ausbildung zum FahrradmechanikerIn oder kurierIn und

durch den Aufbau von Volleyball- und Fußballmannschaften, die an internationalen Sportereignissen teilnehmen.

Spendenkonto:

Frankfurter Sparkasse,

Konto 1800, BLZ 50050201.

19. "Gräber für lebende Wesen." Politische Gefangene in Peru im Hungerstreik

Autor: Helmut Kaiser · Rubrik: Peru · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:12

Seit dem 11. Februar 2002 befinden sich 600 politische Gefangene aus mehreren Gefängnissen in Peru im Hungerstreik. Zentrale Forderungen sind die Schließung der Hochsicherheitsgefängnisse von Yanamayo, Challapalca und El Callao, in denen die Haftbedingungen als extrem hart und unmenschlich gelten, sowie neue, faire Gerichtsverfahren gemäß internationaler Standards. Amnesty International befürchtet, dass es bei der Unterdrückung der Hungerstreiks zu Gewaltexzessen durch die Sicherheitskräfte kommen könnte.

Im Rahmen der staatlichen "Terrorismusbekämpfung" durch die ehemalige zivil-militärische Diktatur Fujimoris wurden in den 90er-Jahren Tausende von Oppositionellen oder vermeintlich Oppositionellen verhaftet, darunter Guerilleros aus den inzwischen zerschlagenen Bewegungen von PCP-SL (Kommunistische Partei Perus - Leuchtender Pfad) und MRTA (Revolutionäre Bewegung Túpac Amaru) bzw. mutmaßliche Kollaborateure. Auf Grund von Begnadigungen kam es zwar zwischenzeitlich zu vielen Freilassungen, doch noch immer müssen nach Angaben von lokalen Menschenrechtsorganisationen 3.000 politische Häftlinge in den Gefängnissen ausharren.

Die Situation in den Hochsicherheitsgefängnissen gilt allgemein als kritisch. Amnesty International kritisiert die Haftbedingungen im 4.600 Meter über dem Meeresspiegel gelegenen Challapalca-Gefängnis als grausam, unmenschlich und erniedrigend: "Dort herrscht extreme Kälte, und durch die Abgeschiedenheit des Gefängnisses wird das Recht der Gefangenen auf Kontakt mit ihren Verwandten und ihrem Rechtsbeistand in gravierendem Maße eingeschränkt." Nicht nur die Hungerstreikenden, auch die Interamerikanische Menschenrechtskommission fordert die vollständige Schließung dieses Gefängnisses. Das Yanamayo-Gefängnis liegt mit ca. 4.400 Meter über dem Meeresspiegel nicht viel niedriger; die Haftbedingungen sind ähnlich katastrophal. Die acht Zellen im Hochsicherheitsgefängnis des Marinestützpunktes El Callao/Lima gleichen "Gräbern für lebende Wesen". Sie liegen acht Meter unter der Erde, und in ihnen befindet sich jeweils nur ein Bett und eine Latrine. Es gibt kein elektrisches Licht. Ein ca. 15 cm großes Loch in der Decke ist die einzige Lichtquelle. Die Gefangenen sind nahezu völlig isoliert.

Die Prozesse gegen die politischen Gefangenen unter der ehemaligen Diktatur fanden auf der Basis von Anti-Terror-Gesetzen statt und die des Hochverrats und des "Terrorismus" Beschuldigten wurden in der Regel von Militärgerichten abgeurteilt. Es gab keine Beweisaufnahme und keine Verteidigung. Diese Gerichtsverfahren hatten und haben nichts zu tun mit den internationalen Standards für einen fairen Prozess. Bereits seit dem 9. Januar 1998 fordert das UN-Menschenrechtskomitee im Fall des MRTA-Gründers Víctor Polay Campos einen fairen Prozess nach international anerkannten Standards bzw. seine Freilassung.

In der Vergangenheit kam es wegen der katastrophalen Haftbedingungen wiederholt zu Aufständen, die von den Sicherheitskräften meist mit brachialer Gewalt niedergeschlagen wurden. Im Juni 1986 waren in drei Gefängnissen in Lima und Umgebung mindestens 200 politische Gefangene getötet und einige der Überlebenden gefoltert worden. Bei der Erstürmung von zwei Flügeln des Gefängnisses Castro Castro durch die Sicherheitskräfte wurden im Mai 1992 mindestens 39 politische Gefangene und zwei Polizisten getötet.

Auch sonst kommt es immer wieder zu massiver Gewalt gegen politische Häftlinge. Lori Berenson, Nancy Gilvonio und andere politische Gefangene sollen misshandelt worden sein, als sie am 21. Dezember 2001 vom Chorillos-Hochsicherheitsgefängnis für Frauen in Lima ins Cajamarca-Gefängnis im Departement Cajamarca verlegt wurden. Mindestens sechs Tränengasbomben sollen dabei gegen Häftlinge eingesetzt worden sein.

Folterungen und Misshandlungen von politischen Gefangenen sind auch sonst weit verbreitet. Zu den Foltermethoden zählen Schläge, Elektroschocks, das Untertauchen des Kopfes unter Wasser und sexuelle Übergriffe. Die Todesfälle in Haft infolge der Übergriffe sind zahlreich.

Der Hungerstreik dauert bereits 30 Tage, und wenn der neuen zivilen Regierung unter Alejandro Toledo die Menschenrechte ein wichtiges Anliegen sein sollten, so kann dies nur heißen, auf die berechtigten Forderungen der politischen Gefangenen einzugehen. Bisher gibt es jedoch keine Anzeichen dafür.

Helmut Kaiser

20. Genua am Rande des Massakers. Scajolas Schießbefehl gegen "Straßenterror"

Autor: Js. · Rubrik: Italien; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:04

Hat der italienische Innenminister Claudio Scajola (Forza Italia) fahrlässig ein Staatsgeheimnis ausgeplaudert? Oder steckt Absicht hinter seinen scheinbar beiläufigen Erklärungen an einige Journalisten, die ihn auf dem Rückflug von einer EU-Konferenz in Spanien begleiteten? "Während des G8-Gipfels von Genua war ich in der Nacht des Todesfalles gezwungen, den Schießbefehl für den Fall zu geben, dass sie die rote Zone durchbrochen hätten", erzählte Scajola Mitte Februar. Zur Erinnerung: Der Tote war der 23-jährige Carlo Giuliani, der am 20. Juli von dem Carabiniere Mario Placanica erschossen wurde; die rote Zone war die mit meterhohen Metallgittern verbarrikadierte Altstadt von Genua, wo die Mächtigen der Welt tagten; und "sie" - das waren die 200.000 oder mehr, die in Genua demonstrierten und den absolut unzugänglichen Tagungsort belagerten.

Die Spitzen der Sicherheitsorgane dementierten Scajolas brisante Enthüllung: Es habe in Genua keinen Schießbefehl gegeben. Der Minister ruderte umgehend zurück: Nicht auf Demonstranten sollte geschossen werden, sondern auf Terroristen. Ägyptens Staatschef Mubarak habe glaubwürdige Hinweise auf ein in Genua geplantes Attentat gegeben; demnach hätte die Terrorgruppe Al Qaida vorgehabt, George W. Bush am Ort des Gipfels zu ermorden. Wie der Anschlag vereitelt werden konnte, erzählte Scajola nicht.

Für die Regierungsparteien ist Scajola nun der Held, der "einen italienischen 11. September" verhindert habe. Politiker des regierenden Rechtsblocks wiederholten eine besonders infame Bemerkung Berlusconis vom Herbst vergangenen Jahres: Der "Straßenterrorismus" von Genua sei mit dem Terrorismus Bin Ladens "verwandt". Der Vizepräsident des Senats, Roberto Calderoli (Lega Nord), ging noch weiter: Wer heute Scajolas Schießbefehl kritisiere, gehöre wegen Begünstigung des Terrorismus hinter Gitter.

VertreterInnen des inzwischen aufgelösten Genoa Social Forum widersprachen der Behauptung des Ministers, er habe den Schießbefehl erst am Abend des 20. Juli gegeben - als Reaktion auf Mubaraks dringlichen Hinweis. Denn schon an diesem Tag haben Carabinieri und Polizei in mindestens 18 Fällen geschossen. Die Erfindung einer zum Mord an Bush entschlossenen "terroristischen Zelle" in den Straßen von Genua solle den Terror der Polizei nachträglich rechtfertigen, sagte Vittorio Agnoletto vom Genoa Social Forum. Nach anonymen Hinweisen aus den Reihen der Sicherheitskräfte wurde vor dem Gipfel der Gebrauch von Schusswaffen extra geübt - womit Scajola ein weiteres Mal der Lüge überführt ist: Der Innenminister hatte nach den Schüssen von Göteborg öffentlich erklärt, solange er Minister sei, werde bei Demonstrationen in Italien niemals geschossen werden.

Scajolas Schießbefehl und der mindestens 18-fache Schusswaffengebrauch schon am 20. Juli erschüttern natürlich auch die ohnehin äußerst wacklige These, Carlo Giuliani sei "in Notwehr" erschossen worden. (vgl. ak 453) Ballistische Untersuchungen und verschiedene Filmaufnahmen legen nahe, dass Carlo Giuliani drei bis vier Meter von Placanicas Jeep entfernt war (und nicht "50 bis 110 Zentimeter", wie die polizeilichen Ermittler zunächst behaupteten); Placanica habe definitiv freie Sicht auf sein Opfer gehabt, erklärte der römische Gerichtsmediziner Bruno Gentile: "Er hatte alle Möglichkeiten. Er konnte in die Luft schießen oder viele andere Dinge tun." Wenn er sich dafür entschied, Carlo Giuliani in den Kopf zu schießen, könnte er das auch in dem Wissen getan haben, dass der zuständige Minister ihn decken würde. Was bekanntlich auch geschah.

Bleibt die Frage, warum Scajola jetzt unbedrängt auf den Polizeiterror von Genua zu sprechen kam. War er vielleicht doch in Bedrängnis? Dafür spricht seine im gleichen Atemzug getane Äußerung, die wie eine Warnung an seinesgleichen klingt, ihn nicht etwa zum Abschuss freizugeben: "Vielleicht wissen wir schon bald, welche Befehle andere gegeben hatten." Damit könnte er, wie die linke Tageszeitung Il Manifesto (16.2.) vermutet, auf die CIA oder auf "ultrarechte Sektoren" bei den italienischen "Ordnungskräften" anspielen - aber auch auf seinen Ministerkollegen Gianfranco Fini (Alleanza Nazionale), der in den Tagen von Genua als inoffizieller Oberbefehlshaber der Sicherheitskräfte vor Ort war. Fini jedenfalls zog es vor, Scajolas Enthüllungen nicht zu kommentieren.

Neue Zweifel an der Notwehrthese

Was immer Scajola angetrieben hat - seine Erzählungen sind auch eine Warnung an die wachsende außerparlamentarische Bewegung: Die Rechtsregierung, er selbst und "seine" bewaffnete Polizei würden buchstäblich alles tun, um den "Straßenterror" zu bekämpfen. Die Warnung wird wohl verstanden, sie hat aber eher eine mobilisierende Wirkung. Sehr zum Verdruss der Regierung, die schon im Oktober vergangenen Jahres die Akte schließen wollte, wird die Erinnerung an den Staatsterror von Genua immer wieder aufgefrischt. Nicht nur durch Scajola. Dessen Lieblingsfeind, Luca Casarini, Sprecher der Tute Bianche, beschuldigt den Innenminister offen des Mordes (an Carlo Giuliani) und des versuchten Massakers (durch den Schießbefehl). Casarini, für Scajola und Fini Urheber der "Krawalle" von Genua, gilt seit Februar offiziell nicht mehr als Beschuldigter; seine berühmte "Kriegserklärung" an das G8-Treffen sei vom Recht auf Meinungsfreiheit gedeckt, befanden die Ermittlungsrichter. "Sechs Monate Kriminalisierungsversuche der Rechten gegen Casarini waren erfolglos", kommentierte Il Manifesto (20.2.).

Auch die staatsanwaltlichen Befragungen misshandelter GipfelgegnerInnen könnten der italienischen Regierung noch Ärger einbringen. Jüngste Ermittlungen italienischer Staatsanwälte in Berlin lassen es zumindest nicht völlig aussichtslos erscheinen, doch noch den einen oder anderen Schläger in Uniform zu überführen. (vgl. taz, 23.2.) Und wenn diese dann zu plaudern anfangen, dann könnten sie Leute mit in den Abgrund ziehen, die heute noch auf dem hohen Ross sitzen ...

Js.

21. Der tiefe Wunsch nach Gerechtigkeit. Aufarbeitung Menschenrechtsverbrechen in Peru. Kampf gegen die Straflosigkeit in Lateinamerika

Aufarbeitung von Menschenrechtsverbrechen in Peru Kampf gegen die Straflosigkeit in Lateinamerika

Autor: Knut Rauchfuss · Rubrik: Peru · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:37

Ein Steckbrief wie dieser ist selten. Auf der Internetseite des peruanischen Innenministeriums prangt das Fahndungsfoto des ehemaligen Geheimdienstchefs Montesinos. Schräg darüber gedruckt kündet der Vermerk "Capturado - Gefangen" von einem der derzeit umfangreichsten Versuche, Menschenrechtsverbrechen in Lateinamerika gerichtlich zu ahnden. Doch nicht nur Montesinos steht in Peru vor Gericht. Mit ihm werden zahlreiche RepräsentantInnen des Fujimori-Regimes für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen und ein Prozess umfangreicher Redemokratisierung eingeleitet, der sich auf alle Bereiche von Militär, Polizei, Justiz, Politik, Verwaltung und Gesellschaft des Andenstaates erstrecken soll.

Seit dem 25. Juni 2001 befindet sich Vladimiro Lenin Montesinos Torres, ehemals inoffizieller Chef des Geheimdienstes SIN und eigentlicher starker Mann des Fujimori-Regimes, in Peru in Haft. Ihm wird der Prozess gemacht wegen Korruption, Drogenhandel und Menschenrechtsverbrechen. Mehr noch als Ex-Präsident Alberto Fujimori selbst repräsentierte der Präsidentenberater mit dem Beinamen "der Schwarze Mönch" ein System von Bestechung, Vetternwirtschaft, Wahlbetrug, Erpressung, Entführung, Vergewaltigung, Folter und Mord. Montesinos war nicht nur der Geheimdienstchef, sondern außerdem der Kopf der Todesschwadron "Colina", die für verschiedene Massaker verantwortlich ist.

Mehr als 6.000 Verschwundene

In der Regierung Fujimori war Montesinos der eigentliche Drahtzieher. Um Ex-Präsident Fujimori und damit sich selbst ein Regierungsjahrzehnt an der Macht zu halten, setzte Montesinos jedes Mittel ein. Spätestens mit dem Staatsstreich, den Fujimori 1992 gegen sich selbst durchführte, begann die Zerschlagung sämtlicher zivilen politischen Strukturen Perus. Das Land wurde systematisch zu einer gleichgeschalteten präsidialen Autokratie.

Montesinos sicherte die Loyalität der Armee, indem er deren Schlüsselpositionen neu besetzte. Fast alle Generäle der Armeespitze gehörten ehemals zu seinem Abschlussjahrgang an der Offiziersakademie. Er organisierte die Gleichschaltung der Justiz, die Bestechung von Verwaltungsbeamten und Parlamentsabgeordneten und besetzte die Redaktionsstuben der Medien mit Günstlingen der Regierung.

Das aus kolumbianischen Drogengeldern finanzierte "System Montesinos" funktionierte perfekt. Wer sich gegen den ehemaligen CIA-Agenten stellte, wurde ausgeschaltet. "Verschwindenlassen" von Menschen, Folter und politischer Mord wurden ab 1993 systematisch und flächendeckend zur Zerschlagung der Opposition eingesetzt.

Umso mehr überraschte vor anderthalb Jahren der spontane Zusammenfall des mafiotischen Kartenhauses. Ein Fernsehsender hatte ein Videoband ausgestrahlt, in dem Montesinos zusammen mit einem später zur Regierungsfraktion übergewechselten Oppositionsabgeordneten zu sehen ist. Auf allen Bildschirmen des Landes sichtbar, überreichte Montesinos in seinem Büro die Bestechungssumme von 15.000 US-Dollar. Er selbst hatte die Übergabe dokumentieren lassen, um sie zu Erpressungszwecken weiterverwenden zu können.

In dieser Situation distanzierte sich der durch Wahlbetrug und öffentliche Proteste ohnehin angeschlagene Präsident Fujimori von seinem engsten Berater und suchte die eigene Haut über die soeben verfassungswidrig angetretene dritte Amtsperiode zu retten. Jedoch ohne Erfolg - je mehr die Verbindungen zwischen Staat und organisiertem Verbrechen an die Öffentlichkeit kamen, desto enger wurde es für den Kleptokraten. Nachdem bekannt wurde, dass der Wahlkampf vom April mit Drogengeldern finanziert worden war, machte der Präsident anlässlich einer Japanreise von seiner zweiten Staatsbürgerschaft Gebrauch und kehrte nicht mehr nach Peru zurück. Die Regierung in Tokio gewährt Fujimori bis heute ihren Schutz.

Präsidentenberater Montesinos war zwischenzeitlich untergetaucht. Nach neun Monaten auf der Flucht gelang es schließlich, ihn am 25. Juni 2001 in Venezuela zu fassen und zurück nach Peru zu bringen. Im Hochsicherheitsgefängnis vor der Küste von Lima, das Montesinos selbst als ausbruchsicheren Ort für gefasste Guerillaführer konzipiert hat, teilt er nun einen Zellentrakt mit dem ehemaligen Führer des "Leuchtenden Pfades", Abimael Guzman, und drei Köpfen der "Revolutionären Bewegung Tupac Amaru" (MRTA).

Nachdem Fujimori von Japan aus per Fax seinen Rücktritt erklärt hatte, trat am 22. November 2000 der erst sechs Tage zuvor zum Kongresspräsidenten gewählte Oppositionsabgeordnete Valentín Paniagua sein Amt als Übergangspräsident des Andenstaates an. Zu diesem Zeitpunkt ahnte sicherlich niemand, wie wichtig der 64-jährige integre Rechtsprofessor für die Redemokratisierung des Landes werden würde.

600 Untersuchungen gestartet

Doch auch das neue Kabinett konnte sich sehen lassen. Präsident Paniagua ernannte den 80-jährigen früheren UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar zum Ministerpräsidenten, den parteilosen Juristen Diego García Sayán zum Justizminister und den ebenfalls integren früheren Polizeigeneral Ketín Vidal zum Innenminister.

Die Regierung Paniagua sollte in erster Linie freie Neuwahlen organisieren und das Land verwalten, doch in den acht Monaten ihrer Amtsperiode legte die Übergangsregierung weit darüber hinaus ein erstaunliches Tempo bei der Redemokratisierung des Landes vor und übertraf alle Erwartungen.

Noch am Tag, als er sein Kabinett vorstellte, versetzte Paniagua den Oberbefehlshaber der Streitkräfte und alle zwölf aktiven Generäle von Montesinos' Abschlussjahrgang in den sofortigen Ruhestand. Generalstabschef Villanueva Ruesta sowie fünf weitere Armeegeneräle wurden unter dem Verdacht der Korruption und des Waffenschmuggels inhaftiert.

Im weiteren Verlauf der Reorganisation der Streitkräfte wurden fünfzig Generäle des Heeres, zwanzig hohe Marineoffiziere und vierzehn Generäle der Luftwaffe vorzeitig in den Ruhestand geschickt. Drei ehemalige Vorsitzende des Oberkommandos der Streitkräfte befinden sich in Haft. Ihnen wird vor zivilen Strafgerichten der Prozess gemacht. Auch über hundert Polizeioffiziere wurden entlassen. Gegen die Mehrzahl wird jetzt wegen verbrecherischer Machenschaften ermittelt. Der Geheimdienst SIN wurde aufgelöst.

Die Säuberung der Wahlbehörde ONPE von den Überresten des Fujimori-Regimes verlief in Rekordzeit. Die Übergangsregierung griff auch bei allen anderen zentralen Verwaltungsbehörden durch. So wurden die führenden Leute der nationalen Steuerbehörde oder des statistischen Landesamtes abgesetzt und gegen unbelastete MitarbeiterInnen ausgetauscht.

Diego García Sayán führte als Justizminister mit seinem Ministerium kompromisslos den Kampf gegen die Korruption. Vertraute und Familienmitglieder Montesinos, die von ihm in hohe Positionen gehoben worden waren und denen Hehlerei und Geldwäsche von Drogengeldern zur Last gelegt wird, wurden ebenfalls in Haft genommen.

Mit der Wiedereinsetzung der von Fujimori suspendierten Verfassungsrichter war ein erster entscheidender Schritt zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Justiz getan. Im Mai 2001 führte eine Welle von Amtsenthebungen zur Erneuerung der peruanischen Gerichtslandschaft. Die Sonderstaatsanwaltschaft klagte 43 RichterInnen an, vom Geheimdienst SIN ein Sondergehalt bezogen zu haben dafür, dass ihre Urteile zu Gunsten der Regierung Fujimoris ausfielen. Außer dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofes schieden auch der Leiter der Justizkontrollstelle wie auch die Justizsprecher aus ihren Ämtern. Nur sechs der hohen Richter blieben im Amt.

Insgesamt sind gegen über sechshundert Anhänger und Vertraute des Fujimori-Regimes Untersuchungen eingeleitet worden. Dutzende von Angeklagten, unter ihnen zwanzig ehemalige Minister, eine Reihe von SpitzenpolitikerInnen, MedienmacherInnen und RichterInnen befinden sich im Gefängnis. Auch gegen Fujimori selbst wurde in Abwesenheit Anklage erhoben; zunächst wegen Amtsflucht, später wegen Betrug beim Kauf unbrauchbarer Waffen aus Staatsvermögen und schließlich auch wegen Mordes, schwerer Körperverletzung und "Verschwindenlassen" von Menschen.

6.000.000 Dollar für Wahrheitskommission

Peru hat sich auch wieder der Gerichtsbarkeit des Interamerikanischen Gerichtshofes für Menschenrechte (CIDH) unterstellt, die die Regierung Fujimori 1999 wegen der großen Zahl der gegen Peru anhängigen Verfahren aufgekündigt hatte. Die Übergangsregierung erkannte die Zuständigkeit des CIDH im Fall "Barrios Altos" vollständig an. Im Stadtteil Barrios Altos hatten 1991 Mitglieder der Todesschwadron "La Colina" das Fest einer Nachbarschaftsorganisation überfallen, 15 Gäste erschossen und weitere schwer verletzt. Die Untersuchung des Vorfalls wurde 1995 durch die Verabschiedung des Amnestiegesetzes abgebrochen. Menschenrechtsorganisationen jedoch brachten die Verbrechen vor den CIDH, bis sich das Regime 1999 der interamerikanischen Gerichtsbarkeit entzog. Die nun möglich gewordene Neueröffnung des Verfahrens vor dem CIDH führte zu einem erstaunlichen Entscheid. Der CIDH erklärte am 14. März 2001: "Die Amnestiegesetze führen zur endlosen Weiterführung der Straflosigkeit. (...) Daher sind alle Vorschriften, die das Verjähren solcher Verbrechen ermöglichen sollen, und Vorschriften, die die Verantwortung für die Verbrechen vermindern oder ganz ausschließen, wenn es sich um Menschenrechtsverletzungen wie Folter, außergerichtliche Hinrichtungen oder Massenhinrichtungen und Verschwindenlassen handelt, unwirksam. (...) Der peruanische Staat muss die Untersuchung des Falles Barrios Altos durchführen, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen zu können. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sollen veröffentlicht werden."

Keine zwei Wochen später ordnete der Oberste Gerichtshof Perus den Vollzug des Urteils an, die Ermittlungen gegen die verdächtigen Militärs begannen, und am 10. Mai wurde das Amnestiegesetz für den konkreten Fall aufgehoben.

Noch kurz vor den Wahlen setzte die Übergangsregierung zur Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen eine Wahrheitskommission ein. Diese soll die Menschenrechtsverbrechen in der Zeit von 1980 bis zum Jahr 2000 untersuchen, d.h. der Regierungen Belaunde, García und Fujimori. Darüber hinaus hat sie den Auftrag, sich den gesellschaftlichen Ursachen des bewaffneten Guerillakonfliktes zuzuwenden, die Entschädigungsfrage der Opfer zu klären und programmatische Konzeptionen zur weiteren Demokratisierung des Landes auszuarbeiten. Der Abschlussbericht der Wahrheitskommission wird im März 2003 der peruanischen Regierung und der Öffentlichkeit übergeben.

Im Sommer 2001 gewann Alejandro Toledo Manriuque die Präsidentschaftswahl. Nach seinem Amtsantritt setzte er den von der Übergangsregierung eingeschlagenen Kurs fort.

In seiner Antrittsrede erklärte Toledo die Bekämpfung der Armut zum Hauptziel seiner Amtszeit. Darüber hinaus wolle er sich für die weitere Demokratisierung des Landes und für die Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen mit Hilfe der Wahrheitskommission einsetzen. Er versprach die Wiedereinführung der Gewaltenteilung und kündigte die Umstrukturierung und personelle Reduzierung der Armee an. Toledo fordert seither die Auslieferung Fujimoris aus Japan und begann mit der Entschädigung der Opfer von "Barrios Altos" in Höhe von 3,3 Mio US-Dollar. Aus beschlagnahmten Korruptionsgeldern soll ein Entschädigungsfonds für sämtliche Opfer von Menschenrechtsverletzungen angelegt werden.

Kurz: ein vielversprechender Prozess

Sieben Mitglieder der Todesschwadron "La Colina" wurden bis Ende August verhaftet. Im Oktober schließlich schaffte der Oberste Gerichtshof die Amnestiegesetze grundsätzlich ab.

Präsident Toledo entschuldigte sich öffentlich im Namen des peruanischen Staates bei den unschuldig Inhaftierten für die Jahre, die sie unter dem Regime Fujimoris, aber auch der anderen Regierungen im Gefängnis zubringen mussten. Er kündigte die Überprüfung weiterer Fälle an.

In Peru hat ein viel versprechender Prozess der Aufarbeitung institutionell verankerten Unrechts begonnen, der innerhalb kürzester Zeit Dimensionen erreicht hat, von denen Menschenrechtsorganisationen in den Nachbarländern kaum zu träumen wagen. Zunächst scheint er glaubhaft gewollt. Es bleibt zu hoffen, dass die Regierung Toledo den einmal eingeschlagenen Kurs auch bei stärker werdendem Gegenwind zu halten vermag.

Knut Rauchfuss

Dieser Artikel ist der dritte Teil einer Serie über den Kampf gegen Straflosigkeit in Lateinamerika. In der vorletzten Ausgabe behandelte unser Autor den Fall Chile, in der letzten den Fall Argentinien.

22. Das Primat des Militärischen. Kein Ende des Gemetzels in Israel/Palästina

Autor: Achim Rohde · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:29

Während die Gewalt im israelisch-palästinensischen Konflikt eine schier unaufhaltsame Dynamik entfaltet, sind praktische Vorschläge zur Verbesserung der verfahrenen Situation rar. Schon beim Verständnis des Konfliktes klaffen auch in der Linken die Meinungen weit auseinander. Was dem einem das heroisch gegen die israelische Besatzung kämpfende palästinensische Volk, ist dem anderen das in seiner Existenz bedrohte Israel im Kampf gegen den palästinensischen Vernichtungswillen.

Das Leben in Israel muss wirklich furchtbar sein dieser Tage. Um eine existenzielle Bedrohung des Staates handelt es sich dabei aber nicht. Zumindest nicht militärisch. Denn Israel ist eine Atommacht mit einigen hundert einsatzbereiten Sprengköpfen und einer allen regionalen Konkurrenten weit überlegenen konventionellen Streitmacht. Hinzu kommt der Rückhalt der USA. Was zwischen Israelis und Palästinensern passiert, gleicht mittlerweile asymmetrischer Kriegführung. Eine hochgerüstete und bestens trainierte israelische Armee kämpft gegen schlecht ausgerüstete, wenn auch zu allem entschlossene palästinensische Guerillas, und die Zivilbevölkerung auf beiden Seiten kriegt am meisten ab. Mit ihrer als "Schneeballkampagne" hübsch umschriebenen kurzfristigen Besetzung immer neuer palästinensischer Bevölkerungszentren scheint die Regierung Sharon den Boden zu bereiten für eine erneute dauerhafte Besetzung der gesamten A-Gebiete, also für die lange angedrohte endgültige Zerschlagung der palästinensischen Autonomiebehörde.

Rückkehr zu dauerhafter Besetzung?

Damit wären wir wieder bei dem angelangt, was der Jerusalemer Soziologe Baruch Kimmerling als "israelisches Kontrollsystem" bezeichnet hat. Israel übt de facto staatliche Souveränität über die - völkerrechtlich nur teilweise definierten - Staatsgrenzen hinaus auch in anderen Gebieten aus, die demnach als besetzt gelten: die Golanhöhen, Westbank, Gaza und Ost-Jerusalem. Zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen in diesem System besteht ein Statusgefälle; weder genießen sie die gleichen Rechte, noch haben sie gleichermaßen Zugang zu Ressourcen und politischer Macht. Nach Kimmerlings Modell ist die Bevölkerung in konzentrischen Kreisen um den Staat herum angesiedelt. Den inneren Kreis bilden jüdische Israelis, danach kommen die nicht-jüdischen StaatsbürgerInnen - Palästinenser, Drusen, Beduinen - und am weitesten vom Zentrum entfernt sind die PalästinenserInnen in den seit 1967 besetzten Gebieten.

Das Oslo-Abkommen von 1993 erschien zunächst wie der Beginn eines Abschieds von diesem konfliktträchtigen Modell. Doch unterm Strich bleibt festzustellen, dass israelische Regierungen den Preis für einen dauerhaften Frieden nicht zahlen konnten oder wollten, zum Beispiel in Bezug auf die Siedlungen. Oslo verkam letztlich zu einem Mechanismus, mit dem Israel sich der Verantwortung für die palästinensischen Bevölkerungszentren entledigen wollte, ohne dabei die Kontrolle über den Großteil des Landes zu verlieren oder das grundsätzliche Kräfteverhältnis anzutasten. Das ist wie ein versuchtes Outsourcing der PalästinenserInnen aus dem israelischen System, ohne jedoch die neue Tochterfirma mit Kapital auszustatten. Die palästinensische Autonomiebehörde war den verschiedenen israelischen Regierungen vor allem als Hilfssheriff bei der Kontrolle der palästinensischen Bevölkerung willkommen, nicht als gleichwertiger Partner in einem politischen Prozess. Diese kurzsichtige und allein auf innenpolitische Spannungen schielende Strategie erlitt unter der Regierung Barak in Camp David Schiffbruch.

Versagt aber der Hilfssheriff, ist er ein heimtückischer Verräter und muss abgesetzt werden; für Ordnung muss dann wieder der Chef persönlich sorgen. Die zum inneren Kreis des Kontrollsystems zählenden jüdischen Israelis haben bei den letzten Wahlen mehrheitlich Sharon gewählt, weil der für eine solche Aufgabe bestens geeignet ist. Ein dreckiger Job, der darin besteht, den palästinensischen Widerstandswillen gegen die israelische Herrschaft zu brechen, um im nächsten Schritt eine politische Lösung diktieren zu können. Die Mehrheit der Israelis glaubt weiterhin an die Legitimität der israelischen Militäraktionen. Benjamin Netanjahu, der wahrscheinliche Herausforderer Sharons bei den nächsten Wahlen, hatte in einem BBC-Interview (12.3.02) sogar die Stirn, auf die Humanität der israelischen Armee zu verweisen, da sie die Flüchtlingslager ja nicht einfach aus der Luft bombardiere, sondern sie Haus für Haus durchkämme und dabei junge

Soldatenleben aufs Spiel setze. Dies unterscheide die Armee eindeutig von den palästinensischen Selbstmordattentätern ... Mit dieser Mär von der israelischen Waffenreinheit gibt Netanjahu eine Sicht wieder, die kürzlich sogar vom Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofes, Aharon Barak, geäußert wurde. Es steht nicht gut um die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaates in Israel. (Gideon Levy in Ha'aretz, 10.3.02)

Was den PalästinenserInnen heute passiert, ist in der Tat eine existenzielle Bedrohung für die gesamte Gesellschaft. Es geht hier um eine systematische Zerschlagung der militärischen, politischen, ökonomischen, sozialen und medizinischen Infrastruktur der PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten. Arafats Regierung im Wartestand ist durch israelische Bombardements und ökonomische Strangulierung weitgehend entmachtet, die Initiative liegt bei den Guerillagruppen und Bombenbastlern, denen Arafat in seiner jetzigen Lage und angesichts der Brutalität der israelischen Armee nichts mehr verbieten kann, selbst wenn er wollte. Aber auch die israelische Armee kann ihnen schließlich nichts verbieten. Die Selbstmordattentäter kommen oft genug aus Gebieten unter völliger israelischer Hoheit (C-Gebiete) und können trotz massivster Sicherheitsvorkehrungen an den Grenzen und innerhalb Israels ihre Ziele erreichen. Auch unter den Israelis sind die meisten Todesopfer ZivilistInnen, nicht Soldaten.

Internationale Einmischung unumgänglich

Aus dieser Perspektive erscheint die aktuelle Lage mehr wie ein Bürgerkrieg zwischen Angehörigen des ersten und des dritten Kreises im israelischen Kontrollsystem denn als ein Krieg zwischen zwei getrennten Systemen. Auf beiden Seiten regieren die Militärs: Sharon baut auf die Überlegenheit der israelischen Armee, und die palästinensischen Guerillas spekulieren auf die niedrigere Leidensfähigkeit der israelischen Gesellschaft im Vergleich zur palästinensischen. Damit kopieren sie eine Strategie, die von der Hizbollah im Südlibanon mit Erfolg umgesetzt wurde. Sie übersehen dabei jedoch, dass der Südlibanon politisch wie ökonomisch nie so eng mit Israel verflochten war, wie die 1967 besetzten Gebiete es sind, und dass einer größeren Menge kriegsmüder BefürworterInnen eines Rückzugs aus den palästinensischen Gebieten eine noch größere Menge von ideologisch hochgeputschten KriegsbefürworterInnen gegenübersteht, die sich durch palästinensischen Terror natürlich bestätigt sehen. Dieser Konflikt droht zu einem Selbstgänger zu werden, der von innen nicht mehr zu stoppen ist.

Auch die weiteren Aussichten sind düster: Sharon hat in den vergangenen Wochen erstmals keine Mehrheit mehr in den Meinungsumfragen gehabt; gerade ist die vereinigte rechtsradikale Liste mit zwei Ministern aus der Koalition ausgestiegen - aus Protest gegen Sharons auch an Washington adressierte Ankündigung, notfalls auch ohne Waffenruhe mit den Palästinensern verhandeln zu wollen. Momentan liegt Sharon in den Umfragen mit Abstand hinter seinem potenziellen Herausforderer Netanjahu, der für eine noch härtere Gangart plädiert. Sharon ist also angezählt. Aus Rücksicht auf die Arbeitspartei als seinem größten verbleibenden Koalitionspartner und unter dem misstrauischen Auge Washingtons kann er sich nicht alles erlauben, was die Logik der Eskalation fordert. Im Likud erwartet man daher vorgezogene Wahlen im kommenden Frühjahr. (Ha'aretz, 10.3.02) Wenn bis dahin weiterhin so viel Blut fließt wie bisher, wird dies Sharon als Versagen angelastet werden. Die Antwort hieße dann Netanjahu. Oder kann sich jemand ernsthaft vorstellen, dass ein Kandidat der völlig abgewirtschafteten Arbeitspartei oder der potenzielle Kandidat eines parteiübergreifenden Wahlbündnisses der Linken, Jossi Beilin, das Rennen machen?

Keine vorstellbare israelische Regierung wird aus eigenem Antrieb die einzig mögliche Lösung des Konfliktes - das Ende der Besatzung - in Angriff nehmen. Es wird also Zeit, sich über mögliche Einflussnahme von außen auf den israelisch-palästinensischen Konflikt Gedanken zu machen. Am einfachsten wäre es natürlich, wenn die USA mit der Drosselung des Geldhahns drohten, an dem Israel hängt. In Ermangelung dieser Möglichkeit sind kreative Lösungsvorschläge gefragt. Etwa die des saudischen Kronprinzen Abdallah, der damit vielleicht die Arabische Liga wieder ins diplomatische Spiel bringen wird. Sein Vorschlag - die komplette Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und den arabischen Staaten gegen den kompletten Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten - ist natürlich aus taktischen Erwägungen im Kontext des von den USA forcierten "Antiterrorkrieges" entstanden. Die arabischen Bündnispartner der USA könnten ihre Bevölkerungen angesichts eines potenziellen Angriffs auf den Irak wesentlich leichter unter Kontrolle halten, wenn nicht gleichzeitig Israel sein komplettes Kolonialregime in den besetzten Gebieten wieder aufrichten würde. Aber ungeachtet der Motive, die zu dieser Initiative geführt haben, ist dies ein guter Vorschlag. Wenn die USA auf diesen Kuhhandel nicht eingehen und ihren Einfluss auf Israel in diesem Sinne geltend machen, sind sie

entweder größenwahnsinnig oder blind. Dann bliebe nur noch die UNO in Kooperation mit anderen Großmächten als mögliches Vehikel einer internationalen Einflussnahme auf den Konflikt übrig.

Achim Rohde

23. Deutsches Leiden. Volkspädagoge Guido Knopp und andere Helden an der Ostfront

Autor: Js. · Rubrik: Medien; Revanchismus; Geschichte des Faschismus; Nationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:01

Nicht erst seit dem Erscheinen von Günter Grass' Novelle "Im Krebsgang" ist das Thema Flucht und Vertreibung aus dem ehemals deutschen Osten in aller Munde. Im ZDF wurde schon Ende vergangenen Jahres eine fünfteilige Serie lang ausschließlich mit deutschen Opfern Geschichtspolitik betrieben. Was als Beitrag zur "Versöhnung" ausgegeben wird, leitet in Wahrheit Wasser auf die Mühlen der Vertriebenenfunktionäre. Deren Ansprüche sind, trotz moderaterer Rhetorik, unverändert geblieben.

Wieder einmal hat der Spiegel Günter Grass eine Titelstory gewidmet. So viel Schmeichelhaftes wie in der Ausgabe 6/2002 hat der Dichter selten über sich lesen dürfen. 1990 hatte er die deutsche Vereinigungseuphorie mit dem Satz kommentiert "Wer gegenwärtig über Deutschland nachdenkt, muss Auschwitz mitdenken" - für den Spiegel-Herausgeber Augstein ein ärgerliches Beispiel antinationaler Bedenkenträgerei. Derselbe Augstein rühmt nun die Grass-Novelle "Im Krebsgang" als "veritables Werk". Dessen Autor habe es "nicht nötig, dem Zeitgeist zu huldigen, aber der Zeitgeist kommt ihm entgegen. Es ist wieder angebracht, der Toten unter den 12,5 Millionen Vertriebenen zu gedenken, die auf ihrer Flucht nach Westen zu Grunde gingen." Ein paar Seiten weiter haut Spiegel-Redakteur Volker Hage in die selbe Kerbe und lobt, dass Grass "auch Aspekte jenseits des politisch Korrekten" zur Sprache bringe: "Das ist das eigentlich Brisante an diesem Werk - es trifft sich mit einer allgemeinen Tendenz, nun, mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg, die bislang weitgehend tabuierten Themen wie Luftkrieg und Massenflucht einigermaßen unbefangen zur Sprache zu bringen."

Dass Deutschland "erst jetzt" - also eigentlich zu spät - "Luftkrieg und Massenflucht" thematisiere, ist schlicht gelogen. Zumindest in Westdeutschland waren diese Themen allgegenwärtig, nicht nur wegen des lärmenden Revanchismus der Vertriebenenverbände, sondern auch als Bestandteile kollektiver Erinnerung und staatlicher Gedenkkultur. Diese Art der Erinnerung diente der Gewissensberuhigung und der Abwehr von Ansprüchen der Opfer Nazi-Deutschlands - hatten nicht auch die Deutschen schrecklich gelitten? Für den westdeutschen Staat waren die Klagerituale der Vertriebenen zudem geeignet, neue "Wehrbereitschaft" zu fördern - seit 1945 wusste man ja, wozu "die Russen" fähig waren.

Der Bombenkrieg der Alliierten schließlich war im Februar des "Gedenkjahres" 1995 Gegenstand einer monströsen Feier in Dresden, wo Bundespräsident Roman Herzog das Gedenken an die Toten zur Versöhnung aller Opfer "moderner Kriege" instrumentalisierte. (vgl. ak 376) Entgegen seiner Beteuerung, nicht "aufrechnen" zu wollen, tat er genau das: Seine eindringliche Schilderung des "Infernos" reihte die Toten von Dresden ein in die Reihe der "Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft". Diese gleichmacherische Inschrift in der Gedenkstätte "Neue Wache" in Berlin kann als Motto neudeutscher Erinnerungskultur gelten.

"Jenseits des politisch Korrekten"

Das "Tabu", das nun angeblich so spät gebrochen wird, hat es also nie gegeben. Richtig ist allerdings, dass vor Grass kein halbwegs bedeutender Schriftsteller versucht hat, aus den Leiden der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen Kunst zu machen. (Über das Ergebnis dieses Versuches siehe nebenstehenden Artikel) Richtig ist weiter, dass die Themen Flucht und Vertreibung gegenwärtig eine Hochkonjunktur erleben. Spiegel-Redakteur Hage bringt als Beleg für die von ihm ausgemachte "allgemeine Tendenz" die fünfteilige ZDF-Serie "Die große Flucht" ins Spiel, die im November und Dezember vergangenen Jahres ausgestrahlt wurde. Diese mit durchschnittlich fünf Millionen ZuschauerInnen besonders effiziente volkspädagogische Maßnahme verdient genauere Betrachtung. Konzipiert wurde sie von dem unvermeidlichen "Chefhistoriker" des ZDF und Träger des Bundesverdienstkreuzes, Guido Knopp. (vgl. auch ak 393) In den ersten drei Folgen ging es um die Flucht aus Ostpreußen, den Untergang der "Wilhelm Gustloff" und den Kampf um Breslau; Folge vier lief unter dem Titel "Die Stunde der Frauen", während der letzte Teil ("Die verlorene Heimat") die Vertreibung der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei behandelte.

Das Buch zur Serie, mehr als 400 Seiten stark und großzügig illustriert, enthält noch ein weiteres Kapitel, überschrieben "Die verlorenen Kinder", und ein Vorwort, das es in sich hat. Knopps Thesen in Stichworten: Zur

überstürzten Flucht aus dem Osten gab es keine Alternative - denn Polen, Tschechen und Sowjets wollten Vergeltung, ihre "Rache war furchtbar". Böse Nazis gab es auch: Sie verhinderten die rechtzeitige Flucht und retteten nur sich selbst, während die unschuldigen Deutschen schutzlos zurückblieben: "Es waren keine Täter, an denen sich die Wut der Sieger austobte - es waren Wehrlose". Diese Wut hatte natürlich eine Vorgeschichte: Nicht die Wehrmacht, "Himmlers Schergen" hatten "millionenfachen Mord" begangen, "um den Wahn vom Lebensraum im Osten zu verwirklichen"; mit den militärischen Niederlagen kam neues Unrecht: "Die Ausgrenzung (!), die wenige Jahre zuvor den Juden widerfahren war, fiel auf die Deutschen zurück." Trotzdem wollen die Flüchtlinge und Vertriebenen nichts weiter als "Versöhnung" - und Erinnerung: "Sie wollen sagen können, dass auch sie sich als Opfer jenes mörderischen Krieges fühlen. Einfach drüber reden, solange noch Zeit ist. Dem dient dieses Buch", das zeitgleich mit der ZDF-Serie erschien und, wie alle bisherigen Veröffentlichungen aus dem Hause Knopp, umgehend zum Bestseller wurde.

Die allermeisten der von Knopp zusammengetragenen Zeugenaussagen dürfen als authentisch unterstellt werden. Dass Soldaten der Roten Armee massenhaft Flüchtlingsfrauen vergewaltigt haben, ist eine Tatsache und durch nichts zu entschuldigen oder zu relativieren. Hinzu kommen "Exzess"-Taten - Morde an Wehrlosen wie im ostpreußischen Nemmersdorf, wo im Oktober 1944 26 Zivilisten, darunter Frauen, Kinder und Greise, von sowjetischen Soldaten umgebracht wurden. Zwar ist dieses Massaker, betrachtet man nur die Opferzahlen, nicht mehr als eine Marginalie des Weltkrieges. Folgenreich wurde "Nemmersdorf" aber vor allem durch die Nazi-Propaganda, die daraus das Modell des allen Deutschen bevorstehenden Schreckens machte, um deren Widerstandswillen zu stärken. Knopp verschweigt das ebenso wenig wie die Manipulationen der Nazis an den Leichen der Frauen und Mädchen: Damit sollten Vergewaltigungen vorgetäuscht werden, die es aber nach Zeugenaussagen in Nemmersdorf nicht gegeben hatte.

Besonderen Ehrgeiz setzt Knopp daran, eine Systematik des Terrors zu unterstellen, Stalin höchstpersönlich oder zumindest die Armeeführung als Anstifter zu brandmarken. Als Erzschurken präsentiert er immer wieder den Schriftsteller Ilja Ehrenburg vom jüdisch-antifaschistischen Komitee in Moskau. In dessen Aufrufen an die Kämpfer der Roten Armee meint er "alttestamentarisch anmutenden Hass" zu erkennen - womit unter der Hand mal wieder der "jüdische Bolschewismus" als handelndes Subjekt ins Spiel gebracht wird. Ehrenburg hat in seinen (auch selbstkritischen) Memoiren völlig zu Recht auf dem zentralen Punkt seiner Agitation bestanden: "Ich musste unsere Krieger daran erinnern, ... dass jetzt nicht die Zeit sei, in der attackierenden feindlichen Armee ‚die guten Deutschen` herauszufinden und dabei unsere Städte und Dörfer der Vernichtung preiszugeben. Ich schrieb: ‚Töte den Deutschen!`" Für Knopp ist das ein Zeichen von "fanatischem Hass"!

Das Comeback des "jüdischen Bolschewismus"

Wenn in Knopps Erzählungen hier und da auch "gute" Russen auftauchen, dann ändert das an seinem Gesamturteil nichts: Die Rote Armee hätte den Deutschen - zumindest - heimgezahlt, was diese der Sowjetbevölkerung vorher angetan hatten. Dabei ist der himmelweite Unterschied zwischen dem Vernichtungskrieg der Wehrmacht und dem antifaschistischen Befreiungskrieg der Roten Armee unübersehbar. Aber nicht nur die Kriegsziele, auch die Mittel der Kriegführung unterschieden sich. Das Oberkommando der Wehrmacht hatte die deutschen Soldaten ausdrücklich ermuntert, "in diesem Kampf ohne Einschränkung auch gegen Frauen und Kinder jedes Mittel anzuwenden, wenn es nur zum Erfolg führt." Dagegen drohte Mördern und Vergewaltigern in der Roten Armee die Todesstrafe. So reichten oftmals Anzeigen von vergewaltigten Frauen, um die Schuldigen standrechtlich erschießen zu lassen. In vielen Fällen machten Kommandeure auch gegen die eigenen Leute von der Schusswaffe Gebrauch, wenn diese deutsche ZivilistInnen bedrängten. In einem von Marschall Schukow persönlich unterzeichneten Flugblatt wurde der Truppe befohlen, Übergriffe gegen die deutsche Zivilbevölkerung zu unterlassen.

Dennoch gab es, findet Knopp, zur panischen Flucht vor der Roten Armee keine Alternative - auch wenn diese Flucht erst recht in die Katastrophe führte. So beklagen ZeitzeugInnen immer wieder die in den Armen ihrer Mütter erfrorenen Kleinkinder - für deren Tod mitverantwortlich machen sie (und Knopp) allenfalls die Nazi-Funktionäre, die Evakuierungen verzögerten. Als Helden erscheinen dagegen jene Soldaten der Wehrmacht, die sich der feindlichen Übermacht entgegenstellten, "um Frauen und Kinder zu retten". Aber auch die Leistung der Frauen bewundert Knopp. Keineswegs immer hilflos, hätten sie häufig einen weit größeren Durchhaltewillen gezeigt als viele Männer, deren Welt mit der militärischen Niederlage zusammengebrochen war und die sich nun apathisch in ihr Schicksal fügten. Nach dem "Zusammenbruch" hätten die Frauen als erste die Ärmel hochgekrempelt und ihre Männer oft nur durch die "fromme Lüge" mitgerissen: "Es kommt auf

dich an, du musst jetzt wieder im Beruf deinen Mann stehen." Dem Historiker Knopp, der hier Christian Graf von Krockow zitiert, kommt die Ambivalenz seines Lobes weiblicher Zähigkeit gar nicht in den Sinn: Nach vorne schauen und "zupacken" hieß 1945 auch, das gerade Vergangene hinter sich lassen; die Durchhalteparolen, die eben noch dem Glauben an den "Endsieg" gegolten hatten, richteten sich nun auf den "Wiederaufbau". Für die Beschäftigung mit der eigenen Schuld sollte keine Zeit bleiben.

Besonders dreist fälscht Knopp, wenn es um die Politik der Vertriebenenverbände geht. Immer schon zur Versöhnung bereit, hätten sie nie etwas anderes im Sinn gehabt, als über ihre Leiden offen zu reden. Tatsächlich waren die Vertriebenenverbände und Landsmannschaften die Speerspitze des Revanchismus der alten BRD; in ihrer Hetze gegen die sozialliberale Ostpolitik und die Anerkennung der polnischen Westgrenze ("Verzicht ist Verrat", "Schlesien bleibt unser") sprachen sie die selbe Sprache wie die Neonazis. Auch wenn sie sich heute verbal gemäßigt haben - ihre Forderungen nach Entschädigung und "Wiedergutmachung" sind geblieben. Angesichts der deutschen Weigerung, für die durch Nazi-Deutschland verursachten gigantischen Kriegsschäden zu zahlen, ist das eine geradezu aberwitzige Vertauschung von Opfern und Tätern.

Knopps Anleihen bei Goebbels

Aggressiv vorgetragene materielle Forderungen sind nun Knopps Sache nicht. Er will die Gegner von einst versöhnen, ergreift dabei aber doch durchgängig Partei für die Deutschen, die seiner Ansicht nach Anspruch auf zumindest "moralische" Vorleistungen der anderen Seite haben. Wobei die Grenzen zwischen Geld und "Moral" nicht eindeutig zu ziehen sind: Die von Knopp geforderte Annullierung der Benes-Dekrete zur Enteignung und Umsiedlung der Sudetendeutschen würde Entschädigungsforderungen zwangsläufig legitimieren. (siehe gesonderten Artikel)

So wird denn der öffentlich-rechtliche Geschichtsunterricht unversehens brandaktuell: ein Beitrag zur Begründung deutscher Interessenpolitik gegenüber Tschechien. Mindestens ebenso gefährlich ist allerdings die nachträgliche Rehabilitierung der deutschen Ostfrontkämpfer des Jahres 1945. Um deren Rolle war im "Historikerstreit" von 1986/87 noch kontrovers diskutiert worden. Der provokatorischen These Andreas Hillgrubers, das Halten der Front sei "verantwortungsethisch" geboten gewesen, hatten damals Jürgen Habermas, Micha Brumlik, Hans-Ulrich Wehler u.a. vehement widersprochen - auch mit einem Argument, das Jahre zuvor schon der CDU-Politiker Norbert Blüm vorgetragen hatte: Solange die Front hielt, konnte das Morden in den KZs und Vernichtungslagern weitergehen.

Haargenau der selbe Einwand ließe sich gegen Knopps Darstellung erheben. Wenn er heute, anders als vor 15 Jahren, unterbleibt, ist das ein Alarmzeichen. Den seinerzeit noch engagierten Linksliberalen kann man allenfalls zugute halten, dass Knopp sehr viel geschickter zu Werke geht als Hillgruber: Knopp stellt die Leiden der Opfer in den Mittelpunkt. Das Mitleid mit den erfrorenen Kleinkindern soll die kritische Nachfrage ersticken: Warum mussten sie sterben? Gab es keinen Ausweg? Den nahe liegenden Gedanken an die bedingungslose Kapitulation zieht Knopp nicht ernsthaft in Erwägung. Im Gegenteil: Dass dieses Kriegsziel der Alliierten auf der Konferenz von Jalta (Februar 1945) noch einmal bekräftigt und danach der Krieg intensiviert wurde, hält er für verhängnisvoll. Die in Jalta beschlossene Westverschiebung Polens versucht er Stalin anzulasten, der seinen "Heimvorteil" und die Schwäche des todkranken US-Präsidenten Roosevelt skrupellos ausgenutzt hätte.

An diesem Punkt angekommen, kann der ZDF-Historiker der Versuchung nicht widerstehen, auf einen anderen Verlauf der Geschichte zu spekulieren. Was wäre gewesen, wenn Hitler nicht die Ostfront "entblößt" hätte, um seine aussichtslose Offensive im Westen zu beginnen? Wenn die USA und Großbritannien sich in Jalta (oder spätestens auf der Potsdamer Konferenz im Juli 1945) der Sowjetunion entgegengestellt hätten? Man lese und staune, was Knopp über die Politik der USA und Großbritanniens zu sagen hat: "So wie der Westen in München die Interessen der Tschechoslowakei um des Friedens willen an den deutschen Diktator verkauft hatte, so akzeptierte er nun die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei, um die Zusammenarbeit mit Josef Stalin nicht zu gefährden." Dieser Vorwurf kommt der Nazi-Propaganda der letzten Kriegsmonate nahe. Über die Konferenz von Jalta titelte der Völkische Beobachter damals "Acht Tage Befehlsempfang bei Stalin" und "Roosevelts und Churchills Kapitulation gibt Moskau freie Hand". (vgl. ak 375) Dahinter stand die Hoffnung der Nazis, die Allianz gegen Deutschland werde an ihren inneren Widersprüchen in letzter Minute doch noch zerbrechen.

Knopp wird es weit von sich weisen, dass er sich eine solche Entwicklung insgeheim gewünscht hätte. Sein Publikum aber wird durch Knopps Kritik an den Alliierten geradezu aufgefordert, sich einen anderen Ausgang des Krieges zusammenzuträumen.

Der wäre nur möglich gewesen, wenn die Alliierten ihren politischen Verstand verloren und den schwer erkämpften Sieg verschenkt hätten. Statt dessen forderten sie nicht nur die bedingungslose Kapitulation, sondern beanspruchten völlig zu Recht auch "höchste Machtvollkommenheit" im besiegten Deutschland: "In der Ausübung dieser Macht werden sie solche Maßnahmen treffen, einschließlich der völligen Entwaffnung, Entmilitarisierung und Aufteilung, wie sie sie für den zukünftigen Frieden und die Sicherheit für notwendig halten." Auch die Umsiedlung der Deutschen aus Polen und der Tschechoslowakei war kein Streitpunkt, wie der Historiker Klaus-Dietmar Henke schreibt: "Im Gegenteil, so weit sich die Großen Drei (Churchill, Roosevelt und Stalin) überhaupt damit befassten, standen sie dem Gedanken des Bevölkerungstransfers mit Sympathie gegenüber." Dass dieser Transfer nicht, wie von den USA und Großbritannien gefordert, möglichst "human" und geordnet vonstatten ging, dass dabei auch Unschuldige zu Tode kamen oder misshandelt wurden, ist bedauerlich. Nach allem, was die Deutschen ihren Feinden angetan hatten, waren Racheakte unvermeidlich. So gesehen spricht einiges dafür, dass die zwangsweise Umsiedlung aus Polen und der Tschechoslowakei für die Betroffenen das kleinere Übel war.

Js.

24. Hitlers Fünfte Kolonne. Tschechiens EU-Beitritt und die Benes-Dekrete

Autor: Js. · Rubrik: Revanchismus; Geschichte des Faschismus; Nationalismus; Tschechien · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:39

Offiziell hat die deutsch-tschechische Vergangenheit bei Joschka Fischers jüngstem Prag-Besuch keine Rolle gespielt. Der deutsche Außenminister habe mit seinem tschechischen Amtskollegen und mit Ministerpräsident Milos Zeman "Zukunftsfragen" beraten, hieß es: Tschechiens Beitritt zur EU nämlich. Der aber ist wieder heftig umstritten, seitdem Zeman sich gegenüber einer österreichischen und einer israelischen Zeitung auch zur Frage der "Sudetendeutschen" geäußert hat. Zeman selbst dementierte, er hätte Arafat mit Hitler verglichen. Gesagt aber hat er etwas, das in deutschen Landen ungleich größere Empörung hervorrief: Dass die "Sudetendeutschen" Hitlers Fünfte Kolonne in der Tschechoslowakei waren und dass ihre durch die sog. Benes-Dekrete verordnete Enteignung und Vertreibung 1945/46 eine vergleichsweise "milde Strafe" gewesen sei.

Die 3,2 Millionen Deutschsprachigen im Sudetenland standen dem 1918 gegründeten Staat Tschechoslowakei (CSR) ablehnend bis feindlich gegenüber: Sie hatten die Privilegien verloren, die sie im untergegangenen Habsburgerreich genossen hatten. Dass sie im besonderen Maße von der Wirtschaftskrise seit 1929 betroffen waren, brachte sie noch mehr gegen die CSR auf. Als ihre Interessenvertretung setzte sich in den 30er Jahren die Sudetendeutsche Partei unter Konrad Henlein immer mehr durch. Bei den Kommunalwahlen im Mai/Juni 1938 erreichte sie fast 92 Prozent der Stimmen. Die überwältigende Zustimmung galt nicht etwa einem Folklore-Verein, sondern einer pronazistischen Partei, die zu diesem Zeitpunkt offen für den "Anschluss" an das Deutsche Reich eintrat. Der herabsetzende Begriff einer Fünften Kolonne Hitlers ist für die Sudetendeutschen des Jahres 1938 also keineswegs unpassend. Das findet auch der linksradikalen Neigungen unverdächtige Historiker Klaus-Dietmar Henke (bis 1992 Mitarbeiter des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, danach der Gauck-Behörde). Henke schreibt: "Zur Fünften Kolonne wurde die mitgliedsstarke Sudetendeutsche Partei, hinter der mittlerweile der Großteil der deutschen Wähler stand, aber erst Ende 1937, als ihr Führer Konrad Henlein sie dem deutschen Reichskanzler als Werkzeug zum Aufbrechen der Ersten Tschechoslowakischen Republik in die Hand gab." (1)

Die Folgen dieses Bündnisses sind bekannt: Auf der Münchener Konferenz im September 1938 wurden die mehrheitlich von Deutschen bewohnten Gebiete der CSR dem Nazi-Reich angegliedert; es folgte der Einmarsch der Wehrmacht in Prag (März 1939) und die Besetzung des westlichen Landesteils, der zum "Protektorat Böhmen und Mähren" wurde. Ziel der brutalen Besatzungspolitik war, wie Heinrich Himmler in einer Radioansprache verkündete, die "Weiterhinausschiebung einer eindeutigen deutschen Volkstumsgrenze", die "endgültige Eindeutschung dieses Raumes". Eine "Bestandsaufnahme in rassisch-völkischer Hinsicht" sollte die den Nazis zur Zwangs-Assimilation tauglich scheinenden Menschen "guten Bluts unserer Art" vom Rest trennen, der nach Osten "ausgesiedelt" - d.h. vertrieben oder ermordet - werden sollte.

Auch wenn diese Politik der "Umvolkung" nicht in vollem Umfang durchgeführt werden konnte - die deutsche Besatzungspolitik war äußerst brutal und opferreich. Mindestens 38.000 Tschechinnen und Tschechen wurden erschossen, 100.000 verließen 1945 die Konzentrationslager als Invaliden. Nach dem erfolgreichen Attentat auf SD-Chef Reinhard Heydrich im Mai 1942 eskalierte der deutsche Terror. Befehle Hitlers und Himmlers, zur "Vergeltung" bis zu 30.000 Menschen zu ermorden, wurden nur wegen der damit verbundenen Nachteile für die Rüstungsproduktion im Protektorat annulliert. Die Rache traf stattdessen das Dorf Lidice, das am 9. Juni 1942 dem Erdboden gleich gemacht wurde; 173 Männer wurden erschossen, 200 Frauen in Konzentrationslager gebracht und 105 Kinder verschleppt. Lidice blieb das Fanal für deutschen Besatzungsterror und tschechischen Widerstand.

Allerdings gab es auch in den deutschsprachigen Gebieten aktive AntifaschistInnen. Nach dem "Anschluss" flüchteten viele ins Ausland, 40.000 Sudetendeutsche kamen in KZs. Generell teilte sich die deutschsprachige Bevölkerung der Tschechoslowakei ebenso wie die im Deutschen Reich in "Opfer, Täter und Zuschauer" (Raul Hilberg). Dass die deutsche Minderheit in einer nach dem Sieg über Nazi-Deutschland neu konstituierten tschechoslowakischen Republik ein massives Problem darstellen würde, war der in London ansässigen

tschechoslowakischen Exilregierung um Staatspräsident Eduard Benes frühzeitig klar. Benes ging von der richtigen Überlegung aus, das besiegte Deutschland müsse daran gehindert werden, "seine nationalen Minderheiten für pan-germanistische Ziele zu missbrauchen". Als bestes Mittel dagegen erschien ihm und der Exilregierung die "Eliminierung der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei". Die Alliierten der Anti-Hitler-Koalition waren der gleichen Ansicht.

Unmittelbar am Ende des Krieges begann die "wilde Austreibung" der Deutschen. Die seit Mai 1945 erlassenen Benes-Dekrete (10 von insgesamt 143 behandelten das Problem der deutschen und ungarischen Minderheiten) waren auch der Versuch, diese von Gewalttaten geprägte Phase zu beenden. Als "human" können die Benes-Dekrete dennoch nicht bezeichnet werden. Sie enthielten eine kollektive Verurteilung der "Personen deutscher oder madjarischer Nationalität" als "staatlich unzuverlässige Personen". Der ihnen gehörende Boden sei an "Personen slawischer Nationalität" zu übergeben; Häuser, Geld und Wertpapiere wurden konfisziert, Rentenansprüche verfielen. Hinzu kamen eine allgemeine Arbeitspflicht und Einschränkungen bei der Berufsausübung. Wer als Deutsche/r oder UngarIn die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft annehmen wollte, musste nachweisen, dass er auf der Seite der Tschechoslowakei aktiv am Kampf gegen Nazi-Deutschland teilgenommen hatte. Während etwa 200.000 Deutschstämmige in der Tschechoslowakei bleiben durften, wurden bis Ende 1946 2,9 Millionen Deutsche in das von den Alliierten verwaltete Deutschland und nach Österreich ausgesiedelt.

Dass die Deutschen "nicht auf der Grundlage erwiesener individueller Schuld, sondern als Angehörige einer bestimmten Nation" aus der Tschechoslowakei ausgewiesen wurden, hat Staatspräsident Vaclav Havel schon 1990 ausgesprochen. Eine nachträgliche Rücknahme der Dekrete hat er damit schon deshalb nicht bezweckt, weil das eine in Tschechien äußerst unpopuläre Forderung wäre. Eher wahlkampftaktisch ist der Vorstoß des Oppositionsführers Vaclav Klaus zu sehen, die Benes-Dekrete in den Vertrag über Tschechiens EU-Beitritt aufzunehmen. In einer Kompromissformel der EU-Kommission und der tschechischen Regierung werden die Dekrete als "obsolet" bezeichnet - d.h. sie sind überholt und nicht länger gültig. Eine Einigung auf diese Bewertung allerdings scheitert bislang an der revanchistischen Ablehnungsfront. Dazu gehört neben den Vertriebenenverbänden, der österreichischen sowie der ungarischen Regierung auch die CDU/CSU - und damit mutmaßlich die nächste Bundesregierung. Eine Koalition der "Ewiggestrigen" ist das nicht. Denn offensichtlich lassen sich mit der Vertreibungsgeschichte Politik und Geschäft höchst profitabel verbinden.

Den Vertriebenenverbänden geht es nach wie vor um finanzielle Entschädigungen. Auf sage und schreibe 11 Billionen DM bezifferte Gerhard Zeihsel, der Vorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich, die den Sudetendeutschen zugefügten Verluste. Die Zahlung auch nur eines Bruchteils dieser Summe würde umgehend zum Staatsbankrott Tschechiens führen. Derselbe Herr Zeihsel hebt aber auch hervor, dass es ihm und seinesgleichen nicht nur ums Geld geht, sondern auch um eine Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs: "Wie die Nürnberger Rassengesetze durch die Niederlage Deutschlands aufgehoben werden mussten, müssen auch die Benes-Dekrete aufgehoben werden." Das sind Töne, die auch den in ihren finanziellen Forderungen weniger größenwahnsinnigen VertriebenenfunktionärInnen gefallen. So stellt auch die CDU-Abgeordnete Erika Steinbach, Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, die antisemitischen Rassengesetze der Nazis mit den Benes-Dekreten auf eine Stufe. Während der Bundestagsdebatte über Zemans "Fünfte-Kolonne"-Verdikt sagte sie: "Bis zum heutigen Tag entschuldigt Zeman die Rassenpolitik (!) Eduard Benes' gegenüber den tschechoslowakischen Staatsbürgern deutscher Volkszugehörigkeit."

Kanzler Schröder vermeidet in dieser Frage jede Konfrontation mit seinem Herausforderer Stoiber, der nebenbei auch noch der oberste Schutzpatron der Sudetendeutschen ist. Um nicht die laufenden Wahlkämpfe zu belasten, hat Schröder seinen geplanten Besuch in Prag abgesagt. Derweil wirbt der EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen (SPD) für die Kompromissformel, die Benes-Dekrete seien "obsolet" - schließlich könne man von Tschechien nicht verlangen, "die Geschichte umzuschreiben". Gernot Erler wiederum, seines Zeichens stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, tat sich mit dem Ausspruch hervor, die Benes-Dekrete seien ein "sehr ernstes Thema für die Beitrittsverhandlungen" und könnten zu einem "gefährlichen Stolperstein" für die EU-Erweiterung werden. Was nur als Mahnung an die tschechische Seite gemeint sein kann, ganz ohne Geschichtsrevision werde es wohl nichts mit der Aufnahme in die EU.

Js.

Anmerkung:

1) Der Weg nach Potsdam. Die Alliierten und die Vertreibung; in Wolfgang Benz (Hrsg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen; Frankfurt am Main 1995, S. 71

25. Finale Selbstgeißelung. Warum der neue Grass sogar Reich-Ranicki entzückt

Autor: Js. · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:03

Zur nationalen Sinnstiftung wird ein Buch üblicherweise erst dann missbraucht, wenn dessen Autor längst tot ist. Das war bisher auch in Deutschland so, wo Goethes "Faust" erst Jahrzehnte nach dem Tod des Dichterfürsten zu dem Buch der Deutschen gemacht wurde. Was damals ein mühsamer Prozess war, an dem sich Legionen von Gymnasialprofessoren beteiligten, gelingt heute im Handumdrehen - dank Spiegel, Reich-Ranicki und deren Multiplikatoren in den Feuilletons, die den Autor und sein neuestes Werk mit unverdientem Lob überhäufen. "Gut möglich, dass Grass' Krebsgang sogar das letzte Kapitel deutscher Vergangenheitsbewältigung überhaupt darstellt", schreibt Thomas Medicus in der Frankfurter Rundschau vom 5.2., dem Erscheinungstag des Buches. Seine Prognose, die Reaktion darauf werde "einhellig positiv ausfallen", ist kein Wagnis. Die deutsche Literaturkritik ist, wenn es darauf ankommt, politisch motiviert und stets bestrebt, ihrer volkserzieherischen Sendung gerecht zu werden.

Wie könnte sie sonst verschweigen, dass Grass, der Nobelpreisträger des Jahres 1999, bestenfalls Mittelmäßiges liefert: eine nicht wirklich langweilige, aber extrem konstruierte Geschichte, sprachlich meilenweit entfernt von der Kunst der "Danziger Trilogie" ("Die Blechtrommel", "Katz und Maus", "Hundejahre"): Der Ich-Erzähler, geboren am 30. Januar 1945, kurz nach dem Untergang der "Wilhelm Gustloff", auf der seine Mutter wie Tausende andere Flüchtlinge von Ostpreußen in den Westen fliehen will, wird Journalist (erst bei Springer, dann bei der taz), veröffentlicht auch "Bekenntnishaftes über Auschwitz" (was für eine Formulierung!) und widersetzt sich zunächst jahrzehntelang dem Drängen seiner Mutter, die Geschichte des Schiffsuntergangs aufzuschreiben. Erst "der Alte" (Grass selbst) erteilt ihm dann den Auftrag, das "gesamtdeutsche Tabu" zu brechen. Der Erzähler recherchiert und stopft sein historisches Wissen in die "Novelle": über den Nazi Wilhelm Gustloff; den Juden David Frankfurter, der Gustloff in der Schweiz erschoss; den nach Gustloff benannten "Kraft-durch-Freude"-Dampfer und seine letzte Fahrt; den sowjetischen U-Boot-Kommandanten Marinesco, der das Schiff versenkte. Deutlich wird immerhin, dass die "Gustloff" kein reines Flüchtlingsschiff war, sondern ein bewaffneter Truppentransporter, der schließlich auch für ZivilistInnen geöffnet wurde. Von einem Kriegsverbrechen kann also keine Rede sein - so weit, so historisch korrekt.

Erfunden ist die Website "blutzeuge.de", auf die der Erzähler bei seinen Recherchen stößt. Deren Propaganda um den "Kameraden" Gustloff und den Untergang des Schiffes zieht nicht nur Nazis an, sondern auch einen jugendlichen Antifaschisten, der sich David nennt und als Jude ausgibt. Bei einem Treffen mit "Wilhelm", dem Betreiber der Website, in Gustloffs Heimatstadt Schwerin wird der vermeintliche Jude von dem jungen Nazi erschossen. Letzterer ist der Sohn des Erzählers, der sein Idol Gustloff rächen will. Als böser Geist (mit sympathischen Zügen) erscheint die Großmutter, deren Leben seit 1945 um den Schiffsuntergang kreist und die damit ihren Enkel auf die schiefe Bahn lockt. Das gelingt aber nur, weil das Gute, verkörpert durch Grass, versagt: "Das nagt an dem Alten. Eigentlich, sagt er, wäre es Aufgabe seiner Generation gewesen, dem Elend der ostpreußischen Flüchtlinge Ausdruck zu geben ..." Nach den "Hundejahren" (erschienen 1963) hätte er sich an diesen Stoff setzen müssen, den man nicht den "Rechtsgestrickten" überlassen dürfe.

Dieses Räsonieren über das "Versäumnis", ja "Versagen" der Linken, das den Rechten in die Hände spiele, ist das eigentliche Thema des Buches und vermutlich das, was Grass' Intimfeind Reich-Ranicki "zu Tränen gerührt" hat. Die antifaschistische Warnung am Ende der Novelle ("Das hört nicht auf. Nie hört das auf.") müssen Grass' Bewunderer als halbherzig empfinden. Dass ihm am Ende "das politisch korrekte Gewissen doch noch zu schlagen und in die Quere zu kommen" scheint, gefällt dem Spiegel-Redakteur überhaupt nicht: "Günter Grass lässt den jungen Neonazi zur Tat schreiten, um ihn hinterher auf die Anklagebank setzen zu können." Na, immerhin. Aber lesen muss man das wirklich nicht.

Js.

Günter Grass: Im Krebsgang. Eine Novelle. Steidl Verlag , Göttingen, 2002; 216 Seiten, 18 EUR

26. "Das Vaterland ist dort, wo die Wurst hängt."

Autor: Nicole Vrenegor · Rubrik: Revanchismus; Nationalismus; Osteuropa allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:21

Bis in die 70er Jahre waren die Treffen der Vertriebenenverbände, vor allem der zeremoniell gefeierte "Tag der Heimat", begleitet von linken Gegendemonstrationen. Auch im osteuropäischen Ausland wurden die Treffen der RevanchistInnen aufmerksam beobachtet, so sorgten führende VertreterInnen der Vertriebenenverbände regelmäßig für außenpolitischen Streit, da sie die bestehenden Grenzen zu den Nachbarländern in Frage stellten. Seit 1989 hat sich das Szenario grundlegend gewandelt. Um die Wiedervereinigung nicht zu gefährden, haben sich BRD und DDR verpflichtet, die östlichen Grenzen zu akzeptieren, sehr zum Bedauern der Vertriebenenverbände, die unter dem Dachverband Bund der Vertriebenen (BdV) zusammengefasst sind. Das heißt aber nicht, dass der BdV seine Begehrlichkeiten auf tschechisches, polnisches, ungarisches oder russisches Gebiet aufgegeben hätte; vielmehr orientiert sich die Politik der Vertriebenenverbände seit 89 an der Maxime: Was politisch nicht durchsetzbar ist, muss auf dem ökonomischen Weg erreicht werden.

Dieses Konzept scheint aufzugehen, seine Durchsetzung erfolgt, ohne größere Proteste in der linken und internationalen Öffentlichkeit zu erregen. Dabei ist eine linke Auseinandersetzung mit der Politik der Vertriebenenverbände dringend erforderlich, sie muss differenziert erfolgen, da auch hier die Zwischentöne der Debatte die Musik ausmachen. Samuel Salzborn, Diplom-Sozialwissenschaftler und Mitarbeiter des Rechten Rands beschäftigt sich schon seit Jahren mit der Politik und Ideologie der Vertriebenenverbände. Ende letzten Jahres erschien sein neuestes Buch "Heimatrecht und Volkstumskampf. Außenpolitische Konzepte der Vertriebenenverbände und ihre praktische Umsetzung", in dem er fundiert den innen- und außenpolitischen Einfluss der Vertriebenenideologie nachzeichnet. Als Quellengrundlage dienen ihm die zahlreichen Verlautbarungsorgane der Vertriebenenverbände, insbesondere die vom BdV herausgegebene Zeitschrift Deutscher Ostdienst. So ist es fast als Kompliment zu sehen, wenn eben dieser Deutsche Ostdienst Salzborns wissenschaftliche Leistung als "verbohrte Fleißarbeit" abqualifiziert.

Renaissance des Deutschtums

Mit dem eingeforderten "Recht auf Heimat" verfolgen die Vertriebenenverbände - so die Grundthese Salzborns - eine Politik, die auf eine Partikularisierung osteuropäischer Staaten entlang bestimmter völkischer Kriterien zielt. Am Beispiel von Polen zeigt er, wie das zunächst abstrakte "Recht auf Heimat" durch systematische Interessenspolitik praktisch umgesetzt wurde, dabei spielt vor allem der Versuch, das Volksgruppenrecht als Bestandteil des Völkerrechts zu etablieren, eine wichtige Rolle. Im Gegensatz zum Minderheitenschutz, der Menschenrechte und Grundfreiheiten individuell für alle "ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion" (Charta der Vereinten Nationen) schützt, ist in einem völkisch ausgerichtetem Minderheitsverständnis der Schutz vor Diskriminierung an einer fiktiven kollektiven Identität angelegt. Nicht der oder die Einzelne muss demnach vor Diskriminierung geschützt werden, sondern die jeweiligen Angehörigen einer nationalen Minderheit, denen es durch entsprechende Förderung ermöglicht werden soll, ihre Identität (Sprache, Religion, Traditionen, etc.) zu bewahren. Diese völkisch-kollektive Ausrichtung von Minderheitenschutz hat auf europäischer Ebene seit 1989 in erheblichem Ausmaß Fuß fassen können. Neben dem Europarat und dem Europäischen Parlament nimmt hier - so Salzborn - vor allem die KSZE eine "politische Vorreiterrolle" in der Etablierung völkisch-konstituierter Minderheitenrechte ein, und dies nicht erst seit dem Mauerfall. Als Markstein zur Verankerung eines völkisches Minderheitenverständnis gilt die Abschlusserklärung der dritten KSZE-Folgekonferenz in Wien vom 15.1. 1989, in der sich die VertreterInnen der KSZE-Teilnehmerstaaten verpflichteten, die "ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität nationaler Minderheiten" zu schützen und diese zu fördern. Diese völkerrechtlich unverbindlichen politischen Absichtserklärungen der KSZE mündeten 1991 und 1992 schließlich in den bilateralen (Nachbarschafts-)Verträgen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den osteuropäischen Staaten, die völkerrechtlich verbindlich sind. Wie gut die Lobbyarbeit der Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik funktioniert, zeigt sich an diesen Verträgen "über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit". Gute Nachbarschaft heißt für die polnisch-deutschen Beziehungen, dass die Bundesrepublik zwar die Oder-Neiße-Grenze anerkennt, im Gegenzug verzichtet Polen jedoch auf Entschädigungen für deutsche Nazi-Verbrechen und räumt der deutschen Minderheit in Polen weitgehende Kollektivrechte ein.

Auf der Grundlage dieser außenpolitischen Rahmenbedingungen, die für die Realisierung des "Rechts auf Heimat" äußerst günstig sind, zeigt Salzborn, wie die Vertriebenenverbände in den letzten zwölf Jahren außenpolitisch aktiv waren. So hat der BdV zunächst die Zusammenarbeit mit den deutschen Volkstumsverbänden im Ausland intensiviert. Die Zahl der in Polen lebenden deutschen Minderheit wird auf zwischen 300.000 (Angabe der polnischen Regierung) bis 800.000 Menschen (Angabe von deutscher Seite) geschätzt. Davon sind 300.000 in Deutschtumsverbänden organisiert, die sich seit 1989 vor allem in Oberschlesien gegründet haben. Dieser hohe Organisierungsgrad der sich als deutsche Minderheit verstehenden Gruppe wirft die Frage auf, was die Ursachen für dieses massenhafte "Comingout" als Deutsche sein könnten. Dabei spielen ökonomische Interessen eine maßgebliche Rolle. "Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass bei vielen Autochthonen (slawische Bevölkerungsgruppe, die im Laufe der Jahrhunderte zwangsgermanisiert wurde, ak) die wirtschaftliche Attraktivität der Bundesrepublik eine große Rolle spielte, nach dem im Oberschlesien weit verbreiteten Motto: Das Vaterland ist dort, wo die Wurst hängt", schreibt der damalige Polenkorrespondent der Süddeutschen Zeitung Thomas Urban. Für soziale und ökonomische Vorteile sorgen u.a. die umfangreichen Finanzspritzen des BdV, Fördermittel der Bundesregierung, die Möglichkeit, in Deutschland zu arbeiten, und die wirtschaftliche Unterstützung der Regionen, in denen die deutsche Minderheit lebt.

Konstruktion einer kollektiven Identität

Zu jeder völkisch konstruierten Identität gehört auch eine eigene Tradition und Kultur, die sich über Sprache vermittelt. Auch auf diesem Gebiet war und ist der BdV in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung in den letzten Jahren äußerst aktiv damit sich das Wir-Gefühl der deutschen Minderheit in Polen weiter manifestieren kann.

Durch die einseitige wirtschaftliche und soziale Förderung der deutschen Minderheit wird ein Segmentierungsprozess forciert zwischen privilegierten Angehörigen der deutschen Minderheit einerseits und der polnischen Mehrheitsbevölkerung andererseits. So konstatiert Salzborn, dass in Bezug auf die deutsche Minderheitenpolitik in Polen "von einer weit reichenden und umfassenden Materialisierung des völkischen Partikularismus gesprochen werden (kann)." Dieser schleichende Prozess von der theoretischen Forderung nach der Verwirklichung eines "Rechts auf Heimat" hin zu seiner praktischen Umsetzung ist als wesentlicher Erfolg der Arbeit der Vertriebenenverbände zu sehen. Wer braucht schließlich noch "Heim ins Reich"-Parolen, wenn er das "Recht auf Heimat" reklamieren kann?

Nicole Vrenegor

Samuel Salzborn: Heimatrecht und Volkstumskampf. Außenpolitische Konzepte der Vertriebenenverbände und ihre praktische Umsetzung. Offizin Verlag, Hannover 2001, 22 Euro.

27. Von welfare zu workfare. Kombilohn heißt: Immer weniger Lohn für immer mehr Menschen

Autor: Christian Brütt · Rubrik: Sozialpolitik; Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:25

Vorbei die Zeiten, in denen Arbeitsplätze noch in der Wirtschaft geschaffen wurden. Vorbei die Zeiten, in denen sich Kapital und Arbeit in Tarifauseinandersetzungen über den Lohn am Ende des Monats stritten. Vorbei auch die Zeiten, in denen ein Job mindestens existenzsichernd entlohnt sein sollte. Für Arbeitsplätze ist jetzt der Staat zuständig - beinahe jedenfalls.

Mitte Februar beschloss die rot-grüne Bundesregierung, bundesweit eine weitere Variante eines Kombilohns einzuführen. Obwohl dem Kombilohn durchaus zugeneigte Forscher wie die des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) warnten, dass auf Grund der eher mäßigen Erfahrungswerte der regionalen Probezeit des Mainzer Modells eine Ausdehnung fragwürdig sei, wird das Modell seit dem 1. März bundesweit ausprobiert. In den Proberegionen von Rheinland-Pfalz (Mainzer Modell) und des Saarlandes (SGI-Modell) wurden seit Start der Projekte im Juni 2000 bis zur ersten Zwischenbilanzierung zum 1. Oktober 2001 insgesamt 782 Personen bzw. Arbeitsstellen gefördert.

Entwickelt wurde das Modell vom designierten Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit und vormaligen Sozialminister Rheinland-Pfalz' Florian Gerster. Seine Idee: Um vor allem SozialhilfeempfängerInnen den Weg in niedrig entlohnte Beschäftigung zu ebnen, übernimmt der Staat bei sehr geringen Einkommen den gesamten Arbeitnehmeranteil an den Sozialversicherungsbeiträgen und zahlt für Kinder der NiedriglohnarbeiterInnen einen gesonderten Zuschlag. Zusammen mit dem Lohnsubventionsmodell der Saar-Gemeinschafts-Initiative (SGI-Modell) - die Zuschüsse gehen hier an die Arbeitgeber - bildet es das arbeitsmarktpolitisches Sonderprogramm CAST - Chancen und Anreize zur Aufnahme sozialversicherungspflichtiger Tätigkeiten.

Kombilöhne wurden bereits vor der Erprobung des "Mainzer Modells" im Rahmen des Sonderprogramms CAST in das Sozial- und Arbeitsrecht eingeführt. Seit der Seehofer'schen Sozialhilfereform von 1996 kann Sozialhilfeempfängern ein Zuschuss gewährt werden, wenn sie eine Arbeit im unteren Lohnbereich aufnehmen (§ 18 Abs. 4 und 5 BSHG). Auf diese mögliche Regelförderung nach dem Bundessozialhilfegesetz beruhen u.a. der Hessische Kombilohn, der Kombilohn in Bremen, das Bergsträßer Modell, das Elmshorner Modell sowie der Kombilohn in Nordrhein-Westfalen.(1)

In der Begründung des Gesetzentwurfes hob die damalige konservativ-liberale Bundesregierung hervor, dass zwar der "Eintritt von Sozialhilfebedürftigkeit kaum beeinflussbar" sei, dafür aber umso mehr für den Austritt gesorgt werden müsse (BT-Drs. 13/2440, 16). Anders formuliert hieß t das: Arbeitslosigkeit als strukturelle Hauptursache von Sozialhilfebedürftigkeit sei kaum beeinflussbar, aber individuell können und müssen die Menschen wieder in Arbeit gebracht werden. Als individuelle Ursachen werden ein fehl- oder minderqualifiziertes Humankapital bzw. falsche oder fehlende Arbeitsanreize und somit eine falsche oder fehlende Motivation der einzelnen unterstellt. Alles in allem also eine inzwischen durchaus übliche Umdeutung struktureller Beschränkungen in individuelle Beschränktheiten.

Noch im ehemaligen Arbeitsförderungsgesetz (AFG), dem heutigen Sozialgesetzbuch III, wurde mit Wirkung zum 1. April 1996 ein bundesweiter Kombilohn unter dem Namen "Arbeitnehmerhilfe" (ANHI) eingeführt (bis 1997 § 134b AFG, danach §§ 56, 421b SGB III). Arbeitslose erhalten danach einen Zuschuss von 25 DM pro Tag, wenn sie einen niedrig entlohnten Job annehmen. Das Arbeitsförderungsreformgesetz (AFRG) von 1997 änderte u.a. die sogenannten Zumutbarkeitsregeln im Bereich des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe, so dass faktisch der Berufsschutz bzw. Statusschutz aufgehoben wurde. In Kombination mit den verschärften Zumutbarkeitsregeln wird die Arbeitnehmerhilfe nicht nur Möglichkeit, sondern als Zwang zur Aufnahme von Niedriglohnjobs praktiziert.

Keine Arbeit? Selbst schuld!

Ebenfalls durch das Sozialgesetzbuch III kann seit Anfang 1998 im Rahmen der sogenannten Freien Förderung (§ 10 SGB III) über die Arbeitsämter ein Kombilohn gewährt werden. In Köln und Duisburg firmiert

diese Kombilohnart als "PLUSLohn". Dieter Hundt, Chef der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA), hat bereits Mitte 1997 einen Kombilohn vorgeschlagen. Was er damals als Ziel formuliert hat, gilt auch heute noch als Grundlage jedwelcher Kombilohnmodelle: "Das Kombi-Einkommen setzt einerseits auf neue Niedriglohnbereiche und andererseits auf eine Verrechnung von Transferbezügen und Arbeitseinkommen mit Leistungsanreizen."

Somit liegen den Kombilohnmodellen zwei wesentliche Annahmen zu Grunde: Zum einen wird bei Langzeitarbeitslosen davon ausgegangen, dass sie einer besonderen Motivation bedürfen, um aus der sogenannten Sozialhilfe-, bzw. Armut-, bzw. Arbeitslosigkeitsfalle auszusteigen. Falsche bzw. negative Anreize würden durch einen zu geringen Abstand zwischen Sozialhilfe oder Lohnersatzleistungen und Löhnen geschaffen. Für diese Personengruppe lohne Arbeit nicht. Zum anderen wird vermutet, dass im Niedriglohnbereich durchaus Tätigkeiten für diesen Personenkreis vorhanden seien, aber nicht angeboten werden, weil die Lohnerwartungen zu hoch seien. Zumeist sind damit Tätigkeiten im personennahen Dienstleistungsbereich gemeint, die vor sich hin schlummern und nur so auf BilligarbeiterInnen warten.

Ausweitung des Niedriglohnsektors

Kombilöhne bestehen grundsätzlich aus zwei Einkommensarten: zum einen aus Zahlungen des/der Arbeitgebers/in und zum anderen aus Zahlungen des Staates. Inzwischen hat es sich scheinbar durchgesetzt, dann von Kombilöhnen zu sprechen, wenn der staatliche Transfer direkt an die ArbeitnehmerInnen geht. Fließt das Geld an die Arbeitgeber, heißt der staatliche Transfer Lohnsubvention. Beide, sowohl Kombilöhne als auch Lohnsubventionen, setzen auf das gleiche Ziel, nämlich auf eine weitere Spreizung der Löhne, in dem der Niedriglohnsektor ausgeweitet wird. Beide entkoppeln die Lohnhöhe von Tarifverhandlungen und beide wirken sich letztendlich auch auf die Sozialhilfe aus.

Ursula Engelen-Kefer, stellvertretende DGB-Vorsitzende, bemängelt, dass mit dem Kombilohn allenfalls 50.000 Arbeitslose in Beschäftigung gebracht würden. Nebenbei verweist sie auf "Mitnahmeeffekte". Neue Fehlanreize entstehen, wenn ArbeitgeberInnen diejenigen, die zu regulären Löhnen angestellt waren, entlassen, um im Anschluss kombilohnsubventionierte NiedriglohnarbeiterInnen einzustellen. Es ist eine Art Drehtüreffekt, der sich ebenso innerhalb der Logik des "Anreiz-Denkens" befindet wie die Annahme, dass viele Jobs im Dienstleistungsbereich vorhanden seien und nur nicht besetzt werden, weil die Lohnforderungen zu hoch und die Arbeitslosen zu bequem sind. Der DGB wolle sich ansonsten "einer differenzierten Diskussion über sinnvolle Maßnahmen im Niedriglohnbereich" nicht verschließen.

Arbeitgeberpräsident Hundt kritisiert hingegen die Inkonsequenz einer rot-grünen Niedriglohnpolitik, die sich auf das Mainzer Modell beschränke. Er fordert ein Gesamtkonzept für einen Niedriglohnbereich, in dem neben positiven Anreizen auch negative Anreize - sprich: Strafen - stärker eingebaut werden müssten. Einen Schritt weiter geht Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK). Neben finanziellen Anreizen sollten gleichzeitig die Leistungen für erwerbsfähige SozialhilfeempfängerInnen abgesenkt werden. Die faktisch schon nicht mehr bestehende Sicherung des Existenzminimums würde damit auch als individueller Rechtsanspruch abgeschafft werden.

Mit jedem/r kombilohnbeschäftigten ehemaligen Sozialhilfeempfänger/in sinken die finanziellen Belastungen der Kommunen. Dementsprechend begrüßte Petra Roth, Frankfurter Oberbürgermeisterin und Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages die bundesweite Ausdehnung des Mainzer Modells. Unter dem Motto "Raus aus der Sozialhilfe" hatten sich die Kommunen in den letzten Jahren bereits eifrig bemüht, die sogenannte Hilfe zur Arbeit (HzA) auszubauen. Wie auch beim Kombilohn ergaben Evaluationen der unterschiedlichen kommunalen HzA-Programme, dass die finanzielle Entlastung der Kommunen eine Mehrbelastung der Bundesanstalt für Arbeit nach sich zog. Wie auch beim Mainzer Modell befürchtet, kam es zu Drehtüreffekten: die einen raus, die anderen dafür rein, mal zahlt die Kommune, mal das Arbeitsamt.

Mindestlohn statt Kombilohn

Die Kommunen sind nicht die einzigen, die ein Interesse an einer finanziellen Entlastung bei der Sozialhilfe haben. In einer Reihe von Urteilen, zuletzt im November 1998 hob das Bundesverfassungsgericht die Bedeutung eines einkommensteuerfreien soziokulturellen Existenzminimums hervor. Zum Maßstab erklärte das Gericht die Höhe der Sozialhilfe. Dementsprechend muss der Fiskus Einkommen in Höhe der Sozialhilfe von der Steuer freistellen. Unter diesen Umständen tauchte im Bereich der Sozialhilfepolitik ein neuer, bisher

schweigsamer Akteur auf: das Bundesfinanzministerium, das zwar die Sozialhilfe nicht finanziert, dafür aber mit steigender Höhe der Sozialhilfe steigende Steuermindereinnahmen zu erwarten hat.

Mögliche weitere Folge der Diskussion: Absenken des mit der Sozialhilfe bzw. der Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) angestrebten, aber längst nicht mehr erreichten soziokulturellen Existenzminimums für arbeitsfähige SozialhilfeempfängerInnen. Die Diskussion verlaufen analog und komplementär zur Lohnabstandsdiskussion. Bisher orientiert sich die Lohnabstandsregelung an den durchschnittlichen unteren Löhnen. Wenn durch Kombilöhne auf Dauer und über Tarifverhandlungen faktisch anerkannte neue unterste Löhne geschaffen werden, wären die heutigen untersten Löhne künftig die neuen unteren. Das hieße, dass die Regelsätze der Sozialhilfe sich an viel niedrigeren Löhne zu orientieren hätten, was zu einer Forstsetzung der seit einigen Jahren gedeckelten Sozialhilfesätze führte, um den Lohnabstand einzuhalten.

Auch wenn die Anrechnungsmodalitäten so geändert werden sollten wie es die BDA, das IAW und andere fordern, käme es langfristig zu einer Absenkung der Sozialhilfe insgesamt. Vorgeschlagen wird, dass SozialhilfeempfängerInnen bis zur Hälfte ihrer Sozialhilfe unbeschadet hinzuverdienen können, damit sich "Arbeit wieder lohnt". Für einzelne mag darin der Vorteil liegen, dass sich das Einkommen als Mix von Transfereinkommen (Sozialhilfe) und Entgelt erhöht. Insgesamt führt ein solcher Freibetrag zu einer generellen Kürzung: Mit dem Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms (FKPG vom 23.06.93) wurden die Vergleichmaßstäbe des Lohnabstandsgebotes in § 22 Abs. 3 BSHG geändert. Der Mehrbedarfszuschlag wurde gestrichen und stattdessen ein Freibetrag eingeführt, der als potenzielle Einkommensquelle generell in die Berechnung des Lohnabstandes miteinbezogen wurde - egal, ob er tatsächlich in Anspruch genommen wird oder nicht. Mit dieser definitorischen Änderung verringert sich der Abstand zwischen unteren Lohngruppen und Sozialhilferegelsätze rechnerisch, ohne dass die Sozialhilfesätze tatsächlich gestiegen sind.

Politische Kampagnen gegen Kombilöhne müssten demzufolge an einem gesetzlich verankerten Mindestlohn und einem tatsächlichen soziokulturellen Existenzminimum - wir können es auch Existenzgeld nennen - ansetzen.

Christian Brütt

Anmerkung:

1) Einen systematischen Überblick zu den Kombilohnmodellen gibt Bruno Kaltenborn: Kombilöhne in Deutschland. IAB Werkstattbericht 14 vom 5.12.2001, http://www.iab.de/ftproot/wb1401.pdf

28. Harmoniestörungen. Gewerkschaften kritisieren Rot-Grün

Autor: Georg Wißmeier · Rubrik: SPD; Grüne (und Vorläufer); DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:40

Ein ziemlich schlechtes Zeugnis bekommt die Bundesregierung von Teilen ihrer klassischen Bündnispartner ausgestellt. Immer wieder sind in den letzten Wochen kritische Töne aus den Führungsetagen von IG Metall und ver.di zu hören und zu lesen. Verwunderlich ist das nicht, hatten doch der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Einzelgewerkschaften mit der Kampagne "Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit" zur Ablösung der Kohl-Regierung beigetragen. Da der erhoffte Politikwechsel ausblieb, fällt die Bilanz in Gewerkschaftskreisen ernüchternd aus.

Schon im Vorfeld der diesjährigen Tarifrunde knirschte es im sozialdemokratischen Gebälk. Kanzler Schröder wollte im Bündnis für Arbeit die Tarifpartner wie schon vor zwei Jahren auf eine moderate Tarifrunde einschwören. Schröder hätte mit einer "erfolgreichen" Bündnisrunde zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: sich selbst als großen Moderator widerstreitender Interessen präsentiert und sich gleichzeitig im Wahljahr Ruhe an der Tariffront verschafft. Den Arbeitgeberverbänden kam dieses Ansinnen durchaus entgegen. Den Gewerkschaften weniger, da sie mit den bisherigen Ergebnissen der Bündnisrunde nicht zufrieden sein können. Auch wenn es an der Gewerkschaftsbasis keine Aktionen gegen das Bündnis für Arbeit gibt, der Missmut über die (finanziellen) Folgen der Kooperation ist allenthalben zu spüren; auch wurde der Lohnverzicht nicht durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze "belohnt".

Hinzu kommt eine stetig ansteigende Unzufriedenheit mit der Politik der vom DGB gestützten Regierung. In seiner Bilanz der rot-grünen Regierungspolitik gelangt der "Chefdenker" der IG Metall, Klaus Lang, zu folgendem Zwischenergebnis: "Neben der nach innen und außen gerichteten Sicherheitspolitik und Terrorismusbekämpfung gibt es nur ein wirkliches ‚Großprojekt`, mit dem diese Regierung in den Augen einer breiten Öffentlichkeit und damit auch der Arbeitnehmerschaft verbunden ist: die Konsolidierung der Staatsfinanzen, die rigorose Sparpolitik und die Rückführung der Neuverschuldung des Bundeshaushalts auf null bis zum Jahr 2006."

Die in die SPD gesetzte Hoffnung sieht Lang bei der Steuerreform ebenso enttäuscht ("Die Verteilungsgerechtigkeit ist durch die Steuerform nicht vergrößert, sondern verringert worden") wie bei der Rentenreform ("Absenkung des Rentenniveaus in der gesetzlichen Säule und Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme ..."). Lang sieht auch die Gefahr, dass nach dem Ausstieg aus der paritätisch finanzierten Rente auch die anderen sozialen Sicherungssysteme unter einer sozialdemokratisch geführten Regierung geschleift werden.

Die SPD wird auch in diesem Jahr einen Wahlkampf für die Fortsetzung der "Politik der Mitte" führen. Das Strategiepapier von SPD-Geschäftsführer Franz Müntefering unterzieht Klaus Lang einer heftigen Kritik: "Das wirtschafts- und gesellschaftspolitische Modell, das dem Papier zu Grunde liegt, setzt allein auf Vergrößerung wirtschaftlichen Wachstums als Grundlage für mehr Beschäftigung. Die Fortführung und Verschärfung des Konkurrenzkapitalismus wird zur entscheidenden Quelle des nationalen Wohlstands (Deutschland als exportorientierte Nation in einer globalisierten Wirtschaft)."

"Die Mitte ist nicht rot, sondern blutleer"

Langs Schlussfolgerung lautet: "Die Mitte ist nicht rot, wie Franz Müntefering formuliert, sondern blutleer." Für radikale Linke ist das sicherlich keine neue Erkenntnis, überraschend aber, dass auf "Spitzenebene" der Gewerkschaften immer deutlichere Worte gefunden werden.

Da nützt auch das Selbstlob der sozialdemokratischen Parteiführung nichts, die auf die Modernisierung des Betriebsverfassungsgesetzes verweist, auf Verbesserungen beim Kündigungsschutz oder auf die Wiedereinführung der vollen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall in dieser Legislaturperiode. Dies wird zwar von allen GewerkschaftsfunktionärInnen gewürdigt, hebt jedoch die Kritik an der neoliberalen Sparpolitik von Rot-Grün nicht auf. IG-Metall-Vize Jürgen Peters sieht in der Politik von Gerhard Schröder eine "neoliberale

Handschrift" und gelangt zu der Erkenntnis, die wohl auch Klaus Lang teilt: "Ob ich das kleinere Übel wähle oder das größere, macht keinen großen Unterschied." (Handelsblatt 15.3.)

Das sind natürlich Aussagen, die die Alarmglocken in der SPD-Führung klingeln lassen. Ob dabei die vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Struck gewählte Sprachregelung ("Ich weise die Vorwürfe der IG Metall als unhaltbar zurück") einer besseren Verständigung dienlich sind, darf bezweifelt werden. Gut möglich, dass sich die sozialdemokratische Parteiführung der prinzipiellen Unterstützung durch die Gewerkschaften zu sicher war. Dass es gewerkschaftsintern Widerspruch zum sozialpolitischen "Modernisierungskurs" gibt, hätte auch der SPD nicht verborgen bleiben müssen.

Atmosphärische Störungen drückten sich auch darin aus, dass der IG-Metall-Vorstand eine "Selbsteinladung von SPD-Generalsekretär Franz Müntefering in das Gremium brüsk zurückwies". (Frankfurter Rundschau, 18.2.) Der ver.di-Vorsitzende Bsirske drohte der Bundesregierung "großen Ärger" an, sollte sie die geplante Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe in die Tat umsetzen wollen. Auch hier wieder Irritationen auf SPD-Seite: Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Poß bedauerte, "dass hier Drohungen ausgesprochen werden, bevor wir uns unterhalten haben". (FR, 25.2.)

Die Dissonanzen sollten zwar nicht überbewertet werden, denn in der Regel haben die Sozialdemokraten in Partei und Gewerkschaft immer wieder einen Weg oder Sprachregelungen gefunden, die die Widersprüche nicht zu stark werden ließen. Gerade in Wahlkampfzeiten. Andererseits wurde den Gewerkschaften in den letzten dreieinhalb Jahren deutlich gemacht, dass sie keineswegs auf Erbhöfe setzen können. Die Hoffnungen auf einen Politikwechsel durch die Sozialdemokratie an der Regierung wurden allenthalben enttäuscht. Der neoliberale Umbau ging ungebremst weiter. Die SPD sieht Teile der Gewerkschaftbewegung bei ihrem "Modernisierungskurs", wie aktuell bei der Neudefinition der Aufgaben der Bundesanstalt für Arbeit, nur noch als Bremsklotz. Gut möglich, dass die Risse tiefer werden. Eine an den Kapitalinteressen orientierte Regierungspolitik den Gewerkschaftsmitgliedern als erfolgreich zu vermitteln, das fällt auch gewerkschaftlichen SpitzenfunktionärInnen schwer.

Die gewerkschaftlichen Signale an die SPD sind deutlich. Dass sie dort Kurskorrekturen bewirken, darf bezweifelt werden. Wie hoch die gewerkschaftliche Bereitschaft zum Konflikt ist, wird unter anderem die bevorstehende Tarifrunde zeigen.

Georg Wißmeier

29. Brunsbüttel - ein anderes Wort für Sicherheit. Trotz gravierendem Störfall bleibt das AKW Brunsbüttel am Netz

Autor: Bettina Dannheim · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:27

Am 14. Dezember 2001 zerfetzte um 13.08 Uhr eine Explosion eine zehn Zentimeter dicke Rohrleitung nahe dem Reaktordruckbehälter im Atommeiler Brunsbüttel. Noch nie zuvor stand ein deutscher Atommeiler so dicht vor einem Kühlmittelverlust-Störfall. Und dennoch: Zwei Monate gingen ins Land, bevor eine Inspektion des Sicherheitsbehälters vorgenommen wurde.

Schleswig-Holsteins Energieminister Claus Möller (SPD) und sein Staatssekretär Wilfried Voigt (Grüne) vermuten, dass der im AKW Brunsbüttel aufgetretene Störfall der bisher gravierendste seiner Art in der Bundesrepublik gewesen ist. Das besagte Rohr, Teil des Reaktordruckbehälter-Sprühsystems, wurde durch die Explosion über eine Länge von zwei bis drei Metern völlig zerstört. Zirka 25 Trümmerstücke sollen im Umkreis der beiden Bruchstellen gelegen haben. Die genaue Ursache der Zerstörung ist noch nicht bekannt, doch vieles spricht dafür, dass es im Inneren der Rohrleitung eine Wasserstoffexplosion gegeben hat. Wäre diese Explosion etwa drei bis vier Meter weiter in Richtung Reaktordruckbehälter aufgetreten, hätte es einen Störfall mit Einsatz der Notkühleinrichtungen geben können. In diesem Fall wäre das Innere des Sicherheitsbehälters von radioaktivem Dampf und Wasser dauerhaft verseucht worden.

Am Tag des Störfalls, also am 14. Dezember 2001, verabschiedete der Bundestag in dritter Lesung das neue Atomgesetz. Es ermöglicht den Energiekonzernen, ihre Atomkraftwerke bis ans Ende ihrer Leistungsfähigkeit zu betreiben. Das AKW Brunsbüttel soll nach diesen Plänen noch bis zum Jahr 2008 Strom produzieren. Der Atommeiler gehört zur ersten Generation der Siedewasserreaktoren, der sogenannten Baulinie '69. Betreiberinnen des AKW Brunsbüttel sind die Hamburgischen Elektrizitätswerke AG (HEW) mit 66,66% und die E.ON Kernenergie GmbH mit 33,33%.

Störfall und alles bleibt wie gehabt

Während in Berlin politische Entscheidungen im Sinne der Energiekonzerne getroffen wurden, liefen in der Warte des AKW Brunsbüttel verschiedene ungewöhnliche Anzeigen und Rechnermeldungen auf. Die Schichtmannschaft habe diese als Leckage an einer Flanschverbindung am Reaktordruckbehälter-Sprühsystem interpretiert und mit einer fernbedienbaren Armatur den Bereich abgesperrt - schilderte ein HEW-Pressesprecher im Februar 2002 den Ablauf. Auf Anordnung des Schichtleiters sei das AKW auf etwa 50% seiner Leistung heruntergefahren worden. Nach Analyse der verfügbaren Informationen hätte sich aus sicherheitstechnischer Sicht aber keine Notwendigkeit ergeben, die Anlage abzuschalten. Der Reaktor sei daraufhin hochgefahren und der Leistungsbetrieb fortgesetzt worden.

Am 18. Februar 2002 wurde das ganze Ausmaß des Störfalls bekannt. Solange hatte das "Tauziehen" zwischen der HEW, der Aufsichtsbehörde und dem TÜV Nord gedauert, ehe eine Begehung des Sicherheitsbehälters erfolgen konnte. Die HEW hatte in ihren Darstellungen die harmloseste Störfall-Variante angenommen und sah daher keine Notwendigkeit, die Anlage runterzufahren geschweige denn abzuschalten. Aus sicherheitstechnischen Gründen ist die Zuverlässigkeit der Betreiberinnen daher mehr als in Frage zu stellen. Es stellt sich aber auch die Frage, warum die schleswig-holsteinische Atomaufsicht zwei Monate brauchte, auf die Klärung des Störfalls zu drängen. Auch wenn die verantwortlichen PolitikerInnen immer wieder beteuerten, sie hätten zwei Monate "Druck ausgeübt" und unter Androhung einer Stilllegung der Anlage die Inspektion ermöglicht, ist dies keine ausreichende Erklärung für das zögerliche Verhalten. Noch im Februar 2002 hatte sich der Vorstandsvorsitzende der E.ON AG, Hans-Dieter Harig, damit gebrüstet, dass es noch nie so wenig Probleme mit der Atomaufsicht gegeben habe wie unter der rot-grünen Bundesregierung.

Nach Auffassung des Bundesumweltministeriums wirft der Störfall komplexe Sicherheitsfragen auf, die zum Teil in dieser Form neu seien. Der Schadensmechanismus müsse vollständig geklärt werden. Dabei ist das Phänomen nicht neu: Wasserstoffexplosionen sind bereits häufiger in Atommeilern aufgetreten. Wasserstoff entsteht während des Betriebs durch Radiolyse: die Strahlung zerlegt Wasser in seine Bestandteile Wasser

und Sauerstoff. Solange sich das Gas mit Wasserdampf mischt, kann es nicht zur Zündung kommen. Kondensiert allerdings Wasserdampf in nicht ständig durchströmten Leitungen, wird es gefährlich, denn dort kann sich Wasserstoffgas ansammeln. Bereits in den 80er-Jahren sind Beschädigungen an Vorsteuerventilen verschiedener Siedewasserreaktoren beobachtet worden. Im AKW Isar 1 kam es zur Entzündung von explosivem Gas, und auch im Atomkraftwerk Krümmel sind Ende der 80er-Jahre Radiolysegasverbrennungen in den druckführenden Wandungen von Sicherheitseinrichtungen aufgetreten. Als Folge wurden an verschiedenen Stellen Katalysatoren und Spülbohrungen angebracht.

Neben der sicherheitstechnischen Unzuverlässigkeit des Betreibers HEW soll es nach Recherchen des Spiegel handfeste wirtschaftliche Gründe gegeben haben, die Leistung des AKW Brunsbüttel nicht zu drosseln und den Sicherheitsbehälter zu inspizieren: Das Abschalten des Meilers wäre für die HEW teuer geworden, da der Einkauf von Ersatzstrom einen zweistelligen Millionenbetrag gekostet hätte. Das "Reservekraftwerk" Hamburg-Moorburg war erst kürzlich auf Betreiben des Vattenfall-Konzerns stillgelegt worden, um durch eine Stromverknappung die Elektrizitätspreise in die Höhe zu treiben. Der schwedische Konzern Vattenfall ist mit 71,31% Hauptgesellschafter der HEW. Ein steigender Strompreis würde es der Vattenfall ermöglichen, auch die ostdeutschen Braunkohlekraftwerke wirtschaftlich zu betreiben.

Der Kostendruck auf die Energiekonzerne, ausgelöst durch die Liberalisierung des Strommarktes, macht sich in vielen Bereichen der Reaktorsicherheit bemerkbar. So hat der Chef der Reaktorsicherheitsabteilung im Kieler Energieministerium, Wolfgang Cloosters, darauf hingewiesen, dass es von Seiten der BetreiberInnen "Bestrebungen gäbe, Revisionsdauern zu verkürzen und Aufwendungen für Nachrüstungen und Instandhaltungen zu reduzieren". Gleiches gelte auch für das Personal; hier werde durch Ausdünnung der Belegschaften und Einsparungen bei der Aus- und Fortbildung an allen Ecken und Enden gespart.

Der Atomreaktor Brunsbüttel hält unter den deutschen Anlagen den Rekord in Stillstandszeiten, und das nicht ohne Grund. Die Frage der Zuverlässigkeit der Betreiberinnen stellt sich aber nicht nur für das AKW Brunsbüttel. Die HEW ist mit 50% beteiligt am AKW Krümmel, mit 20% am AKW Brokdorf und mit 33,33% am AKW Stade. Die schleswig-holsteinische Atomaufsicht hat jetzt die Fäden in der Hand, die Zahl der Atomreaktoren in Deutschland zu verringern.

Bettina Dannheim

30. Die Atomindustrie schätzt Rot-Grün. Kernenergierekordjahr 2001 im Zeichen des "Atomausstiegs"

Kernenergie-Rekordjahr 2001 im Zeichen des "Atomausstiegs"

Autor: Tom Binger · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:16

Kanzlerkandidat Edmund Stoiber stößt mit seinen Wahlkampfversprechen bei der Energiewirtschaft auf taube Ohren. Die Stromkonzerne wollen auch im Falle eines Wahlsieges von CDU und CSU am Atomkonsens festhalten. Angeblich soll der forsche Kandidat aus Bayern, der in den letzten Wochen mehrfach angekündigt hatte, im Falle eines Sieges bei der Bundestagswahl die Konsensvereinbarung wieder rückgängig zu machen, von den Spitzen der bundesdeutschen Atomwirtschaft zurückgepfiffen worden sein. Auch wenn er ein direktes Gespräch mit Stoiber dementiert, betont der Vorstandsvorsitzende des baden-württembergischen Energiekonzerns EnBW, Gerhard Goll: "Wir stehen zu der Verständigung, die wir mit dieser Bundesregierung abgeschlossen haben. An politischen Spekulationen für die Zeit nach der Bundestagswahl beteiligen wir uns nicht." Auch Günter Marquis, Präsident des Verbandes der Elektrizitätswirtschaft (VDEW), bekräftigt, dass der Vertrag zwischen der Branche und der rot-grünen Koalition auch im Falle eines Wahlsieges der Union bei der Bundestagswahl im September Bestand haben werde: "Wenn wir eine Vereinbarung unterzeichnen, dann stehen wir auch dazu," beteuert Marquis.

Doch Stoiber bleibt stur. "An mich ist niemand herangetreten," dementiert er alle Meldungen, die Atomindustrie habe ihn gebeten, am Atomkonsens festzuhalten. "Ohne die bestehenden Kernkraftwerke sind die Klimaschutzziele nicht erreichbar, zu denen sich Deutschland international verpflichtet hat." Außerdem sei der angebliche Ausstieg aus der Atomenergie in Wahrheit ein Einstieg in den Import von billigem Atomstrom aus dem Ausland. Unionsfraktionschef Friedrich Merz scheint sein Ohr näher am Puls der Strombosse zu haben. Er relativiert die vollmundigen Ankündigungen seines Kanzlerkandidaten, indem er darauf verweist, man könne sich mit der Industrie auch noch in 15 bis 20 Jahren über die dann anstehenden energiepolitischen Notwendigkeiten verständigen. Der für Stoiber peinliche Vorgang zeigt, dass die Atomindustrie offensichtlich weiß, was sie an Rot-Grün hat. Der Atomkonsens garantiert für die AKWs Laufzeiten von mehr als 30 Jahren. Sonderregelungen ermöglichen das Weiterfahren der ältesten Meiler. Reststrommengen stillgelegter Kraftwerke können auf die modernsten Anlagen übertragen werden.

Der mittelfristige Ausstieg aus der viel zu teuren Wiederaufbereitung, die Reduzierung der Castor-Transporte durch die dezentrale Zwischenlagerung an den Kraftwerksstandorten und die auf die lange Bank geschobene Suche nach einem geeigneten Endlagerstandort schaffen Ruhe an der Entsorgungsfront, bisher die Achillesferse der Atomindustrie. Zudem bleiben den Konzernen die steuerlichen Privilegien in Form der milliardenschweren Entsorgungsrückstellungen erhalten. Im Rahmen einer sog. Friedenspflicht hat sich Rot-Grün außerdem darauf festgelegt, auf eine Erhöhung der geltenden Sicherheitsstandards zu verzichten. So ungestört wie unter Rot-Grün konnten die Atomkonzerne wohl noch nie ihr Geld verdienen.

Auch der gesellschaftliche Konflikt um die Nutzung der Atomenergie wurde durch Rot-Grün weitgehend befriedet. Nach einem zweijährigen Transportstopp - noch von Umweltministerin Angela Merkel wegen des Kontaminationsskandals verhängt - laufen die Atommülltransporte in die Wiederaufbereitung mittlerweile wieder fast reibungslos. So kam der zweite Transport in das Zwischenlager Gorleben im November letzten Jahres ohne die sonst üblichen spektakulären Widerstandsaktionen an sein Ziel. Selbst am symbolträchtigsten Ort des Anti-Atom-Widerstandes droht die rot-grüne Befriedungspolitik und die polizeiliche Zermürbungsstrategie aufzugehen. An der Atomfront herrscht zur Zeit eine fast schon gespenstische Ruhe.

Selbst nach den Terroranschlägen vom 11. September, die eindrucksvoll die Verletzbarkeit dieser Technologie deutlich gemacht haben, blieb der bundesdeutschen Atomindustrie eine hitzige Sicherheitsdebatte erspart. Forderungen nach einer schnelleren Abschaltung der Atomkraftwerke wurden in der politischen Debatte marginalisiert. Auch die schweren Störfälle der letzten Zeit haben die BetreiberInnen problemlos überstanden. Im schleswig-holsteinischen AKW Brunsbüttel wurde eine Rohrexplosion im Sicherheitsbereich über Wochen geheim gehalten, da ein sofortiges Abschalten der Anlage zu teuer erschien. Im Kernkraftwerk Phillipsburg

blieb gleich eine ganze Pannenserie ohne ernsthafte Konsequenzen. Wochenlang war eine zu geringe Borsäure-Konzentration im Notkühlsystem unentdeckt geblieben. Auch ohne Realisierung der angekündigten Verbesserungen im Sicherheitsbereich ist das Kraftwerk bereits wieder seit Mitte Dezember am Netz.

Strahlende Gewinnerin: die Atomlobby

In der Branche ist von Katerstimmung angesichts rot-grüner Ausstiegspläne nichts zu spüren. In seinem Jahresbericht 2001 verkündet das Deutsche Atomforum stolz ein "Kernenergierekordjahr für Deutschland". So viel wie die 171 Milliarden Kilowattstunden Atomstrom wurden in Deutschland noch nie produziert. Während die Atomenergie boomt, stagniert die Ökostromerzeugung. Ihr Marktanteil am bundesdeutschen Stromverbrauch liegt bei jämmerlichen 7 Prozent. Auch das Betriebsergebnis der einzelnen Atomkraftwerke kann sich sehen lassen. Acht deutsche Reaktoren liegen unter den ersten zehn Plätzen in der globalen Stromerzeugungsbilanz. Das AKW Isar 2 wurde sogar zum Weltmeister gekürt. Kein Wunder also, dass sich die Atomlobby in ihrem Jahresbericht selbst feiert: "Unter den 31 Kernenergie nutzenden Nationen der Erde produzierte Deutschland mit der vergleichsweise niedrigen Zahl von 19 Reaktoren die vierthöchste Strommenge hinter den USA, Frankreich und Japan."

Dennoch gilt der angebliche Ausstieg aus der Atomenergie immer noch als eines der wenigen Vorzeigeprojekte der rot-grünen Koalition. Die tatsächliche Bilanz nach vier Jahren rot-grüner Regierungspraxis bietet ein anderes Bild. Kein einziges AKW wurde bisher vom Netz genommen. Von dem angekündigten ausstiegsorientierten Gesetzesvollzug ist nichts zu spüren. Obwohl Jürgen Trittin die Wiederaufbereitung mit sofortiger Wirkung verbieten wollte, laufen die Transporte in die WAA noch mindestens bis zum Jahr 2005 weiter. Mit den dezentralen Zwischenlagern und der Kapazitätserweiterung der Urananreicherungsanlage in Gronau betreibt Rot-Grün sogar den Neu- bzw. Ausbau der bundesdeutschen Atomanlagen. Und auch das in der Atomgesetznovelle enthaltene Neubauverbot für AKWs bereitet der Atomindustrie keine Probleme. Auf Grund vorhandener Überkapazitäten und des billigen Importstroms auf den europäischen Strommärkten will in den nächsten zehn Jahren ohnehin niemand neue Kraftwerke bauen. Mit so einem Atomausstieg lässt es sich prima leben.

Tom Binger

31. Klassenbegriffe, Mottenkisten und kritische Intellektuelle. Eine Replik auf die Bourdieu-Würdigung in ak 459

Autor: Regina Brunnett · Rubrik: Wissenschaftskritik; Diskussion; Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:22

Anlässlich des Todes von Pierre Bourdieu tauchte in manchem Nachruf plötzlich der ansonsten so aus der Mode geratene Begriff der "Klasse" auf, aus der Mottenkiste hervor geholt und für den feierlichen Anlass glänzend aufpoliert. Worüber spricht man, wenn man von "Klasse" spricht?

Viele linke Intellektuelle, wie auch Henning Böke in der letzten ak, halten Bourdieu für einen wichtigen Theoretiker, weil er einen zeitgemäßen Klassenbegriff entwickelt hat. Dabei messen sie Bourdieu an seinem Anliegen, einen konkreten Klassenbegriff aus empirischen Analysen zu entwickeln, statt umgekehrt einen theoretisch-abstrakten Klassenbegriff einfach über soziale Wirklichkeit überzustülpen. Unter marxistischen AutorInnen ist sowieso unumstritten, dass "soziale Klasse" im Unterschied zu dem weichgespülten Konzept "soziale Schicht" soziale Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse bezeichnet. Bezieht man sich dabei auf Bourdieu, wird aber schnell übersehen, dass Bourdieu kein Kollektivsubjekt "Arbeiterklasse" im Visier hatte, sondern die Art und Weise untersucht hat, wie Herrschaft sich in alltäglichen Praktiken herausbildet, und zwar im Verhältnis zwischen Ober-, Mittel- und unteren sozialen Klassen.

Von der Überzeugung,

Jede kulturelle Lebensäußerung, ob es sich nun um politische Konzepte, um Musik, Literatur oder auch Theorien handelt, ist nach Bourdieu dazu geeignet, ein klassenbildender Faktor zu werden. Und das funktioniert ungefähr so: Mittel- oder Oberklassen investieren ihr ökonomisches, symbolisches und soziales Kapital in spezifische kulturelle Praktiken, die erstmal relativ selten sind, z.B. in den Konsum von Biogemüse, in Yoga oder in Body-Building. Im Laufe der Zeit werden diese Praktiken mehr und mehr von "den Massen" aufgenommen. Weil Distinktion, also die Überzeugung etwas Besonderes zu sein, von Seltenheit abhängt, müssen solche Praktiken immer weiter verfeinert und ausdifferenziert werden - durch besondere Fitness-Studios, -Techniken oder Yoga-Schulen, oder sie werden schlicht durch etwas Neues abgelöst. Das heißt, die kulturellen, herrschaftsbildenden Praktiken verändern sich ständig. Bourdieu konzipiert den sozialen Raum nicht als unveränderbare soziale Struktur, sondern als Schauplatz sozialer Kämpfe um Prestige und um die Durchsetzung von Definitionsmacht.

Böke bemüht in seiner Bourdieu-Würdigung das gern genommene Bild des "Fabrikarbeiters", der "trotzdem als Arbeiter erkannt wird an der Art, wie er spricht, wie er sich bewegt und so weiter, weshalb der Arbeiter intuitiv weiß, dass es für ihn keinen Sinn hat, sich zu ‚verkleiden`: Er würde sich damit von seinesgleichen entfremden, ohne von gehobenen Milieus akzeptiert zu werden". Die Figur des Arbeiters, wie sie hier bemüht wird, wirkt so antiquarisch wie künstlich, kann sie doch der Realität kaum noch standhalten. Das bedeutet nicht, dass es keine objektive Klassenstrukturierung gäbe; es bedeutet, dass die ehemals relativ geschlossene Arbeiterklasse längst in verschiedene Milieus fragmentiert ist. (1) Deshalb ist die Rede von "seinesgleichen", wie Böke sie führt, irritierend. Welches Milieu ist bloß gemeint? Und welches Kollektiv ist heutzutage so stabil und abgeschlossen, dass es keine sozialen Veränderungen tolerieren kann? Zudem setzt dieses Beispiel voraus, dass es immer noch eindeutige, stabile Identitäten "gibt". Besteht nicht eine der wichtigsten Veränderungen der letzten Jahrzehnte darin, dass wechselnde, fragmentierte und dezentrierte Identitäten gebildet werden? Müsste man nicht endlich wagen, die Komplexität sozialer Herrschaftsverhältnisse zu denken, zu denen neben sozialer Klasse eben auch Geschlecht, Nation, Ethnizität, sexuelle Praxis (sprich: Heteronormativität) gehören?

Zumal gerade Bourdieu dazu einlädt, so zu denken. Ihn interessieren die Muster der sozialen Differenzen, und ihre Anordnung im sozialen Raum. Dabei denkt er streng strukturalistisch in Kategorien von Beziehungen und Verhältnissen. Das heißt, dass sich nicht nur die Mittelklasse durch den Bezug auf "oben" und "unten" herstellt, sondern dass zum Beispiel "Schwarz-Sein" nur in Bezug auf "Weiß-Sein", "Frauen" nur in Bezug auf "Männer" als soziale Positionierungen Sinn machen. Existieren aber alle diese Herrschaftsverhältnisse gleichzeitig, kann keineswegs davon ausgegangen werden, dass sie sich in "sozialer Klasse" erschöpfen und auch nicht davon,

dass sie immer und überall gleich ausgeprägt sind. Statt dessen muss ein dynamisches Gefüge von Herrschaftsverhältnissen angenommen werden.

So dienlich Bourdieu für ein Denken dieser Dynamiken ist, so fragwürdig ist gleichwohl seine Unterscheidung zwischen "Massen" und "Eliten", auf die auch Böke in seiner Argumentation zurückgreift. Marginalisierte verfügen in Bourdieus Konzept praktisch weder über symbolisches, kulturelles, soziales noch über ökonomisches Kapital. Sie scheinen machtlos zu sein und auf die Solidarität kritisch-reflexiver Intellektueller angewiesen zu bleiben. Er konstatiert bei den unteren sozialen Klassen ein "geschlossenes Universum" und einen "geschlossenen Raum der Möglichkeiten." (2) Umgekehrt konstruiert er - in Umkehrung heteronormativer Stigmatisierung - an anderer Stelle eine Art "homosexueller Avantgarde", wenn er vorschlägt, "die spezifischen Fähigkeiten, die sie (die Homosexuellen) der relativ unwahrscheinlichen Kombination aus einer starken subversiven Disposition auf Grund ihrer stigmatisierten Stellung einerseits und einem großen kulturellen Kapital andererseits verdanken, in den Dienst der sozialen Bewegung als ganzer zu stellen." (3)

... etwas Besonderes zu sein ...

Mit diesem totalisierenden Gestus wiederholt sich die Entmachtung Marginalisierter ebenso wie sich die elitäre Position Intellektueller verfestigt. Viele Intellektuelle, auch Böke in seinem Artikel, neigen dazu, an diese Bourdieusche Unterscheidung von Intellektuellen und Marginalisierten anzuknüpfen. Böke betont, dass Marginalisierte über "unser theoretisches Wissen nicht verfügen und doch die Antagonismen der kapitalistischen Gesellschaft auf ihre Weise sehr scharf wahrzunehmen im Stande sind". Wer um alles in der Welt ist "uns"? Und wer ist diese amorphe Masse der Subalternen, die über "unser theoretisches Wissen" angeblich nicht verfügt? Die ausgeprägte Dichotomie zwischen (proletarischer? nicht-intellektueller?) "Masse" und "uns" ist einfach ärgerlich. Denn hier wird soziale Klasse keinen Deut anders gedacht als im "common sense" oder in bürgerlich-konservativen Theorien: Böke scheint davon auszugehen, dass nach absolvierter Ausbildung, nach Abitur und/oder Studium die soziale Herkunft aus einer "Unterklasse" bedeutungslos wird und eine umstandslose Einordnung in die Mittel- oder sogar die Oberklasse erfolgen kann. Wenn aber der "Habitus" eines jeden, wie Bourdieu gezeigt hat, durch soziale Herrschaftsverhältnisse geprägt ist, müsste dann die soziale Herkunft aus einer "Unterklasse" nicht dauerhaft "am eigenen Leibe" spürbar bleiben? Besteht vielleicht nicht auch das "uns" keineswegs aus einer einheitlichen Gruppe von Intellektuellen, sondern aus Menschen, die sehr vielfältig und unterschiedlich in soziale Herrschaftsverhältnisse eingebunden sind? Liest man aber Bourdieu mit Bourdieu, wendet also Bourdieus Denken auf seinen eigenen Text an, so dürfte es sich bei dem "Intellektuelle/Masse-Schema" wohl eher um ein Objekt strategischer Kämpfe um symbolisches Kapital, als tatsächlich um eine empirische Positionsbeschreibung handeln.

Dass eine marxistische Lesart Bourdieus vor problematischen Verkürzungen nicht schützt, demonstriert Bökes Bourdieu-Interpretation. Noch problematischer ist gleichwohl die viel verbreitetere völlige Ignoranz gegenüber der Kategorie "soziale Klasse", auch innerhalb der Linken. In der theoretischen und politischen Debatte der Bundesrepublik Deutschland lassen sich grob drei Typen des Denkens über soziale Klasse finden: entweder der Klassenbegriff knüpft an marxistische Denkfiguren an (selten), oder er wird irgendwie vage gefasst, oft unter Hinweis auf Bourdieu (etwas häufiger), oder der Klassenbegriff wird komplett verworfen und seine theoretische und politische Legitimität bestritten (gängiges Modell).

zur Vielfältigkeit von Herrschaft.

Hier greifen sozial-strukturelle Veränderungen der letzten Jahrzehnte. Denn in umgekehrt proportionalem Maße, wie sich eine Zwei-Drittel-Gesellschaft ausbildet und "soziale Klasse" faktisch an Bedeutung gewinnt, verschwindet der Klassenbegriff aus einem kollektiven, aber auch einem kritisch-analytischen sozialen Gedächtnis. Ein rein marxistischer Klassenbegriff ist da immer noch besser als gar keiner. Und obwohl die Linke neoliberalen Umstrukturierungen kritisch gegenüber steht, droht auch sie bisweilen die neoliberale Logik durch die Vernachlässigung der Kategorie "soziale Klasse" unbeabsichtigt zu verstärken. Nach neoliberaler Logik gibt es keine strukturellen Ungleichheiten und Ausbeutungsverhältnisse mehr, sondern "benachteiligte Individuen oder soziale Gruppen". Wobei eine solche Benachteiligung im hegemonialen Diskurs in zunehmendem Maße auf individuelles Versagen, Fehlverhalten wie Ghettobildung oder "mangelnde Motivation, Intelligenz" oder ähnliches zurückgeführt wird.

Unter anderem deshalb ist es auch praktisch unmöglich, sich in der Bundesrepublik Deutschland affirmativ auf die soziale Herkunft aus einer "sozialen Unterklasse" zu beziehen, weil das etwas individuell oder kollektiv Defizitäres aufruft. Wer das nicht glaubt, kann es jederzeit im Selbstversuch überprüfen und dabei viel über die Auslöschung "sozialer Klasse" in alltäglichen Denkmustern und Praktiken erfahren. Verneint man aber die Bedeutung der Kategorie "soziale Klasse", wird ihre Individualisierung neu festgeschrieben. Familiäre Herkunft und das komplexe Gefüge sozialer Herrschaftsbeziehungen verschwinden im Nebel.

Die britische Soziologin Beverly Skeggs hat in einer Studie mit Frauen aus der englischen Arbeiterklasse gezeigt, wie die Hegemonie der Mittelklasse dazu führt, dass Mittelklasse-Wertmaßstäbe, Verhalten, Kleidung und Geschmack die Subjektivitäten von Frauen aus der Unterklasse (mit)bestimmen. Ähnlich wie im Falle der Heterosexualität oder dem Weiß-Sein operiert die Hegemonie der sozialen Mittelklasse vor allem dadurch, dass sie verdeckt bleibt. (4) Und der Zusammenhang zwischen der Hegemonie von Mittelklassen und der Marginalität sozialer Unterklassen bleibt auch aus den Debatten der Linken meistens komplett ausgeschlossen.

So schön es also ist, wenn Mottenkisten geöffnet werden und verstaubte Begriffe zu neuen Ehren kommen - das nützt wenig, wenn der Dachboden genauso muffig bleibt wie eh und je. Über soziale Klasse zu sprechen, ohne die eigene Position von Intellektuellen zu reflektieren, ist nicht nur theoretisch, sondern auch politisch kurzatmig. Im Zeitalter neoliberaler Umstrukturierung von Gesellschaft keinen Klassenbegriff zur Verfügung zu haben, ist noch fataler. Um einen Klassenbegriff zu entwickeln, der die Existenz von Klassen in den Blick nimmt, ohne sie in ökonomische Kategorien einzusperren und so ihr Verhältnis zu anderen Kategorien sozialer Herrschaft in den Blick zu nehmen vermag, ist die Beschäftigung mit Bourdieu lohnend. Und fordert doch dazu heraus, weiter- und über ihn hinaus zu gehen.

Regina Brunnett

Anmerkungen:

1) Vgl. z.B. Michael Vester: Klassengesellschaft ohne Klassen. Auflösung oder Transformation der industriegesellschaftlichen Sozialstruktur, in: Peter Berger/Michael Vester: Alte Ungleichheiten. Neue Spaltungen, Opladen 1998, S.109-147

2) Pierre Bourdieu: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt am Main 1997, 9. Auflage, S.597

3) Pierre Bourdieu: Einige Fragen zur Schwulen- und Lesbenfrage, in: ders. (Hg.)L Liber. Internationales Jahrbuch für Literatur und Kultur. Eingrenzungen, Ausgrenzungen, Entgrenzungen, Konstanz 1999, S. 205-210, hier: S.210

4) Beverly Skeggs: Formations of Class and Gender. Becoming Respectable, London/New Dehli 1997

32. Chancen nutzen! Noch ist attac ein bunter Haufen

Autor: Georg Wißmeier · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:43

Seit einigen Monaten gründen sich an allen möglichen Orten der Republik attac-Gruppen. Der Zulauf ist enorm. Im letzten Oktober waren mehrere tausend Menschen auf dem attac-Kongress in Berlin. Die Zahl der eingeschriebene Mitglieder beträgt zur Zeit ca. 6.000. Fast täglich gibt es, oft in überfüllten Räumen, Veranstaltungen über Auswirkungen des Globalisierungsprozesses. Gegen die Privatisierungswelle im Gesundheitssektor ist attac vor Ort tätig, gegen Kürzungen im Bildungsbereich organisieren attac-Gruppen erste Demonstrationen.

Nicht nur in den Metropolen, auch an den abgelegensten Orten treffen sich wieder Menschen, um Veranstaltungsreihen zu planen und sich politisch-handwerkliche Fähigkeiten anzueignen (wie organisiere ich einen Büchertisch, wo melde ich eine Demo an etc.) - eine Entwicklung, über die Linke eigentlich mehr als erfreut sein sollten. In besseren Zeiten wäre dies als Chance angesehen worden, und man hätte sich ins praktische Geschehen gestürzt.

Aber was machen Teile der radikalen Linken? Sie stehen daneben und sinnieren darüber, ob man sich durch eine Beteiligung bei attac "nicht zum Fußvolk für die Profilisierungsgelüste abgehalfterter Politfunktionäre macht"? So geschehen in der letzten ak-Ausgabe in einer Replik auf einen Artikel von Werner Rätz (ak 456), der dort begründet hatte, "warum attac für die radikale Linke wichtig ist".

Ganz anders Ingo Stützle und Boris Kanzleiter schon zu Beginn ihres Artikels "Dabei sein ist alles". Für sie "sind die Linien zwischen attac und seinen KritikerInnen bereits klar gezogen und die Gräben tief ausgehoben." Also Haken dahinter und weiter im linksradikalen Tagesgeschäft. Die Autoren liefern mit ihrem Diskussionsbeitrag leider ein Beispiel für ein sektiererisches Politikverständnis; Abteilung: wir sind klein, wissen den richtigen Weg, und das ist gut so.

Um es gleich zu sagen: An attac lässt sich vieles kritisieren. Stützle/Kanzleiter listen einige Dinge auf. Nur: attac ist kein geschlossenes, monolithisches Gebilde und keine Partei mit festgezurrten Linien. Vieles ist noch in Bewegung; gut möglich, dass sich das in absehbarer Zeit ändert.

Ich plädiere dafür, zwei Ebenen zu unterscheiden: Das eine sind die "Verlautbarungen" von attac auf "zentraler" Ebene. Da lässt sich vieles kritisieren, und dort sollte eine radikale Linke auch die theoretische Auseinandersetzung führen und eigene empirische Untersuchungen vorlegen. Publikationsmöglichkeiten gibt es dafür reichlich. Allerdings sollten Vereinfachungen wie "attac gleich Tobin-Tax" unterbleiben. Dieser Zustand ist schon seit längerem überwunden.

Gespannt bin ich auch auf Untersuchungen aus der radikalen Linken zur - wenn mich nicht alles täuscht - gewachsenen Bedeutung der Finanzmärkte. Wenn sich die Kritik am Kapitalismus nur auf die Finanzmärkte konzentriert, dann ist das zu kritisieren, auch weil sich darin eine offene Flanke zu antisemitischen Stereotypen zeigen kann. Es nützt allerdings auch relativ wenig, Veränderungsprozesse in der Ökonomie einfach zu ignorieren. Denn neben Huffschmid sind auch Altvater und Hübner Stichwortgeber für attac. Altvater schreibt: "Die Finanztransaktionen haben also nur noch sehr wenig mit der realen Wirtschaft zu tun (...), auch wenn diese Entkopplung niemals total sein kann und sich krisenhaft Geltung verschafft." Und Hübner spricht von der "relativen Verselbstständigung des monetären Weltmarkts".

Ich plädiere dafür, an diesen Fragen in eine ernsthafte Auseinandersetzung mit attac zu gehen. Das setzt allerdings eine Untersuchung der Thematik voraus. So zu tun, als gäbe es diese Veränderungen in der Ökonomie nicht, ist schlicht und einfach sträflich.

Relativ einfach dürfte es sein, die Widersprüche zu attac in der Staatsfrage und bei prinzipieller Herrschaftskritik zu formulieren. Damit wäre ich bei der zweiten Ebene: attac hat sich schon seit einiger Zeit von der reinen Orientierung auf die Finanzmärkte weg bewegt. Gesundheits- und Bildungspolitik gehören ebenso zum Repertoire wie Friedenspolitik, Welthandel/WTO und Erwerbslosigkeit/Arbeit. Dies drückt sich sowohl auf zentraler Ebene wie in örtlichen Arbeitsgruppen aus. Dass attac sich von der reinen Orientierung auf die Tobintax schon lange entfernt hat, dürfte Stützle/Kanzleiter eigentlich nicht verborgen geblieben sein.

Insbesondere vor Ort, aber auch in den zentralen thematischen Gruppen zeichnet sich die Arbeit dadurch aus, dass Menschen zusammenkommen, die unzufrieden sind mit der herrschenden Politik. Darunter sind viele junge, politische unerfahrene Leute ebenso zu finden wie "alte Strategen" mit vorgefertigten Meinungen.

Was ich wahrnehme ist, dass es sich bei der örtlichen Arbeit um einen offenen Prozess handelt, dass hier nach vielen Jahren wieder Menschen Politik machen, sich "qualifizieren". Das drückt sich in der Organisierung von Veranstaltungen und Büchertischen ebenso aus wie in der Organisierung in örtlichen Demonstrationen oder Bürgerentscheiden. attac entwickelt dabei eine gewisse Ausstrahlung in bestehende Organisationen, zieht aber vorrangig Menschen an, die sich von den bisherigen Politikangeboten nicht angesprochen fühlen. Als radikale Linke in diesen Prozessen nicht mitzumischen wäre grob fahrlässig. Ich behaupte: Herrschaftskritik kann dort auf fruchtbaren Boden fallen. Sie muss nur vorgetragen werden - und zwar nicht in dem Duktus: Wir sagen euch, wo es lang geht. Dabei sollten Linke ihre Qualifikationen zur Verfügung, aber auch die eigenen Positionen auf den Prüfstand zu stellen.

Die Offenheit von attac, da sollte man sich nichts vormachen, wird nicht ewig währen. Klügere Köpfe aus dem sozialdemokratischen Lager sehen attac (durchaus mit Recht) als Rekrutierungsfeld. Entwicklungen sind sowohl in Richtung Radikalisierung wie in Richtung Sozialdemokratie/Lobbyismus möglich. Gut denkbar, dass zunächst beides unter dem Label attac stattfinden kann. Man liegt aber wahrscheinlich nicht ganz falsch mit der These, dass sich zur Zeit unter dem Dach von attac Menschen versammeln, die aus unterschiedlichen Gründen mit den Auswirkungen kapitalistischer Politik nicht einverstanden sind und die - das ist das wichtigste - etwas dagegen tun wollen. Ob dabei eine stärkere Pointierung in Richtung Herrschaftskritik und emanzipatorische Bewegung gelingt oder sich die Re-Regulierungs- und Staatsoption durchsetzt, hängt auch von der Beteiligung radikaler Linker in diesem Prozess ab.

Georg Wißmeier

33. Aktionskonferenz "Gesundheit ist keine Ware" am 20. April 2002 in Heidelberg

Rubrik: Gesundheitspolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:42

Es laden ein: * Attac Deutschland, Kampagne Soziale Sicherung, WTO-AG * IG Metall Jugend * Initiative für einen Politikwechsel * Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken * medico international * Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Jugend * ver.di Landesbezirk Baden-Württemberg

Der Aufruf

Gesunde Lebensbedingungen und Hilfe bei Krankheit sind ein Menschenrecht - es scheint allerdings eher für die Zahlungsfähigen reserviert. Weltweit wird es vielen, in den arm gemachten Ländern des Südens den meisten Menschen vorenthalten.

Niemand wird Reformbedarf im Gesundheitswesen leugnen. Eine Reform, die das Menschenrecht auf Gesundheit unterstützen soll, darf aber nicht auf Gewinninteressen der Leistungsanbieter und sinkende Beiträge für gesunde Versicherte setzen, sondern sie muss die solidarische Umverteilung stärken. Sie muss im Norden wie im Süden gerade diejenigen erfassen, die wegen Krankheit, Alter oder Armut Hilfe und Solidarität benötigen. Wir wehren uns gegen die ständig sinkende Einbeziehung großer Vermögen und Konzerngewinne zur Finanzierung sozialer Sicherungen. Für eine zunehmende Privatisierung und Ausrichtung an Konkurrenzkriterien wirken weltweit der Druck von IWF und Weltbank, der Einfluss von Pharmaunternehmen, zunehmend die WTO-Verträge (GATS, TRIPS) und die drückende Schuldenlast der Länder des Südens. Dabei zeigen die Erfahrungen aus Ländern, in denen solche Orientierungen umgesetzt wurden - wie Chile unter der Pinochet-Diktatur - oder die traditionell auf solidarische Finanzierungsmodelle verzichten - wie die USA - deutlich: Die Kosten steigen, die Zahl der Menschen, die ausreichend in schweren Krankheitsfällen versichert sind, nimmt ab.

Das Gesundheitswesen darf kein Wettbewerbsmarkt werden, wo sich die Leistungsanbieter mehr nach ökonomischen Kosten- und Renditekalkülen als nach den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten und der Beschäftigten richten. Das schließt jede weitere Privatisierung aus. Regulierungen des Pharmamarktes müssen der Profitmacherei mit überteuerten und nutzlosen Medikamenten ein Ende machen. Mittelfristig wollen wir auch schon vorhandene private Elemente (wie z.B. Privatversicherungen) zurückdrängen.

Wir wollen ein solidarisches Gesundheitssystem für alle, und wir werden darum kämpfen! Es muss von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gleichen Teilen finanziert und von der öffentlichen Hand getragen sein. Wir trauen den Beruhigungen der Bundesregierung nicht, es werde keine Zweiteilung des Gesundheitssystems in eine Medizin für Reiche und eine für Arme geben - wir erinnern uns an ihre Beteuerungen vor der letzten Bundestagswahl, Rentenkürzungen zurückzunehmen. Das tat sie - um die soziale Rente dann noch stärker zu kürzen als die Vorgängerregierung und die Menschen den Banken und Versicherungen auszuliefern.

Wir streiten dafür, der Reformpolitik im Gesundheitswesen eine andere, eine solidarische Richtung zu geben. Damit stellen wir uns gegen eine ganz große Koalition der etablierten Politik, die sich mit Orientierungen auf mehr "Eigenverantwortung", mehr Markt und mehr Wettbewerb maßgeblich an Interessen der Finanzindustrie ausrichtet. Ob dieser Richtungswechsel gelingen kann, hängt nicht von Wahlergebnissen ab, sondern davon, ob wir gemeinsam von unten stark genug werden, dass an uns nicht vorbeiregiert werden kann. Gleich wie die Wahlkampfaussagen lauten - wir wollen vorbereitet sein, wenn bald nach der Wahl die längst gedrehten bitteren Pillen verabreicht werden sollen!

Das Programm

10.30 Uhr Die Verwirklichung des Menschenrechts auf Gesundheit steht noch aus - weltweit! Eine Standortbestimmung von ATTAC Deutschland

Wir scheuen den Konflikt nicht! Beispiele von Aktionen für eine umfassende Gesundheitsversorgung für alle

Wir haben erst angefangen - und werden immer mehr!

Gesundheitsvorsorge ist ein Anliegen der gesamten Gesellschaft

11.30 Uhr Arbeitsgruppen

14.00 Uhr Mittagspause

15.00 Uhr Was können wir tun? Arbeitsgruppen stellen Aktionsvorschläge vor.

Diskussion im Plenum

Wofür treten wir ein? Heidelberger Erklärung für eine solidarische Gesundheitsreform. Diskussion und Beschlussfassung

Wie geht es weiter? Referat von Horst Schmitthenner (Verantwortlich für Sozialpolitik im Vorstand der IG Metall)

Die Arbeitsgruppen

Privatisierung schwer gemacht

Beschäftigte und Aktionsbündnisse berichten vom Widerstand gegen den Verkauf unserer Krankenhäuser und beraten, wie wir eine Kette gegen die kapitalkräftigen Klinikketten bilden.

Moderation: Tobias Michel und Angela Muensch (ATTAC Kampagne Soziale Sicherungssysteme)

Ironie der Entwicklungspolitik

Wenn Patienten demnächst Privatkunden werden, wird in der Bundesrepublik nachgeholt, was in vielen Ländern des Südens längst realisiert ist.

Moderation: Thomas Seibert (medico international)

Was macht uns krank?

Stress in der Arbeit, Belastungen der Umwelt, Perspektivlosigkeit.

Die Gesundheitschancen sind sozial ungleich verteilt.

Moderation: Petra Müller-Knöß (Gewerkschaftssekretärin IG Metall Vorstand)

Aktionsideen gegen die Gesundheitsreform

Welche Aktionen können Gruppen vor Ort durchführen? Gibt es bereits Ideen? Was lässt sich aus den Köpfen der Teilnehmenden hervorlocken?

Moderation: Astrid Schaffert (ATTAC Deutschland)

Die VerliererInnen der Privatisierung

Wir wollen nach den Auswirkungen fragen, die die Privatisierung auf PatientInnen und Beschäftigte im Gesundheitswesen hat.

Moderation: Ingrid Manthey (ATTAC Rhein-Neckar)

Welthandel und Gesundheit

Die gesundheitspolitischen Implikationen zweier umstrittener Verträge der Welthandelsorganisation WTO, des Dienstleistungsabkommens GATS und des Patentschutzabkommens TRIPS.

Moderation: Thomas Fritz (ATTAC WTO-AG)

Gesundheit für alle oder nur für die Pharmaindustrie?

Wege zu einem vernünftigen Arzneimittelgebrauch in der Dritten Welt und bei uns.

Moderation: Christian Wagner (BUKO Pharma-Kampagne)

Wofür treten wir ein?

Wir werden eine Vorlage für eine "Heidelberger Erklärung für eine solidarische Gesundheitsreform" zur Beschlussfassung im Plenum erarbeiten.

Moderation: Werner Rätz (ATTAC Deutschland)

Organisatorisches

Das DAI (Deutsch-Amerikanisches Institut) in Heidelberg macht sich für einen anspruchsvollen und engagierten Gedankenaustausch zwischen unterschiedlichen Kulturen, Generationen und gesellschaftlichen Gruppen stark. (www.dai-heidelberg.de)

Während der Mittagspause wird auf dem Gelände des DAI ein Mittagessen (Selbstzahlung) angeboten. Die Teilnahme an der Konferenz kostet für Verdienende 10, für Nichtverdienende 5 Euro.

Anreise mit dem Zug: Hauptbahnhof Heidelberg; weiter mit Bus oder Straßenbahn zum Bismarckplatz. Deutsch-Amerikanisches Institut, Sophienstr. 12, 69115 Heidelberg

Weitere Informationen: Kairos Europa, Hegenichstraße 22, 69124 Heidelberg, info@kairoseuropa.de Tel. 06221/712610, Fax 06221/781183

Eine Anmeldung ist unbedingt erforderlich, da nur eine begrenzte Platzzahl vorhanden ist.

34. Dokumentation: Für eine linke Strömung (FelS) zur Diskussion um den 1. Mai

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:34

Wie schon lange nicht mehr ist dieses Jahr der 1. Mai Thema heftiger Auseinandersetzungen in Berlin. Auslöser ist der Vorschlag eines "Personenbündnisses für einen politischen und polizeifreien 1. Mai 2002". Der Name ist Programm. Die ersten Reaktionen der autonomen und linksradikalen Szene waren schroff ablehnend. Auch der Berliner Senat aus SPD und PDS reagierte, wenn auch bislang nicht offen ablehnend, so doch zumindest hinhaltend zögerlich.

Das Personenbündnis geht im Kern auf diejenigen Kräfte zurück, die im vergangenen Jahr ermöglichten, dass es überhaupt zu einer 1.-Mai-Demonstration in Berlin-Kreuzberg kam. Damals hatte Innensenator Werthebach (CDU) die "revolutionäre 1.-Mai-Demonstration", die seit ein paar Jahren traditionell um 18 Uhr beginnt und maßgeblich von der Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB) organisiert wird, verboten; gleichzeitig durften die Nazis im Schutz der Polizei in einem Ostberliner Außenbezirk marschieren. Es waren Bürger- und Menschenrechtsorganisationen, wie das Komitee für Grundrechte und Demokratie, die Humanistische Union oder der Republikanische Anwältinnen und Anwälteverein, sowie einzelne Abgeordnete der PDS, die damals eine Ersatzdemonstration anmeldeten.

Neben diesen Organisationen umfasst das Personenbündnis Kreuzberger Initiativen, Lokalpolitiker der Grünen und der PDS, attac, aber auch die AAB. Es versteht sich "als Alternative zur ritualisierten Gewalt-Konfrontation". Das Konzept des Bündnisses, das maßgeblich von dem FU-Professor Peter Grottian entwickelt wurde, sieht vor, dass am 1. Mai der Kiez zwischen Oranienplatz und Lausitzerplatz polizeifrei bleibt. Stattdessen sollen in diesem Gebiet vielfältige Veranstaltungen - vom Straßenfest und Kulturveranstaltungen bis zu Hearings und Diskussionsforen stattfinden. "Die Attraktivität muss so groß sein, dass 40.000-60.000 Berliner und Berlinerinnen das neue Projekt Kreuzberg 2002 besuchen und die Massenpräsenz eine neue Qualität von themenbezogener Auseinandersetzung schafft und Gewalt unmöglich macht."

Zwar waren auch innerhalb der linkradikalen Szene der Stadt die Bauchschmerzen mit dem 1. Mai immer größer geworden, doch angesichts des Vorstoßes des Bürgerbündnisses sind sie wie weggeblasen. Der Vorschlag wird hauptsächlich als Befriedungsstrategie verstanden. "Befriedung ist angesagt, und wenn es nicht die Regierenden schaffen, dann versuchen es deren HelfershelferInnen", so etwa das Berliner Gegeninformationsbüro. "Die Vordenker des Bündnisses scheuen sich nicht, mit dem Innensenat, den Polizeibehörden, den Grünen und Sozialdemokraten Strategien zu entwickeln, um den KreuzbergerInnen politische Inhalte und Ausdrucksformen für den 1. Mai vorzuschreiben."

Die Kritik gilt vor allem auch der AAB. Hauptvorwurf: Das Personenbündnis versuche über die Gewaltfrage, die linke Szene zu spalten, und die AAB würde sich an dem Spiel beteiligen. Der Streit um die Beteiligung der AAB an dem Personenbündnis ging zwischenzeitlich so weit, dass auf einem Treffen linksradikaler Gruppen die AAB ausgeschlossen wurde - während eine Vertreterin der Regierungspartei PDS bleiben durfte.

Zum Thema dokumentieren wir die Position von Für eine linke Strömung (FelS).

Der 1. Mai in Berlin ist seit 1987 ein wichtiger Kristallisationspunkt der radikalen Linken. Neben den zahlreichen kleinen und größeren Gruppen nutzen auch sehr viele unorganisierte Menschen diese Gelegenheit, ihre grundsätzliche Oppositionshaltung zu den bestehenden Gesellschaftsverhältnissen auszudrücken. Die Linke hat es in den vergangenen Jahren aber meistens nur begrenzt geschafft, diese allgemeine und oft sehr diffuse Aussage des 1. Mai aus eigener Kraft politisch zu konkretisieren. Die (teils schon seit 1988 beklagte) Ritualisierung der Ausdrucksformen in Form von konsum-orientiertem Straßenfest, Demo-Happening mit Großbeschallungsfahrzeug und Dämmerungs-Scharmützel enttäuscht viele Linke.

Dennoch wäre es verkürzt, von einer generellen "Entpolitisierung" des 1. Mai zu sprechen. Alle beklagten Rituale sind zumindest politische Rituale, deren Rhetorik und beabsichtigtes Erscheinungsbild linksradikal sind. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass v.a. bei der Randale vielfach (übrigens auch schon seit 1988) "unpolitische Jugendliche" und "Zugereiste" verantwortlich gemacht werden. Das "1.-Mai-Event" bietet

der radikalen Linken weiterhin eine Möglichkeit, eigene Vorstellungen in die Öffentlichkeit zu bringen und diffus linke und (noch) unorganisierte Menschen zu erreichen und weiter zu politisieren.

Der Versuch einiger Linker ("Personenbündnis"), im Jahr 2002 den 1. Mai zu "repolitisieren", muss differenziert betrachtet werden. Es sind verschiedene Interessen zu unterscheiden: 1. das Bemühen, tatsächlich linken Diskursen in der Gesellschaft wieder mehr Öffentlichkeit und Wirksamkeit zu verschaffen; 2. die Hoffnung, von einer solchen Stärkung werde eine linke reformistische Strömung am Rande des Parlamentarismus profitieren, also linke PDS/Grüne, aber auch Gruppen wie Attac; 3. die Sorge, es könne sich der 1. Mai 1989 wiederholen, als die Innenpolitik der neuen rot-grünen Landesregierung durch heftige Randale ins Trudeln geriet; 4. der Versuch, durch integrative Kräfte und praktische Einbindung radikaler Linker den 1. Mai zu befrieden und seiner fundamental-oppositionellen Rituale zu berauben. Die Chance auf Verwirklichung des Konzeptes "Personenbündnis" ist gering. Seine Initiatoren verfügen selbst über keine starke Basis. Sie sind angewiesen auf die Mobilisierungskraft der radikalen Linken und auf die höchst unwahrscheinliche Kooperation der Innenbehörde. Für die radikale Linke stellt sich daher die Frage, ob sie das "Personenbündnis" auflaufen lässt, indem sie es - aktiv oder passiv - sabotiert, oder ob sie ein taktisches Verhältnis dazu einnimmt.

Die bisherige linksradikale Kritik am "Personenbündnis" ist eindimensional und verkürzt. Sie schätzt gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, Interessen der Beteiligten und mögliche politische Optionen falsch ein. Die reale Bedeutung und Mächtigkeit von "Befriedungsprojekten" wird dabei ebenso übertrieben wie die reale Stärke der radikalen Linken. Die Notwendigkeit zum taktischen Umgang mit BündnispartnerInnen wird nicht wahrgenommen bzw. anderen Gruppen als der eigenen das Recht dazu abgesprochen. Die Konzentration auf die Entlarvung angeblicher VerräterInnen innerhalb der "wahren" Linken wird zum politischen Hauptinhalt. Diese Reduzierung radikal linker Politik auf interne Machtkämpfe und isolationistisch-autonome Besserwisserei führt nirgendwo hin.

Andererseits bedeutet die Einbindung in ein von liberalen bzw. reformistischen Linken dominiertes Projekt oft, dass radikale Linke viel Arbeit leisten und später in der Außenvertretung des Projektes politisch nicht mehr wahrgenommen werden. Stattdessen werden sie dann intern in Mithaftung für die unerwünschten Folgen (etwa öffentliche Distanzierungen) genommen. Insofern hätten die Gruppen aus der radikalen Linken, die sich dem "Personenbündnis" angeschlossen haben, mit scharfer Kritik rechnen müssen und ihre Politik vorher zur Diskussion stellen sollen.

Eine Mitgestaltung des 1. Mai 2002 sollte mit der notwendigen auch formalen Distanz zum "Personenbündnis" geschehen. Das kann z.B. bedeuten, dass ein linksradikales Plenum verschiedener Gruppen seine Kooperation mit dem "Bündnis" erklärt, sich aber dessen Erklärung nicht zu eigen macht. Der teils höhere, teils einfach andere mediale Aufmerksamkeitspegel "gemäßigter" Initiativen und ihr mögliches finanzielles und technisches Fundament können von der radikalen Linken ausgenutzt werden, um eigene Inhalte zu transportieren (so vorhanden!). Die Unterstützung auch reformistischer Gruppen für die revolutionäre 18-Uhr-Demo sollte wahrgenommen werden. Das bedeutet für die radikale Linke aber auch, sich mehr als in den letzten Jahren auf den 1. Mai vorzubereiten - inhaltlich wie praktisch.

Dreh- und Angelpunkt der 1.-Mai-Debatte ist die Frage der Legitimität von Randale, also politischer Gewalt. Ein wesentlicher Aspekt des "Personenbündnis" ist hier der Versuch, die Randale auf Polizei-Provokationen zurückzuführen ("Ohne Bullen kein Krawall"). Für radikale Linke ergeben sich daraus zwei Optionen: Entweder diese vor allem auf medialer Ebene ausgetragene Schuldzuweisung zu unterstützen, indem das Konzept mitgetragen wird und so zumindest symbolisch guter Wille demonstriert wird. Oder diese Form der Gewalt-Debatte zurückzuweisen und die Legitimität offensiver militanter Aktionen zu verteidigen.

Ob mit oder ohne polizeiliche Provokation, es wird auch 2002 Randale auf den Straßen geben. Es bietet sich aber der radikalen Linken die Möglichkeit, diese politisch zu beeinflussen. War 2001 die Randale durch das Demo-Verbot öffentlich schon im voraus legitimiert, fällt diese Vermittlung 2002 weg. Wenn sich 2002 das Spiel einfach nur wiederholt, wird damit auch die Straßenmilitanz von 2001 nachträglich (weiter) entwertet und wieder ins "Ritual"-Muster eingeordnet. Wenn andererseits die radikale Linke 2002 ein politisches Ziel benennen kann, das die Konfrontation mit der Polizei einschließt, hat sie die Chance, die Randale stärker zu politisieren.

So oder so wird es nach dem 1. Mai ein Distanzierungs-Ritual der gemäßigten Linken geben. Auch hier lohnt sich der Blick nach 1989: Die zuspitzende Wirkung innerhalb der Linken ist um einiges größer, wenn die taz schreibt, was sonst BZ und Bild schreiben. Hier sollten radikale Linke sich rechtzeitig darauf vorbereiten, die eigenen Standpunkte auch argumentativ offensiv zu vertreten und sich nicht unnötig in die Defensive drängen zu lassen.

Fazit: Das "Personenbündnis - Denk Mai neu" hat zumindest ein Ziel erreicht: Die Diskussion um den 1. Mai in der radikalen Linken neu zu beleben. Die notwendige Positionierung, in Abgrenzung oder auch in Bündnisbereitschaft zu reformistischen Gruppen/Tendenzen, ist solange zu begrüßen, solange daraus handlungsfähige Initiativen für einen revolutionären 1. Mai entstehen. Weder eine trotzige Konfrontation gegen angebliche "Befriedungsstrategen" noch ein Mitlaufen in dubiosen Reform-Bündnissen kann dieses Ziel erreichen. Vielmehr sollte die radikale Linke versuchen, Lücken im gesellschaftlichen Konsens auszunutzen und sowohl inhaltlich wie auch praktisch eigene Akzente dorthin zu setzen. Die Thematisierung des "friedlichen" 1. Mai bietet da einige Möglichkeiten, von der "Friedlichkeit" deutscher Außenpolitik über den "friedlichen" deutschen Rassismus bis zum "sozialen Frieden".

FelS im März 2002

35. Eine andere Partei ist möglich. Rifondazione Comunista - ein Exempel für die europäische Linke

Autor: Henning Böke · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:09

Vom 4. bis zum 7. April 2002 hält die Partei der Kommunistischen Neugründung (Partito della Rifondazione Comunista, PRC) in Bologna ihren V. Parteitag im Zeichen der Öffnung und Erneuerung ab, einer Öffnung hin zu den sozialen Bewegungen, die sich im Protest gegen die neoliberale Globalisierung sammeln.

Die kommunistischen Parteien in Europa einschließlich der trotzkistischen Organisationen, die in Frankreich in Anbetracht der Sozialdemokratisierung der mitregierenden KP wahlpolitische Bedeutung erlangt haben, stecken in einer Krise. Diese manifestiert sich darin, dass revolutionäre Organisationen zwar vom Anspruch her die Unreformierbarkeit des kapitalistischen Systems betonen, "tagespolitisch" aber lediglich reformistische Losungen zu Stande bringen. Griechenlands orthodoxe KKE strebt im Bündnis mit "patriotischen" Kräften den Austritt aus der EU und eine "nationale Agrarpolitik" an, französische Trotzkisten forderten "Keine Entlassungen in Betrieben, die Gewinne machen" - was bei den hiermit zur Entlassung freigegebenen Beschäftigten defizitärer Betriebe gar nicht gut ankam -, und einige DKP-Bezirksorganisationen plakatieren immer noch "Arbeit statt Profite", ohne zu merken, dass diese Losung, die den in der Erzielung von Profiten bestehenden Daseinszweck der Einrichtung "Arbeitsplatz" ignoriert, mittlerweile auch von der NPD übernommen wurde.

In allen parlamentarisch bedeutsamen kommunistischen Traditionsparteien hat die Gespaltenheit der Perspektiven in die utopische des zukünftigen Sozialismus und die "realpolitische" des Parlamentarismus zur Einbindung in eine reformistische Handlungslogik geführt, deren Folge die Tendenz zum Sozialdemokratismus ist. Solange der "reale Sozialismus" existierte, fungierte dieser, auch wenn man ihn kritisch betrachtete, als Bindeglied zwischen Gegenwart und Zukunft; mit seinem Wegbrechen klaffen "Realpolitik" und Utopie vollends auseinander. In Italien, wo die Sozialdemokratisierung der alten KP am weitesten fortgeschritten war, nutzten die ReformistInnen im Februar 1991 die Chance, als "Linksdemokraten" den frei gewordenen Platz der Sozialdemokratie zu besetzen. Darauf reagierte die kommunistisch gebliebene Minderheit mit einem in der Geschichte der kommunistischen Parteien einzigartigen Projekt der Neukonstituierung.

Bereits in der alten PCI standen auf dem linken Flügel zwei Strömungen nebeneinander, die der PRC-Europaabgeordnete Luigi Vinci nach ihren Galionsfiguren "Cossuttianer" und "Ingraoisten" nennt: erstere eher traditionalistisch und prosowjetisch, letztere in erster Linie an genuinen Erfahrungen der italienischen Klassenkämpfe orientiert. Die "orthodoxe" Richtung um Armando Cossutta verstand die "rifondazione" als "Wiedergründung" der alten Partei, der sich allerdings auch starke Kräfte aus vormals links von der PCI stehenden Organisationen anschlossen: große Teile der Democrazia Proletaria (DP), die ehemaligen Mitglieder der bereits 1984 der PCI beigetretenen Partei der proletarischen Einheit für den Kommunismus (PdUP), Personen aus der Manifesto-Gruppe sowie verschiedene trotzkistische Strömungen. All diese betrachten die "rifondazione" nicht als zweiten Aufguss einer Traditions-KP, sondern als "Neugründung". Ein Teil der "Ingraoisten" blieb anfangs bei den Linksdemokraten, einschließlich Pietro Ingrao selbst, der 1993 austrat; etliche, darunter der Gewerkschaftspolitiker und heutige Rifondazione-Generalsekretär Fausto Bertinotti, wechselten um diese Zeit zur PRC.

Im Laufe der Jahre kam es zu Umgruppierungen; zwei Mal gingen Abspaltungen von Parlamentariern aus, die der Stützung der Mitte-links-Regierung des "Ulivo" gegen die Rechte um den Medienzaren Berlusconi und den Postfaschisten Fini Priorität beimaßen. 1995 traten die "Comunisti unitari" zu den Linksdemokraten über, um dort als Fraktion zu wirken. In der PRC wuchsen die Spannungen zwischen dem ideologisch eher traditionalistischen, "realpolitisch" jedoch parlamentarisch orientierten Parteiflügel und einem von Bertinotti geführten neuen Linksblock aus "Ingraoisten", Kräften aus der ehemaligen DP und PdUP und den Trotzkisten der IV. Internationale.

Abschied vom "historischen Subjekt"

1998 führte der Sparhaushalt der bis dahin von Rifondazione tolerierten Regierung Prodi zur Zerreißprobe: Cossutta warnte davor, durch linkes Sektierertum Berlusconi den Weg zu bereiten, während Bertinotti darauf insistierte, dass eine weitere Tolerierung die Partei als Kraft der "antagonistischen Linken" diskreditieren

würde. Als sich die Bertinotti-Linie durchsetzte, verließen Cossutta, der eine trotzkistische Verschwörung am Werk sah, und der rechte Flügel der Traditionalisten die Rifondazione und gründeten die "Partei der italienischen Kommunisten" (PdCI), die direkt in die Regierung eintrat. Die Strafe folgte bald: Als die NATO im Frühjahr 1999 Jugoslawien angriff, musste die Cossutta-Gruppe gute Miene zum bösen Spiel machen, da sie sich nicht erlauben konnte, die Regierung zu verlassen, für die sie sich kurz zuvor entschieden hatte.

Die Weigerung der PRC, sich auf die parlamentarische Logik des "kleineren Übels" festnageln zu lassen, markiert einen Einschnitt in der Geschichte der Partei. Viele BeobachterInnen prophezeiten ihr damals das parlamentarische Aus. Dennoch gelang ihr bei den Wahlen im Frühjahr 2001 mit gut fünf Prozent der Stimmen der Wiedereinzug in die Abgeordnetenkammer und den Senat. Jedoch hat die PRC aus dem Erstarken außerparlamentarischer Protestbewegungen und der Formierung einer neuen Gewerkschaftslinken in der Radikalisierung der Metallarbeitergewerkschaft FIOM und in den linksalternativen COBAS-Gewerkschaften die Konsequenz gezogen, den Schwerpunkt ihres Handelns von der parlamentarischen, staatlich-institutionellen Ebene auf die der Bewegungen zu verlagern.

Zwei Themen bilden die Achse der innerparteilichen Auseinandersetzungen: auf innenpolitischem Gebiet die Bestimmung des Verhältnisses von Partei und Bewegung(en) und im Bereich der Weltpolitik die Frage der Imperialismustheorie und der aus ihr folgenden Strategie.

Der Kern der Kontroverse um das erstgenannte Problem beinhaltet wiederum zwei Aspekte: erstens den der Bestimmung des Verhältnisses von Klassenkampf und neuen sozialen Bewegungen; zweitens die Frage, ob "Partei" und "Bewegung" zwei verschiedene politische Subjekte sind und bleiben sollen oder die Partei sich als Teil der Bewegung zu verstehen hat. "Leninistisch" beantwortet wird sie einerseits von dem um die Theoriezeitschrift l'Ernesto und die Nino-Pasti-Stiftung (1) gruppierten "realsozialistisch" orientierten Traditionsflügel, andererseits von orthodox-trotzkistischen Tendenzen (die sich von der undogmatischeren, auf der Seite Bertinottis stehenden Gruppe der IV. Internationale um Livio Maitan abgrenzen). Diese Strömungen legen Wert auf die Unterscheidung der "richtigen" Arbeiterbewegung von den unter dem Verdacht der Kleinbürgerlichkeit stehenden GlobalisierungsgegnerInnen, Sozialforen und Kräften des zivilen Ungehorsams. Sie betrachten es als Aufgabe der Partei, das Thema des Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital in die neuen Bewegungen "hineinzutragen". Die Realsozialismus-Orthodoxie möchte überdies durch Einrichtung eines Ordnungsdienstes den friedlichen Verlauf von Kundgebungen gewährleisten. Die Mehrheit der Partei und mit ihr insbesondere auch der Jugendorganisation Giovani comunisti/e, der auch der in Genua getötete Carlo Giuliani angehörte, lehnt dieses ganze Politikkonzept als antiquiert ab.

Beredt formulierte die Parlamentsabgeordnete Elettra Deiana ihre Bedenken so: "Besonders langweilig finde ich ... den Zweifel, der einige hinsichtlich der Natur und des Charakters der Bewegung plagt: Ist sie antikapitalistisch genug? Kann der Antiliberalismus zum Antikapitalismus führen? Kann das alles ohne eine gute Dosis kommunistischer ‚Hegemonie` geschehen? Als ob der Antikapitalismus eine Geistesgabe und nicht eine anstrengende historische Erarbeitung einer analytischen Interpretation, eines strategischen Vorhabens, einer politischen Subjektivität wäre und die kommunistische Hegemonie bloß aus einer improvisierten Gardinenpredigt der Partei an den Orten der Bewegung bestünde und nicht vielmehr und zuallererst die Überprüfung unserer Fähigkeit, in den Sachverhalten zu sein, erforderte, durch die wir verstehen, wo wir sind und was wir heute mit unserem KommunistIn-Sein anfangen wollen. Ebenso langweilig finde ich die apodiktische und dauernd wiederholte Erklärung der Notwendigkeit, die Zentralität des Verhältnisses von Kapital und Arbeit als Lackmustest vorzubringen, um die vornehmen Viertel der Bewegung abzustecken. Jene Zentralität ist in den Sachverhalten, sie durchzieht und nährt die gesellschaftlichen Verhältnisse im Weltmaßstab, setzt große Phänomene der Gegenwart in Gang wie den Druck zur Migration und zum endlosen Exodus von Frauen und Männern, und auf bis gestern undenkbaren Ausbeutungsbedingungen beruht in riesigen Regionen die Einsperrung von Kinderkörpern und Körpern junger Frauen, verdammt zu einem Dasein ohne Rechte, Regeln und Schutz in einer planetarischen Produktionskette. Bedingungen, die unaufhörlich auch bei uns wieder hergestellt werden und an der Wurzel fundamentale Errungenschaften der Arbeiterbewegung für die Arbeit angreifen." (2)

Theoretische Grundlage der Mehrheitsposition ist eine radikale Kritik des Objektivismus der "marxistisch-leninistischen" Vulgata: die Zurückweisung der essenzialistischen und ökonomistischen Annahme eines gesetzmäßig prädestinierten "historischen Subjekts", die der Einsicht Platz macht, dass die Subsumtion der lebendigen Arbeit unter das Kapital eine nicht vorab bestimmbare Vielheit von Antagonismen generiert, die

in verschiedenen gesellschaftlichen Feldern zum Ausbruch kommen. An die Stelle geschichtsphilosophischer Glaubenssätze und der Fahndung nach altproletarischen vermeintlichen "Kernschichten" der ArbeiterInnenklasse tritt die Analyse der Neuzusammensetzung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters, dessen Formierung zum "antagonistischen Subjekt" innerhalb wie außerhalb der Fabriken und Büros zu fördern die politische Aufgabe ist, welche nicht mehr durch Stellvertreterpolitik und nicht mehr durch vertikale hierarchisch-bürokratische Repräsentation durch Apparate, sondern durch den Kampf um die Formierung einer gesamtgesellschaftlichen Horizontale zu lösen ist. Dies trägt dem Stellenwert direkter Demokratie in den neuen Bewegungen Rechnung.

Die Orthodoxen und der "positive" Nationalismus

Die zweite große Kontroverse reicht länger zurück. Sie betrifft das Verhältnis von Imperialismus und Globalisierung. Die Mehrheit vertritt die Einschätzung, dass infolge der heutigen transnationalen Kapitalverflechtungen und der damit einhergehenden Schwächung nationalstaatlicher Souveränität der klassische Begriff des Imperialismus nicht mehr anwendbar sei.

Eine heftige Auseinandersetzung darüber kam offen zum Ausbruch, als vor zwei Jahren die Parteizeitung Liberazione einen zuvor in l'Ernesto erschienenen Artikel von Fausto Sorini nachdruckte, der aus einer "orthodoxen" Analyse eine "realpolitisches" Gewicht beanspruchende Strategie zur Wiederherstellung einer multipolaren Weltordnung ableitet: Es gelte, weltweit die Souveränität von Nationalstaaten, ihre Kontrolle über ihre Ressourcen und ihre öffentlichen Wirtschaftssektoren zu verteidigen. Zu diesem Zweck seien politische und ökonomische Allianzen aller dem Imperialismus widerstehenden Kräfte nötig, einschließlich Staaten wie dem Irak oder Iran, Algerien, Libyen, dem "patriotischen" Russland und anderen GUS-Ländern und natürlich China. Solche Allianzen könnten in internationalen Organisationen wie der WTO Veränderungen herbeiführen. In Italien, wo eine antinationale Linke kaum Tradition hat, greifen die bekennenden "Leninisten" in einer bei uns kaum vorstellbaren Unbefangenheit Samir Amins Unterscheidung "negativer", den Interessen des Imperialismus dienender Nationalismen, von "positiven", weil "antiimperialistischen" auf: In diesem Sinne wird beispielsweise der kroatische Nationalismus "negativ", der serbische hingegen "positiv" bewertet. Entgegen dem Umstand, dass Nationalismen überall die gleiche anti-emanzipatorische Struktur haben, wird der alte stalinistische Instrumentalismus wiederbelebt, der gesellschaftliche Verkehrsformen nur anhand ihrer funktionalen Stellung zum Imperialismus bewertet.

Der damals für Außenpolitik verantwortliche Ramon Mantovani machte in einer Entgegnung geltend, dass die weltweite Durchsetzung des kapitalistischen Gesellschaftsmodells nicht durch irgendwelche Nationalismen gestoppt werden könne. Weder seien staatliche Wirtschaftssektoren, die sich dem Druck privatkapitalistischer Konkurrenz anpassen müssen (Beispiel: China), geeignet, kapitalistischer Vergesellschaftungslogik einen Widerpart zu bieten, noch sei die Perspektive realistisch, dass die Entwicklungsländer etwa die WTO zu einem Instrument ihrer Interessen machen könnten. Der Kampf gegen die kapitalistische Globalisierung bedürfe, so das Fazit, eines "neuen Internationalismus" tatsächlich klassenkämpferischen und antikapitalistischen Inhalts.

So prallen unter den Dach der Rifondazione beide Hauptrichtungen der globalisierungskritischen Bewegung aufeinander: die "souveränistische", wie sie im Prinzip auch von reformistischen Organisationen wie ATTAC vertreten wird, und die antietatistische der "Globalisierung von unten" - mit deutlicher Mehrheit der letzteren, die sich mit einer Kritik des alten Politikmodells hierarchisch-vertikaler Repräsentation verbindet. Das von der Mehrheit des Nationalen Politischen Komitees verabschiedete Thesenpapier zum Parteitag arbeitet die Erfordernisse der Erneuerung und Öffnung der Partei in Richtung auf die Bewegungen heraus. Die traditionalistische Minderheitsströmung hat einige Gegenthesen formuliert, die die Verteidigung einer behutsam modifizierten Lenin-Orthodoxie in der Imperialismustheorie und, wenn auch eingeschränkt, in der Konzeption des Verhältnisses von Partei und Bewegung sowie positivere Akzente in der Bilanz des "realen Sozialismus" beinhalten. Insgesamt schließt sie sich dennoch der Mehrheit an (3), obwohl ihre Positionen sich in einigen Punkten eher mit den Vorstellungen der orthodox-trotzkistischen Minderheitsplattform berühren. Diese lehnt allerdings Bündnisse mit nationalen Bourgeoisien ab und fordert den Aufbau einer neuen kommunistischen Internationale.

Eine auf die aktuellen Bewegungen orientierte Partei muss damit rechnen, dass diese irgendwann wieder abflauen. Unter diesem Gesichtspunkt ist kritisch zu vermerken, dass Bertinotti sich in seiner Theorie der "due sinistre", die zwischen einer "liberalen" Linken, nämlich der Sozialdemokratie, die alle Prämissen der

neoliberalen Ideologie akzeptiert hat, und einer "antagonistischen", für eine Systemalternative einstehenden Linken unterscheidet, eine Hintertür zum Linkskeynesianismus offen hält. Dennoch spricht in Anbetracht der Pointiertheit der bisherigen Diskussion einiges dafür, dass die Lernprozesse der letzten Jahre eine Verstetigung des radikal "antagonistischen" Profils bewirken. Schließlich erfolgte der riskante Bruch mit dem reformistischen Flügel bereits vor dem Aufflammen der neuen außerparlamentarischen Bewegung. Aus den Erfahrungen von Genua und der anschließenden Radikalisierung in den Gewerkschaften kann die revolutionäre Linke ein nachhaltig gestärktes Selbstbewusstsein beziehen.

Für einen neuen Internationalismus

"Eine andere Welt ist möglich" - diese Losung der Antiglobalisierungsbewegung hat die PRC sich zu Eigen gemacht. Analog könnte man sagen: Eine andere Partei ist möglich. Dies zu beweisen ist das ambitionierte Ziel, das die PRC sich vorgenommen hat. Rifondazione Comunista ist die erste kommunistische Partei, die bereits eine Antwort auf die Krise darstellt, in der die Altparteien sich noch befinden. Wie stabil diese Antwort ist, ist ungewiss; die Entwicklung des Kräfteverhältnisses innerhalb der PRC wird Aufschluss über mögliche Um- und Neugruppierungen in der europäischen Linken geben können.

Henning Böke

Anmerkungen:

1) Nino Pasti, nach einer Karriere als General der Luftstreitkräfte und ranghoher NATO-Befehlshaber zum NATO-Kritiker geworden und 1976 zum Senatsabgeordneten der unabhängigen Linken gewählt, zerstritt sich mit der eurokommunistischen Parteiführung wegen derer zu NATO-freundlichen Haltung. Die Nino-Pasti-Stiftung, intern ein Forum marxistisch-leninistischer Hardliner, tritt in ihrer Öffentlichkeitsarbeit vor allem mit Huldigungen an China und Milosevic hervor.

2) Elettra Deiana in Liberazione vom 17. August 2001

3) In der Liberazione vom 5. August 2001 beklagte Ramon Mantovani, dass die realsozialistisch-leninistische Strömung, obwohl alle GenossInnen das Recht haben, abweichende Standpunkte zur Diskussion zu stellen, sich in den Leitungsgremien oft zurückhält und mit Enthaltung stimmt, um dann in ihren Hochburgen die gefassten Beschlüsse zu unterlaufen.

36. Rifondazione - Wiedergründung oder Neugründung?

Autor: Luigi Vinci · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:10

In der früheren Rifondazione Comunista gab es zwei sehr unterschiedliche Lesarten der "kommunistischen Neu-/Wiedergründung", die in zunehmendem Maße gegensätzlicher wurden. Für die cossuttianische Strömung - die selbst nur in geringen Maße Cossutta bei der Spaltung hin zur PdCI, zur Partei der italienischen Kommunisten, gefolgt und die stark von einer stalinistisch geprägten politischen Kultur beeinflusst (natürlich in der abgeschwächten italienischen Variante) und die deshalb durch einen extrem taktischen Moderatismus charakterisiert ist, der sie in den traditionellen europäischen Reformismus hineinzieht - bedeutet "rifondazione comunista" die Wiedergründung der früheren PCI von vor 1991 oder, besser gesagt, der Partei der fünfziger und sechziger Jahre. Für den anderen Teil der Partei, für diejenigen, die vom ingraoistischen (1) Flügel der PCI, von der Neuen Linken oder der IV. Internationale kommen, und gerade auch für die jungen Mitglieder bedeutet "rifondazione comunista" eine radikale Erneuerung der politischen Kultur. Es geht ihnen um die kritische Überwindung einer militaristischen Konzeption der Partei und um die Bekräftigung der Konzeption eines Sozialismus als Demokratisierung der Totalität des gesellschaftlichen Prozesses.

Gerade das gewaltige Anwachsen des Widerstandes ... hat die Notwendigkeit einer schnellen Erneuerung der Partei bestätigt. Auf der einen Seite ist nicht unsere gesamte Partei dazu fähig, die Bewegung zu integrieren und sich ihr anzunähern; gerade der cossuttianische Flügel stellt sich gegen eine Orientierung auf die Bewegung und kritisiert darüber hinaus die Integration der Partei in sie. Auf der anderen Seite stehen die Giovani comunsti/e (Junge KommunistInnen) und der allergrößte Teil der Partei, die es notwendig finden, sich in die Bewegung zu integrieren, und die in ihr eine politische Idee verkörpert sehen, hier an erster Stelle die Idee der demokratischen Massenaktion statt des technischen Kommandos über die Massen.

Luigi Vinci

PRC-Abgeordneter im Europaparlament

Anmerkung:

1) Benannt nach Pietro Ingrao, einem prominenten Veteranen des undogmatisch-linken PCI-Flügels

37. "Positiver" Nationalismus oder neuer Internationalismus?

Autor: Fausto Sorini, Ramon Mantovani · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:11

Unvereinbar sind innerhalb der PRC die Ansichten über die Frage, wo die Partei (oder die Linke allgemein) auf internationaler Ebene Bündnispartner finden kann. Während Fausto Sorini und andere Vertreter des "orthodoxen" Flügels "positiven" von "negativem" Nationalismus abgrenzen, fordert die Mehrheit (hier: Ramon Mantovani) einen antikapitalistischen "neuen Internationalismus". Wir dokumentieren Ausschnitte aus ihren Artikeln in der Parteizeitung Liberazione:

"Die Vorherrschaft der amerikanischen, japanischen, deutschen, englischen, französischen, auch italienischen (...) multinationalen Konzerne wäre undenkbar ohne die Unterstützung der jeweiligen Nationalstaaten. Diese verschwinden nicht nur nicht, sondern sie erlangen ein wachsendes Gewicht in der Epoche der kapitalistischen Globalisierung und eines verschärften interimperialistischen Wettbewerbs um Einflusszonen, der nunmehr eine planetarische Dimension erlangt hat. Was stattdessen zerstört wird, sind die öffentlichen Mächte und die Staatlichkeit der Länder, die Objekt imperialistischer Expansion sind (das heißt die Mehrzahl der Länder der Welt), mit dem Ziel, jede Möglichkeit souveränen Widerstands gegen den Durchmarsch der Multis und der Kontrolle über die eigenen Ressourcen zu schwächen. (...)

In diesem Rahmen nimmt die unnachgiebige Verteidigung der Souveränität von Staaten, von nationalen Ressourcen und öffentlichen Wirtschaftssektoren objektiv den Charakter des Widerstands gegen die imperialistische Expansion und Durchdringung an, auch wenn dieser Widerstand von Regimen ausgeht, die in erster Linie die Interessen nationaler Bourgeoisien und politisch-militärischer Eliten repräsentieren (ich denke an Länder wie den Irak, den Iran, Algerien). Gerade jemand wie Samir Amin, der nicht des Chauvinismus verdächtig ist, schlägt die Unterscheidung zwischen ‚positiven` und ‚negativen` Nationalismen vor: erstere sind ‚gegen die Mächtigen des Systems, insbesondere die Vereinigten Staaten gerichtet` (...) ; letztere ‚seit jeher von herrschenden Klassen in Bedrängnis herbeigerufen, in erster Linie gegen andere Schwache gerichtet, nie gegen die Mächtigen in der Hierarchie des Weltsystems`. (...) ‚Diese negativen Nationalismen`, kommentiert Samir Amin, ‚sind durchweg funktional zur kapitalistischen Ordnung, während die erstgenannten es durchaus nicht sind`."

Fausto Sorini

Liberazione vom 17. Mai 2000

Nationalismus ist keine Alternative zum Imperialismus

"In Wirklichkeit versuchen die Nationalstaaten, in denen die Mehrheit derjenigen residiert, die die Welt aufzehren, eine Art unipolarer Regierung in Gang zu bringen, und nicht, sich zu bekriegen, um den Planeten in ökonomische Einflusszonen aufzuteilen. Wäre es nicht so, hätten wir nicht die Krise der UNO und die Übertragung all ihrer Vorrechte auf die G7 und die NATO sowie auf die so genannten internationalen Finanzorganisationen. (...)

Die Globalisierung läuft, wie ihre Apologeten selbst zugeben, darauf hinaus, wachsende Spannungen und explosive Widersprüche zu erzeugen. Mit dem Irak und Jugoslawien ist der Krieg zum ‚normalen` Instrument der Lösung internationaler Kontroversen und der imperialistischen Beherrschung der Welt durch die reichen Länder geworden. Aber wer glaubt, dass das kapitalistische System durch große und kleine Nationalismen in Frage gestellt würde, irrt gewaltig. So weit sich internationale Spannungen zwischen Staaten herausbilden, wenn sich gleichzeitig das Durchdringen des globalen Kapitalismus und seines Gesellschaftsmodells (wie es in Russland, China und Indien geschehen ist) vollzieht, steht außer Zweifel, wer die Partie gewinnen wird. (...)

Unterm Strich können die Nationalismen, wie sehr sie dem Imperialismus auch entgegengesetzt scheinen mögen, in Wirklichkeit keine Alternative zum Kapitalismus und zum Imperialismus der NATO und G7 bilden. Was wir wirklich brauchen, ist ein neuer Internationalismus."

Ramon Mantovani

Liberazione vom 19. Mai 2000

38. Tatort Globalisierung. Wo Macht ist, ist auch Widerstand

Autor: BUKO 25-Vorbereitungsgruppe · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:31

Tatort Globalisierung: "Auch in der Welt der Wirtschaft gilt Darwins Naturgesetz ‚Survival of the fittest`. Wir beraten Sie gern beim Aktienumtausch". So warb vor kurzem "Ihre Beraterbank - die Dresdner Bank" mit ganzseitigen Anzeigen um neue Kundschaft. Es geht ums Überleben. Da gibt es "feindliche Übernahmen", Firmen werden von anderen "geschluckt" und "Kredithaie" beuten ihre SchuldnerInnen aus.

Wenn nur die Stärksten überleben, gibt es notwendigerweise auch Opfer. Nach Ansicht der Dresdner Bank sind das all jene, die keine Aktien zum Umtausch haben. Man kann die Messlatte auch ein bisschen tiefer hängen: Opfer sind jene, die an der freien Entfaltung ihrer Bedürfnisse gehindert werden. Viele, die nicht zu den "fittest" gehören, können nicht überleben, werden verbucht als Kollateralschäden "der Wirtschaft" und kommen zumeist aus den Ländern des Südens.

Es handelt sich heute um eine globalisierte Wirtschaft, die neoliberal verfasst ist, d.h., dass in der globalisierten Weltwirtschaft kein anderes Gesetz zu gelten scheint als das des Marktes und damit das Gesetz des Profits. Neoliberale Globalisierung meint also immer auch kapitalistische Globalisierung. "Der Markt, der Markt, der Markt hat immer recht", mit dieser Parole fordern die "fittest" den Abbau aller Schranken, der sie am Erzielen noch größerer Profitraten hindert.

Der Begriff Globalisierung meint auch die wohlstandschauvinistische Abschottung vor MigrantInnen, die durch die Globalisierung erst produziert werden. Er meint z.B. ein Zuwanderungsgesetz, das Menschen nach den Kriterien der ökonomischen Verwertbarkeit einteilt, und die patriarchale Ausbeutung von Frauen in den Maquiladoras und den globalen Handel mit Frauen, nicht nur in der Prostitution. Globalisierung meint auch das "BenchMarking", die Suche nach immer neuen Rationalisierungsreserven, meint die Streichung von Sozialleistungen und Sozialeinrichtungen, weil die Steuereinnahmen von Kommunen von transnational agierenden Konzernen trotz gestiegener Gewinne gen Null tendieren. Und er meint schließlich den Zugriff auf die Menschen als Rohstofflager und Ressource für die biopolitischen Träume von Wissenschaft und Industrie.

Noch nie wurde so viel reguliert wie heute

Tatort Globalisierung: Der Prozess der neoliberalen Globalisierung vollzieht sich auch direkt vor unserer Haustür. Er ist bei der Säuberung der Innenstädte vom unansehnlichen "Gesindel" präsent. Heute versteht sich jede Stadt als globale Wettbewerbsstadt, die potenziellen InvestorInnen ein attraktives Umfeld zu schaffen hat. Deshalb werden diese so herausgeputzt, "dass Umweltverschmutzung zur letzten Hoffnung wird" (Heiner Müller).

Es gibt viele Tatorte - und viele Täter (und Täterinnen). Sie bewegen sich in ihren Netzwerken wie Fische im Wasser. Wenn die Sherlock Holmes dieser Welt glauben, die TäterInnen verfügen über eine Hauptzentrale, die man so einfach attackieren kann, so irren sie sich. Wer das glaubt, dem/der wird es so ergehen wie Don Quichotte in seinem Kampf gegen die Windmühlen.

Tatort Globalisierung: Neoliberale Globalisierung ist ein sozialer Prozess, kein Automatismus. Das festzustellen ist wichtig, weil uns scheinbar schlaue Köpfe immer noch vom Gegenteil überzeugen wollen. Dieser Prozess wird von klar bestimmbaren AkteurInnen vorangetrieben. Es sind die transnationalen Konzerne, die Militärapparate, die supranationalen Institutionen wie IWF, Weltbank oder die WTO und die jeweiligen Regierungen, die diesen Prozess moderieren und forcieren. Es ist deshalb ein Ammenmärchen, wenn die Finanzminister der sieben mächtigsten Staaten behaupteten, dass die Globalisierung nach Regeln funktioniere, "die sich weitgehend der politischen Kontrolle entziehen". "Die Politik" steht "der Weltwirtschaft" jedoch nicht hilflos gegenüber, wie uns auch VertreterInnen des modernisierten rot-grünen Global-Governance-Diskurses glauben machen wollen. Ihre VertreterInnen behaupten, die Globalisierung würde die Steuerungskapazität der Nationalstaaten überfordern und deshalb zu einer Erosion nationalstaatlicher Problem- und Steuerungsfähigkeit führen. Das Gegenteil ist richtig: Noch nie wurde so viel reguliert wie heute - siehe die Grenz- und Kontrollregimes an den EU-Außengrenzen und Bahnhöfen,

Regulierungen in der WTO zur Biodiversität, zu den Dienstleistungen und dem geistigen Eigentum u.v.a. Nicht der Verlust der Regulierungsfähigkeit ist das Problem, sondern die weit reichenden Regulierungen zu Gunsten einer neoliberalen Weltwirtschaft.

Der neoliberale Kapitalismus bedarf zu seiner Absicherung nicht nur der ökonomischen, sondern auch der militärischen Gewalt, weltweit. Sie dient nicht in erster Linie der Bekämpfung des "islamistischen Terrorismus", sondern in erster Linie der Absicherung der Rohstoffressourcen und der Verhinderung unerwünschter Flüchtlingsströme. Schon die letzten Jahre waren von einer rasanten Militarisierung der Außenpolitik gekennzeichnet - angeblich zum Schutz der Menschenrechte, neuerdings zu dem der Frauen oder zur Verhinderung eines "neuen Auschwitz".

Mogelpackung "Nachhaltige Entwicklung"

Noch einmal zur Erinnerung: Es geht heute also um das "Survival of the fittest"! (Dresdner Bank), aber auch um die Zurichtung der Köpfe und nicht, wie viele VertreterInnen der Zivilgesellschaft immer noch hoffen, um die Verwirklichung einer Weltzivilgesellschaft oder eines planetarischen Weltgesellschafts- und Weltbeglückungsvertrags. Zur ideologischen Hegemonie gehört aber auch die Akzeptanz der Behauptung in großen Teilen der Bevölkerung, dass es zur neoliberalen Globalisierung keine Alternative gibt. Das Denken in Interessen, in Macht- und Herrschaftsverhältnissen wurde nach dem Epochenbruch von 1989 für obsolet erklärt. Vor allem die VertreterInnen der lobbyistischen Nichtregierungsorganisationen versuchten "die Wirtschaft" davon zu überzeugen, dass es in ihrem eigenen "wohlverstandenen Interesse" läge, weltweit eine sozialere und ökologischere Politik zu machen.

"Nachhaltige Entwicklung" hieß das Label, unter dem diese Münchhauseniade verkauft wurde. Alles war nur noch eine Frage des richtigen Handlings, von Effizienz und Suffizienz. Durch die UN-Konferenzen der 90er Jahre erhielt dieses auf Dialog und Kooperation orientierte Denken massiven Zulauf. Der Verhandlungssaal und die Runden Tische waren das bevorzugte Terrain der Lobby-NGOs. Mit dem Ausblenden der Herrschaftsförmigkeit wurde der Wille zum Selbstbetrug und die Stilisierung der Langeweile zum Markenzeichen dieses Politiktypus. Hätten sie nur auf die Dresdner Bank gehört.

Tatort Globalisierung: Wo Macht ist, ist auch Widerstand, schreibt Foucault. Der Lobbyismus markierte nicht das Ende der Geschichte. Inspiriert u.a. durch den vielschichtigen Widerstand der Zapatistas im mexikanischen Bundesstaat Chiapas formierte sich ab 1994 eine neue Protestbewegung. Sie war Ausdruck der Suche nach neuen Protestformen und nach grundlegenden gesellschaftlichen Alternativen. Es bildeten sich Netzwerke, Plattformen und Organisationen - eine autonome internationale Bewegung, die in dem "Battle of Seattle", den Aktionen gegen die WTO 1999, ihren ersten Höhepunkt fand. In der Folgezeit sollte sich überall dort überraschend großer Protest formieren, wo die Herrschenden die Rituale ihrer Macht abfeiern wollten. Die bisher massivsten Proteste richteten sich gegen das G-8-Spektakel letztes Jahr in Genua. Auch nach den Anschlägen vom 11.9. ist bisher kein Rückgang der Mobilisierung festzustellen.

Ob "Seattle" und "Genua" bereits die Wendepunkte in Richtung einer internationalen Protestbewegung waren oder nur deren kurzzeitiges Aufflackern, werden erst die Kämpfe der Zukunft zeigen. Eins aber ist sicher: Eine andere Welt ist nur möglich, wenn wir sie auch erkämpfen. Diese Gegenkräfte dürfen sich nicht an "den Staat" oder "die Politik" mit der Bitte wenden, er möge doch bitte für eine ökologischere und sozialere Politik sorgen. Die Lämmer, die beim Wolf um Schutz nachsuchen, waren für den Wolf schon immer ein gefundenes Fressen. Es bedarf eigenständiger und eigensinniger Organisations- und Aktionsformen.

Tatort Globalisierung: Die internationale Protestbewegung hat viele Facetten und wird sich auch in Zukunft nicht vereinheitlichen. Sie hat Räume auch für den radikal herrschaftskritischen und damit linken Teil dieser Bewegung geschaffen, zu dem sich auch die BUKO zählt. Klar ist: eine emanzipatorische Linke kann nur internationalistisch und plural sein. Klar ist auch, dass 1989 tatsächlich einen Epochenbruch markiert, hinter den man weder theoretisch noch organisatorisch zurückfallen kann. Es gab in der Vergangenheit zu viele böse Gespenster, die nicht nur in Europa, sondern auch in der Linken umgingen. Von denen muss man sich trennen, um wieder Platz für neue zu ermöglichen. Die Theorieruinen müssen durchforstet werden, um die Bruchstücke deutlich zu machen, mit denen man in Zukunft kein neues Haus mehr aufbauen will. Dies ist eine der Vorbedingungen für eine Lösung oder besser: von Lösungswegen. Denn die eine Lösung wird es nicht geben. Es wird in Zukunft immer wieder neue Anläufe geben müssen. Wichtig ist es in Zukunft, die

unterschiedlichen Ebenen und die Ambivalenzen zu beachten: etwa die zwischen Theorie und Praxis. Beide gehen niemals ineinander auf. Es gibt immer schon ein Ungenügen der Praxis gegenüber der Theorie - und umgekehrt. Soziale Bewegungen und ihre Revolten lassen sich nicht endgültig auf den Begriff bringen.

Alles neu macht der Mai: BUKO in Frankfurt

Tatort Globalisierung: Der BUKO versteht sich als Teil der internationalen Protestbewegung. Allerdings ist der BUKO nicht mehr der BUKO. Nach 25 Jahren seiner Existenz hat er seinen Namen gewechselt. Aus "Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen" wurde die "Bundeskoordination Internationalismus". Damit ist der Bruch von 1989 auch im Namen vom BUKO angekommen. Ein linker Internationalismus kann heute nicht mehr auf den Begriff "entwicklungspolitisch" Bezug nehmen. Entwicklung klingt nach Hilfe. Irgendwer - es waren immer die anderen - sollte da "entwickelt" werden, nach unserem Vorbild. Es war dies ein zutiefst eurozentristisches Bild von Entwicklung. Dieser Begriff hat mittlerweile zu Recht einen schlechten Geschmack. Der neue Name verweist auf das, was die BUKO noch nicht ist, aber sein will. Ein Zusammenschluss, Netzwerk oder was auch immer von Gruppen und Menschen, die sich innerhalb des herrschaftskritischen Spektrums der internationalen Protestbewegung verorten und die BUKO als Möglichkeit nutzen, über die Ambivalenzen dieser Protestbewegung zu streiten. Und wir hoffen, dass aus den oben angeführten Gründen antimilitaristische, antirassistische und antifaschistische ebenso wie patriarchatskritische Gruppen stärker Teil dieses offenen Prozesses werden. Und selbstverständlich werden wir auch in Zukunft die Diskussion mit anderen Netzwerken und Plattformen suchen.

Tatort Frankfurt: Der BUKO feiert seinen 25., die BUKO feiert ihren 1. Geburtstag. Nicht nur dazu seid ihr herzlich eingeladen.

BUKO 25-Vorbereitungsgruppe

Der BUKO 25 findet vom 9. bis zum 12. Mai in Frankfurt statt. In der Eröffnungsveranstaltung diskutieren u.a. Diego Sztulwark (Colectivo Situaciones, Buenos Aires), Eva Hartmann (Redaktion Diskus), Gazi Caglar (Uni Hannover) und Martin Glasenapp (Initiative Libertad!) über "Globalisierung und Imperialismus oder: In welcher Welt leben wir eigentlich?" Informationen unter www.buko.info. Anmeldung bei der BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg.

39. Kriegerin ohne Schatten? Monika Treuts Film "Kriegerin des Lichts"

Autor: Nicole Vrenegor · Rubrik: Brasilien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:13

Wer Monika Treuts bisherigen Filme wie "Gendernauts" und "Die Jungfrauenmaschine" kennt, wird sicherlich von ihrem neuesten Film "Kriegerin des Lichts" überrascht sein. In ihrem jüngsten Werk beschäftigt sich die Filmemacherin nicht mit Gender, Sexualität und der schwul-lesbischen Subkultur, sondern mit Straßenkindern in den Slums von Rio de Janeiro. Treut porträtiert die brasilianische Menschenrechtlerin Yvonne Bezarra de Mello, die sich seit Jahren in verschiedenen Projekten in den Favelas engagiert.

Darauf angesprochen, ob Treut einen Film über de Mello machen wollte, war ihre erste Reaktion zunächst ablehnend: "Was habe ich mit armen Kindern in Brasilien zu tun? Das ist nicht mein Thema", so Treut. Nachdem sie de Mello und ihre Projekte in Rio kennen gelernt hat, war Treut jedoch so beeindruckt, dass sie "den Film einfach machen [musste]" Dabei waren die Bedingungen, diesen Film zu machen, alles andere als einfach: Die Gelder für den 90-minütigen Dokumentarfilm flossen mehr als spärlich - nur die Filmförderung Hamburg und NRW haben Gelder bereitgestellt -, so dass Monika Treut einen Großteil selbst finanzierte; es fand sich auch kein Vertrieb oder Sender, der den Film ins Programm nehmen wollte. Dabei wurde "Kriegerin des Lichts" auf der Berlinale von KritikerInnen als "Kunstwerk" und "berührender Dokumentarfilm" gelobt.

Im Zentrum des Films steht das Porträt einer vielseitigen Frau: Yvonne Bezarra de Mello. De Mello ist Künstlerin, gebildet, und gehört zur brasilianischen Oberschicht. Sie ist mit einem reichen Hotelkettenbesitzer verheiratet. Gleichzeitig engagiert sie sich für die ärmsten Außenseiter der brasilianischen Gesellschaft in einem Ausmaß, das weit über die üblichen Benefiz-Gesten der Oberschicht hinausgeht. Seit Anfang der 90er-Jahre besucht de Mello die Straßenkinder, die am Strand der Copa Cábána leben, um ihnen Essen zu bringen und ihre Verletzungen zu behandeln. Bekannt wurde de Mellos Arbeit durch das so genannte Candelaria-Massaker im Juli 1993. Damals lebten etwa 70 Straßenkinder um die Candelaria-Kirche herum. In der Nacht des 23.7. erschoss die Polizei - von Geschäfts- und Hausbesitzern gerufen - acht Kinder auf offener Straße. De Mello wurde von den überlebenden Kindern alarmiert; sie leistete erste Hilfe, bis Stunden später der Rettungsdienst eintraf. Der Fall ging damals durch die Medien; de Mello avancierte zum Sprachrohr der Straßenkinder. Seit 1998 gibt es das von ihr initiierte Projekt Uerê (Kinder des Lichts), das in den illegalen Hüttenviertel auf den Hügeln von Rio angesiedelt ist. In Maré hat die Organisation ein Haus, in dem u.a. Essen gekocht wird, Alphabetisierungskurse, medizinische Verpflegung und Englisch-Unterricht angeboten werden. Das Konzept von Uerê ist denkbar einfach: Die Kinder werden durch Bildung und Information gestärkt, damit sie aus dem Teufelskreis von Armut, Krankheit und Drogen ausbrechen können. In einer Szene des Films betteln von Klebstoff benebelte Jungen de Mello um Geld an. Ihre lapidare Antwort: "Ihr müsst euch schon selbst helfen" spiegelt ihr Konzept wider, das nicht missionarisch, sondern pädagogisch im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe angelegt ist.

In "Kriegerin des Lichts" wird zwar eindringlich die verheerende Lebenssituation in den Slums mit der Kamera eingefangen. Andererseits bleibt die Erzählung dicht an der Hauptfigur des Films: Neben dem Leben für die Favelas wird auch Yvonne Bezarra de Mellos "anderes Lebens" gezeigt: de Mello bei einem Empfang in ihrer Ferienhaus, in ihrem Atelier, beim Reiten. Der enorme Reichtum und das Leben als Privilegierte stehen im direkten Kontrast zu den Bildern der schmutzigen, ärmlichen Slums. Die Hauptperson bewegt sich in beiden Welten mit großer Selbstverständlichkeit: "Ich habe keine Schuldkomplexe" sagt de Mello selbstbewusst, "sonst könnte ich diese Arbeit gar nicht machen." De Mello passt weder in das linksliberale Klischee einer selbstlosen Helferin, die ihr letztes Hemd für die Armen gibt, noch bedient sie das Hannelore-Kohl-Image einer gutbürgerlichen Wohltäterin. Für ihr Engagement zahlt die Künstlerin einen hohen persönlichen Preis: den der Einsamkeit. Sie wird sowohl von den Linken kritisiert, die ihr vorwerfen, sie würde ihre Arbeit in den Favelas für Selbstpublicity nützen, und von der brasilianischen Oberschicht wird sie regelrecht angefeindet. Für viele Etablierte sind die SlumbewohnerInnen Kriminelle und Drogenabhängige, die ihren Wohlstand bedrohen.

Das Bild, das Treut von de Mello zeichnet, ist ein durchweg Positives - so wirkt die "Kriegerin des Lichts" makellos und ohne Schatten. An keiner Stelle des Films werden die Ursachen für die katastrophalen Verhältnisse in den Slums thematisiert. Etwa ein Drittel der Menschen in Rio Stadt lebt in extremer Armut, die

meisten von ihnen sind schwarz. In Treuts Film wird auf die Verwobenheit von Armut mit einer bestimmten Hautfarbe nicht weiter eingegangen. Auch KritikerInnen von de Mello kommen nicht zu Wort, was den Film insgesamt schwächt. Auch wenn de Mellos im Kontakt mit den Kindern authentisch und ehrlich wirkt, gibt es auch problematische Äußerungen von ihr. So erklärt sie beispielsweise, dass man den Menschen erst mal zeigen müsse, dass sie ihre Wohnung sauber halten müssen, denn "das haben sie nirgendwo gelernt". Sie läuft damit Gefahr, die Vorurteile zu reproduzieren, die in der Gesellschaft gegenüber AfrobrasilianerInnen bestehen. Insgesamt wäre mehr Distanz zur porträtierten "Kriegerin des Lichts" angebracht gewesen. So wird die politische Seite des Problems ausgeblendet: Es fehlt die Reflexion über Ein- und Ausschlussmechanismen einer Gesellschaft, in der der Zugang zu medizinischer Versorgung, Bildung und sozialem Aufstieg, einem Großteil der Bevölkerung von vornherein verweigert wird.

Die rassistische Segregation der brasilianischen Gesellschaft ist allseits präsent, ohne thematisiert zu werden: Je dunkler die Hautfarbe, desto weiter unten befindet sich die Person in der sozialen Hierarchie. Darin liegt auch gleichzeitig das Dilemma sozialarbeiterischer Projekte in den Slums: sicherlich können die Bedingungen in den Elendsvierteln verbessert werden; der Weg aus den Slums heraus bleibt jedoch den AfrobrasilianerInnen auf Grund ihrer Hautfarbe versperrt. So bleibt für viele der Straßenkinder der Traum von einem besseren Leben außerhalb des Slums Fiktion. Einer der in "Kriegerin des Lichts" interviewten Straßenjungen bringt die Realität auf den Punkt: "Ich werde irgendwie überleben."

Nicole Vrenegor

Informationen zum Film unter www.hyenafilms.com, Informationen über das Projekt "Uerê" unter www.projetouere.org.br

40. Salsamuffin überwindet Grenzen. Sergent Garcia und seine CD Sin Fronteras.

Autor: Tommy Schroedter · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:33

Salsamuffin als neue Musikrichtung. Das verspricht doppelten Genuss. Beim Besuch eines Konzertes von Sergent Garcia und seiner Begleitband Los Locos del barrio werden (fast) alle Sinne bedient. Die Deutschlandtour ist zwar abgeschlossen, aber die neue CD "Sin Fronteras" kann mensch käuflich erwerben. Egal an welchem Ort Sergent Garcia auftritt, ob beim Gurtenfestival in der Schweiz, bei der attac-Konferenz in Paris oder in der Fabrik in Hamburg, er und seine Combo räumen ab. Die Lebensfreude der Band überträgt sich auf das Publikum und gibt Power für das alltägliche (Politik-)Geschäft. Für ein Leben ohne Grenzen.

Die Geschichte erzählt, dass Bruno Garcia als Kind beim Zorro-Spiel immer den versoffenen Polizisten spielen musste, der den Rächer der Enterbten nie zu fassen bekommt. Schuld war die Übereinstimmung beim Nachnamen der beiden: Garcia. So beweist Bruno Garcia eine gehörige Portion Humor, indem ihm als Künstlername eben jene Figur aus der Kindheit dient. Auch der Name der Begleitband, Los locos del barrio (Die Verrückten des Viertels), setzt diesen Humor fort.

Als Sohn spanisch-algerischer Migranten wurde Sergent Garcia 1966 in Paris geboren. Ähnlich wie Manu Chao kam er in den Achtzigern zum Punk. Als diese Musikrichtung zehn Jahre später seine innovative Kraft verliert, wandten sich viele Migranten der zweiten Generation ihren musikalischen Roots zu. Während die Jüngeren die Hip-Hop-Kultur zu ihrer eigenen machten, war für diejenigen aus der Punk-Generation ein experimenteller Umgang mit spanischen, südamerikanischen und nordafrikanischen Rhythmen und Tänzen angesagt. 1996 - 13 Jahre nach seinem musikalischen Start mit der Punk-Band Ludwig von 88, veröffentlichte Bruno Garcia auf einem französischen Latino-Sampler das Lied "Salsamania".

Von nun an war sein musikalischer Weg klar: Ein Jahr später produzierte er bei Crash Disques das Soloalbum "Viva el Serento" und prägte für seine Musik den Namen "Salsamuffin". Nur noch der Bass erinnert bei einigen Liedern an die Punk-Vergangenheit. Mit der CD "Un poquito quema'o" begann 1999 die Zusammenarbeit von Sergent Garcia und Los locos del barrio.

Der schlaksige Musiker und seine Band machen vor allem als spontane, überschäumende Liveband Furore. Mit dem neuen Album "Sin Fronteras" stellt Sergent Garcia die Vielschichtigkeit seiner Musik unter Beweis, die im Vergleich das zweite Album von Manu Chao, "Proxima Estacion Esperanza", fast eintönig klingen lässt.

"Que Traigan la Salsa" eröffnet das Album mit einem Lied über die ungleiche Verteilung des Reichtums; den Armen bleibt lediglich die Musik. Sergent Garcia schafft es über die ganze Länge des Albums tanzfördernde Musik mit einmal anklägerischen, dann wieder erinnernden oder dokumentierenden, aber immer politischen Texten zu mischen. Bis auf einen in französisch gesungenen Reggae (Je sais) entschied sich Garcia auf dieser CD für die spanische Sprache. Dabei bedient er sich aus dem Fundus lateinamerikanischer Kompositionen: "Los Desaparecidos" von Ruben Blades zum Beispiel erinnert an die Verschwundenen der lateinamerikanischen Militärdiktaturen und mit der "Rumba sin Fronteras" des kubanischen Percussionisten Ivan Motoya kommt er zum Thema seines Albums.

Die Grenzenlosigkeit ihrer Musik unterstreichen Sergent Garcia und seine "Locos" - mittlerweile immerhin auf eine 12-köpfige Combo angewachsen -, indem sie noch einige Gäste einluden. Einen DJ, einen Gypsy-Gitarristen, einen Geigenspieler und das hervorragende Gesangsduo Amadou und Miriam. Der Globalisierung des Marktes wird Stück für Stück die Grenzenlosigkeit der Musik entgegengehalten.

"Sin Fronteras" ist ausgefeilter als die beiden ersten Alben, die Stimme Garcias kommt nicht mehr ganz so rau daher. Geblieben ist der Überraschungseffekt, der durch die fortwährende Grenzüberschreitung zwischen den musikalischen Genres entsteht. Erinnert "Salsamania" eher an Reggae, mischt Sergent Garcia in "No me digas" flotten Salsa mit Reggaemuffin. Heraus kommt: Salsamuffin.

Vierzehn Stücke sind auf der CD eingespielt; Musik, die die Begrenzung des Studios hinter sich und häufig die Atmosphäre eines Livekonzerts aufkommen lässt. "Sin Fronteras" steht für eine politische Auffassung von Pop-Musik, die jede agitatorische Komponente überwunden hat und für die gilt: denkend fühlen, fühlend denken.

Fraglich nur, warum eine solche Platte im lausigen deutschen Winter veröffentlicht wird. Sinn macht das nur, wenn das Label entweder den Neid der Hörerinnen und Hörer auf südliche Gefilde wecken will, oder die Hoffnung besteht, dass bis zum Frühling die Scheibe so bekannt ist, dass sie dann charten kann.

Tommy Schroedter

Sergent Garcia ; Sin Fronteras; 2001

Un poquito quema'o, 1999

beide bei Labels/Virgin

41. Hollywood macht mobil. In den USA formiert sich die filmische Heimatfront

Autor: Alexander Neumann · Rubrik: US-Imperialismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:02

Den 11. September "als Chance begreifen" - dies scheint das Motto auch für die US-Filmindustrie zu sein: Auf der einen Seite versucht man aus der patriotischen Stimmung möglichst viel Kapital zu schlagen, indem nun massenhaft Kriegsfilme in die Kinos gebracht werden. Sie sollen zeigen, dass die eigenen Soldaten schon immer die wahren Kriegshelden waren und dass der "Kampf gegen den Terrorismus" auch wirklich gerecht ist. Auf der anderen Seite heizt Hollywood damit natürlich die patriotische Stimmung im Land noch weiter an - ein von der Regierung nicht ungern gesehener Effekt. So haben sich die großen Studios gegenüber Bush verpflichtet, ihren Teil zur "Anti-Terror-

Koalition" beizutragen.

Als Vorgeschmack lassen sich nun mit "Im Fadenkreuz" und "Black Hawk Down" zwei Kriegsfilme in den Kinos bewundern, die im September bereits produziert waren; weitere drei bis vier Kriegsfilme mit Starbesetzung sollen noch in diesem Jahr folgen. Allen diesen Filmen ist gemeinsam, dass in ihnen eindeutig das Militär die positive Rolle übernommen hat, während die Politiker, die auf andere Lösungsmöglichkeiten als die militärische Karte setzen, als feige oder verweichlicht dastehen. Gegen das in der US-amerikanischen Bevölkerung seit dem 11. September verbreitete Gefühl der Bedrohung wird nun mit erprobten filmischen Mitteln vorgegangen: Als Mut machende Identifikationsfigur präsentiert man in "Im Fadenkreuz" einen siegreichen Helden wie den US-Kampfpiloten Burnett (gespielt von Owen Wilson). Dieser wird über Bosnien abgeschossen und muss sich nun ganz allein durch die feindlichen Linien durchschlagen, wobei ihm finstere serbische Milizionäre dicht auf den Fersen sind. Dummerweise darf ihm sein Vorgesetzter Admiral Reigart (Ex-Marine Gene Hackman) kein Einsatzkommando zu Hilfe schicken, denn die feigen Politiker, die das Sagen haben, befürchten politische Verwicklungen. Die Rollen sind klar verteilt - die auf eigene Faust handelnden Militärs sind diejenigen, mit denen sich das Publikum positiv identifizieren kann, während die demokratischen Politiker der Rettung nur im Wege stehen. Damit wird suggeriert, dass die Politik in Konfliktfällen keine vernünftigen Lösungen anzubieten hat; statt dessen solle man die Sache den Militärs überlassen, denn das sei ja ihr Beruf und davon verstünden sie was.

Noch eindeutiger ist die Botschaft in "Black Hawk Down" von Regisseur Ridley Scott ("Gladiator") und Produzent Jerry Bruckheimer, der sich letztes Jahr schon durch die vor Patriotismus triefende Verfilmung des japanischen Angriffs auf Pearl Harbor hervorgetan hat. (vgl. ak 452) Sein neuer Film (u.a. mit den Stars Josh Harnett und Ewan McGregor), der noch vor den Anschlägen gedreht wurde und eigentlich schon im Herbst letzten Jahres in den USA anlaufen sollte, behandelt den für das US-Militär traumatischen Einsatz 1993 in Somalias Hauptstadt Mogadishu, der eigentlich nur sehr kurz dauern und der Ergreifung von Anhängern des Warlords Aidid dienen sollte. Doch dann wurde eine große Gruppe GIs über der Stadt abgeschossen, in den anschließenden Straßenkämpfen kamen 18 US-Soldaten um, Dutzende wurden verletzt gerettet. Unvergessen sind die Bilder, die damals um die Welt gingen: Eine jubelnde somalische Menge schleift die Leiche eines US-Soldaten durch die Straßen von Mogadishu.

Diese militärische und moralische Katastrophe wird nun im Film dadurch gemildert, dass die toten Soldaten wenigstens heldenhaft im Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit fallen - eigentlich hätten sie nur den armen, hungernden Menschen in Afrika helfen wollen. Politisch ist diese Interpretation der Geschichte ohnehin opportun (und auch gewollt), zumal Somalia für die US-Regierung zu den Ländern der "Achse des Bösen" und damit zu den potenziellen Angriffszielen der "Anti-Terror-Koalition" gehört. Dabei trennt der Film nicht nur - wie man dies aus Kriegsfilmen gewohnt ist - melodramatisch zwischen Gut und Böse (dass der Einsatz weitaus mehr somalische Opfer forderte, wird kaum erwähnt), sondern vernachlässigt völlig die politischen und ökonomischen Motive der damaligen Intervention ("neue Weltordnung", "Sicherung der Ölquellen und ihrer Routen"). Verschwiegen wird auch, dass es sich bei den Mördern der amerikanischen Soldaten um Anhänger des Warlords Aidid gehandelt hat. Ironischerweise bemühen sich die US-Strategen im Moment, eben diesen Aidid auf ihre Seite im "Kampf gegen den Terror" zu ziehen, weil man seine militärische Macht gegen die in Somalia vermuteten Al-Qaida-Mitglieder einsetzen will. Die USA haben also offensichtlich nichts aus ihren

Erfahrungen mit den einst befreundeten Taliban gelernt. Von einem Bündnis "demokratischer Kräfte" kann weiterhin keine Rede sein, wenn auf solche Partner wie Aidid gesetzt wird. Das Kino-Publikum wird mit solchen "Details" erst gar nicht behelligt.

In Filmen wie "Black Hawk Down" zeigt sich die Vermischung von Fiktion und Realität besonders deutlich. Wurde nach den Anschlägen von New York und Washington noch geklagt, dass die Realität an Szenarien aus Hollywood-Streifen erinnere, so dreht sich das Verhältnis nun um: Der Fernsehsender CNN unterlegt seine aktuelle Berichterstattung vom "Kampf gegen den Terror" mit Bildern aus "Black Hawk Down" - der Kinofilm ersetzt die Realität oder greift ihr vor, die ZuschauerInnen können nur noch schwer zwischen beiden unterscheiden. Die Grenzen zwischen Fiktion und Realität sind aufgehoben. Und Hollywood kann nach Washington melden: Auftrag ausgeführt!

Alexander Neumann

42. Kritische analyse: Wir brauchen noch 5.468,28 Euro

Es gibt viele Gründe für ak zu spenden

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak460/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:44

Einen originellen, das heißt ansprechenden Spendenaufruf zu schreiben ist ungefähr so schwer wie eine originelle Steuererklärung zu machen.

Versuchen wir es also zuerst mal mit der rationalen Variante: Die Situation ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Für den Erhalt unserer Zeitung sind wir auf eure Spenden angewiesen. In den letzten Wochen habt ihr ja schon eifrig gespendet, 21630,15 Euro sind bisher zusammengekommen, dafür vielen Dank! Um euch auch weiterhin monatlich mit der gewohnten Portion analyse und kritik versorgen zu können, fehlen uns aber noch 5468,28 Euro. Klar ist auch, dass wir unsere Lohn- und Betriebskosten nicht viel weiter drosseln können. Rationalisierung führt nun mal zu Qualitätsminderung und Überbelastung, und das kann nicht die Lösung sein, oder? Bilanz: Die Kassen sind noch nicht voll, das Engagement ist hoch. Prognose: gute Zukunftssaussichten bei steigender Investition.

Für diejenigen LeserInnen, die nicht so sehr über Fakten, Fakten, Fakten zu erreichen sind, hier Variante Nummer zwei: das Lied von der Solidarität. Liebe Genossinnen und Genossen, auch in diesem Jahr sind wir wieder auf eure Unterstützung angewiesen. Monat für Monat bietet ak Artikel, Dokumentationen, Interviews zu Ereignissen und Fragen, die ein linkes Herz begehrt. Unsere Autorinnen und Autoren berichten hintergründig und differenziert u.a. über internationale und innenpolitische Themen, Wirtschaft und Soziales, Antirassismus, Gender oder Biopolitik. Und das obwohl wir kein AutorInnen-Honorar zahlen können (an dieser Stelle aber mal ein fettes Danke-Schön an all die ak-AutorInnen in diesem und anderen Ländern). Solidarität ist also nicht nur eine Waffe, sie kann auch ein guter Artikel, eine Computer-Reparatur, ein ak-Abo und last but noch least ein Überweisungsträger sein. Den müsst ihr jetzt nur noch ausfüllen. Tragt ein hübsches Sümmchen ein, das euch nicht in den Bankrott führt, ak aber weiterhin das Überleben sichert.

Nun zu den ZynikerInnen unter unseren LeserInnen: Was bringt es denn schon zu spenden? fragt ihr euch, während ihr den Spendenaufruf lest. Globalisierung, Krieg, Katastrophen, die Welt ist schlecht und wird mit jedem Tag schlechter. Die radikale Linke ist auf eine kleine zerstrittene Minderheit zusammengeschrumpft und überhaupt mit Utopien hat doch heutzutage sowieso niemand mehr was am Hut. Was soll schon eine linke Zeitung mit so geringer Auflage daran ändern können? Ihr habt Recht, so wie PessimistInnen eigentlich immer Recht haben, denn wer nichts erwartet, kann ja bekanntlich auch nicht enttäuscht werden. Und wenn dann wieder eine linke Zeitung eingeht, kann man hinterher umso besser klagen, wie schlecht die Zeiten sind. Lasst euch von einer optimistisch eingestimmten ak-Redaktion sagen: Wenn eh alles nix bringt, dann bringt auch das Nicht-ausfüllen des Überweisungsträgers nix. Gerade in schlechten Zeiten schadet ein wenig Optimismus nicht, und ihr erspart euch späteres Gejammer.

Jetzt müssten wir das Gros der ak-LeserInnenschaft angesprochen haben: die RationalistInnen, die Solidarischen und die SkeptikerInnen. Es fehlt vielleicht noch die verschwindende Minderheit der Esoterikfreaks ("Die Schwingungen sind gut, heute muss ich eine Spende tätigen") oder die Gutverdienenden ("Wie rette ich nur meine ganzen Gewinne vor dem Finanzamt?"). Wir freuen uns auf jeden Fall über jede Spende, die bei uns eingeht, egal aus welchen Beweggründen.

ak-Redaktion

Konto:

Verein für politische Bildung,

Analyse und Kritik e.V.

Konto 131 50 204

BLZ 200 100 20

Postbank Hamburg

Bei Spenen über 50 EUR erhaltet ihr von uns eine Spendenbescheinigung, die euch zugesandt wird. Spenden unter 50 EUR könnt ihr steuerlich direkt mit dem Überweisungsträger absetzen.

43. LESERINNENBRIEF

CD-Datei: daten/aksuche/ak460/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:19

Einiges nicht ganz richtig

Betr.: Parallelwelten, ak 459

hallo leute vom ak,

dies betrifft den artikel von a. maurer in dem einiges nicht ganz richtig ist.: die vom vs abgelieferten waffen waren drei an der zahl, und eine davon war die, die jürgen bodeux als von ihm beschafft bezeichnete. diese waffe war eine aus dem ersten weltkrieg total verrostet und nur mit einer bestimmten munition zu verwenden. nun hat damals ein BKA-beamter diese ballistisch untersucht und festgestellt, dass sie auf keinen fall zu verwenden ist wie j.b. das ausgesagt hat. - das hat aber nebenbei bemerkt die richter nicht interessiert, denn es erfolgte trotzalledem eine verurteilung. dann war diese bestimmte munition nicht die, die in dem kopf von ulrich schmücker gefunden wurde. ausserdem wurde die waffe von dem beamten als eher selbstmordwaffe bezeichnet, als dass damit jemand zu erschießen sei.

dann spricht a. maurer in seinem artikel von einer hauptangeklagten. wenn er auch nur ein bisschen ahnung von justiz hat, dann wüsste er, dass in einer kollektivanklage es so etwas nicht gibt. die aus wolfsburg stammenden angeklagten waren alle wegen gemeinschaftlichen mordes angeklagt. die höchststrafe erhielt ich nur deshalb, weil ich die damals einzige volljährig erwachsene war.

mit grüßen ilse

44. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak460/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:20

Elsässers Polemiken

Jürgen Elsässer ist für seine polemischen Verkürzungen bekannt. Diesmal trifft es die Richtigen. Auf 170 Seiten beschäftigt er sich in Essays und Glossen mit dem Personal der rot-grünen Regierungskoalition. Der Grundtenor lautet: "Die Achtundsechziger haben gesiegt, und deshalb ist die Welt so hässlich wie heute." Auch Konservative, Liberale und Sozialdemokraten sparten nicht mit Lüge und Betrug, sagt Elsässer. "Doch nur die Grünen haben es geschafft, ihre wichtigsten programmatischen Grundsätze, nämlich Ökologie und Frieden, vollständig zu verraten und das auch noch als Prinzipientreue zu loben."Andererseits widerspricht er der These Jutta Ditfurths, die Grünen hätten sich und die Linke verraten. Im Gegenteil, sagt Elsässer, sie hätten sich "zur Kenntlichkeit entstellt", denn "schon auf ihrer Startdiskette waren Killerviren gespeichert." Und welche? Aus dem rebellischen "Wir wollen alles, und zwar sofort" sei der ungebremste Hedonismus des Neoliberalismus geworden, aus der Solidarität mit nationalen Befreiungsbewegungen die Vorliebe für das Ethno-Nationale. Weil die 68er und ihre Erben aus den linken Bewegungen der 70er und 80er Jahren nichts Vernünftiges gelernt hätten und allesamt abgebrochene Studis und Sozialwissenschaftler seien, bildeten sie heute eine "Lumpen-Intelligenzija", die aus materiellen Eigeninteressen bereit sei, jede Schweinerei moralisch zu begründen. "In ihren wilden Jahren haben sie alles gelernt, was man für die Legitimierung des deutschen Eingreifens braucht: Ein bisschen Antifaschismus, ein bisschen Dritte-Welt-Caritas, ein bisschen Anti-Amerikanismus, ein bisschen Totalitarismustheorie - und vor allem die Fähigkeit, fehlendes Fachwissen mit einem Übermaß an moralischer Betroffenheit wettzumachen." Unterfüttert werde das alles mit der Philosophie der Postmoderne, mit deren Partikularismus und Identitätspolitik die 68er den Universalismus des klassischen Marxismus als Leitideologie der Linken zerstört hätten. Wie immer in Elsässers Schriften ist einiges wahr, verliert aber durch die einseitige Zuspitzung an Überzeugungskraft. Denn natürlich war es 68ff. richtig für die Linke nicht mehr nur den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, sondern auch die anderen gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse und Unterdrückungsstrukturen anzugreifen. Dass daraus vielfach modernisierende NGO- und Regierungspolitik wurde, hat nicht zuletzt auch mit der Krise des Realsozialismus und den neuen Kräfteverhältnissen seit 1989 zu tun. Dieser Aspekt fehlt bei Elsässer aber gänzlich - sein Buch wird wohl nicht ganz zufällig von einem DKP-nahen Verlag publiziert.

Jürgen Elsässer: Make Love and War. Wie die Grünen und 68er die Republik verändern. Pahl-Rugenstein, Bonn, 2001; 170 Seiten, 14,50 DM

Christliche Verbrechensgeschichte

Im siebten Band seiner auf zehn Bände angelegten "Kriminalgeschichte des Christentums" widmet sich der Kirchenkritiker Karlheinz Deschner besonders dem 13. und 14. Jahrhundert. Es ist die Zeit der fortgesetzten Kreuzzüge, des Beginns der Inquisition, des Aufstiegs des Deutschen Orden und der Pogrome - Christen gegen Juden und Christen gegen Christen. Kaisertum und Papsttum ringen um die Macht ohne Rücksicht und auf Kosten der Völker. Detailliert und mit unwiderlegbarem Faktenwissen zeichnet Deschner ein schockierendes Bild des "Zeitalters der Leidenschaften". Von Habsucht und Missgunst getrieben schachern und kämpfen skrupellose Potentaten um die Welt, während die Völker verwildern und verrohen.

Deschner, geboren 1924 und katholisch erzogen, wurde zum erbitterten Gegner der christlichen Religion, als er erkannte, dass im Christentum "nichts stimme". Bereits von seinen dogmatischen Anfängen an, spätestens aber seit es im 4. Jahrhundert zur Staatsreligion erhoben wurde, sei seine Geschichte eine lange Reihe der scheußlichsten Verbrechen. Heilige und Päpste knöpft Deschner sich der Reihe nach vor, um ihre Scheinheiligkeit zu entlarven. Nie hätten sie die christlichen Ideale im Sinn gehabt, sondern nur die Vermehrung der eigenen Macht und des eigenen Reichtums. Am Anfang des 7. Bandes steht der brutale deutsche Kaiser Heinrich VI. und seine Auseinandersetzung mit Papst Innozenz III., dem "mächtigsten Papst der Geschichte", der mit den Kreuzzügen den kirchlichen Herrschaftsbereich ausdehnte. Der militante Deutsche Orden wurde zu einer der wichtigsten Stützen kirchlicher Macht. Folter und Inquisition erstickten jeden freien Geist. In dieser Zeit wurden wichtige Staaten bildende Kriege geführt, deren Ergebnisse Europa bis heute prägen. Sie liefern auch die Ursache für viele zeitgenössische Konflikte.

Karlheinz Deschner: Kriminalgeschichte des Christentums, Band 7: Das 13. und 14. Jahrhundert.g.\d;3.0";3.0";. Rowohlt, Reinbek, 2002. 574 Seiten, 29,90 EUR

Maxie Wander

Sabine Zurmühl gelingt ein einfühlsames Porträt der Autorin von "Guten Morgen, du Schöne - Frauen in der DDR" (1977/78) oder "Leben wär ne prima Alternative" Anfang der 80er. Das Buch ist auch sprachlich ein Genuss, viele Zitate verleihen dem Text Lebendigkeit. Nichts wird beschönigt, Sabine Zurmühl zeigt Maxie Wander in ihren vielen Facetten: eine interessante, widersprüchliche, manchmal erschreckende Frau. Ansprüche und Erwartungen an sich selbst führen immer wieder zu Enttäuschungen und Entgleisungen, nicht zuletzt deutlich in der Auseinandersetzung mit den eigenen Kindern, da "wird auch mal zugelangt". Maxie Wander ist sich ihrer Unzulänglichkeiten bewusst, versucht immer alles richtig zu machen, scheitert aber an sich, an den Bedingungen, an der Ehe, am Leben in der DDR. Die Biografie ist auch ein Stück Zeitgeschichte. Sie zeigt das Alltagsleben, insbesondere der Frauen in der DDR, mit seinen negativen und positiven Seiten, und die Zeit in Wien während des "Anschlusses" an Nazi-Deutschland; Maxie Wanders Alltag in ihrer kommunistischen Familie. Wie kommt es, dass sich Maxie Wander zusammen mit ihrem Ehemann für ein Leben in der DDR entscheidet und dort bleibt? Zwar konnten sie in der DDR unter privilegierten Bedingungen leben, aber die Alltagsrestriktionen blieben, auch auf Grund der vielen Besuche in Österreich, schmerzhaft deutlich. Auch die Staatssicherheit forderte ihre Dienste. Und die Ehe mit Fred Wander? Maxie, die eigentlich viel Zeit für sich selbst braucht, steht als Ehe- und Hausfrau im Schatten des Mannes, er ist der Erfolgreiche. Und dann, als sie endlich als Schriftstellerin erfolgreich ist, meldet sich die Krankheit, der Krebs. Maxie: "Eigentlich habe ich in meinem Leben nie richtig Zeit gehabt, in mich hineinzuhorchen, was ich will. Ich will mich nicht so festlegen lassen." Da ist ihre Zeit schon fast um, im Herbst 1977 stirbt sie, eine Frau, die noch weiter wollte und der noch viel mehr Zeit zu wünschen gewesen wäre.

Sabine Zurmühl: "Das Leben, dieser Augenblick". Henschel, 2001, 39,80 DM

45. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak460/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:35

Ökonomie und Terror

Auch in der Linken beschwören immer mehr Menschen den Mythos von der Humanität der bürgerlichen Zivilisation und beteiligen sich an dem Kreuzzug der westlichen Zivilisation gegen die islamische Barbarei. Für die wertkritische Gruppe Krisis verbietet sich für eine radikale Kapitalismuskritik jede immanente Parteinahme im aktuellen Konflikt. Sie bestehen darauf, dass nur eine emanzipatorische Kritik am globalen Totalitarismus der Ökonomie dem Terror den Nährboden entziehen kann. In der von der Zeche Carl organisierten Veranstaltungsreihe "The end of the world as we know it?" hält Norbert Trenke von der Gruppe Krisis einen Vortrag über die "Ökonomie des Terrors - Terror der Ökonomie".

Essen, 26.3., 20 Uhr, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt Allee 100

Romero-Tage

Die Romero-Tage stehen in diesem Jahr unter dem Motto: "No dar pie a la violencia! Der Gewalt den Boden entziehen." Am 27.3. findet eine Podiumsdiskussion zum Thema "Ent-Täuschungen im Paradies - Lateinamerikanische Immigrantinnen in Deutschland" statt. Am 8.4. stellen die DokumentarfilmerInnen Katja Reusch und Ulrich Selle ihren Film "Medicina de todos - Was Biopiraten in Chiapas suchen" vor. Der Film zeigt die Arbeit traditioneller Heiler und Hebammen in Chiapas und die Rolle internationaler Pharma- und Biotechnologiekonzerne auf der Suche nach Gewinn bringenden Patenten.

Hamburg, 27.3., 19 Uhr, Werkstatt 3, Nernstweg 32-34, und 8.4., 20.30 Uhr, B-Movie, Brigittenstr. 5. Programm unter www.members.aol.com/Romerotage

Zwei Trevors in Washington

Trevor Manuel, Finanzminister Südafrikas, und Trevor Ngwane, Kommunalpolitiker aus dem Getto Soweto, haben beide das gleiche Ziel: die Jahrestagung von IWF und Weltbank in Washington, der eine, um daran teilzunehmen, der andere, um sich an den Straßenprotesten zu beteiligen. Das Kult 41 in Bonn zeigt den Dokumentarfilm "Zwei Trevors gehen nach Washington" vom südafrikanischen Filmemacher Ben Cashdan. Im Anschluss werden Ausschnitte aus der Dokumentation "David gegen Goliath" mit prominenten GlobalisierungsgegnerInnen wie Vandana Shiva und Maria Mies gezeigt.

Bonn, 31. 3., 16 Uhr, im Kult 41, Hochstadenring 41

Minorisierte Frauen

Der Arbeitskreis Wi(e)dersprache organisiert eine Tagung zum Thema "Arbeitsverhältnisse im Kontext von Diaspora, Exil und Migration". Nicht nur die Klassenhierarchie der Arbeitenden, sondern auch der Begriff der Arbeit selbst werden grundlegend von rassistischen und sexistischen Vorstellungen geprägt. Das Seminar richtet sich an minorisierte Frauen und Lesben, diskutiert werden die verschiedenen Mechanismen von Ausgrenzung.

Berlin, 5. bis 7. April, aktuelle Informationen unter www.femigra.com, Link AK Wi(e)dersprache, Tel.: 030-69504159, Anmeldung: ASTA TU Berlin, z.H. Kimiko, Marchstr.6, 10587 Berlin

Gipfelsättigung

Auf dem Welternährungsgipfel in Rom hatten sich die Regierungen 1996 auf das Ziel verpflichtet, die Zahl der Hungernden bis 2015 weltweit zu halbieren. Dies Ziel ist - fünf Jahre später - noch in weiter Ferne. Im Juni 2002 findet der Nachfolgegipfel statt, und es gibt wenig zu feiern: Immer noch leiden 862 Millionen Menschen Hunger. Vom 12. bis zum 14. April veranstaltet FIAN das Seminar "Macht der Gipfel alle satt? Positionen und Aktionen zum Welternährungsgipfel. Dort gibt es Gelegenheit, Bilanz zu ziehen und die Ursachen des Hungers und mögliche Gegenstrategien zu diskutieren.

Bonn, 12. bis 14.4., Gästehaus CJD, Graurheindorferstr. 149, Anmeldung bis zum 29.3. bei FIAN, Overwegstr. 31, 44625 Herne, Tel.: 02323-49099, www.fian@fian.de

Dentist von Auschwitz

Der Pole Berek Jakubowicz wurde 1941 zusammen mit seinem Vater und Bruder von den Nazis verhaftet. Er durchlief mehrere Gettos und Lager, bevor er nach Auschwitz deportiert wurde. Die Nazis vernichteten das Leben des Vaters, der Mutter, der Schwester, während Berek und sein Bruder Auschwitz, den Todesmarsch und die Cap-Arcona-Katastrophe überlebten. Am 16.4. berichtet der Zeitzeuge, der heute mit dem geänderten Namen Benjamin Jakob in den USA lebt, über den Todesmarsch von Auschwitz zur "Cap Arcona" in der Lübecker Bucht. Seine Auschwitz-Erinnerungen hat Jacob unter dem Titel "Der Dentist von Auschwitz" veröffentlicht.

Hamburg, 16.4., 19.30 Uhr, Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12, 20359 Hamburg

Crossover-Seminar

Im Januar fand in Bremen die Crossover-Conference statt, mit großen Erfolg: Statt der erwarteten 300 Menschen kamen über 600, die über die Vernetzung von Herrschaftsstrukturen, wie Patriarchat, Kapitalismus, Antisemitismus und Rassismus diskutieren wollten. Die in Bremen geführte Diskussion wird nun in einem Seminar in Berlin fortgesetzt werden. Auf verschiedenen Workshops und Veranstaltungen soll es auch um die Frage gehen, wie ausgehend von dieser Analyse Strategien für die politische Praxis entwickelt werden können. Alle Veranstaltungen werden auf polnisch, spanisch, englisch und deutsch stattfinden.

Berlin, 19.-21.4., Fr 19-22 Uhr, Sa 10-17 Uhr, So 11-14 Uhr, in der Schule für Erwachsenenbildung, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, www.summercamp.squat.net

Kampagne gegen Abschiebung

Vom 19. bis zum 21. April 2002 findet in Leipzig das "2. Bundesweite Vernetzungstreffen für in Abschiebehaft ehrenamtlich Tätige" statt. Es richtet sich an Abschiebegruppen sowie Einzelpersonen, die in und gegen die Abschiebehaft tätig sind. Neben den verschiedenen Arbeitsgruppen zu den Themen "Kampagne gegen Abschiebung", Zuwanderungsgesetz, Vereinbarkeit von Sozialarbeit und politischer Arbeit und Qualifizierung der Ehrenamtlichen, gibt es Vorträge über Abschiebehaft in den Niederlanden, Frankreich, Österreich und Schweiz sowie über spezifische Probleme von Frauen in Abschiebehaft.

Leipzig, 19.-21.4., Anmeldung: Projekt "Vernetzung von in Abschiebehaft ehrenamtlich Tätigen", c/o Flüchtlingsrat Leipzig e.V., Sternwartenstr. 4, 04103 Leipzig, Tel./Fax: 0341-2577242, E-Mail: vernetzung@abschiebehaft.de

46. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak460/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:45

Wer sich mal die Mühe macht und die ak-Titelblätter des letzten halben Jahres nebeneinander legt, der/dem wird sicherlich ein gewisser Hang zu martialischen Titelseitenfotos auffallen: Da finden sich fallende Soldaten, KSK-Kämpfer, schießende Polizisten und - wie in dieser Ausgabe - zähnefletschende Hunde. Das hat nichts mit einem überschießenden Aggressionspotenzial der ak-RedakteurInnen zu tun, vielmehr spiegelt es die zunehmende Militarisierung der Politik wider, die sich an den Stationen Genua, 11. September, Afghanistan festmachen lässt. Unser aktueller Schwerpunkt zur Inneren Sicherheit beschäftigt sich mit der verschärften innenpolitischen Repression im Rahmen der Anti-Terror-Pakete.

Wie stark Kontrolle einschüchtern kann, haben wir in dieser Produktionswoche am eigenen Leib erfahren müssen. So klingelten zwei nette Herren von der GEZ an unserer Tür und zeigten damit, dass der Spruch: "Wir machen auch Hausbesuche" keine leere Drohung ist. Dabei war die Sorge unbegründet, unser altes Redaktionsradio ist ordnungsgemäß angemeldet. Ganz legal können wir damit samstags - während die letzten Seiten layoutet werden - der Pauli-Spielberichterstattung lauschen, die im Moment allerdings für schlechte Stimmung in der Redaktion sorgt. Das 0:4 gegen Cottbus sei hier nur am Rande erwähnt.

Es gibt aber auch Gutes zu melden: Alles neu macht der April, denn da erscheint unser neues ak-Magazin. Nun ist auch der Zeitpunkt gekommen, um den Titel zu enthüllen: Fantômas. Was es mit dem Namen so auf sich hat, das könnt ihr im April im Editorial des Magazins nachlesen. Nur so viel sei schon verraten: Fantômas ist ein Gespenst. Weil der Kampf für eine andere Welt auf gewisse Gespenster nicht verzichten kann. Fantômas wird wie ak linke Debatte und Praxis liefern, dabei Spielräume jenseits monatlicher Aktualitätserfordernisse nutzen. Das erste Heft ist einer Tugend gewidmet, die ak für MacherInnen wie LeserInnen schon lange repräsentiert und die an Aktualität nie verliert: "Zu rebellieren und zu denken wagen!" Worum es geht? Darum, Möglichkeiten des Neuanfangs in der Linken und in sozialen Bewegungen zu erkunden. Alles weitere: Lest selbst! Die erste Ausgabe erhalten die AbonnentInnen mit der nächsten ak-Ausgabe, für Nicht-AbonnentInnen gibt es Fantômas in allen einschlägigen linken Läden zu kaufen.

Schnellentschlossene, die bis April ak abonnieren, profitieren davon in dreifacher Weise: Neben der guten "alten" ak gibt es das nagelneue Fantômas-Magazin und als dritten Bonus erhaltet ihr als Werbeprämie auch noch unsere neue CD-Rom, akArchiv.3, auf der alle ak-Artikel von 1991 bis 2001 archiviert sind. Wenn das keine Gründe sind, AbonnentIn zu werden ...

Eure ak-Redaktion

47. Quelldatei blick.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak460/blick.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:blick

Schwerpunkt: "Antiterrorismus" und Repression Seite 13-16

Militarisierung der Politik Seite 3

Rechte Hegemonie im deutschen Osten Seite 5

Biometrische Erfassung Seite 11

Grass, BeneÜ und die Vertriebenen Seite 21-23

Kombilohn - von welfare zu workfare Seite 24

Atomindustrie schätzt Rot-Grün Seite 26

Diskussion um Bourdieu Seite 27

Afghanistan - ein Reisebericht Seite 17

Kein Ende der Gewalt in Israel/Palästina Seite 20

Rifondazione Comunista - ein Exempel Seite 30

Hollywood macht mobil Seite 34

48. Proteste im Wahljahr

CD-Datei: daten/aksuche/ak460/protest.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:460:protest

Deutet man die Zeichen richtig, dann könnte die Politik von Rot-Grün in diesem Jahr doch noch Gegenwind bekommen. Wir wollen jetzt nicht vom heißen Frühling, Sommer oder Herbst fabulieren - auch wenn wir weder klimatisch noch politisch etwas dagegen einzuwenden hätten. Es sind kleine Pflänzchen, die zu leisen Hoffnungen Anlass geben. Selbst eine traditionelle Bündnispartnerin der Sozialdemokratie wie die IG Metall stellt der rot-grünen Regierungspolitik ein ganz schlechtes Zeugnis aus. In einem Strategiepapier spricht die IG Metall von der "blutleeren Mitte". Die Hoffnungen der Gewerkschaften, der Regierungswechsel von 1998 werde auch einen Politikwechsel bringen, wurden bitter enttäuscht.

Ging die extrem unsoziale Rentenreform noch fast problemlos über die Bühne, so formiert sich zur Zeit der Protest gegen weitere Verschlechterungen im Gesundheitssektor. Mit dabei sind neben attac oder medico international auch Teile der Gewerkschaften. Von der Aktionskonferenz "Gesundheit ist keine Ware" am 20. April in Heidelberg können wichtige Impulse für die weitere inhaltliche Arbeit wie auch für eine neue Bündnispolitik ausgehen. Linkere Kräfte fordern eine Intensivierung des Protests gegen die Auswirkungen der Globalisierung auf lokaler und regionaler Ebene. Die Auseinandersetzungen im Gesundheitssektor bieten hierfür Chancen. Vielleicht hat diese Entwicklung auch Auswirkungen auf den diesjährigen BUKO, der den weltgeschichtlichen Veränderungen nun auch in seinem Namen Rechnung trägt und sich "bundeskoordination internationalismus" nennt. Bei seinem 25. Zusammentreffen (Frankfurt/M., 9.-12. Mai) beschäftigt sich der BUKO mit dem "Tatort Globalisierung".

Zumindest eine Lokalität kommender Proteste steht schon fest. Um die Gestaltung des diesjährigen 1. Mai im Kreuzberger Kiez toben die Rede- und Papierschlachten. Ein BürgerInnenbündnis brachte mit dem Versuch, die immer gleichen Rituale zu durchbrechen, Bewegung in die Vorbereitungen.

Seite 25, 28, 29 und 32